

28. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 19. Januar 2011

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	2202	Frage 437 (Singen in Kindertagesstätten)	
		Minister für Bildung, Jugend und Sport	
		Rupprecht	2214
1. Aktuelle Stunde			
Thema:		Frage 438 (Eingliederungsquoten bei MAE in	
Winterchaos bei der Bahn - Bundesregierung		den Brandenburger Landkreisen)	
muss auf die Bahndividende verzichten		Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	
		Baaske	2215
Antrag			
der Fraktion der SPD		Frage 439 (Ansprüche gegen Versicherungen bei	
		Binnenhochwasser)	
Drucksache 5/2637		Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbrau-	
		cherschutz Tack	2216
Entschließungsantrag			
der Fraktion der CDU		Frage 440 (Bund senkt Arbeitsförderungsleistun-	
		gen - Eingliederungstitel)	
Drucksache 5/2696	2202	Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	
		Baaske	2217
Holzschuher (SPD)	2202		
Genilke (CDU)	2203	Frage 441 (Entwicklungspolitische Leitlinien -	
Frau Wehlan (DIE LINKE)	2205	Brandenburg in der Einen Welt)	
Beyer (FDP)	2207	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	
Jungclaus (GRÜNE/B90)	2208	Christoffers	2217
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft			
Vogelsänger	2209	Frage 442 (Winterschäden an Landesstraßen)	
Frau Kircheis (SPD)	2210	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	2211	Vogelsänger	2218
2. Fragestunde		Frage 443 (Sicherung von Landesstraßen bei	
		Überflutungen)	
Drucksache 5/2639	2212	Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft	
		Vogelsänger	2219
Frage 435 (Winterdienst im Land Brandenburg)			
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft		Frage 444 (Gesetzeslücke bei Hartz IV?)	
Vogelsänger	2212	Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie	
		Baaske	2220
Frage 436 (Stand der Suche nach Bodenreformer-			
ben)		Frage 445 (Aktuelle Strompreisentwicklung)	
Minister der Finanzen Dr. Markov	2213	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	
		Christoffers	2221

	Seite		Seite
3. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt über die Übertragung der Zuständigkeit in Staatsschutz-Strafsachen		6. Brandenburg - Europäische Unternehmerregion Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand (gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 25.02.2010 - Drs. 5/510-B)	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Bericht der Landesregierung	
Drucksache 5/2390		Drucksache 5/2618.	2234
<u>2. Lesung</u>		Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers.	2234
Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses		Bommert (CDU).	2235
Drucksache 5/2641.	2222	Frau Hackenschmidt (SPD)	2236
4. Freie Berufe in Brandenburg		Frau Teuteberg (FDP).	2237
Große Anfrage 5 der Fraktion der CDU		Domres (DIE LINKE)	2238
Drucksache 5/1913		Vogel (GRÜNE/B90)	2239
Antwort der Landesregierung		Minister Christoffers	2240
Drucksache 5/2604 (einschließlich Anlagen).	2223	7. Zukunftskonzept für potenzielle Rückkehrer nach Brandenburg	
Bommert (CDU).	2223	Antrag der Fraktion der CDU	
Kosanke (SPD).	2224	Drucksache 5/2659.	2240
Tomczak (FDP)	2225	Lakenmacher (CDU)	2240
Henschke (DIE LINKE).	2225	Baer (SPD)	2241
Vogel (GRÜNE/B90)	2226	Büttner (FDP).	2242
Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers.	2227	Büchel (DIE LINKE)	2243
Bommert (CDU).	2228	Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	2244
5. Neunter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Integrierte Standortentwicklung: Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln - Stärkung der Regionalen Wachstumskerne		Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Prof. Dr. Schroeder.	2245
Bericht der Landesregierung		Lakenmacher (CDU)	2246
Drucksache 5/2606.	2228	8. Schulvielfalt erhalten - keine einseitige Kürzung bei Schulen in freier Trägerschaft	
Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber. . .	2228	Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion der FDP	
Homeyer (CDU).	2229	Drucksache 5/2664 (Neudruck)	2247
Kosanke (SPD).	2230	Büttner (FDP).	2247
Tomczak (FDP)	2230	Günther (SPD)	2248
Domres (DIE LINKE)	2231	Hoffmann (CDU)	2250
Vogel (GRÜNE/B90)	2232	Frau Große (DIE LINKE)	2251
Staatssekretär Gerber	2233	Frau von Halem (GRÜNE/B90).	2252
		Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	2253
		Büttner (FDP).	2254

	Seite		Seite
9. Prüfung eines Freiwilligen Sozialen Jahres bei der Feuerwehr		Frau Hackenschmidt (SPD)	2269
Antrag		Frau Teuteberg (FDP)	2269
der Fraktion der CDU		Frau Niels (GRÜNE/B90)	2270
Drucksache 5/2662	2255	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	2270
Hoffmann (CDU)	2255	Frau Stobrawa (DIE LINKE)	2272
Schippel (SPD)	2256	Kurzintervention	
Goetz (FDP)	2257	der Abgeordneten Richstein (CDU)	2272
Krause (DIE LINKE)	2257	12. Erstellung eines Oderbruchprogramms	
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	2258	Antrag	
Minister für Bildung, Jugend und Sport		der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Rupprecht	2259	Drucksache 5/2670	
Petke (CDU)	2260	(Neudruck)	
10. Flächen für ortsansässige Landwirte sichern		Entschließungsantrag	
Antrag		der Fraktion der SPD	
der Fraktion der SPD		der Fraktion DIE LINKE	
der Fraktion DIE LINKE		Drucksache 5/2694	
Drucksache 5/2665		Entschließungsantrag	
(Neudruck)		der Fraktion der FDP	
Entschließungsantrag		Drucksache 5/2697	2272
der Fraktion der CDU		Jungclaus (GRÜNE/B90)	2272
Drucksache 5/2695	2261	Frau Lieske (SPD)	2274
Folgart (SPD)	2261	Dombrowski (CDU)	2274
Dombrowski (CDU)	2262	Frau Fortunato (DIE LINKE)	2275
Dr. Luthardt (DIE LINKE)	2263	Beyer (FDP)	2276
Beyer (FDP)	2264	Kurzintervention	
Frau Niels (GRÜNE/B90)	2264	des Abgeordneten Vogel (GRÜNE/B90)	2277
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft		Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	2277
Vogelsänger	2265	Jungclaus (GRÜNE/B90)	2279
Folgart (SPD)	2265	Anlagen	
Kurzintervention		Gefasste Beschlüsse	2281
des Abgeordneten Dombrowski (CDU)	2266	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 19. Januar 2011	2282
11. Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen		Anwesenheitsliste vormittags	2283
Antrag		Anwesenheitsliste nachmittags	2283
der Fraktion der SPD		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
der Fraktion DIE LINKE			
Drucksache 5/2666			
(Neudruck)	2267		
Frau Stobrawa (DIE LINKE)	2267		
Frau Richstein (CDU)	2268		

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren! Ich habe zu Beginn der heutigen Sitzung die angenehme Aufgabe, zwei Geburtstagskindern zu gratulieren: zum einen der Abgeordneten Meier und zum anderen unserem Minister Holger Rupprecht. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße unter unseren Gästen die Mitglieder des Kinder- und Jugendparlaments aus dem Milower Land. Herzlich willkommen! Einen spannenden Vormittag für euch!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich Ihnen mitzuteilen, dass der Abgeordnete Speer mit Ablauf des 31.12.2010 auf seine Mitgliedschaft im Landtag Brandenburg verzichtet hat und der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Frau Gabriele Theiss mit Wirkung vom 3. Januar 2011 Mitglied des Landtages Brandenburg geworden ist.

(Allgemeiner Beifall)

Gibt es zur vorliegenden Tagesordnung Ihrerseits Bemerkungen? - Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich darüber abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Wir haben heute ab 12 Uhr auf Herrn Minister Baaske zu verzichten. Er wird von Minister Vogelsänger vertreten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:**

Winterchaos bei der Bahn - Bundesregierung muss auf die Bahndividende verzichten

Antrag
der Fraktion der SPD

Drucksache 5/2637

Des Weiteren liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 5/2696 vor. - Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Holzschuher spricht zu uns.

Holzschuher (SPD):

Schönen Guten Morgen! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Von Brandenburg an der Havel nach Potsdam gibt es einen wunderbar ausgebauten Regionalverkehr der Deutschen Bahn: Der RE 1 braucht gut 20 Minuten. Es ist naheliegend, auch für mich, dass ich diesen Weg, sooft es geht, mit der Bahn wähle.

Heute bin ich allerdings nicht mit der Bahn gefahren, denn heute musste ich hier pünktlich sein,

(Heiterkeit bei der SPD)

es hätte Sie sonst verwirrt, wenn ich hier heute nicht angetreten wäre. Deshalb musste ich mit dem Auto kommen. Gestern aber habe ich es mit der Bahn versucht, und es war wieder ein typischer Tag mit dem RE 1. Kurz vor 8 Uhr erschien ich, um den 8-Uhr-Zug zu erreichen. Noch war nichts angezeigt, ich dachte, er kommt ausnahmsweise mal pünktlich; dann aber die übliche Anzeige: 10 Minuten Verspätung. 5 Minuten nach 8 Uhr springt die Anzeigetafel dann um auf 15 Minuten Verspätung, dann kam die Ansage: Heute fährt der RE 1 vom Gleis 2 und nicht vom Gleis 3 ab, was die über Hundert Wartenden veranlasst, sich zunächst einmal um 180 Grad zu drehen, das übliche Gelächter, Gemurre bricht aus, jemand neben mir sagt noch: „Immerhin müssen wir nicht den Bahnsteig wechseln.“ Da hatte er sich aber zu früh gefreut, denn weitere 5 Minuten später kam die Ansage: Heute fährt der RE 1 vom Gleis 4. Das veranlasste die über Hundert Leute, die Treppen hinunterzugehen, zum nächsten Bahnsteig die Treppen wieder hochzugehen und dort auf den Zug zu warten. Der kam dann aber schon 8.13 Uhr, also zwei Minuten vor der angekündigten Verspätungszeit. Das ist, denke ich, aus Sicht der Bahn schon überpünktlich!

Es ist in der Tat eine Katastrophe mit der Bahn im Land, in Deutschland insgesamt. Aber derweil sind die Bahnmanager unterwegs, sich als Globalplayer zu organisieren, zwischen Katar und Peking versucht man das internationale Geschäft zu forcieren, und gleichzeitig: Vor Ort, wenn es schneit, fahren die Züge nicht, und wenn es heiß wird, dann fahren sie unklimatisiert, die Weichen werden nicht mehr gewartet, die Schienen verkommen. Und die S-Bahn, haben wir heute gehört, kehrt jetzt endlich zum routinemäßigen Notverkehr zurück, nachdem der Notverkehr weiter eingeschränkt werden musste, allerdings mit einer Geschwindigkeit, wie sie vor etwa 100 Jahren in der Region üblich war. Die Bahn ist in Deutschland verkehrstechnisch auf dem Weg, das Niveau eines Entwicklungslandes zu erreichen,

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

und unsere Bahnmanager wollen sich als Globalplayer ins internationale Geschäft einbringen.

Das, meine Damen und Herren, passt nicht zusammen, es ist indiskutabel, und es ist für den gesamten Standort Deutschland ein Punkt, an dem wir nicht weiter schweigen dürfen, sondern an dem gehandelt werden muss.

Die Bahn selber aber handelt nicht, sie überlegt zunächst, wer verantwortlich ist, und schiebt die Verantwortung ab auf die Hersteller der Züge, auf das Wetter, auf die Kontrollen in der Politik, bei den Bundesämtern. Die Bahn selbst aber lehnt sich zurück und sagt: Wir versuchen ja alles, aber mehr ist nicht drin.

Das Ganze betrifft nicht nur die Region Berlin-Brandenburg, es ist ein gesamtdeutsches Phänomen. Hoyerswerda war einige Tage vom Bahnverkehr abgeschnitten, übrigens ohne jede Information seitens der Bahn, das erfolgte einfach so. Das ist der Zustand der Bahn im 21. Jahrhundert in einer der größten und wichtigsten Industrienationen der Erde.

Die CDU versucht nun zu erklären, dass es letzten Endes auf die regionalen Ausschreibungen ankommen wird, und sie versucht dadurch abzulenken, meine Damen und Herren, von dem, der für die Bahn eigentlich verantwortlich ist: Das ist der Bund. Der Bund ist zu 100 % der Eigentümer, zum Glück weiterhin - dazu komme ich noch.

(Homeyer [CDU]: Wir kommen auch noch dazu!)

Zu 100 %, und er hat damit die Verantwortung, das, was im Augenblick bei den Menschen im Lande nur noch Kopfschütteln, manchmal sogar Mitleid auslöst, abzustellen und endlich ein modernes, leistungsfähiges Schienennetz in Deutschland zu garantieren.

(Beifall SPD)

Die Verantwortung tragen im Augenblick CDU und FDP im Bund als Regierungsparteien,

(Lachen der Abgeordneten Genilke und Burkardt [CDU] sowie Zurufe von der CDU)

sie trägt ein Bundesminister von der CSU, und die Verantwortung trägt natürlich der von ihm zu kontrollierende Bahnvorstand.

(Zuruf von der CDU)

Es gibt einen klaren Vertrag mit der Bahn über die Verkehrsleistungen: 562 Züge in unserer Region sind garantiert. 200 davon fahren tatsächlich. Die Verantwortung für diesen Vertragsbruch trägt nicht der Besteller, nicht das Land; die Verantwortung dafür trägt die Bahn, die Verantwortung für die Bahn trägt der Bund, und die Verantwortung für die Bundesregierung tragen CDU und FDP.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn hier der Eindruck erweckt werden soll, das Land, die Verkehrsminister in der Region und die Verkehrssenatoren, auch in Berlin, sowie der Verkehrsminister von Brandenburg seien damit in der Verantwortung, dann verwechselt man die Rollen; denn wenn das Essen im Restaurant anbrennt, ist dafür nicht der Gast verantwortlich, sondern der Koch, und der Koch sitzt in Berlin, und zwar in der Bundesregierung und im Bahnvorstand.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Insofern ist der CDU-Antrag ein Ablenkungsmanöver. Es soll von den tatsächlichen Verantwortungen bei der Bahn abgelenkt werden.

Nun weiß ich sehr wohl, dass die Entwicklung, die wir heute haben, nicht ganz neu ist. Selbstkritisch muss man anmerken: Auch die SPD trug in der Vergangenheit Verantwortung dafür, dass ein Irrweg eingeleitet wurde, denn der Vorschlag, die Bahn zu privatisieren und an die Börse zu bringen, war ein Fehler.

(Beifall DIE LINKE)

Das hat im Übrigen die SPD im Land Brandenburg schon zu einem Zeitpunkt gesagt, als das Andere auf Bundesebene noch anders sehen wollten.

(Zuruf DIE LINKE: Ja! Das ist so!)

Über Jahre hinweg ist die Bahn ausgeplündert worden, um sie börsentauglich und für das internationale Geschäft tauglich zu machen. Eine der Konsequenzen, die wir heute sehen, ist, dass auf Verschleiß gefahren wurde und der Verkehr nicht mehr funktioniert. Das war ein Fehler.

Es wäre gut, wenn alle - so wie wir von der SPD - die entsprechenden Konsequenzen daraus zögen. Aus Fehlern muss man lernen. Es sollte gesagt werden: Es muss einen grundsätzlich anderen Weg geben, mit der Bahn umzugehen. Das ist die Verantwortung des Gesellschafters und des Bundes. Die Bundesregierung muss ihren Einfluss auf den Gesellschafter endlich ausüben.

Aber was macht die Bundesregierung tatsächlich? - Sie übernimmt nicht die Verantwortung, sondern sie versucht, Gewinne zu übernehmen. 500 Millionen Euro sollen in diesem Jahr aus der Bahn herausgezogen werden, obwohl jeder Euro für die Menschen vor Ort gebraucht würde, damit der Verkehr funktioniert. Das sieht immerhin auch der Bahnvorstand inzwischen so, der sich jedoch als Verantwortlicher offensichtlich nicht dagegen wehren kann, was die Bundesregierung und die von ihr getragenen Parteien von der Bahn verlangen.

Es ist jetzt endlich an der Zeit, die Kapitalmarktinteressen zurückzustellen und die Bahn den Bürgern zurückzugeben. Es ist an der Zeit, Verantwortung zu übernehmen, damit es in Wustermark eine vernünftige Technik gibt bzw. damit nicht solch schreckliche Unfälle passieren wie zuletzt in Wünsdorf, die auf eine mangelhafte Infrastruktur in der Region zurückzuführen sind.

So zeigt sich, wohin es führt, wenn man die Bahn ausplündert und das Geld im Bundeshaushalt versickern lässt. So zeigt sich, wohin es führt, wenn die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die den Bahnverkehr nutzen wollen, herangezogen werden, mit ihren Fahrpreisen faktisch eine verfehlte Steuerpolitik der Bundesregierung mitzufinanzieren. Das dürfen wir nicht länger mittragen.

Deswegen fordern wir die Vertreter von CDU und FDP auch in diesem Hause auf, keine Sonntagsreden zur Bahn zu halten, sondern ihren Einfluss geltend zu machen,

(Beifall SPD und DIE LINKE)

und zwar auf die Bundesregierung und auf die sie tragenden Parteien im Bund, damit dies endlich aufhört, damit die Bahn endlich wieder in der Region zum Akteur werden kann.

Nicht die globalen Handlungen sind wichtig, sondern wichtig ist das, was zwischen Brandenburg an der Havel und Potsdam sowie zwischen Wünsdorf und Berlin oder auch zwischen Cottbus und Berlin sowie den anderen Regionen passiert. Das interessiert die Bürger. Dafür ist die Bahn da. Setzen Sie sich dafür ein! Wir werden unseren Einfluss dafür geltend machen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Genilke setzt für die CDU-Fraktion fort.

Genilke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Situation bei der S-Bahn und dem Regionalverkehr war in den

letzten Wochen nichts anderes als grausig. Die Einschränkungen und Unannehmlichkeiten für die Fahrgäste waren in jedem Fall eines hochtechnologischen Industrielandes und vor allem auch eines traditionsreichen Bahnlandes wie der Bundesrepublik Deutschland schlichtweg unwürdig.

(Beifall CDU)

Herr Holzschuher, ich bewundere Sie, dass Sie trotzdem mit der Bahn fahren; auch ich bin ein begeisterter Bahnfahrer. Aber Sie müssen sich bei der Gelegenheit auch ein paar andere Dinge überlegen. Sie sprachen davon, dass das Geld - die Dividende - im Bundeshaushalt versickere. Dabei ist es doch gerade Ihre Fraktion, die bei der Kanzlerin - nun im Vermittlungsausschuss - darauf drängt, möglichst noch mehr Geld herauszuholen. Es geht bei Ihnen darum, Geld im Bundeshaushalt freizuschaukeln. Mit einem solchen Anspruchsdenken werden wir aber das Gesamtproblem - an welcher Stelle auch immer - nicht lösen.

(Bischoff [SPD]: Blödsinn! - Beifall CDU)

Sie sagten zudem etwas von Sonntagsreden.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Steuergeschenke!)

Sie dürfen aber nicht vergessen - Sie haben es sogar selbst gesagt -, dass die Entwicklung bei der Bahn nicht neu ist. Sie haben zwölf Jahre lang fünf Verkehrsminister gestellt. Wir kriegen die „Glorreichen“ eben noch zusammen. Bisher waren es Müntefering, Klimmt, Bodewig, Stolpe und Tiefensee. Sie aber stellen sich hier ans Rednerpult und tun so, als sei das alles vom Himmel gefallen. Sie tun so, als seien die Probleme erst zwölf Monate alt. Sie tun so, als seien die Probleme völlig neu. Das ist unglaublich, Herr Holzschuher.

(Beifall CDU - Holzschuher [SPD]: Da haben Sie mir nicht zugehört!)

Die Kapitalmarktinteressen fingen unter Schröder an, nicht aber unter Ramsauer. So viel muss ich Ihnen mit auf den Weg geben.

(Beifall CDU - Holzschuher [SPD]: Das habe ich gesagt! - Widerspruch DIE LINKE)

- Ja, das wollen Sie nicht hören; das verstehe ich.

(Widerspruch SPD und DIE LINKE)

- Das steht nicht nur auf dem Zettel.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Hat er gesagt! Das hat er selber gesagt!)

- Ich nehme aber durchaus wohlwollend zur Kenntnis, dass Sie Ihre eigene Verantwortung insoweit wahrnehmen, als Sie zumindest auf die eigentlichen Probleme hingewiesen haben.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Im Unterschied zu Ihnen!)

Die Fahrgäste warten nun zu Recht auf Entschädigung. Ich möchte in diesem Zusammenhang anmerken, dass es nicht nur um die Fahrgäste der S-Bahn geht, die entschädigt werden müs-

sen, sondern dass es sehr wohl um alle Fahrgäste geht, die im ganzen Land unterwegs waren. Das gilt deshalb auch für die DB Regio. Auch diese Fahrgäste warten auf eine Entschädigung. Ich denke an die ausgefallenen Züge in der Lausitz. Ich denke auch an die großen Unpünktlichkeiten in Frankfurt (Oder), in Cottbus oder in Brandenburg an der Havel. Hier kam es ebenfalls zu Verspätungen und Zugausfällen. Ich denke, auch hier sollten wir den Mut haben, das deutlich zu benennen und unsere Forderungen aufzumachen.

(Beifall CDU)

Wie konnte es zu dem Chaos kommen? - Neben dem tatsächlich harten Winter - da sind wir uns, denke ich, einig - haben wir zusätzliche Probleme, die die Folge einer unzureichend umgesetzten Bahnreform sind. Diese unzureichende Umsetzung hat es ermöglicht, dass übertriebene Renditeerwartungen bei den Bahnmanagern geradezu gefördert wurden. Deshalb haben sie bei der Bahn schon fast auf kriminelle Art und Weise das Unternehmen, zumindest aber die Funktionsfähigkeit, aufs Spiel gesetzt. Verlängerte Wartungsintervalle und Wartungstechnologien wurden faktisch außer Kraft gesetzt. Dieses Aneinanderreihen von Unzulänglichkeiten hat zu unseren Problemen geführt.

(Bischoff [SPD]: Ändern Sie es doch!)

Dabei ist die Bahnreform im Prinzip sogar ein Erfolg.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Für wen?)

- Dazu komme ich gleich. Ziel war es, den Bahnverkehr nicht mehr als ineffizientes Zuschussgeschäft mit Milliarden Schulden zu betreiben. Ziel war es vielmehr, ein modernes Unternehmen zu schaffen, das im Wettbewerb mit dem Flugzeug und mit dem Auto bestehen kann.

(Holzschuher [SPD]: Jetzt ist es nur noch ineffizient!)

- Dazu komme ich. Wenn Sie sich mit Herrn Schröder so geirrt haben, dann können Sie das hier vorne gerne noch einmal sagen. Zum damaligen Zeitpunkt war die Bahn in keinsten Weise konkurrenzfähig. Sie hatte mehr Personalkosten, als sie Einnahmen verzeichnen konnte. Sie hatte einen Schuldenberg von 36 Milliarden Euro. Die Bürger hatten also schon vorher auf die miserable Situation bei der Bahn reagiert und sind auf das Auto umgestiegen.

Mit der Bahnreform wurden nunmehr auch wettbewerbliche Strukturen im Bahnsektor eingeführt. Die Logik lautet: Wir haben ein Netz, welches frei zugänglich ist. Auf diesem Netz können verschiedene Eisenbahnverkehrsunternehmen Leistungen anbieten. Der Fernverkehr soll sich selbst tragen und somit eigenwirtschaftlich betrieben werden. Der Nahverkehr hingegen wird weiterhin als Aufgabe der Daseinsvorsorge anerkannt und von den Bundesländern bestellt. Dafür überweist der Bund den Ländern knapp 7 Milliarden Euro jährlich. Allein Brandenburg erhält davon 400 Millionen Euro. Tatsächlich sind die Fahrgastzahlen auch gestiegen. Allein im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg sind die Fahrgastzahlen im Jahr 2009 mit 1,26 Milliarden Personen so hoch wie noch nie zuvor gewesen.

Was ist also das Problem? Das Problem ist, dass der Wettbewerbsdruck dem Unternehmen ein effizientes Agieren am Markt

auferlegt. Das betrifft die Kosten für Organisation und Verwaltung, aber auch die Personalkosten und die Kosten für Technik, Instandhaltung und Investitionen. Das ist aber in jedem anderen wirtschaftlichen Bereich, beispielsweise - wie vorhin angesprochen - im Luftverkehr, nicht anders.

Um zu kontrollieren, dass die Sicherheitsstandards im Wettbewerb nicht unterschritten werden, hat der Gesetzgeber eine Zulassungsbehörde - das Eisenbahn-Bundesamt - geschaffen. Sie soll kontrollieren, dass die Sicherheitsstandards tatsächlich eingehalten werden.

Als 1999 Hartmut Mehdorn durch Bundeskanzler Gerhard Schröder zum neuen Bahnchef ernannt wurde, wurde dem Bahnkonzern dieser Druck aber offensichtlich zum Verhängnis. Seitdem war es seine Aufgabe, unterstützt durch die rot-grüne Bundesregierung, den Bahnkonzern für den Wettbewerb fit zu machen. Offensichtlich - wir alle sehen heute die Folgen - wurde hier maßlos und ohne Rücksicht auf die Nachhaltigkeit von Entscheidungen übertrieben. Es wurde keineswegs nachhaltig gewirtschaftet. Die Bahn agierte wie ein unseriöser Finanzinvestor im eigenen Kerngeschäft. Man muss ganz klar sagen: Das war auch reines Missmanagement - nichts anderes! Jedes private Unternehmen im Wettbewerb ohne die Auffangfunktion des Steuerzahlers im Rücken hätte wahrscheinlich längst aufgeben müssen.

(Beifall CDU)

Dem Spuk wurde erst 2008 durch den vorläufigen Stopp des Börsengangs und dann, 2009, durch den Wechsel des Bahnvorstandes, damals noch durch die Große Koalition, ein Ende bereitet.

Nun jedoch den Schluss zu ziehen, die Liberalisierung des Bahnsektors sei falsch und müsse unter Umständen sogar rückgängig gemacht werden, geht unserer Auffassung nach in die falsche Richtung. Ich habe das Beispiel Flugverkehr genannt. Dort hat die Liberalisierung zu einem Boom geführt, der noch lange nicht abgeschlossen ist. Es gilt nun, dies auch für den Schienenverkehr umzusetzen.

Was müssen wir tun? Als Erstes ist es wichtig, die Frage der Eigentümerschaft zu klären und dabei endlich die Infrastruktur und den Betrieb wirklich zu trennen. Ein großes Problem ist, dass die Bahn gleichzeitig Infrastrukturbetreiber und Verkehrsdienstleister ist. Hier gibt es zahlreiche Diskriminierungspotenziale gegenüber anderen Verkehrsunternehmen, aber auch gegenüber den Ländern als den Bestellern im Nahverkehr, die - diese leidvolle Erfahrung haben wir schon machen dürfen - sogar genutzt werden.

Bezüglich einer künftigen Privatisierung ist zu sagen, dass die Infrastruktur ganz klar in der öffentlichen Hand zu verbleiben hat. Schon heute zahlt der Bund knapp 4 Milliarden Euro jährlich an die Bahn - für eben diese Infrastruktur. Anders ist das auch gar nicht darstellbar, wenn die Trassenpreise und damit die Fahrpreise sich nicht weiter verteuern sollen.

Für die Verkehrsunternehmen der Bahn sollten hingegen in Zukunft private Modelle geprüft werden. So könnte man verhindern, dass Steuergelder oder Gelder, die eigentlich der Infrastruktur zugute kommen müssten, für die auch hier immer wieder beklagten Auslandsgeschäfte der Bahn genutzt werden. Auch

die derzeitige Dividendenforderung des Bundes von 500 Millionen Euro wäre so nicht möglich. Der Bund und die öffentliche Hand hätten allerdings weiterhin vollen Zugriff auf alle Leistungen und auch die Einnahmen aus der Infrastruktur.

Zum Schluss möchte ich auf das eingehen, was wir als Land tun können. In Ihrem Antrag zur Aktuellen Stunde fragen Sie ja auch nach den Konsequenzen und Handlungsempfehlungen für die Landespolitik. Wir haben dazu einen Entschließungsantrag eingereicht. Das unterscheidet uns, Herr Holzschuher: Wir denken nicht aus Sicht des Bundes - dann müssten wir im Bundestag sitzen -, sondern wir stellen uns die Frage, was wir als Parlament vor Ort in unserem Land tun können.

(Beifall CDU und FDP)

Wie gesagt, wir als Land haben mit der Bahnreform die ausschließliche Verantwortung für die Organisation des Schienenpersonennahverkehrs übernommen. Als Erstes sollte uns das Winterchaos bei der Bahn zeigen, dass die Bahn nicht der unumstößliche Partner für das Land Brandenburg im SPNV ist und wir den Weg der Ausschreibung im SPNV klar weitergehen sollten. In Brandenburg gibt es kaum noch Fernverkehrsangebote durch die Bahn. Der Druck, den das Unternehmen möglicherweise über die Ankündigung der Nichtbedienung von Fernverkehrslinien auf das Land ausüben könnte, ist also eher sehr gering. Das gilt im Übrigen auch für die S-Bahn.

Als Zweites zeigt das Winterchaos, dass wir auch in unseren Breitengraden noch harte Winter erleben können. Wir müssen uns also die Frage stellen, wie wir in Zukunft damit umgehen. Über die Ausschreibung können wir klare Vorgaben und Vorstellungen der Politik an die Eisenbahnverkehrsunternehmen formulieren. Daher fragen wir die Landesregierung, welchen politischen Spielraum sie bisher in Bezug auf die Wintertauglichkeit der Verkehrsangebote und mögliche Anreizmechanismen genutzt hat und ob die derzeitigen Erfahrungen insoweit in Zukunft Änderungen erforderlich machen.

Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident. - Ich denke, ein solcher Bericht wäre sehr aufschlussreich. Keiner von uns kennt die Verträge genau. Aber genau hier hat das Land einen Ansatzpunkt, um politisch gestaltend eingreifen zu können.

Als dritte Handlungskonsequenz schließlich fordern wir, dass die einbehaltenen Sanktionsgelder unverzüglich und vollständig für die Verbesserung des Verkehrsangebots verwendet werden. Laut Auskunft des Ministers haben wir im Jahr 2010 zwischen 3 und 3,5 Millionen Euro einbehalten.

Wir fordern also mehr Transparenz. Das sollte mit unserem Entschließungsantrag gegenüber der Landesregierung deutlich werden. Ich bitte Sie daher um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Wehlan spricht für die Linksfraktion.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bei keinem anderen Thema werden Wirkungen so klar und

deutlich wie beim heutigen Thema der Aktuellen Stunde - Winterchaos bei der Bahn -, zumal man sie oft selbst erleben kann. Die Beschreibungen fallen deshalb, wie die Diskussion bisher zeigt, ziemlich ähnlich aus. Politik wie Fahrgäste kritisieren sehr deutlich einen Zustand, der nicht länger hinzunehmen ist. Dazu gehören vor allem solche Dinge wie Wartezeiten und Fehlinformationen, vollgestopfte Züge und technische Mängel. Hinzu kommt, dass Brandenburger Städte wie Strausberg und Hennigsdorf ohne Vorwarnung vom Netz genommen werden. Hoyerswerda wird abgekoppelt. Vertraglich festgeschriebene Leistungen der S-Bahn werden von einem Tag auf den anderen nicht mehr erbracht.

Wie aber steht es mit der Beschreibung der Ursachen? Diese ist doch recht unterschiedlich im politischen Raum, auch in Brandenburg. Wir sollten an dieser Stelle schon deutlich sagen: Nein, der Winter ist nicht schuld, er ist es nicht. Der war schon immer da. Es gibt schon immer die Erfahrung: Wenn eine Flocke hochkant steht, sich bei der Bahn kein Rad mehr dreht.

Die Ursache liegt für die Linke in früheren Entscheidungen verantwortlicher Politik, und das heißt: Bahnreform. Mit der Bahnreform wurde die privatrechtliche Organisation der Deutschen Bahn vollzogen; Börsengang und Renditeentwicklung wurden zum Anspruchsdenken künftiger Geschäftsentwicklung gekürt. Es sollten endlich marktwirtschaftliche Prozesse Einzug halten. Alles sollte sich prächtig entwickeln und überdies gute Wirkung tun - so der O-Ton damals.

Das Gegenteil ist der Fall. Zwangsläufig setzten die innerbetrieblichen Prozesse bei der S-Bahn ein, zunächst fast unscheinbar, dann immer spürbarer: Die Wartung wurde rapide zurückgefahren, Personal massiv abgebaut, notwendige Investitionen wurden aufgeschoben und gestrichen. Überdies hat sich die Trennung von S-Bahn und Netz als großes Hindernis erwiesen. Und es verwundert heute nicht, dass Ex-S-Bahn-Chef Constantin genau dies bestätigt.

Es verwundert aber schon, dass die CDU dieses Thema vollkommen ausblendet und den schwarzen Peter der rot-roten Landesregierung zuschieben will, wie auch in der Presseerklärung vom 5. Januar 2011 und in Ihrem nunmehr vorliegenden Entschließungsantrag, in dem nur eine Ebene als Handlungsoption aufgemacht wird, zu lesen ist.

Wir hatten doch auf Ihren Antrag hin eine Sondersitzung - vielen Dank noch einmal von dieser Stelle aus! - zum S-Bahn-Chaos. Ich frage mich immer, ob wir an denselben Sitzungen teilnehmen, denn die Handlungsaufträge, die Sie jetzt neu formulieren, sind längst an die Landesregierung ergangen. Der Minister hat auch im Ausschuss darüber informiert, wie er die Ausführung auf den Weg gebracht hat und welche Möglichkeiten er nutzen will. Wir brauchen also nicht etwas zu beschließen, nur um etwas zu beschließen. Deshalb werden wir Ihren Antrag auch ablehnen.

(Genilke [CDU]: Das war eine Willensbekundung!)

- Herr Genilke, wenn Sie das wollen, dann lassen Sie uns doch mal Tacheles reden. Wer ist Eigentümer der Bahn? Der Bund. Wer hat in seiner Gesellschafterfunktion die Geschäftsziele der Deutschen Bahn und damit der Tochter S-Bahn auf Börsengang und Renditeentwicklung gelegt? Der Bund. Wer hat damit die öffentliche Daseinsvorsorge, die Verkehrsbedürfnisse, die Mobilität von Pendlerinnen und Pendlern nachrangig gestellt?

Der Bund. Und wer lässt in seinen aktuellen Beschlüssen nach wie vor nicht erkennen, dass er endlich seiner Verantwortung nachkommen will? Der Bund.

(Beifall DIE LINKE - Genilke [CDU]: Dann brauchen wir doch keine Aktuelle Stunde!)

- Das Sparpaket der Bundesregierung mit einem Einsparziel für den Bahnverkehr von 500 Millionen Euro ist angesichts der aktuellen Situation ein Ding aus dem Tollhaus.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist an der Zeit, dass Sie das erkennen und Ihrer Bundeskanzlerin gehörig auf den Keks gehen, damit das S-Bahn-Problem endlich zur Chefsache wird - nicht nur, weil sich das Chaos immerhin seit Monaten direkt vor ihrer Haustür in Berlin abspielt, sondern auch, weil die Ursache der Situation und der Schlüssel für die Problembeseitigung bei der Bundesregierung, der Eigentümerin selbst liegen und elementare Interessen von Pendlerinnen und Pendlern in Berlin und Brandenburg auch zukünftig betroffen sein werden, wenn nicht endlich gehandelt wird. Dabei ist heute schon klar, dass es keine kurzfristigen Lösungen geben kann, denn zur Veränderung der heutigen Situation hätte das Geld vor Jahren zur Verfügung gestellt werden müssen: für notwendiges Personal, Wartung und Bestellung neuer Technik. Sie wissen auch, dass ein heute bestelltes Fahrzeug erst in fünf Jahren zum Einsatz kommen kann.

Ich darf an Artikel 87e Grundgesetz erinnern, der die Bundesregierung zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung beim Bahnverkehr verpflichtet:

„Der Bund gewährleistet, dass dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen, (...) Rechnung getragen wird.“

Wie anders kann also ein Management heute diese Fragen beantworten, wenn die Signale der Bundesregierung auf Sparkurs stehen und grundlegende Fragen durch den Eigentümer nach wie vor nicht beantwortet werden?

Bevor das nicht begriffen wird, werden Ausschusssitzungen wie jüngst im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburger Landtag weiterhin so ablaufen, wie sie abgelaufen sind: höchst unbefriedigend. Die wichtigste Frage, wann und wie der vertraglich vereinbarte Normalbetrieb der S-Bahn wiederhergestellt wird, blieb unbeantwortet. Dass man sich nach wie vor zurückhält bei genauen Aussagen zu Entschädigungsleistungen für die Fahrgäste, empfinde ich - gelinde gesagt - als respektlos, gerade angesichts von Ausschüttungen für Bahnchefs, die in Unehren entlassen wurden.

(Frau Stark [SPD]: Ja!)

Deshalb richtet sich unsere grundsätzliche Forderung im Bahnverkehr auf politische Rahmensetzungen, die dem Allgemeinwohl, den Verkehrsbedürfnissen und der Mobilität verpflichtet sind. Es kann nicht sein, dass die Deutsche Bahn als Global Player auftritt und der Regionalverkehr zur Nebensache wird. Mobilität als öffentliche Daseinsvorsorge muss wieder in den Fokus der Unternehmensstrategie!

(Beifall DIE LINKE)

Das Prinzip „Gemeinwohl vor Rendite“ muss in den Chefetagen der Bundesregierung und des Bahnvorstandes Einzug halten. Dabei geht es kurzfristig um die Beantwortung der Frage, wann und wie der vereinbarte vertragliche Normalbetrieb wiederhergestellt wird. Das sind die grundsätzlichen Fragen, wenn man aus Fehlern der Vergangenheit lernen will.

Die reflexartige Forderung, Herr Genilke - Ihr lieber Nachbar macht da scheinbar gerade mit -, nach schnellstmöglicher Ausschreibung des S-Bahn-Verkehrs greift entschieden zu kurz. Sie selbst können einmal mit den Managern sprechen, die Ihnen dafür ganz konkrete Gründe aufzählen werden. Es fängt damit an, dass man den Bahnverkehr nicht ad hoc zur Verfügung stellen kann, den die S-Bahn gegenwärtig vorhält. Aber das alles sind Argumente, die Ihnen auch vermittelt wurden.

Zweitens ist dem Sparkurs Einhalt zu gebieten. Die 500 Millionen Euro aus dem Sparpaket der Bundesregierung gehören in das Unternehmen. Diese sind unverzüglich in zusätzliches Personal, notwendige Wartungskapazitäten und auch notwendige Investitionen zu geben.

Drittens sind umgehend Entschädigungsleistungen für die Fahrgäste zu veranlassen. Es geht um einen respektvollen Umgang mit den Betroffenen und darum, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen.

Viertens sind von der Landesregierung einbehaltene Gelder wegen Schlechtleistung der S-Bahn zeitnah in Projekte überzuführen. Das haben wir in der Sonderausschusssitzung mit der Landesregierung vereinbart. Die Einschränkungen für Pendlerinnen und Pendler müssen abgemildert werden. Der enge Kontakt des zuständigen Ministeriums mit den Bürgermeistern betroffener Gemeinden besteht bereits und lässt auf eine gute Entscheidung hoffen.

Abschließend möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bahn bedanken. Sie haben den chaotischen Zustand nicht verursacht. Sie sind diejenigen, die zuvorderst den Bürgerprotesten ausgesetzt sind und alles tun, um die Fragen der Zeit zumindest in einem ordentlichen Umgang mit den Fahrgästen zu bewältigen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD sowie des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90])

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer spricht für die FDP-Fraktion.

Beyer (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde hat bei uns doch einige Verwunderung ausgelöst. Ich hatte schon gedacht, mir wäre über den Neujahrstag und über den Jahreswechsel einiges durchgegangen. Aber es ist immer noch alles beim Alten: Hier sitzt der Ministerpräsident. Noch einmal alles Gute im neuen Jahr. Sie werden es brauchen.

(Zuruf: War das eine Drohung?)

- Ach was. Das war nur ein freundschaftlicher Rat. Auf der anderen Seite sitzt der Verkehrsminister. Beide gehören der SPD

an. Die SPD ist die Partei und die Fraktion in diesem Land, die kontinuierlich Verantwortung getragen hat. Ich habe mich schon gefragt: Was soll das jetzt? Soll das ein Aufzählen der eigenen Fehler werden?

(Beifall FDP und CDU)

Nun gut. Kollege Holzschuher, ich habe es dann aber verstanden. Schon in den ersten zwei Sätzen ist es mir eingegangen, welchen Sinn und Zweck diese Aktuelle Stunde hat: Es ist eine Aktuelle Stunde der Prophylaxe. Es geht darum, für alle Zeiten die ultimative Entschuldigung zu finden: Wenn der eine oder andere Genosse der SPD einmal zu spät kommt, dann ist immer die Deutsche Bahn dafür zur Verantwortung zu ziehen.

(Beifall FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einem Punkt sind wir uns einig. In der Tat ist das Thema für eine Aktuelle Stunde geeignet. Es ist ein Thema von absoluter Aktualität. Es hat uns alle beschäftigt. Das Chaos ist bekannt. Die Regionalzüge sind massenweise ausgefallen. Frau Kollegin Wehlan hat hier die Ursache ganz prägnant und kurz benannt. Was die S-Bahn anbelangt, kann man auch nur feststellen: Für 100 km/h gebaut, auf 80 km/h reduziert und nun zu 60 km/h verurteilt. Das ist der aktuelle Stand, vor dem wir stehen.

Ich möchte mich hier gar nicht der Mühe unterziehen, die Beschreibung des gegenwärtigen Zustands fortzusetzen. Das haben die Kollegen schon gemacht. Von Interesse ist aber die Frage: Was sind hier in dieser Aktuellen Stunde denn nun die Lösungen, die uns insbesondere vom Antragsteller angeboten werden?

(Bischoff [SPD]: Sagen Sie das einmal! - Regierungspartei!)

- Ja, ich komme dazu. Sehen Sie, in der Tat: Es sind zwei Sachen. Ich denke, wir sind uns auch darin einig, dass deutlich geworden ist: Wir stehen vor zwei Problemlagen. Es gibt zum einen die Problemlage im Regionalverkehr. Es lohnt sich, vielleicht einmal die eine oder andere Zahl zu benennen, denn es geht hier um die Forderung, auf die Bahndividende zu verzichten. So zumindest verstehe ich den Antrag zur Aktuellen Stunde. In den Jahren 2007 und 2008 hat die Bahn einen Gewinn von 2,5 Milliarden Euro gemacht, im Jahr 2009 waren es 1,7 Milliarden Euro. Die Dividende, die jährlich bis zum Jahr 2014 auf die Höhe von 500 Millionen Euro festgelegt ist, ist nur ein Teil dieses Gewinns. Man muss dazu sagen - das hat bis heute noch niemand getan -: Der Bund investiert jedes Jahr 4 Milliarden Euro in die Infrastruktur. Auch das ist eine wichtige Kenngröße.

(Holzschuher [SPD]: Aber zu wenig!)

Wie man dann auf die Idee kommt, diese relativ geringe Dividende nicht dem Bundeshaushalt zuzuführen, ist mir nicht verständlich.

In einem Punkt sind wir uns auf alle Fälle einig: Natürlich ist es ein Fehler, wenn die DB AG diese Gewinne nicht in das Inlandsgeschäft investiert. Hier sind Fehler gemacht worden und hier muss umgesteuert werden.

(Beifall CDU)

Zum zweiten großen Teilaspekt dieses Problems kann ich nur feststellen: Wir als FDP-Fraktion haben Ihnen schon im vergangenen Jahr Vorschläge unterbreitet. Wir haben einen Antrag eingebracht und Ihnen aufgezeigt, wie wir weiterkommen können. Wenigstens in den Ausschuss wurde der Antrag verwiesen. Das war ja noch okay. Wo waren die Änderungsanträge? Niemand von der FDP-Fraktion war davon ausgegangen, dass die Regierungsfractionen diesem Antrag in der vorgelegten Form zustimmt. Wo waren aber Ihre Vorschläge? Wo waren die Änderungsanträge? Sie wundern sich hier, dass die S-Bahn GmbH überhaupt keine Notwendigkeit verspürt, das Ganze zu verbessern. Ich kann Ihnen die Ursache nennen. Herr Kollege Holzschuher, Ihr Vergleich von Gast und Koch hinkt. Natürlich trägt der Koch die Verantwortung, aber der Gast bestellt und muss artikulieren, was er will. Daran hapert es doch!

(Beifall FDP und CDU - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das ist ja nicht zu glauben!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aktuelle Stunde ist letztlich eine Zumutung. Sie werden hier im Land Ihrer Verantwortung nicht gerecht. Sie bestellen nicht sauber. Sie schließen Verträge ab, deren Konsequenzen am Schluss nicht einklagbar sind. Alles, was wir dann in der üblichen Art und Weise hören, ist der Verweis auf den Bund: Der Bund muss hier in irgendeiner Form tätig werden.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist billig! - Bischoff [SPD]: Sehr liberal!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Nehmen Sie als aller Erstes die Verantwortung hier im Land Brandenburg wahr, und dann reden wir über den Bund. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU - Bischoff [SPD]: Sehr liberal!)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Jungclaus spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Auf der Webseite der S-Bahn ist folgender Satz zu lesen:

„In Berlin am Puls der Zeit wird Mobilität großgeschrieben. Bis zu 1,3 Millionen Fahrgäste befördert die S-Bahn Berlin an Werktagen. Die rot-gelben Züge gehören zum Stadtbild wie das Brandenburger Tor und der Fernsehturm.“

Leider gehören zum Stadtbild seit einiger Zeit aber auch in der Kälte vergeblich auf Züge wartende Fahrgäste, überfüllte Wagons und um Ausreden ringende Bahnvertreter. So ist es auch nicht verwunderlich, dass einem die Mahnungen, Kommentare und Beiträge und die Forderungen aus Berlin und Brandenburg, die wir gehört haben, inzwischen häufig bekannt vorkommen.

Bereits im letzten Jahr ist es nicht gelungen, die S-Bahn zu spürbaren und - dies schon gar nicht - zu nachhaltigen Verbesserungen zu bewegen. Die Deutsche Bahn AG hat aus dem S-Bahn-Chaos offenkundig nichts gelernt. Ihr Auftreten in diversen Anhörungen und Erörterungsgesprächen in den letzten Wochen war geradezu empörend.

Das bundeseigene Verkehrsunternehmen tut so, als sei es für den desaströsen Zustand ihres Tochterunternehmens S-Bahn nicht verantwortlich, und versucht anderen den schwarzen Peter zuzuschieben. „Alle reden vom Wetter - wir nicht!“, dieser berühmte Werbeslogan der Bahn aus den 60er Jahren hat inzwischen definitiv seine Gültigkeit verloren. Das Wetter ist schuld, die Zulieferer, die Schneeräumfahrzeuge, die Schnee auf Schienen schieben usw. Eigene Fehler werden nicht erkannt, womit das Management der Bahn nun selbst ein Teil des Problems wird. Denn der erste Schritt zur Problemlösung wäre die Erkenntnis des eigenen Versagens, und die Deutsche Bahn AG hat versagt.

(Beifall GRÜNE/B90)

Sie hat im Einklang mit der Bundesregierung die S-Bahn mit völlig überzogenen Renditeforderungen jahrelang geschröpft, um für den geplanten Börsengang attraktiv zu erscheinen. Personal, Werkstätten und Fuhrpark der S-Bahn blieben dabei auf der Strecke. Diese verfehlte Verkehrspolitik müssen nun die S-Bahn-Kunden ausbaden, besonders in den brandenburgischen Kommunen, die zeitweise komplett von der S-Bahn abgeschnitten waren. Die Verwendung der Dividende für die Behebung dieser Missstände sollte daher eine Selbstverständlichkeit sein.

Eine Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden, um dieses Problem zu lösen, und wann das der Fall sein wird, haben wir trotz zahlreicher Sondersitzungen nicht bekommen. Stattdessen flüchtet sich das Management in technische Details, garniert mit hübschen Bildchen der nicht funktionierenden Technik.

Wir haben es heute schon mehrfach gehört: Hauptschuld trifft die Deutsche Bahn AG und den Bund. Nun sind wir hier aber im Landtag. Auch die Landesregierungen von Brandenburg und Berlin haben bisher noch nicht den richtigen Ton getroffen und agieren nach wie vor wie zahnlöse Tiger. Dabei hatten sie sich einen ihrer Zähne selbst gezogen, als sie voreilig und ohne Not vertragliche Ausstiegsoptionen aufgaben. Es gibt wahrlich ein klägliches Bild ab, wenn Minister Vogelsänger mitteilen lässt, es gebe keine kurzfristige Möglichkeit, die Bahn zu einem vertragsgerechten Agieren zu zwingen. Immerhin sind die Länder Brandenburg und Berlin Auftraggeber der Verkehrsleistungen. Damit, Herr Minister, haben Sie ein erhebliches Druckmittel in der Hand.

(Zuruf: Aha! Na bravo! - Beifall GRÜNE/B90)

Im Vordergrund der Bemühungen der Landesregierung müssen Antworten auf die Fragen stehen, wie S-Bahn-Kunden wieder zügig und verlässlich an ihre Reiseziele gelangen. Eine Aktuelle Stunde und Entschließungsanträge sind schön und gut - allein die Wirkung unserer Debatte wird sich in Grenzen halten.

In dieser Legislaturperiode steht das Thema S-Bahn bereits zum fünften Mal auf der Tagesordnung. Das wird auch so weitergehen, wenn die Landesregierung nicht endlich handelt. Daher fordere ich Sie an dieser Stelle nochmals eindringlich auf, den S-Bahn-Vertrag zu kündigen und den Betrieb im Rahmen einer Auferlegung weiterführen zu lassen. Gleichzeitig muss die Neuausschreibung von Teilstrecken unverzüglich vorbereitet werden.

Hier wundert es mich schon ein wenig, wenn die Kollegin Wehlan sagt, Ausschreibungen machten zurzeit keinen Sinn, weil

die Lieferung fünf Jahre dauern würde. Das ist genau der Grund, warum wir jetzt anfangen müssen! Selbst das Bahnmanagement sagt, die aktuelle Situation sei nur mit neuen Zügen in den Griff zu bekommen. Diese neuen Züge bekommen wir nur mit neuen Verträgen, neue Verträge nur mit neuen Ausschreibungen. Ich hoffe, diese Kausalkette erkennt nun auch die Landesregierung und beginnt gemeinsam mit Berlin schnellstmöglich mit der Ausschreibung der S-Bahn-Leistungen; denn nur so können Sie den Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft dieses Chaos ersparen. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Minister Vogelsänger spricht für die Landesregierung.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Nutzer der Bahn! Es ist ganz deutlich: Das Land Brandenburg ist in Verantwortung für den schienengebundenen Personennahverkehr. Wir werden dieser Verantwortung gerecht, und ich möchte daran erinnern, was wir gemeinsam seit 1996 in der Entwicklung des Bahnverkehrs und des Nahverkehrs erreicht haben.

Herr Beyer, ich finde es gut, dass wir heute eine Aktuelle Stunde haben. Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie es weitergeht. Deswegen brauche ich gar nicht in die Geschichte zu schauen, sondern ich werde darauf sehen, wie es weitergeht. Das Thema S-Bahn ist Thema Nummer 1 in Berlin - wer hätte das vor zwei Jahren gedacht! Das zeigt: Wie wichtig Infrastruktur ist, wird Menschen erst so richtig bewusst, wenn Infrastruktur nicht funktioniert. Das sollte uns auch Ansporn bei Haushaltsberatungen sein. Es ist schon eine riesige Kraftanstrengung, die bestehende Infrastruktur zu erhalten, und darum müssen wir gemeinsam kämpfen.

(Senftleben [CDU]: War das jetzt für uns gedacht oder für die rot-rote Koalition?)

Ein funktionierender Nahverkehr ist ein Standortvorteil für die Menschen. Die Menschen sind darauf angewiesen. Die S-Bahn ist und bleibt für Brandenburg und Berlin unverzichtbar. Ich will die S-Bahn, und ich will, dass sie fährt. Hier ist auch nichts mit zahlosem Tiger: Die Hälfte der Zahlungen habe ich im Januar eingestellt; ich halte das für richtig. Wenn die Bahn nachweist, dass sie den Vertrag erfüllt, dann bekommt sie auch das entsprechende Geld - anders geht es nicht.

(Beifall SPD)

Dabei ist die Krise bei der S-Bahn nur die Spitze des Eisbergs. Verspätungen und Zugausfälle im Regional- und Fernverkehr gab es in ganz Deutschland. Das Beispiel Hoyerswerda wurde genannt. Diese Stadt hat immerhin 37 836 Einwohner, und es gab dort keinen Bahnverkehr mehr. Das ist nicht hinnehmbar, so etwas darf einfach nicht passieren.

Daher war dies auch ein Thema der Verkehrsministerkonferenz am 10. Januar dieses Jahres. Im Wesentlichen war das Thema die Finanzierung der Infrastruktur - ein ganz wichtiges Thema -, die Zukunft der Regionalisierungsmittel sowie die Frage, wie es mit den Entflechtungsmitteln weitergeht. Aber wir hatten ein

anderes Drehbuch: Herr Dr. Grube war auf meine Initiative hin Gast der Verkehrsministerkonferenz. Er hielt dort einen interessanten Vortrag: Zuerst gab es eine Entschuldigung - das ist richtig -, dann hat er die Bahnmitarbeiter in Schutz genommen - dies möchte ich auch unterstreichen -, einschließlich der S-Bahn-Mitarbeiter, denn diese leiden genauso darunter, dass das System nicht funktioniert. Dann gab es Vorwürfe: Vorwürfe an die Bahnindustrie und an das Eisenbahn-Bundesamt. Beim Letzteren kann man Dinge beschleunigen, aber die Sicherheit der Fahrgäste muss Primat sein. Das muss auch beim Eisenbahn-Bundesamt weiterhin gelten. Als Nächstes gab es Ankündigungen: Investitionen in Höhe von insgesamt 43 Milliarden Euro. Die Verkehrsminister waren schon sehr erstaunt darüber, wie schnell das geht und wie hoch die Investitionen sein sollen - das werden wir sicherlich noch einmal mit dem Bahnchef zu besprechen haben. Ursache ist eine schlecht gewartete Infrastruktur, sowohl im Netz wie auch bei den Fahrzeugen, und eine nicht ausreichende Fahrzeugreserve. Hier sage ich in Richtung der CDU: Das ist Verantwortung der Bahnunternehmer!

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Genau! - Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich komme jetzt zu den Defiziten im Netz: Die jährlich geforderte Abführung von 500 Millionen Euro an den Bund ist und bleibt unverantwortlich.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Bundesminister Dr. Ramsauer braucht das nicht schönzureden: Einnahmen landen beim Finanzminister - das ist auch in Brandenburg so -, sie landen also bei Herrn Dr. Schäuble und nicht im Verkehrsressort. Das ist Politik „rechte Tasche - linke Tasche“. Das, was man an Investitionen zur Verfügung stellt - die 4 Milliarden wurden genannt -, nimmt man über diesen Weg wieder ab.

Jetzt wird es richtig spannend: Auf der Verkehrsministerkonferenz gab es einen einstimmigen Beschluss. Nun muss man einmal schauen, wer so Verkehrsminister ist: Wir haben fünf Verkehrsminister, gestellt von CDU und CSU, wir haben fünf Verkehrsminister, gestellt von der SPD, wir haben vier Verkehrsminister, gestellt von der FDP, und wir haben zwei Verkehrsminister, gestellt von den Grünen. Dies ist durchaus eine Zusammensetzung, die nicht unbedingt üblich ist.

Jetzt zitiere ich einen einstimmigen Beschluss der Verkehrsminister:

„Die Verkehrsministerkonferenz fordert den Bund auf, die für den im Normalbetrieb erwarteten Qualitätsstandard sowie für den in Extremsituationen definierten Mindeststandard notwendigen Finanzmittel dauerhaft bereitzustellen. Solange diese Mittelbereitstellung nicht gewährleistet ist, sind eventuelle Gewinne der DB AG in Abstimmung mit dem Bund hierfür zu verwenden.“

Es soll also keine Gewinnabführung geben. Dies ist ein einstimmiger Beschluss von 16 Verkehrsministern. Das soll unser Maßstab in der Auseinandersetzung mit dem Bund sein.

(Beifall SPD)

Ich werde weiter für einen guten und leistungsfähigen ÖPNV im Land Brandenburg kämpfen. Bei Ausschreibungen war das

Land Brandenburg Vorreiter. Bei Ausschreibungen gab es als Bedingung immer verbesserte Verkehrsleistungen und verbesserte Fahrzeuge. Dabei wird es auch bleiben.

Zur aktuellen Situation bei der S-Bahn: Wir hatten einen gemeinsamen Termin am 7. Januar. Hier waren Bürgermeister, Landräte, Abgeordnete, von der CDU sogar der Generalsekretär, Frau Kircheis und Herr Jungclaus dabei. Ich halte es für gut, dass wir dort gemeinsam über Lösungswege gesprochen haben, denn nur gemeinsam und durch eine ordentliche Öffentlichkeitsarbeit mit ausreichenden Informationen bekommen wir das Winterchaos 2010/2011 in den Griff. Es gab Übereinstimmung: Lieber einen verlässlichen Fahrplan als einen Fahrplan, der immer wieder störanfällig ist.

Diesen Fahrplan gibt es ab dem 24. Januar dieses Jahres - eine richtige Entscheidung für die Nutzer. Es heißt aber auch: Anschlüsse müssen stimmen. Viel Abstimmung ist notwendig. Der nächste Termin ist am 4. Februar; ich lade die Sprecher der Fraktionen dazu ein. Dann müssen wir gemeinsam mit den Bürgermeistern entscheiden, wie lange dieser Notfahrplan gilt und was die Erfahrungen der ersten zwei Wochen besagen.

Zur Fahrzeugfrage: Am 7. Januar haben mich Journalisten gefragt, warum ich denn nicht ausdrücklich die 2 Milliarden Euro an Fahrzeuginvestitionen begrüßt habe. Erst einmal müssen diese 2 Milliarden Euro aufgebracht werden, und neue Fahrzeuge einzusetzen ist erst in vier bis fünf Jahren realistisch. Es wird nicht der gesamte Fahrzeugpark auf einmal ersetzt werden können. Übrigens schließen neue Fahrzeuge Ausschreibungen nicht aus. Ich habe ja beim Thema Regionalverkehr beschrieben, dass dort immer neue Fahrzeuge vorgeschrieben wurden. Es muss aber jedem bewusst sein, dass wir mit der vorhandenen Fahrzeugflotte noch mindestens zehn Jahre zu fahren haben. Deshalb brauchen wir auch Investitionen in das bestehende Wagenmaterial.

Herr Jungclaus, Ihr Zitat war ja gut, aber nicht vollständig: „Alle reden vom Wetter, wir nicht, wir fahren immer“. - Das war der Werbeslogan der Deutschen Bundesbahn 1966. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Bahn, dass die S-Bahn immer fährt. Solche Beispiele wie die Einstellung der Fahrten nach Strausberg-Nord, Wartenberg und Hennigsdorf müssen der Vergangenheit angehören. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Kircheis spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Kircheis (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In welche Richtung muss die Bahn fahren? In erster Linie müssen diejenigen das Sagen bekommen, denen die Bahn gehört. Auch wenn es Ralf Holzschuher nur sinngemäß so gesagt hat: Wir brauchen in Zukunft wieder eine Bürgerbahn statt den angegangenen Börsenwahn. Daher müssen die Fahrgäste mehr Mitspracherecht erhalten. Die Politik, in diesem Fall der Bund, muss die Interessen der Eigentümer statt die Kapitalmarktinteressen wahrnehmen. Es kann nicht sein, dass ein selbstherrlicher Bahnchef wie Herr

Mehdorn schaltet und waltet, wie er möchte. Der Bahnchef muss an die Vorgaben der Politik gebunden werden - und nicht umgekehrt.

(Vereinzelte Beifall SPD)

Herr Grube muss nach meinem Dafürhalten eine faire Chance bekommen, seine Ideen zu entwickeln. Ein solches Chaos wie bei der DB AG entsteht nicht über Nacht, genauso wenig verschwindet es über Nacht - leider. Herr Grube hat schon gute Akzente gesetzt, indem er erst einmal alle ehemaligen Politiker, die sich in der DB auf ihre alten Tage eine goldene Nase verdienen wollten, vor die Tür gesetzt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die wichtigste Strategie des DB-Konzerns darf nicht in erster Linie ein Wachstum an Rendite um jeden Preis sein. Es muss unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit vorrangig um Wachstum an Fahrgästen und transportierten Gütern gehen. Zunächst muss sich der Konzern auf sein Kerngeschäft als Deutsche Bahn konzentrieren. Es darf eben nicht darum gehen, mit Immobilienspekulationen in der Stuttgarter Innenstadt Quartalsgewinne und somit Prämien für den Vorstand zu erwirtschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine grundlegende Neuausrichtung im Fernverkehr. Wir brauchen keine Züge, die mit Geschwindigkeiten und Fahrzeiten unterwegs sind, die Flugzeugen ähnlich sind - bei den dünnen Reifen muss man Angst haben, dass sie tatsächlich irgendwann abheben. Wir brauchen wieder technisch zuverlässige Züge, die gerade auf Mitteldistanzen die Fahrgäste pünktlich und vor allem wieder günstiger ans Ziel befördern, gute Anschlüsse bieten und nicht nur Metropolen, sondern auch die Regionen erschließen. Der ICE mit seinen teuren Neubautrassen ist nicht das Nonplusultra. In Brandenburg hält er nämlich gar nicht. Wir haben erlebt, wie fast das gesamte Land Scheibchen für Scheibchen, Region für Region vom Fernverkehr abgehängt wurde. Die Uckermark hat erst beim letzten Fahrplanwechsel erneut ein Streichkonzert an Intercitys erlebt. Potsdam als größte Stadt des Landes wird nur noch von einem einzigen Intercity am Tag angefahren.

Übrigens, die Abhängung von Fernverkehr kostet auch uns als Land enorm viel Geld. Wir müssen wegfallende Leistungen mit Regionalzügen ersetzen. Sonst wäre der Zug in diesen Regionen sprichwörtlich abgefahren. Daher brauchen wir wieder einen Fernverkehr, der die Lücke zwischen ICE und Bummelzug schließt. Das Projekt eines flächendeckenden Deutschlandpaktes wäre hier eine geeignete Maßnahme.

(Vereinzelte Beifall SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Regionalverkehr haben wir viel erreicht. Projekte wie der Prignitz-Express haben gezeigt, dass mit kurzen Fahrzeiten, Direktverbindungen, guten Anschlüssen und modernen Fahrzeugen auch im ländlichen Raum Menschen zum Umsteigen auf die Schiene bewegt werden können. Doch haben derlei Projekte noch viel zu wenig Priorität. Wie lange mussten wir Brandenburger etwa auf den Ausbau der Strecke Cottbus - Berlin oder gar Berlin - Dresden warten und dafür kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen wieder ein Miteinander von DB, Eisenbahn-Bundesamt und Bahnindus-

trie. Wir brauchen kein Hin- und Herschieben von Verantwortung.

(Beifall des Abgeordneten Genilke [CDU])

Alle müssen bei Planung und Bestellung an einem Strang ziehen, um wieder langfristig technisch zuverlässige und vor allem wetterfeste Züge bzw. Fahrzeuge aufs Gleis zu setzen.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Das war einmal das Markenzeichen des Deutschen Schienenfahrzeugbaus. Das sichert viele wichtige Industriearbeitsplätze auch hier in Brandenburg.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere das Schienennetz braucht eine grundlegende Neujustierung: statt wenige teure Prestigeprojekte aus Beton für die entsprechenden Betonköpfe viele kleine Verbesserungen, mehr Geld für die Instandsetzung von Weichen, mehr Geld für Sicherheit und Sauberkeit auf den vorhandenen Bahnhöfen und Gleisen. Das macht den Betrieb zuverlässig, das ermöglicht einen flächendeckenden Taktverkehr mit kurzen Reisezeiten - nicht nur von Berlin-Hauptbahnhof nach Stuttgart, sondern auch von Schwedt nach Brandenburg an der Havel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gerade ein älter werdendes Land ist auf einen gut funktionierenden öffentlichen Verkehr angewiesen. Wir brauchen wieder eine Bahn, bei der auch Seniorinnen und Senioren leicht eine Fahrkarte kaufen können und freundliches Personal beim Einsteigen hilft, kein „Thank you for travelling“, sondern Sicherheit, Sauberkeit, Service und pünktliche Züge. Das ist es, was die Fahrgäste wollen und worauf sie auch ein Anrecht haben - keine Bahndividende und kein Verschern von Volksvermögen auf den internationalen Finanzmärkten. Wenn der Bund zu diesem Kurswechsel nicht in der Lage ist, dann muss man als Brandenburger überlegen, ob der Bund und die DB langfristig unsere richtigen Partner für den Schienenpersonenverkehr in diesem Land und in Berlin sein können. Wenn nicht, dann wäre das ein Armutszeugnis für ein Staatsunternehmen.

Zum Antrag der CDU: Frau Wehlan hat hier sehr ausdrücklich und auch sehr ausführlich begründet, warum wir diesen Antrag ablehnen, auch, Herr Genilke, weil er suggeriert, dass das Land hier ganz allein schuld ist. Im letzten „Spiegel“-Artikel von Herrn Ramsauer sieht er das anders: Er will im Bund umsteuern, und dabei hat er uns an seiner Seite.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Linksfraktion. Es spricht die Abgeordnete Kaiser.

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht darum, dass der Schienenpersonenverkehr und der öffentliche Nahverkehr auf der Schiene in Berlin und Brandenburg sichergestellt werden müssen. Die Leute, die die S-Bahn und die Bahn benutzen, wollen damit zur Arbeit fahren, sie müssen zum Studium, zum

Lernen. Das sind die, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten. Da Sorge ich mich nicht darum, dass die Dividenden der Bahn und die Gehälter der Vorstände gesichert sind.

(Beifall DIE LINKE)

Entschuldigen Sie bitte, Herr Beyer, Herr Genilke, ich habe mit keinem einzigen Wort die Interessen der Fahrgäste, der Passagiere von Ihnen hier erwähnt gehört,

(Frau Richstein [CDU]: Zuhören!)

die für etwas bezahlt haben, was sie nicht bekommen, die ihre Arbeitsstellen nicht erreichen, ihre Hochschulen nicht erreichen, ihre Prüfungen nicht machen können und bei denen Bewerbungsgespräche ersatzlos ausfallen. Das sind verpasste Chancen. Das ist eine völlig verfehlte Politik auf Kosten der Menschen in diesem Land. Und darum sollten wir uns gemeinsam sorgen.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Meine persönlichen ...

(Senfleben [CDU]: Bitte?)

- Ja, es ist hier sehr unruhig, oder hören Sie schon schlecht?

(Senfleben [CDU]: Nein, erst, seitdem Sie reden! Vorher war es schön ruhig!)

- Dann können wir das gern wieder anders machen. Aber wenn die Unruhe in der CDU-Fraktion immer dann entsteht, wenn ich spreche, kann ich daran nur schwer etwas ändern.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf der Abgeordneten Richstein [CDU])

Ich gehöre zu denen, die - wie Herr Holzschuher - persönliche Erfahrungen gesammelt haben. Ich wohne in dem betroffenen Gebiet und benutze zwischen Strausberg und Potsdam-Hauptbahnhof - wenn auch nicht täglich - Regionalverkehr und S-Bahn. An einem Tag standen die Menschen plötzlich da, und es fuhr nichts mehr. Insofern müssen wir neben der Erstellung eines verlässlichen Fahrplans mit den vorhandenen Fahrzeugen im Augenblick auch über Entschädigungsleistungen und Rückerstattungen für Abonnenten und Nutzer nachdenken, zum Beispiel über kostenfreie Nutzung. Es geht um Wiedergutmachung. Dafür haben der Deutsche-Bahn-Konzern und die Bundesregierung vorrangig Verantwortung zu tragen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ludwig [CDU])

Schulduzuweisungen ändern hier nichts. Deswegen habe ich mich, Herr Beyer, und auch liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, über Ihren Entschließungsantrag sehr gewundert, in dem Sie sagen: Für die Bestellung ist hier ausschließlich das Land verantwortlich. - Ja, halten Sie es denn theoretisch für möglich, dass das, was wir jetzt vorfinden, von dieser oder von einer vorherigen Landesregierung tatsächlich bestellt worden ist? - Ich halte das nicht für möglich.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn hier geschrieben steht, dass winterfeste Fahrzeuge bestellt werden sollen, dann kann ich Sie zumindest noch einmal freundlich auf die Bahnindustrie verweisen. Der entsprechende Verband informiert über die Wintertauglichkeit der Bahntechnik. Es geht in der gegenwärtigen Situation vorrangig nicht um konstruktionsbedingte Mängel, sondern darum, dass in den letzten zehn Jahren die vorhandenen Züge und die Technik schlampig gewartet wurden.

(Beifall DIE LINKE)

Wer jetzt mit dem Finger auf die Industrie und auf die Hersteller der Bahnwaggons zeigt, der ruiniert den Ruf einer ganzen Branche, und zwar nur, weil er von seiner eigenen Verantwortung ablenken will. Deshalb sage ich: Es geht darum, dass von der Deutschen Bahn und der Bundesregierung sichergestellt werden muss, dass der Nahverkehr wieder funktionsfähig und qualitativ hochwertig ist. Es geht also um das Handeln. Dies müssen wir einfordern, und dabei ist es völlig wurscht, in welcher Verantwortung wir hier in diesem Parlament sitzen. Wenn es Ihnen um die Menschen geht, die jeden Morgen auf dem Bahnsteig stehen und nicht wegkommen, dann müssen Sie sich mit uns gemeinsam in dieser Frage an die Bundesregierung und an die Deutsche Bahn wenden.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Wenn es nicht um Schuldzuweisungen geht, dann geht es doch um Einsichten. Da muss ich leider wieder die Fraktionen der FDP und der CDU ansprechen. Herr Kollege Holzschuher hat gesagt: Ja, die Bahnreform, die Privatisierung war ein Fehler.

(Genilke [CDU]: Nein!)

Der Börsengang geht den Menschen, den Nutzern an die Geldbörse und bringt der Deutschen Bahn Dividende. Das ist der falsche Weg. Das ist der falsche Weg! Diese Reform ist gescheitert. Es braucht die Reform dieser Reform. Es geht darum, dass öffentlicher Personennahverkehr zur Daseinsvorsorge gehört und dies eben nicht ein Wirtschaftsunternehmen ist, Herr Genilke, wie jedes andere auch.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Die Sicherung der Dividende in den letzten Jahren bedeutete: 2,5 Milliarden, 2 Milliarden. Nun sollen nach dem Willen Ihrer Regierung noch 500 Millionen im Jahr dazukommen. Darum aber geht es genau nicht, sondern es geht um einen sicheren und verlässlichen öffentlichen Personennahverkehr.

Wenn in den von Ihnen genannten Zitaten auf das Jahr 1966 zurückgegangen wird, lassen Sie mich abschließend sagen: Im Jahr 1966 fuhr, glaube ich, die S-Bahn noch - egal in welchem Verantwortungsgebiet. Die fuhr auch noch, als Herr Kohl regierte. Da hatten wir einen Spitzensteuersatz von 53 %,

(Lachen des Abgeordneten Burkardt [CDU] - Genilke [CDU]: Genau!)

jetzt liegt er bei 45 %. Es geht also um eine andere Finanz- und Steuerpolitik, die sicherstellt, dass die öffentlichen Aufgaben in diesem Land auch finanzierbar sind. Allein mit dem durch-

schnittlichen Spitzensteuersatz der OECD-Staaten hätten wir im Bundeshaushalt pro Jahr 80 Milliarden Euro mehr. Damit hätten wir auch mehr Geld dafür, dass die Menschen in Brandenburg und Berlin umweltfreundlich, zukunftssicher und sozialverträglich von A nach B kommen, um ihre Arbeit machen zu können, und wären auf einem technischen Stand auf diesem Gebiet, der diesem Jahrhundert angemessen ist. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Rednerliste zum Tagesordnungspunkt 1 - Aktuelle Stunde - angelangt. Es liegt Ihnen der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 5/2696 vor. Wer diesem Entschließungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei drei Enthaltungen wurde dieser Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 1 und begrüße zunächst unsere Gäste - Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus meiner schönen Abiturstadt Fürstenwalde. Herzlich willkommen und einen interessanten Vormittag für euch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde

Drucksache 5/2639

Wir beginnen mit der **Frage 435** (Winterdienst im Land Brandenburg), eingereicht von der Abgeordneten Gregor-Ness, gestellt von der Abgeordneten Kircheis.

Frau Kircheis (SPD):

Trotz Lieferengpässen beim Streusalz und teilweise eingeschränkter Räumung der Autobahnen konnten insbesondere durch Dauereinsätze der Mitarbeiter des Landesbetriebes Straßenwesen der Verkehrsfluss auf den Landesstraßen und Autobahnen weitgehend gesichert und ähnlich chaotische Verhältnisse wie bei der Bahn verhindert werden.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie für die zukünftige Organisation des Winterdienstes?

Präsident Fritsch:

Dies verrät uns Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, der Winterdienst ist nach dem Thema S-Bahn auch wieder ein spannendes Thema. Mein Landesbetrieb Straßenwesen war gut vorbereitet. Die Winterdienstbereitschaft war bereits im Oktober hergestellt. Insofern möchte ich mich an dieser Stelle nicht nur bei den Mitarbeitern des Landesbetriebes Stra-

ßenwesen, sondern bei allen Menschen bedanken, die in diesem Winter dafür gesorgt haben, dass andere mobil bleiben konnten. Dafür von meiner Seite ein herzliches Dankeschön!

Die Winterdienstbereitschaft war folgendermaßen aufgestellt: 340 Mitarbeiter auf den Autobahnen und 26 Zeitarbeitskräfte, die extra für diesen Zweck eingestellt wurden, 660 Mitarbeiter bei den Straßenmeistereien und 74 Zeitarbeitskräfte. Dies will ich auch weiterhin so handhaben; denn gerade im Winter haben wir besondere personelle Ressourcen vorzuhalten.

Zu der Frage Streusalz - das ist immer ein ganz spannendes Thema -: Brandenburg hat viermal ausgeschrieben, und viermal hat sich derselbe Hersteller beworben - kein weiterer. Da ergibt sich das Problem der Monopolstellung.

Gemäß den uns zur Verfügung stehenden Kapazitäten haben wir das Maximum an Streusalz eingelagert. Das sind etwa 50 % des Verbrauchs im Winter 2009/2010. Lieferverträge, die wir geschlossen hatten, wurden nicht eingehalten. Es wurde lediglich ein Drittel bzw. ein Viertel geliefert. Das wird mit Sicherheit noch Konsequenzen nach sich ziehen. Insofern denken wir auch darüber nach, die Lagerkapazitäten zu erhöhen, insbesondere durch Anmietung von Hallen.

Andere Bundesländer gehen unkonventionelle weitere Wege, worüber wir auch nachdenken. Nordrhein-Westfalen zum Beispiel hat Salz aus Chile bestellt, weil die Anbieter in Europa einfach nicht in der Lage waren, zu liefern. Das muss geprüft werden. Ich halte das nicht für unmöglich. Wenn man in Europa keinen Anbieter findet und der Preis akzeptabel ist, würde ich über solche Dinge auch nachdenken.

Dennoch will ich eines sagen: Das Land Brandenburg hat bei einer Bestellung - diese kam aus Marokko - schlechte Erfahrungen gesammelt. Dort waren Knochenteile eingemahlen und untergemischt. Insofern muss auch die Qualität stimmen, wenn man solche Dinge in Erwägung zieht.

Zudem werden wir prüfen, ob zusätzliche Haushaltsmittel für die Anmietung von weiteren Kapazitäten zur Verfügung stehen. Ich muss aber eines sagen: Der Betriebsdienst ist eine Größe im Haushalt. Wenn der Winterdienst - dieser gehört zum Betriebsdienst, aber auch weitere Aufgaben und Leistungen gehören zum Betriebsdienst - Kapazitäten benötigt, dann müssen die Mittel eben aus anderen Bereichen erbracht werden.

Als Letztes ein Appell an alle Nutzer. Ich glaube, jeder kann einen guten Beitrag leisten, indem er mit seiner eigenen Fahrweise dafür sorgt, dass man sicher durch den Winter kommt. - Herzlichen Dank.

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Schier hat eine Nachfrage.

Frau Schier (CDU):

Herr Minister, im letzten Jahr wurden durch den Landesbetrieb Straßenwesen einige Aufträge übernommen, die sonst von privaten Anbietern ausgeführt wurden. Es gibt einige Orte, in dem bemängelt wurde, dass zum Beispiel die Radwege durch den Landesbetrieb wesentlich schlechter gestreut wurden. Nun gibt es das Angebot, dass man tauschen kann: Der Landesbetrieb

Straßenwesen übernimmt den Winterdienst auf den Straßen, und die Orte übernehmen wieder das Streuen der Radwege, weil das praktischer ist. Wie stehen Sie dem gegenüber? Könnte es zu solchen Verträgen kommen?

Minister Vogelsänger:

Ich habe vor, im März im Ausschuss einen Bericht über den Winterdienst und über die Winterschäden zu geben. Ich bin gerne bereit, über solche Dinge zu diskutieren. Meine erste Prämisse war - deshalb habe ich das auch genannt -, zusätzliche Kräfte einzustellen. Das sind übrigens keine ungelernten Kräfte, die machen das mitunter jedes Jahr. Sie haben im Sommer einen Job und im Winter keine Arbeit und sind auch ein Stück weit darauf angewiesen; und sie leisten gute Arbeit.

Alles andere muss natürlich auch finanziert werden. Ich werde, wenn diese Vorschläge kommen, sie selbstverständlich prüfen.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind wir bei der **Frage 436** (Stand der Suche nach Bodenreformerben), die der Abgeordnete Görke stellt.

Görke (DIE LINKE):

Im November hat die Landesregierung durch den Finanzminister eine veränderte Vorgehensweise bei der Suche nach unbekannten Bodenreformerben angekündigt. Unter anderem wurde als Weg gezeichnet, dass durch die Veröffentlichung in Amtsblättern in einem Pilotverfahren mit der Stadt Werder/Havel nach unbekannten Bodenreformerben gesucht werden soll.

Deshalb frage ich die Landesregierung: Welche Ergebnisse sind mit der veränderten Vorgehensweise bei der Suche nach Bodenreformerben schon erzielt worden?

Präsident Fritsch:

Die Antwort wird uns Minister Dr. Markov geben.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten vier Schwerpunkte bei einer neuen Herangehensstrategie artikuliert: erstens eine nochmalige Veröffentlichung zum Eigentümer- bzw. Erbenaufruf in den regionalen Zeitungen, in der „Märkischen Allgemeinen“, der „Lausitzer Rundschau“ und der „Märkischen Oderzeitung“. Das ist am 13.11.2010 passiert. Wir haben zweitens in Bezug auf diese Veröffentlichung gesagt, dass wir auch im „Bundesanzeiger“ eine Anzeige schalten wollen, was am 16.11.2010 realisiert worden ist. Wir haben drittens gleichzeitig das Pilotprojekt mit der Stadt Werder/Havel gestartet, was insgesamt 92 Liegenschaften umfasste. Und wir hatten viertens zugesagt, dass wir eine Erhöhung der Anzahl der Grundbuchberichtigungsanträge erreichen wollen, sodass wir bis zum 30.06.2011 alle Grundbuchberichtigungsanträge dann auch gestellt haben.

Die Resultate sind folgende: Zum Stichtag 14.01.2011 - wir haben das noch einmal überprüft - haben wir 271 Anrufe bezüglich dieser Aufrufe bekommen und 84 schriftliche Anträge; von denen sind mittlerweile 20 positiv beschieden worden.

Wenn man diese zwei Monate, November und Dezember, nimmt, in denen die Aufrufe geschaltet und die Maßnahmen ergriffen worden sind, und mit den zwei Monaten davor vergleicht, stellt man fest: Wir haben doppelt so viele Anfragen erhalten. Das heißt also, es hat sich gelohnt, diesen Weg zu gehen.

Nach der Veröffentlichung im „Amtsanzeiger“ der Stadt Werder/Havel hat es 33 Rückmeldungen gegeben. Von denen sind bis jetzt zwei positiv beschieden, die anderen befinden sich noch in der Prüfung. Und wir haben zusätzlich, insbesondere in Plötzin und Plessow, 23 mögliche Berechtigte ermittelt. Jetzt ist vorgesehen, dass wir mit weiteren sieben Gemeinden - das sind Kolkwitz, Drebkau, Neuenhagen, Löwenberger Land, Neupetershain, Prötzel und Jacobsdorf - analog unserem Modellprojekt mit Werder/Havel verfahren werden. Das umfasst dann insgesamt eine Anzahl von rund 1 000 Liegenschaften. Wir haben die BBG beauftragt, die Flurstücks- und Eigentümerdaten flächendeckend zusammenzustellen, damit wir das genauso, wie wir das im „Amtsblatt“ von Werder/Havel gemacht haben, veröffentlichen können. Wir werden dann sehr wohl einen weiteren Fortschritt feststellen, davon bin ich fest überzeugt.

Bezüglich der Grundbuchberichtigungsanträge ist Folgendes zu sagen: Von Januar bis Oktober 2010 hatte das Land 963 gestellt, in den zwei Monaten danach, also November und Dezember, summiert 1 782. Das heißt, wir haben in zwei Monaten fast doppelt so viele Grundbuchberichtigungsanträge gestellt wie vorher in zehn Monaten. Ich glaube, das zeigt, dass wir unser Ziel erreichen werden, es bis zum 30.06.2011 abzuschließen; denn wenn wir die bereits rückübertragenen bzw. erledigten Anträge betrachten, dann stellen wir fest, dass wir jetzt ungefähr noch 1 900 Grundbuchberichtigungsanträge zu stellen haben. Das ist angesichts der Zahl, die wir jetzt durchschnittlich erreicht haben, absolut möglich. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Es gibt Nachfragebedarf. Herr Abgeordneter Burkardt, bitte.

Burkardt (CDU):

Herr Minister, in der Sitzung am 10. November 2010 ist von mehreren Kollegen die Frage der Onlinestellung im „Bundesanzeiger“ angesprochen bzw., wenn man sich den Wortlaut anschaut, mehr oder weniger angemahnt worden. Ich zitiere nur die Kollegin Melior: „Wie kriegen wir das hin?“ Sie haben darauf relativ ausweichend - um es freundlich zu formulieren - reagiert. Hat sich bei Ihnen mittlerweile eine andere Ansicht zur Frage der Sinnhaftigkeit der Onlinestellung der kompletten Grundstücksliste ergeben, und wenn ja, mit welchem Erfolg?

Minister Dr. Markov:

Der finanzielle Aufwand für die Erstellung der Listen, die wir dafür brauchen, ist enorm hoch. Deswegen sind wir den Weg gegangen, dass wir erst einmal die Gemeinden, in denen die Anzahl und Dichte von Grundstücken, für die Erben gesucht werden, am größten ist, im „Amtsblatt“ veröffentlichen wollen. Danach werden wir sehen, wie wir weiter verfahren. Wir haben die Anzeige im „Bundesanzeiger“ geschaltet, aber wir haben keine Liste mit den konkreten Flächen veröffentlicht, weil wir

die in dem Maße noch nicht haben. Wir müssen sie dann zusammenstellen; das kostet viel Geld.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, dem Wunsch der CDU-Fraktion, die Frage 460 vorzuziehen, können wir leider nicht entsprechen, weil dem Minister die Antwort heute noch nicht vorliegt, sondern erst morgen. Es ist etwas kompliziert, sodass wir doch bei der **Frage 437** (Singen in Kindertagesstätten) bleiben. Der Abgeordnete Hoffmann von der CDU-Fraktion stellt sie. Es ist auch eine schöne Frage.

Hoffmann (CDU):

Das ist eine sehr schöne Frage, Herr Präsident. - In der letzten Dezemberwoche haben Presseberichte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt, wonach die GEMA künftig Lizenzgebühren für das Singen von Kinderliedern in Kindertagesstätten erheben wolle. Das Singen fördert die kognitive und soziale Kompetenz bei Kindern. Entsprechend reagierte die breite Öffentlichkeit mit berechtigter Empörung auf diese Meldung. Die GEMA stellte daraufhin in einer Pressemitteilung klar, dass das Singen in Kitas selbstverständlich weiterhin erwünscht und gebührenfrei möglich ist. Erhoben würden Lizenzgebühren jedoch für das Kopieren von Noten urheberrechtlich geschützter Werke und Lieder. Mehrfach wurde der Vorschlag unterbreitet, Rahmenverträge abzuschließen, wie es bei den allgemeinbildenden Schulen bereits Praxis ist.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie den Handlungsbedarf zum Sachverhalt?

Präsident Fritsch:

Diese Antwort liegt vor. Bitte, Herr Minister Rupprecht.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu der kuriosen Situation, dass ich eine Frage nicht beantworten kann, weil meine Leute sie anscheinend nicht beantwortet haben. Uns war von diesem Tausch bis vor zehn Minuten nichts bekannt. Deshalb ist das so. Herr Petke, morgen bin ich gern bereit, diese Frage zu beantworten. Es gibt auch eine ähnliche vom Abgeordneten Günther.

Meine Damen und Herren, ich nutze die Gelegenheit, mich für die vielen Glückwünsche zu bedanken. Zum zweiten Mal habe ich die wunderbare Gelegenheit, meinen Geburtstag im Landtag zu verbringen. Es gibt nichts Schöneres.

(Heiterkeit bei der SPD)

Heute Abend lassen der Ministerpräsident und der Präsident des Landtages es sich auch nicht nehmen, einen Empfang zu geben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dafür bedanke ich mich, auch im Namen von Frau Meier. Mehr Ehre kann man nicht ernten.

Präsident Fritsch:

Das wird eine wunderbare Party.

Minister Rupprecht:

Herr Hoffmann, zu Ihrer Frage: Ich hatte eigentlich gedacht, dass Sie sie eventuell zurückziehen werden, weil wir morgen einen Tagesordnungspunkt zu diesem Thema haben.

(Hoffmann [CDU]: Darum sollte die Frage getauscht werden!)

Ich will deshalb heute auch nur in aller Kürze das Wichtigste sagen.

Das, was die GEMA im Moment macht und was zu großer Aufregung in der Öffentlichkeit geführt hat - sie macht das im Namen der Verwertungsgesellschaft Musikedition - ist rechtlich völlig legal und nachvollziehbar. Es werden für das Kopieren von Noten Gebühren erhoben, wenn die Lieder oder Kompositionen urheberrechtlich geschützt sind. Für das Singen in der Kita - Sie haben es in Ihrer Frage auch gesagt - ist natürlich nicht zu erwarten, dass Gebühren erhoben werden.

Es hat für Aufregung gesorgt; das kann ich nachvollziehen. Ich kann auch nachvollziehen, dass jetzt alle rufen: Schließt bitte Rahmenvereinbarungen mit der GEMA ab, wie es die Kultusministerkonferenz für den schulischen Bereich getan hat, damit die Kitas nicht zu sehr belastet werden. - Ich will einen anderen Weg gehen. Ich möchte zunächst einmal den Bedarf ermitteln. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in den Kitas auch nur annähernd so viele Kopien anfallen wie in den Schulen, sodass der Betrag, über den man redet, eventuell marginal ist. Das wird zurzeit ermittelt. Anschließend bin ich natürlich bereit, mit den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern - mit den Jugendministerien - darüber zu reden, wie wir gemeinsam mit der GEMA zurechtkommen. Ich glaube, das sollte uns gelingen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 438** (Eingliederungsquoten bei MAE in den Brandenburger Landkreisen), die die Abgeordnete Vogdt stellen wird.

Frau Vogdt (FDP):

Der Bundesrechnungshof hat in einem Mitte November 2010 vorgelegten internen Bericht zum Teil eklatante Mängel im Hartz-IV-System kritisiert. Unter anderem wird die Vergabe von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung - MAE -, kurz Ein-Euro-Jobs, als größtenteils wirkungslos bezeichnet. Die Kontrolleure bemängeln, dass die geförderten Arbeitsgelegenheiten in der Mehrzahl der Fälle nicht geeignet seien, die Chancen von Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Bei mehr als der Hälfte der geprüften Fälle, so die Forscher weiter, fehlten die Voraussetzungen für eine staatliche Förderung, da es sich bei den Arbeiten nicht um eine zusätzliche Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit handele oder aber, weil ungeforderten Unternehmen Konkurrenz gemacht werde. Die Jobcenter, so die Kernthese der Prüfer, wiesen nach wie vor „meist wahllos Arbeitsgelegenheiten“ zu.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie hoch waren im Jahr 2010 in den einzelnen Landkreisen die Eingliederungsquoten

für Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt aus einer MAE heraus?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Baaske antwortet.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schönen guten Morgen zunächst einmal! Die Fragestellerin unterstellt ähnlich wie der Bundesrechnungshof, dass die MAE die alleinige Funktion hätte, die Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dem ist nicht so; ich habe das hier auch schon mehrfach gesagt. Wir haben unser Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ ausführlich damit begründet, dass wir an der Stelle besser werden wollen, das heißt also, dass es Vorschaltmaßnahmen gibt, indem zuvor ein Casemanagement durchgeführt, ein Profiling erstellt und nachgefragt wird, welche Maßnahme hilfreich wäre, was man später tatsächlich an Qualifizierung aufsatteln kann, welche Vermittlungschance besteht usw. Das läuft nicht bzw. sehr unterschiedlich.

Es wäre für mich ein Leichtes, die Tabellen vorzulesen, aber das wollen Sie, glaube ich, nicht. Ich kann sie Ihnen nachher geben. Sie werden sehen, dass die Eingliederungsquoten bei uns im Land zwischen 8,7 % im Landkreis Barnim und 24 % im Havelland differieren. Die Werte machen die Unterschiedlichkeit deutlich: 8,7 % zu 24 %! Noch größer sind die Unterschiede, wenn man nur die Quoten der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen betrachtet. Das zeigt, wie unterschiedlich in den Landkreisen und ARGen herangegangen wird. Es gibt zum Teil im Vorfeld ein Profiling, ein Caseamangement oder so etwas wie eine Eingliederungsvereinbarung, worin die MAE konkret als ein Bestandteil der Eingliederung in den Arbeitsmarkt begriffen wird. Das ist sehr unterschiedlich, das stellte der Bundesrechnungshof fest. Man sollte jedoch nicht alle über einen Kamm scheren. Wenn das Havelland auf eine Eingliederungsquote von 24 % kommt, müsste man eigentlich davon ausgehen können, dass anderen Landkreise das auch erreichen können. Man muss daran arbeiten, dass die Jobcenter an dieser Stelle besser werden.

Ich möchte aus dem SGB II zitieren. Bei dem Grundsatz des Forderns - nicht des Förderns - heißt es:

„Wenn eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht möglich ist, hat der erwerbsfähige Hilfebedürftige eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit zu übernehmen.“

Das ist also eine gestellte Forderung.

Wenn es um die Förderung geht, so heißt es in § 16 SGB II:

„Für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.“

Es heißt aber auch ausdrücklich - schauen Sie sich den § 16 genau an -, dass das nur eine kleine Sequenz dessen sein kann, was tatsächlich zur Integration in den Arbeitsmarkt führt. Mehr kann und darf man davon nicht erwarten. Wer da mehr erwartet, sollte sich das SGB II noch einmal genau anschauen.

Präsident Frisch:

Es gibt Nachfragebedarf. Bitte, Frau Vogdt.

Frau Vogdt (FDP):

Ich habe eine Nachfrage. In wie vielen Fällen profitierten Kommunen, Sozialverbände und private Unternehmen vom Einsatz von Personen in einer MAE?

Minister Baaske:

Die Frage wollen Sie jetzt nicht wirklich von mir beantwortet haben?

Frau Vogdt (FDP):

Doch, deswegen habe ich sie gestellt.

Minister Baaske:

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendeine Statistik gibt, die erfasst, wer wo wann genau gearbeitet hat. Entschuldigung, das übersteigt mit Sicherheit das, was ich von hier vorn aus sagen kann. Ich nehme die Frage gern mit. Man kann sie an die BA richten. Wir können sie von Landesseite her sicher nicht beantworten. Wenn die BA die Frage beantworten kann, kann ich Ihnen die Zahlen liefern. Ansonsten kann ich Ihnen die Tabellen über die unterschiedlichen Quoten in den Landkreisen geben. Oder soll ich sie vorlesen?

(Frau Vogdt [FDP]: Ich habe noch eine Nachfrage.)

Präsident Fritsch:

Nein, bitte übergeben Sie die Tabellen und klären Sie das Weitere im Vier-Augen-Gepräch.

Minister Baaske:

Es gab noch eine Nachfrage.

Präsident Fritsch:

Nein, die Möglichkeit zu Nachfragen ist erschöpft. Zwiegespräche sind nicht zulässig; Sie wissen das.

Wir kommen zur **Frage 439** (Ansprüche gegen Versicherungen bei Binnenhochwasser), die der Abgeordnete Vogel stellt.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, hat in der Fragestunde am 17.12.2010 ausgeführt, dass es für geschädigte Privatpersonen keine „konkrete gesetzlich geregelte Unterstützung, die man in Anspruch nehmen kann“, gebe, und weiter: „Jeder ist verpflichtet, sich privat versicherungsrechtlich abzusichern“. Ich bin in der Haushaltsdebatte darauf eingegangen und habe das ausdrücklich unterstützt.

Vor dem Hintergrund verschiedener Pressemeldungen, wonach es keine Rechtsansprüche gegenüber Versicherungen gäbe, frage ich die Landesregierung: Ist sichergestellt, dass durch Binnenhochwasser entstandene Schäden von den Versicherungen als Hochwasserschäden eingestuft werden und hieraus für die

betroffenen Privatpersonen Ansprüche auf Schadensausgleich erwachsen?

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack antwortet.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vogel, ich war über diese Fragestellung ein bisschen überrascht. Ich komme darauf gleich zurück, und auch heute Abend in der Diskussion zum Antrag wird das eine Rolle spielen. Elementarschäden, zum Beispiel durch Überschwemmungen, sind üblicherweise durch Wohngebäudeversicherungen gedeckt. Überschwemmungen sind Überflutungen des Grund und Bodens, die durch Ausuferung eines oberirdischen Gewässers oder durch Witterungsniederschläge bedingt sind. So lautet die Definition. Von einer Überflutung von Grund und Boden ist nach der Rechtsprechung auszugehen, wenn sich erhebliche Wassermengen auf der Geländeoberfläche ansammeln bzw. das Wasser über die Oberfläche hinaustritt und nicht mehr erdgebunden ist. Ich gehe davon aus, dass aufgrund der Tatsache, dass wir im Oderbruch ein sogenanntes Binnenhochwasser haben, genau diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Dann muss ich Ihnen leider sagen, Herr Vogel, dass uns keine Kenntnisse darüber, in welchem Umfang Betroffene Versicherungen abgeschlossen haben, gegen welche Risiken sie im Einzelnen versichert sind und wie die Verträge konkret ausgestaltet sind, vorliegen. Deswegen bin ich der Überzeugung, dass wir als Landesregierung bezüglich Ihrer Fragestellung nicht der rechte Adressat sind.

Präsident Fritsch:

Herr Vogel hat Nachfragebedarf.

Vogel (GRÜNE/B90):

Ich kann gut nachvollziehen, dass Ihnen darüber nicht genügend Informationen vorliegen. Ich habe dennoch die Frage: Können Sie sich in Anbetracht der großen Verunsicherung in der Region vorstellen, als Landesregierung mit den Anbietern von Elementarversicherungen, die in der Region tätig sind - es ist keine große Anzahl -, ein grundsätzliches Gespräch darüber zu führen, dass das Binnenhochwasser tatsächlich als Hochwasser einzustufen ist und entsprechende Versicherungsleistungen gezahlt werden? Es wäre hilfreich, um die Verunsicherung in der Region zu mildern.

Ministerin Tack:

Lieber Kollege, vorstellen kann ich mir vieles, aber ich glaube, das ist nicht unmittelbar meine Aufgabe. Ich habe die Definition vorgelesen. Jeder kann sie an die betroffenen Hausbesitzer in der Region herantragen, um deutlich zu machen: Es gibt einen berechtigten Anspruch, den man gegenüber den Versicherungen deutlich einfordern sollte.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Die **Frage 440** (Bund senkt Arbeitsförderungsleistungen - Eingliederungstitel) stellen die Abgeordnete

ten Bischoff und Krause. Herr Bischoff wird die Frage formulieren.

Bischoff (SPD):

Der Bund senkt 2011 die Mittel für Arbeitsförderungsleistungen sehr deutlich ab. Für die Arbeitsmarktreion Uckermark bedeutet dies eine Kürzung um über 30 %. Damit stehen für die Neubewilligung von Arbeitsgelegenheiten laut Kreisverwaltung Uckermark 2011 kaum noch Mittel zur Verfügung. Die aktuelle Arbeitslosenquote in der Uckermark liegt trotz der allgemeinen Erholung am Arbeitsmarkt bei ca. 16 %, im Barnim - zum Vergleich - bei ca. 10 %.

Ich frage daher die Landesregierung: Erfolgt die Verteilung der Mittelkürzung des Bundes nach der jeweiligen Arbeitsmarktlage der Region, oder werden die Mittel gleichmäßig gekürzt?

Präsident Fritsch:

Minister Baaske antwortet.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Bischoff, gleichmäßig nicht, es gibt eine sogenannte Eingliederungsmittelverordnung. Laut dieser Eingliederungsmittelverordnung wird genau geschaut, wie die Quote der Erwerbsfähigen, die Erwerbslosenquote im Lande ist. Das ist also das Verhältnis der Erwerbslosen im SGB II zu den Erwerbsfähigen, die im Jobcenterbereich überhaupt da sind. Je nachdem, wenn es da große Ausreißer nach unten oder nach oben gibt, wird diese Quote unterschiedlich berücksichtigt, erfolgt dann dieser Eingliederungsmittelzuschuss. Generell - da haben Sie vollkommen Recht - sind die Eingliederungsmittel in diesem Jahr um 4,66 Milliarden Euro drastisch zurückgegangen - ehrlicherweise muss man sagen: nach Abzug der Programme, die darin enthalten sind, zum Beispiel „Bürgerarbeit“; das sind trotzdem immerhin 24,8 % weniger als im vergangenen Jahr.

Dass man die Erwerbslosenquoten in den Landkreisen berücksichtigt, wird Ihnen vielleicht klar, wenn Sie sehen, dass die Uckermark im Verhältnis zum Landkreis Potsdam-Mittelmark beispielsweise für das Jahr 2010 mehr Mittel bekommen hat - Uckermark 29 Millionen Euro, Potsdam-Mittelmark 14 Millionen Euro -, weil die Arbeitslosigkeit und die Zahl der SGB-II-Empfänger in der Uckermark wesentlich größer ist. Jetzt ist Folgendes passiert: In den letzten Jahren ist die Quote der Erwerbslosen nach dem SGB II in der Uckermark um 5 % zurückgegangen. Das hat sich drastisch - um die 33 %, die Sie genannt haben - ausgewirkt. Bei der Zuteilung für dieses Jahr: In diesem Jahr liegt die Uckermark bei 19,5 %, ein Minus von 33 %, das ist die höchste Zahl, die wir in Brandenburg überhaupt haben. Für Potsdam-Mittelmark sind es 10 Millionen, die darin enthalten sind, weil dort der Rückgang nicht so drastisch ist. Aber, wie gesagt, das hängt mit der Quote zusammen, wie sich die Arbeitsmarktsituation dort verbessert hat; dementsprechend gehen dann auch die Mittel aus dem Eingliederungstitel zurück. Tut mir leid.

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Krause hat eine Nachfrage.

Krause (DIE LINKE):

Es ist erst einmal positiv, zu hören, dass die Arbeitsmarktsituation vor Ort in den Regionen bei diesen Einschnitten beachtet wird. Trotzdem ist der Einschnitt sehr massiv, und die Mittel werden drastisch zurückgefahren. Sehen Sie da noch einen Verhandlungsspielraum gegenüber dem Bund, um Veränderungen herbeizuführen und die Situation - ich sage mal - abgefederter darzustellen und den Regionen, die mit dieser Problematik schwer zu tun haben, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen?

Minister Baaske:

Wir haben das Thema im Zuge der SGB-II-Reform in Berlin mit angesprochen. Ich werde das heute Nachmittag auch wieder tun. Wir haben zumindest vor, wenigstens die 400 Millionen Euro, die im vergangenen Jahr aufgrund der Haushaltseinschränkung - es gab ja Haushaltssperren usw. - bei der BA nicht abgeflossen sind, ins Jahr 2011 retten und dann explizit für solche Projekte nutzen zu können, zumindest den Eingliederungstitel, und dann für den Bereich der Langzeitarbeitslosen zu verwenden. Allerdings muss ich ehrlich zugeben, gibt es bisher wenig Entgegenkommen seitens des Bundesministeriums und auch seitens der B-Länder, also seitens der CDU und der FDP. Wir werden es trotzdem weiter verhandeln.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Damit sind wir bei der **Frage 441** (Entwicklungspolitische Leitlinien - Brandenburg in der Einen Welt) der Abgeordneten Stobrawa.

Frau Stobrawa (DIE LINKE):

20 Jahre Brandenburg bedeuten auch 20 Jahre breites ehrenamtliches Engagement im Bereich der developmentalen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie eine umfangreiche Projektarbeit von Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Um diese Bemühungen zu unterstützen, haben die Koalitionspartner eine Überarbeitung der Entwicklungspolitischen Leitlinien aus dem Jahre 1999 geplant. Am 3. Dezember 2010 führte die Landesregierung zusammen mit developmentalen Akteuren und Experten aus Brandenburg und anderen Bundesländern einen runden Tisch durch, bei dem Erfahrungen und konkrete Ideen im Vorfeld der geplanten Überarbeitung der Leitlinien ausgetauscht wurden.

Ich frage die Landesregierung deshalb vor diesem Hintergrund: Welche Vorstellungen hat sie für das weitere Verfahren und die Inhalte der geplanten Neufassung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg?

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers wird antworten.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Stobrawa, Entwicklungspolitik muss sich mit sehr unterschiedlichen Interessenlagen auseinandersetzen. Entwicklungspolitik vollzieht sich im Spannungsfeld zwischen der Unterstützung

von demokratischen Entwicklungen in den Ländern, von wirtschaftlichen Interessen, Handels- und Landwirtschaftsinteressen sowie außen- und sicherheitspolitischen Interessen.

Mit dem Blick auf unsere Mitverantwortung hat sich die Landesregierung Brandenburg verpflichtet, mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zur demokratischen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen und sozial gerechten Entwicklung zu leisten. Darüber hinaus sollen - wie Sie bereits erwähnt haben - die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung von 1999 neu aufgelegt werden - nicht nur überarbeitet, sondern neu aufgelegt werden -, um der sich verändernden globalen Situation zu entsprechen.

Die Regierungschefs der Länder haben anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz im Oktober 2008 bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder die eigene Verantwortung noch einmal betont. Als Kernkompetenzen und Handlungsfelder für das Engagement der Länder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit wurden gesehen: Klimaschutz und Energie, Ernährungssicherheit und ländlicher Raum, Migration und Entwicklung, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung und Dezentralisierung, Kultur und Entwicklung sowie entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in den eigenen Bundesländern.

Die Landesregierung wird nun eigene Leitlinien aufstellen, das ist nur sinnvoll, unter Einbeziehung des vorhandenen Wissens und Könnens sowie der Erfahrungen von Akteuren, die seit Jahren auf diesem Gebiet tätig sind. Dabei wollen wir einen kritischen Diskurs mit ihnen führen. Am 3. Dezember 2010 gab es eine gemeinsame Beratung mit dem Eine-Welt-Landesnetzwerk Brandenburg e. V. VENROB, mit Vertretern unter anderem der Nichtregierungsorganisationen, von Verbänden, Kirchen, der Verwaltung, von Vertretern der Politik sowie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie aus Nordrhein-Westfalen. In diesem Gespräch wurden vonseiten der Teilnehmer zahlreiche Themen aufgerufen, die in ihrer Gesamtheit die Möglichkeiten des Landes Brandenburg übersteigen.

Wir sind derzeit dabei, die Anregungen mit unseren landespolitischen Prioritäten abzustimmen und einen ersten Entwurf der Leitlinien unter Beachtung der Schwerpunkte der Ministerpräsidentenkonferenz zu fertigen. Zum Fahrplan: Nach der Ausrichtung der Länderperspektivkonferenz - einer Sitzung des Bund-Länder-Ausschusses unter Vorsitz Brandenburgs -, die unter anderem Fragen im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs zur Umsetzung entwicklungspolitischer Leitlinien in anderen Ländern thematisiert, ist geplant, nach Durchführung des Abstimmungsverfahrens und der Durchführung eines zweiten runden Tisches die Neufassung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg noch vor der Sommerpause zu verabschieden.

Danach wird die Unterrichtung des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik erfolgen. Ich gehe davon aus, Frau Kollegin Stobrawa, dass wir uns bei diesem zweiten runden Tisch endgültig abstimmen können, auch mit den Akteuren, auf welche Bereiche wir uns konzentrieren, was wir an Schwerpunkten, die die Ministerkonferenz definiert hat, im Land Brandenburg umsetzen können und werden. Ich hoffe

weiterhin auf eine aktive Begleitung auch durch das Parlament.
- Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 442** (Winterschäden an Landesstraßen) des Abgeordneten Genilke.

Genilke (CDU):

Bereits jetzt ist abzusehen, dass die Straßen des Landes aufgrund des enormen Investitionsstaus bei der Instandhaltung auch nach diesem Winter wieder erhebliche Schäden aufweisen werden. Die zahlreichen Schlaglöcher führen zu Schäden an den Fahrzeugen der Bürger und gefährden die Sicherheit im Straßenverkehr. Im Haushalt 2011 stehen für den Landesstraßenbau aber gleichzeitig 17 Millionen Euro weniger zur Verfügung.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie stellt sie angesichts der Einsparungen von 17 Millionen Euro sicher, dass die Winterschäden an den Landesstraßen zügig und möglichst nachhaltig beseitigt werden können?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Vogelsänger wird antworten.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Genilke, ich will eines sagen: Schäden haben wir an allen Straßen - Bundesstraßen genauso wie Landesstraßen als auch Kommunalstraßen; wir sind ja Auftragsverwalter für den Bund. Ich habe angekündigt, dass wir im März im Ausschuss einen Bericht zum Winterdienst und zu den Winterschäden geben. Das macht Herr Dr. Ramsauer übrigens heute schon im Verkehrsausschuss des Bundestages. Das halte ich für ein wenig verfrüht. Dass der Winter beim Bund jetzt schon aufhört, glaube ich eigentlich nicht. Er hat angekündigt: 2,2 Milliarden Euro - das war heute in den Radiosendern zu hören.

Zur Aufklärung: Die 2,2 Milliarden Euro sind der ganz normale Erhaltungstitel, davon bekommt das Land Brandenburg nach meiner Kenntnis 71,9 Millionen Euro. Das können wir dann, wenn wir den Bericht geben, noch einmal kontrollieren. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung wird die Länder anweisen, mit den Erhaltungsmitteln vorrangig die Frostschäden an Bundesstraßen zu beseitigen, gegebenenfalls unter Zurückstellung anderer Investitionen. Es ist also kein zusätzliches Geld; das muss man dazu sagen.

Wir haben Mittel für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung zur Verfügung. Meine erste Aufgabe ist es, diese Mittel möglichst zügig einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Investitionen, die im Haushalt beschlossen worden sind - ich bin den Abgeordneten daher dankbar -, möglichst schnell ausgeschrieben und umgesetzt werden. Wenn es möglich ist, die Straßen „grundhaft“ auszubauen, hat man die Frostschäden im nächsten Jahr nicht.

Ob es möglich ist, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, werde ich prüfen. Aber wir haben einen beschlossenen Haus-

halt, und innerhalb dieses Haushalts werden wir uns entsprechend bewegen.

Die Straßenmeistereien des Landes kontrollieren im Rahmen der Streckenwartung die Straßen. Gegebenenfalls gibt es jetzt schon die ersten Sofortmaßnahmen, was die Schlaglochbeseitigung betrifft. Die Schäden sind aber immens. Es ist der dritte harte Winter hintereinander. Winter ist grundsätzlich nichts Ungewöhnliches, aber wir hatten in den Jahren zuvor eher milde Winter. Somit sorgt auch dieser Winter - wie in den beiden Vorjahren - für erhebliche Schäden.

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragebedarf. Wahrscheinlich hat Herr Genilke auch schon mehr als drei Winter erlebt. Bitte.

Genilke (CDU):

Selbst auf die Gefahr hin, Herr Minister, dass wir einen vierten Winter bekommen, gestatten Sie mir die Nachfrage. Sie sprachen von den Titeln in Bezug auf den Erhalt der Straßen. Es ging um den Bundeshaushalt und die Titel bei uns - ebenfalls in Bezug auf die Erhaltung von Straßen. Ich glaube, es ging um 33 Millionen Euro. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie das vollständig für die Beseitigung der Winterschäden verwenden wollen? - Aus diesem Titel werden doch ansonsten auch Gelder für die Pflege von Bäumen bzw. Rasenwartungen im Sommer genommen. Das bedarf sicher einer Richtigstellung. Mir geht es nur darum, dass Sie nicht falsch verstanden werden.

Minister Vogelsänger:

Herr Abgeordneter, ich habe gesagt, ich werde möglichst zügig die Mittel, die mir zur Verfügung stehen, einsetzen. Selbstverständlich können nicht alle Mittel für die Beseitigungsmaßnahmen im Rahmen des Winterdienstes eingestellt werden. Für Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung haben wir 47 Millionen Euro. Etwas mehr als 76 Millionen Euro haben wir für Investitionen. Darin enthalten sind allerdings Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Ich sehe es als eine gute Chance an, diese Investitionen möglichst schnell anzuschieben, weil wir einen beschlossenen Landeshaushalt haben. Das ist nach meiner Kenntnis im Mai 2010 der Fall gewesen. Von dieser Seite aus gesehen stellt sich die Situation besser dar. Ich freue mich auf eine engagierte Diskussion im Fachausschuss im März 2011.

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Abgeordnete Alter, die Gelegenheit hat, die **Frage 443** (Sicherung von Landesstraßen bei Überflutungen) zu formulieren.

Frau Alter (SPD):

Seit dem 09.01.2011 ist die Landesstraße 412 zwischen Neu Golm und Bad Saarow kurz hinter dem Ortsausgang Neu Golm überschwemmt. Dies war der Polizei ab ca. 17 Uhr bekannt. Die Straßenmeisterei Beeskow sperrte die Straße am 10.01.2011 um 7 Uhr. Anfänglich wurde eine Wassertiefe von 10 cm gemessen, gegen Morgen des 10.01.2011 dann 25 cm. Aufgrund von nicht geklärten Zuständigkeiten wurden die zu späte Sper-

rung und die damit verbundene Gefährdung der Verkehrsteilnehmer durch die Behörden presseöffentlich in der „Märkischen Oderzeitung“ kritisiert.

Ich frage daher die Landesregierung: Wer ist im Fall der Überflutung von Landesstraßen laut Notfallplan für die Sicherung zuständig?

Präsident Fritsch:

Die Antwort gibt Minister Vogelsänger.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Alter, ich komme zunächst dazu, wer welche Rufbereitschaft hat. Die einzige Instanz mit einer 24-stündigen Rufbereitschaft ist die Polizei. Auch nach der Polizeireform wird das so bleiben.

Der Landesbetrieb Straßenwesen - hier vertreten durch die Straßenmeisterei Beeskow - hat eine Rufbereitschaft von 6 bis 22 Uhr. Innerhalb dieses Zeitraumes trifft der Straßenbaulastträger alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf den Straßen. Außerhalb dieses Zeitraumes ergreifen die Stellen, die mit der allgemeinen Gefahrenabwehr beauftragt sind, zum Beispiel Polizei oder Feuerwehr, erste Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf der Straße.

Im Winter sind außerdem ab ca. 3 Uhr die Fahrzeuge des Winterdienstes auf den Straßen unterwegs. Selbstverständlich ergreifen auch Winterdienstmitarbeiter erste Maßnahmen zur Sicherung von Gefahrenstellen.

Ich habe mir die Details noch einmal kommen lassen. Am 10. Januar 2011 - gegen 5 Uhr - wurde bei der Winterdienstkontrollfahrt durch die Mitarbeiter der Straßenmeisterei eine Überflutung der Landesstraße 412 festgestellt und auch die Leitstelle der Polizei informiert. Daraufhin wurde auch die Feuerwehr zum Einsatz gebracht. Gemeinsam wurde versucht, das Wasser von der Straße abzuleiten. Leider war dies nicht möglich.

Dazu ist ein Blick in die Geschichte erforderlich: Die Ortsdurchfahrt Neu Golm und der hier in Rede stehende Bereich sind deshalb problematisch, weil man in den 70er Jahren dort Meliorationsgräben beseitigt hat. Da sieht man, welche Folgen so etwas haben kann. Das ist in der aktuellen Diskussion in Bezug auf die Hochwasserschäden ebenfalls immer zu berücksichtigen.

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält die Abgeordnete Wöllert, die Gelegenheit hat, die **Frage 444** (Gesetzeslücke bei Hartz IV?) zu formulieren.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Die „Lausitzer Rundschau“ berichtete am 4. Januar über den Fall einer jungen Frau aus Forst. Sie benötigt finanzielle Unterstützung während einer Ausbildung zur Sozialassistentin. Ihre Eltern erhalten Grundsicherung nach dem SGB II und können sie nicht unterstützen. Aufgrund der Rechtslage erhält die junge Frau aber weder BAföG noch Leistungen zum Lebensunter-

halt nach dem SGB II. Sie würde Leistungen nach dem SGB II aber erhalten, wenn sie ihre Ausbildung abbrechen würde.

Sollte die Landesregierung anhand dieses Falles gesetzlichen Korrekturbedarf sehen, frage ich: Wird sie entsprechende Vorschläge in die aktuellen Verhandlungen um Hartz IV einbringen?

Präsident Fritsch:

Was sagen Sie dazu Herr Minister Baaske?

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Wöllert, so etwas passiert, wenn man sich zu kurz fasst. Der Einzelfall ist in der Regel wesentlich komplizierter. In der Tat ist es so, dass § 7 SGB II besagt, dass wir dann leisten, wenn BAföG wirklich nicht mehr geht. Die erste Prüfung betrifft also das BAföG. Wenn BAföG nicht mehr geht, dann schaut man, was ersatzweise in Betracht kommt.

Die junge Frau hat zweimal das Studium abgebrochen. Wenn man nur einmal das Studium abbricht, dann sagt das BAföG-Amt - vorausgesetzt, man hat sich rechtzeitig gemeldet -, dass Alternativen geprüft werden. Wenn man sich aber gar nicht meldet, dann ist nach dem zweiten Abbruch ein erneuter Einstieg unter dem Gesichtspunkt BAföG fast unmöglich. Das gilt wohl selbst dann, wenn ein schulischer Ausbildungsgang ergriffen werden sollte. Ich jedenfalls gehe davon aus, dass BAföG dann nicht mehr greift.

Wenn BAföG aber nicht mehr greift, dann wird es richtig schwierig. Das SGB II besagt vom Grundsatz her: Wir leisten nur, wenn jemand auch dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Ansonsten kommt gegebenenfalls eine Integrationsleistung in Betracht. Da geht es erneut um eine intensive Prüfung des Einzelfalls.

Hier komme ich wieder zu dem Fall in Forst: Die junge Dame war noch nicht beim Grundsicherungsamt. Sie war noch nicht beim Eigenbetrieb in Forst. Sie hat ihr Anliegen noch nicht vorgetragen. Deshalb ist es extrem schwierig, von Amts wegen zu urteilen, was man hier am besten macht.

Ich kenne viele ähnliche Fälle. Viele waren auch schon in meinem Bürgerbüro. Jeder von uns kennt wahrscheinlich solche Fälle. Die Leute kommen und sagen, sie hätten eine Bildungsmaßnahme und das Amt bezahle sie nicht. Ich weiß aber auch, wie intensiv mitunter Bildungsträger dafür werben, dass man zu ihnen kommt. Oft wird dann gesagt: Das ist kein Problem, wir kümmern uns um die Finanzierung, Leistungsträger stehen bereit. - Offensichtlich war das auch im vorliegenden Fall so. Der jungen Frau ist offensichtlich sehr viel versprochen worden. Es ging um die Unterstützungen neben der Ausbildung zur Sozialassistentin. Das kriegt sie aber so ohne weiteres nicht. Vielmehr muss im Einzelfall geprüft werden, was geht und was nicht geht.

Vollkommen richtig ist: Wäre sie arbeitslos, würde sie die Unterstützung nach SGB II bekommen. Dann würde im konkreten Fall der Fallmanager schauen, welche Eingliederungsleistungen es hier gibt. Dann wiederum kann man schauen, ob § 77 SGB II greift. Hier geht es um Bildungsgutscheine und ande-

res. In § 77 Abs. 5 heißt es jedoch wieder sehr konkret, man müsse vorher drei Jahre gearbeitet haben.

Die Jobcenter, die ich kenne, regen dann in der Regel an - um die Malaise mit den drei Jahren hinzukriegen -, eine duale Ausbildung zu machen. Danach kann man wiederum andere Sachen machen, für die man vom Jobcenter Unterstützung gemäß § 77 bekommt. Es handelt sich aber - ich wiederhole mich - um eine komplizierte Prüfung des Einzelfalls.

Dabei verstehe ich allerdings die Intention des Gesetzes: Wenn BAföG nicht geht, dann muss im Einzelfall mit dem Amt geprüft werden, was funktionieren kann. Es sind im SGB II genug Möglichkeiten der Integration gegeben. Das ist ein „riesengroßer Koffer“, viel größer, als er vor 2004 war. Jetzt muss man innerhalb dieses „Koffers“ schauen, was geht. Aber dazu müsste die junge Frau erst einmal selbst vorstellig werden und darlegen, was sie machen will.

Ich habe gestern mit zwei Jobcenter-Chefs gesprochen, auch über diesen Fall. Sie haben mir gesagt, sie würden sich im Nachhinein, nur weil die junge Frau in die Falle eines Bildungsträgers geraten ist, sehr schwer tun, etwas zu leisten. An erster Stelle solle vielmehr ein grundsätzliches Profiling stehen: Was ist ihr Interesse? Wohin will sie? - Dann könne man nach einer Alternative schauen.

Ich halte es jedoch für schwierig zu sagen: Nach dreimaligem Absagen ist immer noch die Inanspruchnahme von BAföG möglich, und falls nicht, kann die Ausbildung auf der Grundlage des SGB II bezahlt werden. - Eine Einzelfallprüfung muss schon sein.

Präsident Fritsch:

Eine Nachfrage stellt Frau Wöllert.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Ich habe nur die Nachfrage, ob Sie mir zustimmen, dass in diesem speziellen Fall nach einer Möglichkeit gesucht werden muss, damit die junge Frau nicht ein drittes Mal eine Ausbildung abbricht - das wäre gesamtgesellschaftlich teurer -, um in den Genuss einer anderen Förderung zu kommen. Muss hier nicht nach einer Lösung gesucht werden, die darin besteht, dass die junge Frau ihre Ausbildung beendet und zukünftig nicht mehr hilfebedürftig ist?

(Frau Lehmann [SPD]: Aber dafür muss sie etwas tun!)

Minister Baaske:

Vollkommen richtig. Aber wenn mir der Chef des Eigenbetriebes in Forst sagt, sie sei noch nicht einmal da gewesen, dann ist es natürlich schwierig, nach einer Lösung zu suchen. Grundvoraussetzung ist doch, dass man vorspricht und das Problem darlegt. Sie hat wohl ihren Vater schon hingeschickt, aber das nützt doch nichts. Dort muss wirklich im Einzelfall „profiled“ werden.

Auch ich hielte es für aberwitzig - wenn sich tatsächlich herausstellt, dass Sozialassistentin der Beruf wäre, der ihr weiterhelfen würde -, ihr zu sagen: Jetzt musst du erst einmal die bisherige Qualifizierungsmaßnahme kündigen, um dann weiterzumachen, das heißt, von vorn anzufangen.

Wie gesagt, mir haben gestern mehrere Kollegen gesagt, mit Sozialassistenten sei es sehr schwer. Momentan werben wohl die Träger sehr aggressiv dafür und versprechen sonst was. Das ist natürlich auch nicht schön.

Frau Wöllert, meine Bitte: Wenn Sie die Frau kennen, schicken Sie sie zum Amt. Dann muss man sehen, wie man in dem Fall weiterkommt. - Danke sehr.

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Bretz stellt die **Frage 445** (Aktuelle Strompreisentwicklung). Bitte sehr.

Bretz (CDU):

Das Thema Strompreiserhöhung ist Gegenstand der aktuellen Presseberichterstattung und auch Ärgernis vieler Verbraucher.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Landes Brandenburg: Wie beurteilt sie die Strompreisentwicklung gerade vor dem Hintergrund der Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz?

Präsident Fritsch:

Minister Christoffers antwortet.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Bretz, gestatten Sie mir, bevor ich auf die Frage zum EEG eingehe, zwei Bemerkungen vorab:

Erstens: Im Gegensatz zur Erzeugung ist der Strommarkt liberalisiert. Man kann deutschlandweit mittlerweile zwischen 1 000 Anbietern wählen. Damit verbunden ist aber auch, dass die Strompreise - anders als die Netzentgelte - nicht mehr einer behördlichen Kontrolle unterliegen. Insoweit haben also die Stromanbieter die Möglichkeit der Preisgestaltung. Das bedeutet: Die Anbieter können sich bei ihrer Entscheidung, wann sie gestiegene oder gesunkene Kosten an die Kunden weitergeben, am Markt bzw. an ihrer Einschätzung des Marktes orientieren.

Die Unternehmen verfolgen dabei unterschiedliche Strategien. Eine Strategie ist es, Kostenerhöhungen unmittelbar an die Kunden weiterzugeben; andere Unternehmen versuchen, das zu staffeln und zeitlich zu strecken. Auch in Brandenburg sind beide Varianten anzutreffen.

Allerdings ist die Erhöhung sogenannter staatlich verordneter Kosten, beispielsweise über das EEG, offensichtlich für viele Unternehmen eine Möglichkeit, durchgängig Preiserhöhungen an die Verbraucher weiterzureichen, weil auch die Begründung plausibel erscheint. Insofern spielt selbstverständlich das EEG eine große Rolle. Die Preise sind - über das EEG - von 2,04 auf 3,53 Cent pro Kilowattstunde angestiegen. Das hat eine Debatte ausgelöst, in welcher Form und mit welcher Struktur dieses Gesetz weitergelten soll. Sie wissen, dass der Bundesverband Solarindustrie gegenwärtig mit dem Bundesumweltministerium in Gesprächen ist, ob und inwieweit der bisher geplante Subventionsrahmen in diesem Bereich aufrechterhalten werden kann.

Herr Bretz, darüber hinaus gibt es aber noch eine zweite maßgebliche Ursache für die gegenwärtige Strompreissteigerung, zumindest im Osten und damit auch in Brandenburg. Im Gegensatz zu den Aussagen von Herrn Kurth sind die Netzentgelte, die einen erheblichen Teil des Strompreises ausmachen, hier nicht gesunken. Hintergrund für diese Tatsache ist, dass sich die Stromverteiler 2010 hinsichtlich der Menge des einzuleitenden Stroms verschätzt haben. Diese - unterschätzte - Menge ist auf 2011 vorgetragen worden. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund: Es gibt leider keine bundesweite Umlage von Netzentgelten. Alle Regionen, die in besonderem Maße vom Ausbau der erneuerbaren Energien betroffen sind, haben höhere Netzentgeltkosten, weil die Kosten für den Ausbau der Netze nur regional überwält werden. Um es deutlich zu sagen: Das geschieht mittlerweile in einem Umfang, dass sich die ostdeutschen Länder - gemeinsam mit Niedersachsen - auf der Wirtschaftsministerkonferenz im Dezember in Cottbus auf Initiative des Landes Brandenburg darauf verständigt haben, die Bundesregierung aufzufordern, bis zur nächsten Wirtschaftsministerkonferenz im Frühjahr dieses Jahres eine Studie vorzulegen, inwieweit die höheren Netzentgeltkosten einen Verbraucher- und Wettbewerbsnachteil in diesen Regionen ergeben. Nach ersten Schätzungen gehen wir davon aus, wenn es in Zukunft kein einheitliches Regelwerk gibt, dass wir im Osten, aber auch in Ländern wie Niedersachsen und Schleswig-Holstein, zu einem erheblichen Verbraucher- und Wettbewerbsnachteil kommen werden. Deswegen haben die Wirtschaftsminister auf ihrer Konferenz einstimmig diesen Prüfauftrag beschlossen. Ich hoffe sehr, dass die Ergebnisse bis zum Frühjahr vorliegen, weil die genannte Problematik eine der tragenden Säulen möglicher Strompreiserhöhungen auch in der Perspektive sein kann.

Um auf die EEG-Problematik zurückzukommen: Die Debatte darüber haben wir bereits 2010 geführt. Wir als Landesregierung haben immer die Position bezogen, dass wir einen verlässlichen struktur- und ordnungspolitischen Rahmen brauchen. Im Gegensatz zur Situation 2010 hat die Bundesregierung mittlerweile Gespräche mit den Akteuren angefangen, um gemeinsam mit ihnen zu prüfen, ob - und wenn ja, inwieweit - die Subventionen in diesem Bereich ihr industrie- und ordnungspolitisches Ziel erreicht haben und eine Absenkung möglich erscheint. Wir warten ab, worauf man sich in diesen Gesprächen einigen kann.

Ich warne dringend davor, wieder in Aktionismus zu verfallen, der darauf hinausläufe, jedes Jahr zwei oder drei Senkungen in diesem Bereich vorzunehmen. Das würde zwangsläufig dazu führen, dass keine Investitionssicherheit und keine Nachfragesicherheit gegeben wäre. Letztlich würde eine industrielle Branche, deren Produkte die Verbraucher nutzen wollen, zutiefst verunsichert, und notwendige Investitionen blieben aus.

Ich hoffe sehr, dass wir in der jetzigen Situation der Neuorientierung in diesem Bereich gemeinsam mit den Akteuren, den übrigen Bundesländern und dem Bund zu Regelungen kommen können, die sowohl für die Verbraucher als auch für den dringend notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien eine tragfähige, belastbare und vor allen Dingen langfristige Perspektive ergeben. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Es gibt Nachfragebedarf. Herr Bretz, bitte.

Bretz (CDU):

Ich habe zwei Nachfragen. Herr Minister, zunächst einmal vielen Dank für Ihre dehnungsfreudige Antwort.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte gern nachfassen und stelle meine erste konkrete Nachfrage: Halten Sie eine Kürzung der Einspeisevergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz für notwendig, insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Vertreter der Solarwirtschaft diese Idee selbst ins Gespräch gebracht haben?

Die zweite - logische - Nachfrage: In welchem Maße halten Sie eine solche Kürzung für möglich?

Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihre Antworten etwas konkreter gestalten könnten. - Danke.

Minister Christoffers:

Lieber Kollege Bretz, ich bedanke mich für Ihre etwas dehnungsfreudige Fragestellung, die Sie gerade eingebracht haben.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich habe in meiner Antwort bereits zwei konkrete Sachverhalte dargelegt. Eine Kürzung der Einspeisevergütung ist möglich, wenn ein langfristig gültiger Rahmen, der von allen Akteuren akzeptiert wird, Planungs- und Investitionssicherheit bringt. Vorher muss, wie gesagt, gemeinsam mit ihnen entschieden werden. In welchem Umfang eine Kürzung möglich ist, ist Gegenstand der Gespräche, die gegenwärtig geführt werden.

Herr Bretz, um auch das deutlich zu machen: Im Land Brandenburg arbeiten mittlerweile 12 000 Menschen in dieser Branche. Ich als Wirtschafts- und Europaminister werde der Letzte sein, der diese Arbeitsplätze durch eine unkoordinierte Ordnungspolitik infrage stellt.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD)

Deswegen gibt es die Gespräche. Deswegen werden die Möglichkeiten ausgelotet. Selbstverständlich gibt es Spielräume, die man auch zur Absenkung der Vergütung nutzen kann. Das aber wird mit der Branche und mit der Politik zu bereden sein. Sie werden von mir hier heute keinen konkreten Satz hören, auch wenn Sie es gern möchten. Darüber sprechen wir erst einmal mit allen Betroffenen.

Wovor ich ausdrücklich warnen möchte, Herr Bretz - meine Bitte richtet sich auch an die CDU, möglicherweise auf Ihre Kollegen im Bund einzuwirken -, ist Folgendes: Ich warne dringend vor einer Deckelung der Einspeisevergütung. Das hat Spanien gemacht. In Spanien ist der Markt nach dieser politischen Entscheidung zusammengebrochen.

Es muss darum gehen, in einem abgestuften Verfahren entsprechend der zusätzlich zugeleiteten Energieleistung ein abgestuftes Verfahren auch der Vergütung hinzubekommen, um hier die Kosten für den Steuerzahler in Grenzen zu halten. Vor einer Deckelung möchte ich ausdrücklich warnen. Dazu liegen in Europa negative Erfahrungen vor. Auf diesen Weg sollten wir uns nicht begeben. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Interesse der Erreichbarkeit des Parlamentarischen Abends heute Abend und der verlängerten Redezeit unter Tagesordnungspunkt 8 würde ich die Fragestunde jetzt beenden. Die beiden offenen Fragen werden ohnehin schriftlich beantwortet.

Wir verlassen damit Tagesordnungspunkt 2, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt über die Übertragung der Zuständigkeit in Staatsschutz-Strafsachen

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/2390

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 5/2641

Hier wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Ich stelle die Beschlussempfehlung, Drucksache 5/2641, zur Abstimmung. Wer ihr Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides kann ich nicht feststellen. Damit ist dieser Beschlussempfehlung gefolgt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3.

Ich bitte Sie, anders als in der ausgedruckten Tagesordnung, bereits um 12.45 Uhr wieder hier zu sein. Dann kompensieren wir die Mehrzeit, die wir brauchen. Danke sehr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.03 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 12.46 Uhr)

Vizepräsidentin Große:

Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir setzen die Sitzung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Freie Berufe in Brandenburg

Große Anfrage 5
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/1913

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 5/2604
(einschließlich Anlagen)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion.
Herr Abgeordneter Bommert erhält das Wort.

Bommert (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Ich hoffe nicht, dass es am Mittagessen lag, dass der Plenarsaal so leer ist, denn so wenige Abgeordnete habe ich hier noch nicht gesehen.

Die freien Berufe sind Dienstleister im öffentlichen Interesse. Sie tragen zur Entwicklung und Sicherung unseres Gemeinwesens bei und versorgen die Bevölkerung mit notwendigen und hochwertigen, meist wissenschaftsgestützten Dienstleistungen.

In den vergangenen Jahren haben die freien Berufe bewiesen, dass sie mit Eigeninitiative, Flexibilität und hohem eigenem Risiko ihre hochqualifizierten Dienstleistungen organisieren, Qualität sichern und flächendeckend anbieten können - das alles ohne wesentliche Fördergelder oder Hilfen des Staates. Damit haben die freien Berufe ihre bedeutende sowie wachsende gesellschaftliche Rolle gefestigt.

Nahezu jeder von uns hat mit den freien Berufen zu tun: Von der Geburt bis zu dem Tag, an dem man diese Erde verlässt, hat man mit Freiberuflern zu tun. Ein Leben ohne sie ist nicht denkbar - vom Arzt, der uns heilt, der Gesundheit und Leben garantieren soll, über den Architekten, dem wir darin vertrauen müssen, dass sein Bauwerk sicher ist, vom Rechtsanwalt, der uns Beistand gibt, bis zum Kulturschaffenden. Die Vielfalt dieser Berufe ist so weitreichend, dass sie gar nicht so im öffentlichen Bewusstsein ist. Dies sind und waren für uns wesentliche Gründe, eine solche Anfrage zu stellen. Damit wir diese Daten auch objektiv vergleichen können, sind gleichlautende Anfragen von der CDU in Sachsen-Anhalt gestellt worden.

Neben der Zusammenstellung von Datenmaterial, wofür ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken möchte, war es uns wichtig, die Chancen und Probleme der freien Berufe in Brandenburg hier in den Mittelpunkt einer Debatte zu stellen.

Insgesamt umfasst der Bereich der freien Berufe ca. 170 000 Erwerbstätige, von denen mehr als 30 000 selbstständig sind. Auch hier zeigt sich das typische Wirtschaftsbild Brandenburgs: 70 % davon fallen in die Kategorie Kleinstbetriebe. Noch ein statistischer Wert ist durchaus beachtlich: 10 % der auszubildenden Lehrlinge werden in freien Berufen ausgebildet. Diesen Wert muss man umso höher schätzen, als die meisten Unternehmen in dieser Kategorie kleine inhabergeführte Unternehmen sind.

Die freien Berufe haben in der Wirtschaft und in der Gesellschaft eine besondere Stellung, und das nicht nur, weil man für einen freien Beruf, wenn man ihn denn ausüben möchte - ob angestellt oder selbstständig -, eine besonders hohe, über dem Durchschnitt liegende Qualifikation braucht, sondern weil die meisten Berufe auch eine ganz besondere Vertrauensstellung zwischen Nachfragenden und Anbietenden von Dienstleistungen innehaben, so, wie sie in anderen Bereichen nicht gegeben ist. Man liefert sich sozusagen manchem Freiberufler aus: Er könnte meinen Prozess vergeigen. Bei einer Zahnoperation könnte er den falschen Zahn ziehen. Es geht hin bis zu wirklich unvorstellbaren Dingen. Man geht zum Freiberufler, bringt ihm jede Menge Vorschuss, jede Menge Vertrauen entgegen und ist ihm ausgeliefert. Der Berufsstand der Freiberufler weiß das.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Wurde bei Ihnen schon so viel falsch gemacht, oder warum stellen Sie das ständig so negativ dar?)

- Ich stelle es nicht negativ dar, sondern ich beschreibe, was sein könnte. Ich möchte nur einmal darstellen, welche Verantwortung diese Leute haben. Wenn dies bei Ihnen nicht richtig angekommen ist, dann müssen Sie besser zuhören.

(Beifall CDU)

Der Berufsstand der Freiberufler weiß das, und daher ist es auch gut, dass die freien Berufe über Kammern und Verbände straff organisiert sind. Lassen Sie mich an einem Beispiel veranschaulichen, was in diesen freien Berufen geleistet wird. Wir führen seit mehr als zwei Jahren die Diskussion über die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Wenn man sich zurückerinnert, stellt man fest, dass meistens die Banken beschimpft wurden. Am längsten in der Diskussion und mit den meisten Artikeln versehen war die Debatte um ein Unternehmen in Deutschland, nämlich um Opel. Opel beschäftigt deutschlandweit rund 30 000 Mitarbeiter. In Brandenburg sind, wie schon erwähnt, in den freien Berufen 170 000 Mitarbeiter und damit über 20 % aller Berufstätigen des Landes beschäftigt - vorbei an allen Förderprogrammen, also ohne Förderung, ohne Subvention und bei hohem eigenem Risiko. Dieser Punkt sollte angesichts vieler Diskussionen um öffentlich geförderte Arbeitsplätze und andere Prestigeobjekte jedem höchsten Respekt abringen, womit auch bewiesen wäre, dass dieser Wirtschaftszweig ein Garant für Arbeitsplätze und Wohlstand und eine wichtige Säule im Unternehmertum in Brandenburg ist.

Die freien Berufe haben trotz aller Krisen und zunehmendem Wettbewerbsdruck, auch durch die Öffnung der Grenzen in Europa und der Globalisierung, ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt.

(Beifall CDU)

Im Durchschnitt lag der Zuwachs des Wirtschaftswachstums bei den freien Berufen bei 5 %. Das liegt weit über dem Durchschnitt der Europäischen Union und ist doppelt so hoch wie in den zurückliegenden Jahren in Deutschland. All dies geschah, ohne dass es jemand wirklich bemerkt hätte.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich gibt es auch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Betriebsarten und Berufsgruppen innerhalb der freien Berufe. Das betrifft die Ärzteschaft genauso wie die Rechtsanwälte. In anderen Be-

rufszweigen, beispielsweise bei den Hebammen, gibt es leider sogar existenzielle Probleme. Hier muss und sollte die Landesregierung eingreifen. Aus anderen Bereichen sollte sie sich allerdings heraushalten. Ich denke dabei insbesondere an den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen oder landeseigenen Unternehmen. Durch die angekündigte Gesetzesänderung ist eine Verdrängung der freien Berufe - insbesondere von Planern, Architekten und Ingenieuren - zu befürchten. Meiner Meinung nach kann man davon ausgehen, dass die eben angesprochenen Wachstumsraten gerade in diesem Bereich dann auf absehbare Zeit Geschichte sein werden.

Meine Damen und Herren, Freiberufler sind Scharnier zwischen Staat und Bürger und in ihrem Handeln auf Nutzen und Wohl der gesamten Gesellschaft ausgerichtet. Die freiberufliche Dienstleistung zeichnet sich durch ihre kreative Anwendung und Entfaltung aus. Dies sollten wir gemeinsam weiter unterstützen und fördern. Diese Debatte zu der Großen Anfrage unserer Fraktion sollten wir zum Anlass nehmen, die Probleme der Freiberufler künftig genauer und zielsicher zu beachten und auf sie einzugehen.

Natürlich hat die Anfrage auch die eine oder andere Frage offen gelassen oder offen lassen müssen. Die eine oder andere Zahl fehlte, weil hierüber keine Statistik erstellt wurde. Dies kann ich aber verschmerzen, denn ich möchte die Freiberufler nicht mit noch mehr Berichtspflichten überziehen, nur um in jedem Fall eine Antwort zu bekommen. Im Zweifel sind wir an dieser Stelle für den Bürokratieabbau und gegen die Berichtspflichten, damit sich die Freiberufler, die in erster Linie Unternehmer sind, ihrem Kerngeschäft widmen können. - Danke.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bommert. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Kosanke hat das Wort.

Kosanke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Bommert, Verantwortung haben wir alle, und es ist gut, wenn wir sie auch tragen. Das unterscheidet die Angehörigen freier Berufe nicht von anderen Menschen. Ich glaube, das erste Missverständnis, mit dem wir hier aufräumen müssen, ist es, die freien Berufe als den einen Wirtschaftszweig „freie Berufe“ zu bezeichnen und zu verstehen. Damit tun wir nämlich den Menschen Unrecht, die in diesen freien Berufen sehr verschiedene Tätigkeiten ausführen, sehr verschiedene Probleme haben, ganz unterschiedliche Chancen haben und ganz unterschiedlichen Risiken unterliegen.

Ich glaube, das ist es, was in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion herausgekommen ist, dass man nämlich die freien Berufe nicht über einen Kamm scheren kann. Der Kollege Eichelbaum hat ja schon angekündigt, dass er das Problem verstanden hat und deswegen demnächst die Rechtsanwälte einer weiteren Großen Anfrage unterziehen möchte, um dann ganz differenziert auf eine Berufsgruppe, die sicher ihre spezifischen Probleme hat, einzugehen. Hier pauschal über die freien Berufe zu reden macht an bestimmten Punkten wenig Sinn. Gleichwohl macht es viel Sinn, über einzelne Gruppen inner-

halb dieser freien Berufe sowie über einzelne Probleme zu reden. Dies alles über einen Kamm zu scheren hilft uns und auch den Menschen, die in diesen Berufen ihre Arbeit leisten, nicht weiter.

Wir haben eigentlich - und das ist es, wenn man sich die Antwort auf die Große Anfrage anschaut, worauf Herr Kollege Bommert leider jetzt nicht so intensiv eingegangen ist - drei Problemkreise, die man hervorheben kann. Der eine Problemkreis beschäftigt sich mit der Hochschulausbildung. Hier gibt es im Bereich der Ingenieure - aber nur im Bereich der Ingenieure - Klage darüber, dass die Umstellung der Hochschulausbildung auf Bachelor und Master den Anforderungen an den Beruf nicht ganz gerecht wird. Hier müssen wir nachsteuern, das müssen wir uns anschauen. Das gilt aber nur für den Bereich der Ingenieure - also da, wo der Diplomingenieur eine gute Marke war bzw. ist, die man erhalten sollte, und nicht für Ärzte oder Rechtsanwälte. Zu diesen hat Herr Eichelbaum ja schon angekündigt, dass wir uns darüber gesondert unterhalten sollten.

Wir haben ein weiteres Problem in den freien Berufen: Das ist die Doppelbelastung, der einige der freien Berufe unterliegen. Das sind zum einen Doppelmitgliedschaften in Kammern, das ist zum anderen die Frage, ob man Gewerbesteuer zu zahlen hat oder ob die Einkommenssteuer ausreicht, wo also Aufwand entsteht. Der Präsident des Landesverbandes der freien Berufe hat dies auch erwähnt und eingeschätzt, dass es den Leuten insgesamt relativ gut geht, von daher könnte man überlegen, ob man die Gewerbesteuer für bestimmte freie Berufsgruppen einführt. Man muss wirklich gut überlegen, ob man sie einbezieht. Ziel ist, die Kommunen, die sich darum kümmern, dass bestimmte Berufsgruppen dort vernünftig arbeiten können, auch an den Einkünften zu beteiligen. Ob wir dabei über einen anderen Schlüssel beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer oder einen anderen Mechanismus bei der Gewerbesteuer reden, ist letztlich ziemlich egal, an der Summe änderte es nichts. Eigentlich ist es nur ein internes Problem der öffentlichen Hand, wie die Mittel zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden, und hat mit den freien Berufen letztlich nur sehr wenig zu tun. Hier ergeht nur der Appell, diesen Dissens nicht auf dem Rücken derjenigen, die einen freien Beruf ausüben, auszutragen.

Ein dritter Punkt ist das Fachkräfteproblem. Auch hier ist der Unterschied zwischen den freien Berufen und der sonstigen Wirtschaft nicht sonderlich groß. Der einzige Unterschied ist, dass es im Bereich der nichtfreien Berufe sehr große Unternehmen gibt, die eine Schlüsselposition innehaben und auch selbst Prozesse steuern können. In den freien Berufen haben wir dagegen teilweise sehr kleine Einheiten, die mehr Unterstützung brauchen und ebenso wie die gesamtgesellschaftlichen Prozesse, wie der fortschreitende Fachkräftemangel einer ist, gehandelt werden müssen. Insofern muss hier die öffentliche Hand sicherlich mehr Unterstützung leisten als in Branchen und Wirtschaftsbereichen, in denen große Konzerne die Probleme aus eigener Kraft schultern können.

Insofern möchte ich dafür werben, die von der Landesregierung gegebenen Antworten differenziert zu betrachten und auf die differenzierten Probleme genauso differenziert einzugehen. Ich denke, wir werden das tun. Ich glaube, dass uns auch die CDU-Fraktion auf diesem Weg begleiten wird - kritisch und konstruktiv wie immer -, und wenn wir vorher über bestimmte

Sachen reden, sparen wir uns vielleicht auch ein bisschen Zeit. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kosanke. - Die FDP-Fraktion erhält das Wort. Herr Abgeordneter Tomczak, bitte.

Bevor er spricht, möchte ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums Eberswalde begrüßen. Seien Sie willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Tomczak (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Beginn möchte ich feststellen: Freie Berufe sind eine entscheidende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und Entwicklung freiheitlichen Denkens und für eine von staatlichem Zwang freie berufliche und geistige Haltung. - Das können Sie übrigens auf den Internetseiten des Bundesverbandes der Freien Berufe nachlesen.

Schon in der Antike wurde die Bedeutung der Artes liberales, der freien Künste, anerkannt. Erkannt wurde aber auch, dass die Angehörigen dieser Künste mit Privilegien und Immunitäten auszustatten sind, damit sie dem Gemeinwohl auch dienen können. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Freiberufler besitzen mit der Bereitstellung ihrer Dienste nach wie vor eine große gemeinschaftswichtige Verpflichtung. Hier könnte ich exemplarisch die Gruppe der freiberuflichen Ärzte erwähnen. Sie sind gegenwärtig mit etwa 3 300 die größte Gruppe der 34 000 Freiberufler im Land Brandenburg. Ausdruck ihrer gemeinschaftswichtigen Verpflichtung ist der Dienst an der Gesundheit jedes einzelnen Menschen, also an der Gesamtbevölkerung.

Auch hier leisten die Freiberufler einen wichtigen Beitrag für die Volkswirtschaft. 1950 betrug der Anteil der freien Berufe am Bruttoinlandsprodukt ungefähr 1 %, heute sind es 10 %. Freiberufler sind also auch Leistungsmotor unseres Landes. Die gemeinschaftswichtige Verpflichtung einerseits und ihr volkswirtschaftlicher Beitrag andererseits sind Anlass genug, sich intensiv mit den freien Berufen auseinanderzusetzen und sie zu fördern. Aber vor allem auch mit Blick auf den demografischen Wandel im Land Brandenburg muss man sich mit dieser Gruppe befassen. Sich damit befassen heißt, sich intensiv mit dieser Herausforderung auseinanderzusetzen, im Ergebnis Lösungen aufzuzeigen. Die freien Berufe können in den ausgedünnten Gebieten einen Anker bilden, einen Anker für soziokulturelle Bindungen, die durch ihn aufrechterhalten werden; denn auch die Brandenburger Freiberufler leben gern in ihrem Land. Auch sie möchten ihr Land nicht aufgeben, weil die Perspektiven für die Ausbildung ihrer Tätigkeit und die Tätigkeit an sich, zum Beispiel bei Apothekern oder Rechtsanwälten - diese seien hier nur stellvertretend genannt -, nicht mehr gegeben sind.

Dass 70 % der freien Berufe Kleinstunternehmen darstellen, zeigt einmal mehr die Bedeutung der soziokulturellen Bindung. Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Angebot von und die Nachfrage nach Fachkräften wurden - so die

Landesregierung in ihrer Antwort - frühzeitig erkannt, Gremien wurden geschaffen, um die Fachkräfte zu bündeln und bereichsübergreifend zu arbeiten.

Herr Christoffers, ich frage Sie: Welche Ergebnisse wurden bis heute erzielt? Welche Konzepte liegen denn für die einzelnen Berufsgruppen der freien Berufe vor, wenn diese, wie Sie selbst schreiben, ganz unterschiedlich vom demografischen Wandel unseres Landes betroffen sind?

Der Wille zu eigener Kreativität, zu eigenständigem Handeln muss vorrangig den Auszubildenden und Studierenden mit auf den Weg gegeben werden. Sie müssen in unserem schönen Land Brandenburg eine Perspektive hinsichtlich der Ausbildung und Ausübung ihres freien Berufes sehen. Das ist die Aufgabe der Landesregierung. Wir, die FDP-Fraktion, fordern Sie auf: Stärken Sie den freiberuflichen Mittelstand gerade im Blick auf die demografischen Veränderungen in unserem Land! Fördern Sie die freie Entscheidung und das selbstständige Handeln der Berufseinsteiger in Brandenburg! Schützen Sie das wertvolle Gut Vertrauen, das eine essenzielle Voraussetzung für eine erfolgreiche Ausübung der freien Berufe ist und historisch immer war!

Zum Schluss möchte ich noch einmal den Berufsverband der Freien Berufe zitieren:

„Freie Berufe dienen dem freien Bürger.“

Diesem Gedanken schließt sich die FDP-Fraktion in diesem Hause voll und ganz an. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tomczak. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Henschke.

Henschke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer die Mitte der Gesellschaft sucht, findet sie hier.

Freiberufler sind ein starker Faktor für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Ausbildung, Kultur, Gesundheit der Menschen und in Summe auch der größte Arbeitgeber in unserem Lande. Das ist eine gewaltige Größe. Wir nehmen sie aber Gott sei Dank so wahr, wie sie tatsächlich existiert, nämlich hoch differenziert und heterogen. Ich will aber auch meine These wiederholen: Wer die Mitte der Gesellschaft sucht, findet sie hier.

Ich meine, das wird vor allem in dem Spannungsfeld, in dem sich Freiberufler bewegen, deutlich. Das ist also das Antipodenpaar von Freiheit und Sicherheit. Freiberufler legen sehr großen Wert auf die freie Entfaltung ihrer Individualität. Sie wollen ihre Dienstleistung selbstbestimmt erbringen. Aber sie wünschen sich natürlich auch die Sicherheit eines gutsituierten Systems.

Wir befinden uns im Spannungsfeld von Innovation, Kreativität, aber zugleich auch von Beständigkeit und Bewahrung. Ich nenne nur ein Stichwort in dieser Richtung, zum Beispiel die aktuelle Diskussion, die wir um das Berufsbild und den

Stand des Restaurators führen. Ohne freiberufliche Leistung lässt sich keine Wertschöpfungskette dauerhaft knüpfen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Auf der anderen Seite entzieht sich freiberufliche Leistung in vielen Fällen der nunmehr globalen und dominierenden Wertschöpfungslogik, weil sie auf die eigentliche materielle und geistige Leistung fixiert ist. Das lässt sich in betriebswirtschaftlichen Kennziffern nur sehr schwer messen. Da das alles Bestandteil des Gesamtkomplexes der Landesentwicklung ist, tun wir uns mit der Diskussion zu dieser Großen Anfrage etwas schwer. Wir wissen, dass es gut ist, jetzt einen Überblick über die Komplexität dieser Problematik zu haben. Aber wir wissen auch, dass wir sie im Rahmen der Antwort auf eine Große Anfrage nicht erfassen können. Dazu gehört, dass wir viele, viele Einzelkonzeptionen, Landespläne und die Gesamtentwicklung mit im Auge haben müssen. Deswegen, meine ich, sind wir am besten beraten, wenn wir den Mittelstand bzw. die Existenz der freien Berufe an der Umsetzung jeder einzelnen Konzeption messen. Ich stimme meinem Kollegen Kosanke vollkommen zu: Wir müssen dann an der Konkretisierung arbeiten. Ich glaube auch, dass wir, insbesondere was die Ingenieure angeht, etwas tun müssen, um den Bologna-Prozess in dieser Richtung noch einmal zu durchleuchten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bitte äußern. Ich fand es am vergangenen Montag gut - einige unserer Kolleginnen und Kollegen hatten die Gelegenheit, Gast des Neujahrsempfangs der Kammern und Verbände zu sein -, einmal die geballte Kraft dieser Kompetenz zu spüren zu bekommen. Dennoch erwarten alle, auch die berufsständischen Vertretungen, von uns dann die konkrete Hilfe und die Rahmensetzung. Wir sollten aber den Blick aufs Ganze nicht verlieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Henschke. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel hat das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage gibt vielfältige Möglichkeiten einzuhaken. Da ich nur fünf Minuten Redezeit habe, werde ich mich auf das Thema Fachkräftemangel konzentrieren.

Für uns ist die zentrale Erkenntnis aus der Antwort der Landesregierung: Fachkräftemangel wird nicht erst in Zukunft ein Thema sein, sondern Fachkräftemangel ist bei vielen Berufsgruppen bereits heute Realität. Sehen wir dazu die Antwort auf die Frage 31 an:

Bei den betrachteten ingenieurtechnischen Berufsgruppen sind die Zahlen der Erwerbslosen zwischen 1999 und 2007 um mehr als zwei Drittel zurückgegangen. Beispiele: im Maschinenbau von 1 255 auf 322 Erwerbslose, in der Elektrotechnik von 1 107 Erwerbslose im Jahr 1999 auf 253 im Jahr 2007. Insgesamt waren im Jahr 2007 weniger als 2 000 Ingenieure erwerbslos.

Berücksichtigt man den fortgesetzten demografischen Wandel - Alterung, Abwanderung - kann man, ohne diese Zahlen zu sehr zu interpretieren, doch ableiten, dass bei Ingenieuren in Brandenburg heute vermutlich Vollbeschäftigung herrscht. Bei einigen Fachrichtungen verfügen Landkreise und kreisfreie Städte über keinen einzigen arbeitslosen Ingenieur mehr. So gab es bereits im Jahr 2007 zum Beispiel in Frankfurt (Oder) keinen arbeitslosen Fertigungsingenieur mehr.

Dieser Fachkräftemangel ist nicht auf die freien Berufe beschränkt, betrifft diese aber zunehmend ganz besonders. Wir haben einen Arbeitsmarkt, in dem die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften größer ist als das Angebot. Die Folge ist, dass Brandenburger Unternehmen mit Unternehmen der alten Bundesländer konkurrieren, Kleinunternehmen mit Großunternehmen. Die freien Berufe aber konkurrieren mit der gewerblichen Wirtschaft um Nachwuchs.

Positive Folge ist natürlich auf der einen Seite, dass das Lohnniveau für die nachgefragten Berufsgruppen in den Betrieben steigt. Das hat aber auf der anderen Seite Konsequenzen für die freien Berufe; denn die Entscheidung für oder gegen Gründung einer freiberuflichen Tätigkeit ist natürlich davon abhängig, was ich an anderer Stelle verdienen kann. Auch da sind die Zahlen sehr aussagekräftig. Im Jahr 2004 verdiente ein Freiberufler im Regelfall durchschnittlich unter 34 000 Euro. Das ist natürlich keine sehr attraktive Größenordnung und bedeutet, dass auch kaum ein Ingenieur bereit ist, in eine solche Funktion zu wechseln. Der Druck auf die freien Berufe ist enorm.

Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt überdeutlich: Aus eigener Kraft kann Brandenburg den Mangel an Ingenieuren nicht decken. Die Studienanfängerzahlen sind zwar kontinuierlich gestiegen - inzwischen auf etwa 2 400 -, reichen aber wohl nicht aus, um den benötigten Bedarf zu decken. Deswegen: Wer in Zukunft hier überhaupt noch freiberufliche Ingenieure haben will, muss handeln.

Brandenburg besitzt bei Ingenieuren kein Fachkräftereservoir mehr. Deshalb müssen zunehmend Ingenieure für Neuansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen in anderen Bundesländern oder im Ausland abgeworben werden. Zum Teil sind diese Menschen auch schon vorhanden, leiden aber unter fehlender Anerkennung ihrer Abschlüsse.

Das Problem ist der Landesregierung bereits bekannt, und bei Ärzten hat Brandenburg auch schon positive Maßnahmen ergriffen. Ich erinnere nur an das Modellprojekt von Frau Ziegler für die Nachschulung von Aussiedlern: drei Monate Sprachkurs, vier Monate Praktikum, drei Monate Lernen für die Prüfung. Das war die Reaktion auf den medizinischen Fachkräftemangel. Ich finde, dies war richtig. Solche Programme sind vorbildlich und sollten auf alle vorgebildeten Zuwanderer und Berufsgruppen ausgedehnt werden, weil nicht ausgeschlossen ist, dass der heutige Mangel an Ingenieuren und Ärzten mittelfristig weitere Hochqualifizierte auch aus anderen freien Berufen betrifft.

Fazit ist: Die Analyse der Antwort der Landesregierung unterstützt die Mahnungen der privaten Wirtschaft. Die Standortwahl steht und fällt mit den zur Verfügung stehenden Fachkräften und dem Innovations- und Gründungsumfeld. Am Beispiel der freien Berufe sind auch die Wechselwirkungen zwischen Fachkräftemangel und Einstieg in die Selbstständigkeit eindeutig erkennbar.

Brandenburg braucht innovative Gründungen durch Hochqualifizierte. Wir brauchen zudem Gründungen von Freiberuflern. Die Handlungsfelder sind bekannt, das Problem des Fachkräftemangels ist bekannt. Deshalb lautet schon seit geraumer Zeit unser Vorschlag: volle Kraft für die Fachkräftesicherung. Ein erster Schritt wäre, das RWK-Konzept und das operationelle Programm der schwarz-roten Vorgängerregierung in diesem Punkt zu optimieren. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Das Wort erhält nun die Landesregierung. Herr Minister Christoffers, bitte.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank für die Große Anfrage; denn sie hat zumindest in zwei Punkten eine zielführende Wirkung gehabt. Erstens: Wir konnten feststellen, welche Daten es überhaupt gibt. Da möchte ich gleich zu Beginn sagen: Die Datenlage ist zum Teil ausgesprochen rudimentär, weil Daten nicht erhoben werden. Dennoch teile ich die Auffassung der Kollegen im Saal, hier keine zusätzlichen Berichtspflichten einzubauen. Ich glaube, diesen Weg einzuschlagen, wäre als Konsequenz auf die Große Anfrage genau kontraproduktiv.

Zweitens: Die Große Anfrage gibt einen Überblick über den Umfang der Wertschöpfung und der Beschäftigung, die durch freie Berufe im Land Brandenburg gesichert sind. Insofern stimme ich Herrn Henschke zu: Sie gibt uns einen Rahmen vor, wie wir jetzt weiter analysieren müssen, um uns anschauen zu können: Was können und was müssen wir möglicherweise tun?

Herr Vogel, gestatten Sie mir eine Bemerkung vorab: Sie sprachen zu Recht die Anerkennung ausländischer Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse an. Ich glaube, wir sind völlig einer Meinung, dass es diesbezüglich bundesweit eine Bewegung geben muss - so will ich es mal ausdrücken.

Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen: In der Geschäftsstelle der Wissenschaftsministerkonferenz gibt es eine ausgesprochen kompetente Institution, die bundesweit einmalig für die Bewertung ausländischer Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse beredtes Zeugnis ausstellen kann. Ich würde davor warnen, hier beispielsweise zusätzliche Institutionen einzurichten. Eher geht es mir darum, die vorhandenen Institutionen zu nutzen. Selbstverständlich wird über diese Institutionen beraten, ob und welche Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse akzeptiert und anerkannt sind. Es gab bei sehr vielen konkreten Einzelfällen bereits unmittelbar Hilfe und Unterstützung. Das ändert aber nichts an dem Sachverhalt, dass wir uns bei der Bewertung ausländischer Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse in Deutschland noch ein Stück weiter bewegen müssen.

Meine Damen und Herren, in Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes sind in Brandenburg etwa 170 000 Personen im freiberuflichen Sektor tätig, davon 30 000 als Selbstständige. Freiberufler sind an unterschiedlichen Stellen in Wirtschaft und Gesellschaft tätig. Das kommt uns so selbstverständlich vor, dass

wir es häufig gar nicht mehr richtig wahrnehmen. Wir nehmen die Selbstständigkeit, die Leistung einfach an und mit.

Das zeigt einerseits, wie tief verwurzelt der Bereich der freien Berufe und Selbstständigen in der Gesellschaft ist, macht aber andererseits auch auf ein Problem aufmerksam. Je selbstverständlicher diese Leistung in Anspruch genommen wird, desto eher läuft man Gefahr, in Politik und Gesellschaft nicht mehr als die Personengruppe wahrgenommen zu werden, die in erheblichem Umfang Leistungen für die Gesellschaft selbst erbringt. Dabei wird es uns aber wenig nützen - auch diese Auffassung teile ich -, jetzt damit anzufangen, für Freiberufler allgemein ein Förderprogramm oder Ähnliches aufzulegen. Das ist weder die Konsequenz, die wir aus der Großen Anfrage ziehen, noch unsere Zielstellung.

Im letzten Jahr haben wir bei der Überarbeitung der Förderprogramme unsere neu aufgelegten Förderprogramme bewusst so ausgestaltet, dass Freiberufler antragsberechtigt sind; denn Freiberufler gehören für mich zum Mittelstand. Und wenn wir Mittelstandspolitik betreiben, sind sie selbstverständlich darin einbezogen. Hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung sind die Freiberufler selbstverständlich für den Fonds bzw. für das Nachrangdarlehen durch den Brandenburg-Kredit Mezzanine antragsberechtigt.

Es wird immer wieder Situationen geben, in denen für spezielle Gruppen aufgrund eines wirtschaftlichen oder sozialen Zustandes gezielte Unterstützungsmaßnahmen notwendig sind. Herr Vogel, Sie haben einen Bereich angesprochen, der bereits getätigt worden ist. Ich möchte darauf verweisen, dass wir mit dem Design-Preis für den Bereich Architekten und Designer seit Jahren ein sehr gutes Instrument gefunden haben, diese Berufsgruppe der Freiberufler und die gewerbliche Wirtschaft in diesem Punkt zusammenzuführen. Dieser hat sich ausgesprochen gut bewährt.

Meine Damen und Herren, wir werden selbstverständlich - wenn es notwendig sein sollte - auch weiterhin über Unterstützungsmaßnahmen nachdenken. Der Beruf Krankenschwester im ländlichen Raum ist zum Beispiel auch ein Bereich, über den wir intensiv nachdenken und bei dem ich hoffe, dass die Maßnahmen greifen.

Meine Damen und Herren, ich sagte bereits, dass eine Politik für Freiberufler für uns auch immer Mittelstandspolitik ist. Wir haben in der Antwort auf die Große Anfrage deutlich zu machen versucht: An diesem Grundsatz richten wir nicht nur unsere Förderarchitektur, sondern auch unsere weitergehende Konzeption zum Mittelstand aus. Wir werden morgen Gelegenheit haben, für den Bereich europäische Unternehmerregion die Mittelstandsstrategie zu debattieren. Selbstverständlich sind die Freiberufler dort einbezogen.

Hinsichtlich der Fachkräfteentwicklung befinden sie sich in der gleichen Situation wie andere Wirtschaftszweige auch. Das Problem besteht nur darin, dass die Entlohnung im freiberuflichen Sektor für Lehrlinge und Auszubildende unterhalb der Entlohnung von Industrie, Handel und Handwerk liegt. Das macht natürlich auf eine Situation aufmerksam, wonach wir den Stellenwert der freien Berufe auch als Politik entsprechend würdigen müssen. Ich fand sehr gut, dass beim gemeinsamen Empfang der Kammern in Frankfurt (Oder) die zuständigen Verantwortlichen der Interessenvertretungen auch sehr deutlich

gemacht haben, dass sie bereit sind, zusammen mit uns einen Beitrag zu leisten, dass über eine inhaltliche Aufwertung der freien Berufe auch ein Stück weit ein Unternehmerbild in Brandenburg und in Deutschland ausgestaltet wird, das auch von sozialer Verantwortung und ökonomischer Kompetenz geprägt ist.

Meine Damen und Herren, zur sich aus der Großen Anfrage ergebenden Vermutung bzw. Befürchtung bezüglich des Bereichs Restauration möchte ich bemerken, dass für Restauratoren hier in Potsdam ein eigener Studiengang existiert; dieser Bereich wird bei uns abgedeckt.

Was den Fachkräftebedarf betrifft vielleicht noch ein Hinweis: Wir haben, geführt durch das MASF, in der interministeriellen Arbeitsgruppe einen Maßnahmenplan zur Fachkräfteentwicklung erarbeitet. Das wird nachher sicherlich noch eine Rolle spielen. Ich möchte nur einen Punkt vorwegnehmen. In sehr enger Zusammenarbeit mit mehreren Ministerien spielt genau diese Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Mittelstandskonzeption, die wir morgen zu debattieren haben, eine zentrale Rolle. Die freien Berufe sind in diesem Bereich selbstverständlich ebenfalls eine wichtige Säule, da wir in diesem Sektor dringend Auszubildende brauchen.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt darauf, welche politischen Schlussfolgerungen sich aus der Gesamtzusammenstellung der Beantwortung der Großen Anfrage ergeben werden. Ich darf Ihnen nur sagen: Die freien Berufe und Mittelstandspolitik gehören nach unserer Auffassung zusammen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Abgeordnete Bommert hat nun noch einmal Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Minister Christoffers hat zwei Minuten länger gebraucht. Diese Redezeit steht den Fraktionen, die es möchten, ebenfalls noch zur Verfügung. Sie haben also jetzt fünf Minuten, Herr Bommert.

Bommert (CDU):

Frau Vizepräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, dass der Wirtschaftsminister das Ziel unserer Anfrage verstanden hat, andere Kollegen hier wahrscheinlich nicht. Die Anfrage diente dazu, uns Informationen zu verschaffen, wie es in den freien Berufen aussieht. Wie gesagt, im Wirtschaftsministerium hat man die Frage verstanden, andere hier nicht.

Man muss auch ganz klar sagen: Die freien Berufe sind genau wie die in der Handwerkskammer oder in der IHK. Schauen Sie sich die Handwerkskammer an! Da gibt es nicht nur Maurer oder Betonbauer. Die Handwerkskammer ist aufgeschlüsselt in viele Innungen. Genauso ist es bei den freien Berufen. Wir sprechen hier nicht von Innungen, wir sprechen von der Handwerkskammer oder von der IHK.

Wir wollen nicht alle über einen Kamm scheren. Für uns hatte die Große Anfrage, wie gesagt, das Ziel, Informationen zu erhalten. Ich sage nochmals vielen Dank an das Haus für die Informationen, die wir bekommen haben. Wir werden daraus weitere Schlüsse ziehen können und hoffen, dass andere das

auch tun. Wie gesagt, freie Berufe sind für uns Unternehmertum und Mittelstand. - Danke.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Bommert. - Gibt es bei den anderen Fraktionen Redebedarf? - Dies sehe ich nicht. Damit beenden wir die Aussprache. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 5 ist damit zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Neunter Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Integrierte Standortentwicklung: Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln - Stärkung der Regionalen Wachstumskerne

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/2606

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Landesregierung eröffnet. Der Chef der Staatskanzlei, Herr Gerber, hat das Wort.

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Gerber:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir reden heute über den Neunten Bericht, also über eine Statusanalyse und nicht über die Frage: Wie wird es mit den Regionalen Wachstumskernen weitergehen, und wird es dort Veränderungen geben? Darüber wird erst im Februar zu beraten und zu entscheiden sein.

Die wichtigste Erkenntnis, die wir in den letzten Jahren gewonnen haben, ist die, dass das Prinzip „Stärken stärken“ wirkt und in der Praxis und landesweit auch gut angenommen wird. Es gibt eine positive Entwicklung in den Regionalen Wachstumskernen; das ist deutlich erkennbar. Das hängt natürlich zusammen mit der insgesamt positiven Entwicklung, die wir im Land haben: gesunkene Arbeitslosigkeit, vernünftige Auftragslage und - ein Beispiel - Verteidigung des „Leitsterns“ für erneuerbare Energien.

Das häufigste Zitat der Regionalen Wachstumskerne, das man in den Gesprächen hören kann, ist, dass man den Eindruck habe, man sei jetzt besser aufgestellt als früher.

Ich will fünf Punkte benennen, was wesentliche Erkenntnisse aus dem Bericht betrifft, fünf Punkte zum Stand der Dinge.

Zum Ersten: Die Regionalen Wachstumskerne sind besser durch die Krise gekommen als erwartet. Das liegt sicherlich auch an den eingespielten und gut funktionierenden Strukturen innerhalb der Regionalen Wachstumskerne. Es gibt eingespielte Abläufe und eine gute Vernetzung.

Zweitens: Die Maßnahmen der Regionalen Wachstumskerne werden immer vielfältiger. Die ersten Maßnahmen waren hauptsächlich Maßnahmen der Infrastruktur, Gewerbegebiete, Stra-

ßen, etc. Aber diese Maßnahmen fächern sich immer weiter auf. Das Thema Bildung rückt zunehmend in den Mittelpunkt. Als Beispiel will ich hier den Potsdamer Wissensspeicher nennen. Auch das Marketing der Regionalen Wachstumskerne wird ausgebaut, unter anderem mit den Fördermitteln der Technischen Hilfe aus dem EFRE.

Drittens: Die Regionalen Wachstumskerne entwickeln Beispielprojekte für wichtige Zukunftsfragen - Fachkräftesicherung, Vernetzung untereinander, die immer gut ist, egal, ob man Regionaler Wachstumskern ist oder nicht. Auch der demografische Wandel und das, worauf man sich dabei einzustellen hat, wird bei den Maßnahmen in den Regionalen Wachstumskernen zunehmend mitbedacht und mitgeplant. Insgesamt können die Regionalen Wachstumskerne damit auch einen wichtigen Impuls für die Frage geben, wie wir in Zukunft in diesem Land leben wollen und leben können.

Viertens: Die Regionalen Wachstumskerne werden Motoren für die Umlandentwicklung. Das beste Beispiel, das bisher auch am intensivsten läuft, ist der Regionale Wachstumskern Neuruppin. Die machen das sehr vorbildlich und gut. Wir wollen, dass die anderen Regionalen Wachstumskerne sich ein Beispiel daran nehmen und die Kooperation mit dem Umland zum gemeinsamen Nutzen weiter ausbauen.

Fünftens, Vorbildwirkung: Die Regionalen Wachstumskerne werden zunehmend zu einer Marke. Die Strategien, die Muster von Zusammenarbeit und Kooperation bieten Orientierung auch für andere Kommunen oder Zusammenschlüsse von Kommunen, die sich da ein bisschen was abgucken können. Beispiele sind da der Zukunftsraum östliches Berliner Umland oder das Entwicklungskonzept Osthavelland.

Mein Fazit bis hierher, was die Regionalen Wachstumskerne betrifft: In den Regionalen Wachstumskernen und auch in den Ministerien und in der interministeriellen Arbeitsgruppe wird hart gearbeitet, wird gut gearbeitet, und die Erfolge sind deutlich sichtbar. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Chef der Staatskanzlei Gerber. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Homeyer, bitte.

Homeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute den Neunten Bericht über die RWK vorliegen. Es ist der letzte Bericht, bevor wir die Evaluierungsergebnisse hören und auch die Entscheidungen, die damit zusammenhängen. Es ist also sozusagen eine Zäsur. Ich glaube an dieser Stelle auch sagen zu dürfen, dass es kaum Projekte der Landesregierung und des Landes gegeben hat, die in den letzten Jahren so intensiv durch das Parlament durch Anträge, durch neun Berichte insgesamt, aber auch durch sehr viele Besuche vor Ort und Gespräche in den Wachstumskernen und darüber hinaus begleitet wurden.

Herr Gerber, ich teile Ihre Auffassung, was die fünf Punkte betrifft, ausdrücklich. Wenn man den Bericht intensiv liest und sich

damit beschäftigt und auch das verfolgt, was wir in den letzten Jahren begleitet haben, dann kann man erkennen, dass die damalige Entscheidung, die Förderung des Landes nach dem Prinzip, Stärken zu stärken, zu konzentrieren, eine richtige Entscheidung gewesen ist. Einer der Hauptkritikpunkte war immer gewesen, dass wir gesagt haben, dass die Kommunen, die Wachstumskerne geworden sind, ihre Umfeldfunktion besser wahrnehmen müssen, damit auch für die anderen Kommunen, die automatisch weniger Förderung bekommen, erkennbar wird, dass sie mit in diesem Prozess sind. Ich finde es bemerkenswert und richtig, dass es nun so ist, dass die Wachstumskerne zwar noch nicht in dem erforderlichen Maße, aber doch einige, genau diesen wichtigen Punkt erkennen. Ich hoffe, dass Neuruppin und andere jetzt zu einem Motor auch für die anderen werden. Das ist einer der wichtigsten Punkte überhaupt gewesen.

Aber ich will auch ein wenig Wasser in den Wein schütten - Herr Gerber, Sie haben es leider nicht erwähnt, aber es gehört auch zur Wahrheit -: Ich habe große Sorgen, dass der Prozess an Fahrt und Dynamik verliert. Auf der Grundlage der Haushaltssituation des Landes und einiger Kommunen sind Maßnahmenreduzierungen angekündigt. Ich glaube, es wäre fatal, wenn wir inmitten des Prozesses, wo es aufwärts geht und Wachstumskerne zunehmend attraktiver werden, plötzlich zu sparen anfangen, weil Haushaltsmittel knapp sind. Das wäre das Gegenteil von Stärken stärken und ganz, ganz schlecht. Ich hoffe, Herr Gerber, dass Sie in Ihrem Hause entsprechend gegensteuern und alles daran setzen, Maßnahmen in einem konstruktiven Dialog mit den Kommunen durchzusetzen, die Augenmaß als Grundlage haben, und jetzt nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und wichtige Projekte canceln.

Zweitens: Ich teile ausdrücklich das, was im Bericht steht, und darüber hinaus auch, was die Ergebnisse der Evaluierung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg ergeben haben, nämlich dass es richtig gewesen ist, die Wirtschaftsförderung 2004/2005 neu zu strukturieren. Die Ergebnisse dieser Studie sind eindeutig: Der Weg ist richtig. Wir müssen nur aufpassen, im Zuge des demografischen Wandels den Fachkräftebereich nicht aus den Augen zu verlieren. Auch in den Fragen Forschung und Entwicklung, Innovation des Landes haben wir noch Nachholbedarf. Der Weg ist richtig; das kann man begrüßen.

Drittens: Ich habe gesagt, wir stehen vor einer Zäsur. Wir, das Parlament, haben im Januar 2008 mit einem Antrag darauf gedrungen, dass der Prozess der Regionalen Wachstumskerne evaluiert und geprüft wird und ein System Geltung bekommt, wonach es Aufsteiger und auch Absteiger geben kann. Dass es eine Evaluierung gegeben hat, ist auf einen Beschluss des Hohen Hauses zurückzuführen; das möchte ich bemerken. Sonst hätte es sie nicht gegeben. Wir haben das Ganze im Februar 2010 mit großer Mehrheit - unter der Flagge einer neuen rot-roten Regierung - noch einmal verstärkt und aus Sorge darauf aufmerksam gemacht, dass wir möchten, dass die Aufsteiger - man kann sie ja benennen -, das Autobahndreieck Wittstock - ich bin am Freitag dort gewesen; es war sehr interessant gewesen zu sehen, wie sich Unternehmer gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg gemacht haben, sich jetzt schon in einer hervorragenden Art und Weise als Wachstumskern darstellen und als solcher fühlen, nicht etwa als Absteiger -, aber auch Hoppegarten, Strausberg, Rüdersdorf, sicherlich auch Teltow und Kleinmachnow, in diesem Prozess eine faire Chance bekommen. Ich hoffe, dass

die Evaluierung auch so gelaufen ist. Es muss auch eine Entscheidung getroffen werden, ob es eventuell Absteiger gibt. Das ist keine Frage; das werden wir dann sehen.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Da wir, das Parlament, und auch die wirtschaftspolitischen Sprecher sich darin sehr eingebunden gefühlt haben, gehe ich davon aus und ich hoffe, Herr Gerber, dass die Landesregierung, bevor sie Anfang Februar die Kabinettsentscheidung trifft, einen Weg findet, uns entsprechend zu informieren und auf dem Weg mitzunehmen; denn wir sind es, die es vor Ort kommunizieren müssen. - Herzlich Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP und des Abgeordneten Richter [SPD])

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Homeyer. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Kosanke hat das Wort.

Kosanke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich stimme dem Kollegen Homeyer ausdrücklich zu, wenn es darum geht, dass es ein interessanter Zeitpunkt für diese Debatte ist: so kurz vor dem Zehnten Bericht. Es geht nicht nur um den Neunten Bericht - darauf werden die nachfolgenden Redner sicherlich auch noch eingehen -, sondern eigentlich schauen wir alle schon auf das, was uns im Zehnten Bericht erwartet. Insofern ist es heute wirklich eine interessante Debatte. Ich würde vielleicht nicht von Zäsur sprechen, und zwar deswegen nicht, weil man aufpassen muss, dass man so kurz vor der Neubewertung bestimmter Elemente nicht anfängt, alles ändern zu wollen.

Nach vielen Gesprächen in den letzten Wochen und Monaten ist es, glaube ich, wirklich notwendig, in Erinnerung zu rufen, was wir gemacht haben. Wir haben mit dem Prinzip „Stärken stärken“ nicht nur die Fördermittelverteilung mit der Gießkanne abgeschafft, sondern auch das Prinzip: Wir holen die Schlechten hoch und lassen die Starken liegen. Es ging nicht nur darum, Willkür und Zufälligkeit aufzugeben und durch konzentrierte Aktion zu ersetzen, sondern auch darum, diejenigen zu stärken, die bereits stark sind, weil wir davon Effekte erwarten. Damit gibt man das Prinzip auf, zu sagen: Wir gleichen aus. Ausgleichsmechanismen gibt es auch in diesem Land, aber die Regionalen Wachstumskerne sind keine Ausgleichsmechanismen, mit denen Schwächere wieder hochgeholt werden sollen. Das muss man sich, glaube ich, stark vor Augen halten, wenn es um die Frage geht, ob sich etwas bzw. was sich ändert.

Wir haben - auch das wurde gesagt - im Landtag den Prozess sehr eng und kontrovers begleitet und gesagt: Natürlich muss es die Option Auf- und Absteiger geben, schon allein deshalb, um ein Konkurrenzprinzip innerhalb der Regionalen Wachstumskerne zu erhalten und damit sich Kommunen und ihr Umland so anstrengen, wie es die Akteure der Wirtschaft, der diese Bemühungen gelten, verdienen. Sie verbessern die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Wachstumskernen und generieren Wachstumseffekte für das Umland und damit für das gesamte Land. Das war unser Ziel. Deswegen müssen bei der Evaluierung Ergebnisse zählen und nicht Absichten und Bemühungen. Wir wissen, dass es auch in den Gegenden, die sich auf den

Weg gemacht haben, Ergebnisse gibt. Diese Ergebnisse zu bewerten - dabei geht es um Arbeitsplatzdichte, Pendlersalden - ist Aufgabe in den nächsten Tagen und Wochen. Es geht nicht nur darum, das zu bewerten, was sich Einzelne vorgenommen und in ihre Prospekte geschrieben haben - das gilt auch für jene, die schon Regionaler Wachstumskern sind -, sondern was tatsächlich erreicht worden ist. Nur so kann man Stärken tatsächlich ablesen und auf dem Weg „Stärken stärken“ vernünftig vorankommen.

Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Das zeigt der Bericht ganz klar. Wir dürfen diesen Weg nicht verlassen. Deswegen warne ich davor - diese Stimmen hört man öfter -, die vermeintlich Besten wieder herauszunehmen, um neue Orte in den Kreis der Regionalen Wachstumskerne aufzunehmen. Das wäre eine völlige Aufgabe des Prinzips „Stärken stärken“.

(Homeyer [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Herr Homeyer, ich spreche nicht Sie an, ich schaue bloß gern in Ihre Richtung bei dieser Rede.

Das ist eine Haltung, die öfter einmal vertreten wird und gegen die man sich wirklich wenden muss. Das würde das Prinzip ad absurdum führen. Dagegen müssen wir uns wehren; insofern die etwas längeren Ausführungen an dieser Stelle.

Ansonsten schließe ich mich den Vorrednern an: Ich freue mich auf die nächsten Wochen, sie werden spannend, vielleicht auch kontrovers. Die wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktionen und die Mitglieder aller Fraktionen werden diesen Prozess sicherlich weiterhin interessiert begleiten. Darauf freuen wir uns. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kosanke. Uns ist aufgefallen, dass der Abgeordnete Kosanke auch ganz persönlich für Wachstumseffekte gesorgt hat und wir ihm von dieser Stelle aus noch nicht gratuliert haben. Herzlich Glückwunsch zum kleinen Sohn!

(Allgemeiner Beifall)

Nun hat der Abgeordnete Tomczak das Wort. Er spricht für die FDP.

Tomczak (FDP):

Viel Erfolg für die junge Familie, Herr Kosanke.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als der Wirtschaftsausschuss am 2. Dezember 2009 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, stand als eines der ersten Beratungsthemen der Bericht der Landesregierung zum Stand der Wirtschaftsevaluierung der Regionalen Wachstumskerne auf der Tagesordnung. Bisher als Kommunalpolitiker tätig, war mir die Bedeutung des Begriffs RWK, wie Insider sagen, bekannt; schließlich ist der RWK Schönefelder Kreuz meine Heimatregion. Ob es die Luftfahrtbranche und die neuen Logistikunternehmen in Schönefeld, der Wirtschaftsstandort Wildau mit den Luft- und Raumfahrtunternehmen und der Technischen Hochschule oder Königs Wusterhausen mit Binnenhafen, Finanzfach-

hochschule und zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen und vor allem einem soliden Citymanagement dank INSEK sind, die bereits heute spürbaren Auswirkungen auf den demografischen Faktor, die Kommunalfinanzen und den Arbeitsmarkt des Landkreises Dahme-Spreewald sind beeindruckend und erfolgreich. Erfolgreich deshalb, weil richtige Rahmenbedingungen von politischen Gremien in Land und Kommunen geschaffen wurden; erfolgreich deshalb, weil die richtige Förderstrategie eingesetzt wurde; erfolgreich deswegen, weil - daran möchte ich ausdrücklich erinnern - die Strategie von Investoren und Arbeitnehmern, von Unternehmen, Mittelständlern und Freiberuflern umgesetzt wird.

Aber auch die anderen 14 regionalen Wachstumskerne - von Wittenberge bis nach Spremberg, von der Westlausitz bis nach Schwedt - erleben gegenwärtig eine ähnlich erfolgreiche Entwicklung.

Im 8. Bericht der IMAG Aufbau Ost, wie sie bis Dezember 2009 noch hieß, ging es zum Beispiel noch um die Schaffung vergleichbarer Erfassungskriterien zur Bewertung der RWKs. Kritisch betrachtet wurde die Festlegung bestimmter Branchenkompetenzfelder für einzelne RWKs. Die Verzahnung von RWK und INSEK-Prozess, die Einbeziehung des GRW-Regionalbudgets und die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung sollten weiter vorangetrieben werden.

Von Ende Januar bis Anfang März wurde im Ausschuss für Wirtschaft über die Darstellung der Kriterien bei der Wirtschaftsevaluation der RWKs und später der 1. Bericht zur Untersuchung der Ergebnisse der Neuausrichtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne beraten. Der Bericht hieß wirklich so; mir kamen damals schon Zweifel, ob solche Wortungetüme zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der klaren Aussage „Stärken stärken“ eigentlich passen.

Inhaltlich ging es um die zusätzliche Einbindung von Städten mit mindestens 15 000 Einwohnern. Die faire Bewertung von RWK-Neubewerbern unter Einbeziehung ihrer Umlandverflechtung wurde angemahnt, Regions- und Städteverbünde sollten sich gemeinsam dem Evaluator präsentieren können. Die Grundsatzentscheidung, die Zahl der 15 RWKs nicht zu erhöhen, hätte zur Folge, dass erfolgreiche Neubewerber andere bis dahin aktive und ebenfalls erfolgreiche RWKs verdrängen. Der Berichtserstatter, die von der Staatskanzlei beauftragte Regionomica GmbH konnte nicht zweifelsfrei darlegen, Transparenz, Fairness und die vergleichende Bewertung der Standortentwicklungskonzepte gesichert zu haben. Zweifel an der Aussagekraft des Berichts waren Ursache für die Forderung der CDU, die Untersuchungsmethodik des Evaluators detaillierter und transparenter darzustellen.

BÜNDNIS 90/Die Grünen stellten die Machbarkeit der vergleichenden Bewertung grundsätzlich infrage und befürworten auch heute noch die Abkehr vom Konzept der RWKs.

In der 8. Sitzung dieses Hohen Hauses habe ich für die FDP-Fraktion bereits die grundsätzliche Zustimmung zur Nachsteuerung der RWKs nach 2010 angekündigt. Für uns ist auch heute noch die kurzwegige, stärkere Einbindung kleinerer Unternehmen unverzichtbar. Nach unserer Einschätzung haben die in den zurückliegenden Monaten mit allen RWKs geführten Gespräche erkennen lassen, dass sie sich alle als Motor für ihre Region, sich als deren Strahlkraft in Zukunft weiter herausbil-

den zu wollen, verstehen. Der Neunte Bericht gibt darüber Auskunft.

Die gezielte Fachkräftefindung und die Ansiedlung auch unter Einbeziehung ausländischer Fachkräfte muss ein weiteres Kriterium der Standortförderung sein. Die Weiterführung der sogenannten prioritären Maßnahmen findet vor dem Hintergrund der Haushaltslage und der Förderung zentraler Projekte die Zustimmung der FDP-Fraktion. Wir fordern die Landesregierung auf, den begonnenen Weg der neuen Richtung der Förderpolitik auf Regionale Wachstumskerne in einem transparenten Abwägungsprozess fortzusetzen. Wir fordern auch dazu auf, das Parlament vor der endgültigen Entscheidung der IMAG, welche Standorte künftig den Status eines RWKs haben, an der Entscheidung zu beteiligen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tomczak. - Wir kommen nunmehr zum Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Herr Abgeordneter Domres hat das Wort.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht reflektiert die Entwicklung der vergangenen Jahre und macht deutlich, dass es in den ausgewiesenen RWKs positive Entwicklungen gibt. In denjenigen Regionen, die bisher keinen RWK-Status haben, hat man sich auf den Weg gemacht und bewirbt sich kreativ um die Ausweisung als Regionaler Wachstumskeim. Die wirklich spannende Debatte werden wir also mit dem 10. Bericht der IMAG und somit nach dem vom Landtag geforderten Evaluierungsbericht bekommen. Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang aber ausdrücklich an die Beschlusslage hier im Landtag zum Evaluierungsprozess. Ich bitte, diese bei der Erarbeitung des 10. Berichts zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Prozess der räumlichen und sektoralen Fokussierung von Landesmitteln, also die Stärkung der Regionalen Wachstumskerne, ist ein andauernder Prozess. Der vorgelegte Bericht macht deutlich, welche Projekte abgeschlossen, in Umsetzung, neu als Priorität eingestuft sind oder bei welchen Projekten es weiteren Prüfungs- oder Konkretisierungsbedarf gibt. Der Bericht macht aber auch deutlich, vor welchen Schwierigkeiten wir stehen: zum Beispiel die Haushaltssituation des Landes und der Kommunen. Gerade bei knapper werdenden Haushaltsmitteln stehen alle beteiligten Teile der Landesregierung noch stärker in der Verantwortung, die RWK-Prioritäten in der Verwaltungspraxis auch umzusetzen und bei Problemen bezüglich der Umsetzung mit den Kommunen nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Klar ist, dass der RWK-Prozess spätestens mit der Evaluierung in eine neue Phase eingetreten ist. Schon in der Vergangenheit wurde deutlich, dass sich die inhaltliche Schwerpunktsetzung bei den Standortentwicklungskonzepten und deren Fortschreibung verändert hat. Im Rahmen der Ausgestaltung der RWKs werden Themen interkommunal diskutiert und entschieden, die in der Vergangenheit eher Streitpunkte zwischen Kommunen waren und nicht als Basis für eine wirtschaftliche Entwicklung im Land oder in der Region gesehen wurden. Ich

meine hier Projekte im Bereich von Bildung, Kultur, Freizeit, Soziales.

Die im Bericht formulierten allgemeinen Einschätzungen des RWK-Prozesses teile ich größtenteils. Reserven liegen aus meiner Sicht nach wie vor in der Kooperation der RWKs mit den Umlandkommunen. Gerade hier ist die Zusammenarbeit bei Fragen beispielsweise bezüglich der Fachkräftesicherung von besonderer Bedeutung. Ob bei Ausbildungsmessen, der Entwicklung von Angeboten der Bildungsträger oder anderen Maßnahmen der Fachkräftesicherung ist Kooperation das Gebot der Stunde.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Veranstaltungsreihen „Wachstumskerne - starke Standorte für Brandenburg“ waren aus meiner Sicht sehr erfolgreich, die Dokumentation belegt dies. Deshalb befürwortet meine Fraktion die Überlegung, den Dialog in Bezug auf die Wachstumskerne auch über die Gespräche der IMAG mit den RWKs hinaus fortzusetzen, so zum Beispiel durch Aktivitäten und Vorhaben im Bereich des Wissens und des Technologietransfers. Besondere Aktivitäten zur Sensibilisierung von Unternehmen für die Zusammenarbeit mit der Brandenburger Wissenschafts- und Forschungslandschaft sind ausbaufähig. So findet der Ansatz, die RWKs bei der Beförderung von Innovationsprozessen noch stärker einzubinden und die einzelnen Vorhaben noch stärker als bisher in einer Gesamtstrategie zu verankern, unsere volle Unterstützung.

Ein letzter Gedanke: Mein Eindruck ist - das bestätigt auch der Bericht -, dass sich die interministerielle Zusammenarbeit und die Verzahnung verschiedener Politikfelder verbessert hat. Dafür möchte ich drei Beispiele nennen.

Erstens hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie über die Aktivitäten der lokalen Bündnisse für Familien im Land Brandenburg informiert und um weitere aktive Unterstützung der Bündnisse vonseiten der RWKs gebeten.

Zweitens: RWKs können einen Beitrag leisten und die vorhandene Ortsverbundenheit vieler junger Brandenburgerinnen und Brandenburger nutzen, um die entsprechenden Angebote und auch die Bindungskraft zu den Kommunen und zur Heimat zu stärken.

Drittens: Bezüglich der Verzahnung von RWKs - und INSEK-Prozess bzw. anderen Stadtumbau- oder Stadtentwicklungsprogrammen ist festzustellen, dass die Verzahnung zum Beispiel mit dem INSEK-Prozess, mit dem RWK-Prozess zwischenzeitlich reibungsloser läuft. Die integrierte Entwicklung der Städte bleibt gemeinsames Ziel der jeweiligen Prozesse, auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Städte und Gemeinden, die den Status eines RWKs erhalten haben, haben in den vergangenen Jahren immer besser ihre Stärke identifiziert und weiter ausgebaut. Aber auch Städte außerhalb der RWKs haben sich daran orientiert und eigene Initiativen entfaltet. Die Aktivitäten und Initiativen aller Beteiligten vor Ort in den RWKs, ebenso wie in den Kommunen und außerhalb der RWKs haben dazu beigetragen, die Entwicklung im Land voranzubringen und Brandenburg nach außen deutlich zu profilieren. Daran muss - wie auch immer der Zehnte Bericht dann aussehen wird - weiter gearbeitet werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Domres. - Wir setzen mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel hat das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Geschwindigkeit von Herrn Domres werde ich jetzt, glaube ich, nicht an den Tag legen können, aber die Zeit ist die gleiche, von daher also vielleicht genauso viel Inhalte, aber deutlicher formuliert.

Es ist von Herrn Tomczak dankenswerterweise schon zum Ausdruck gebracht worden, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier insofern ein Alleinstellungsmerkmal haben, als wir tatsächlich die Politik der Regionalen Wachstumskerne für nicht erfolgreich halten und denken, dass wir eine Umsteuerung in der Wirtschaftspolitik brauchen.

Was uns überrascht hat und Erstaunen ausgelöst hat, ist die Aussage in dem nun vorgelegten Bericht, über die positiven Effekte der Neuausrichtung der Standortpolitik seien sich alle Brandenburger Experten einig. - Wie ist denn das möglich? Eine Bestandsaufnahme zeigt, dass von 119 beschlossenen Einzelmaßnahmen bisher gerade mal ein Drittel durchgeführt wurden. Im Durchschnitt hat jeder Wachstumskern erst zwei Maßnahmen fertiggestellt. Von den 96 in Umsetzung befindlichen Maßnahmen sind 84 Infrastrukturmaßnahmen, und nur 11 Maßnahmen dienen der immer wieder eingeforderten Fachkräftesicherung. Der eindeutige Schwerpunkt liegt bei Investitionen in den Straßenbau und in die Gebäudeinfrastruktur. Wir halten das für falsch. Aber nicht nur wir halten das für falsch, sondern auch die Brandenburger Unternehmer halten das für falsch.

Im aktuellen Bericht zur Evaluierung der Wirtschaftsförderung in Brandenburg vom Oktober 2010 heißt es: Unternehmer sehen den größten politischen Handlungsbedarf bei der Standortentwicklung und bei der Fachkräftesicherung. Den geringsten Bedarf sehen sie bei der Infrastruktur. Statistisch setzt aber jeder Regionale Wachstumskern nur 0,73 Maßnahmen zur Fachkräftesicherung um. Die Regionalen Wachstumskerne Cottbus, Schönefelder Kreuz, Spremberg und Neuruppin verzichten auf jegliche Maßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Das Thema der Vernetzung ist für Unternehmen bei der Standortentwicklung bedeutender als Infrastrukturmaßnahmen. Die Regionalen Wachstumskerne sollen durch Vernetzung und Abstimmung in die Region ausstrahlen, aber nur sechs Regionale Wachstumskerne haben das hierfür bestimmte Regionalbudget bisher bewilligt bekommen.

Wie kann denn über die positiven Effekte der Neuausrichtung der Förderpolitik Einigkeit bestehen, wenn der zentrale Aspekt, die begonnene Evaluierung der Arbeit der Regionalen Wachstumskerne und damit die Analyse der Ergebnisse der bisherigen Förderpolitik, noch aussteht?

Ich weise auf den zweiten Zwischenbericht der Evaluatoren vom 23. Juli 2010 hin, der von einer abschließenden Bewertung weit entfernt ist. Dort stellen die Evaluatoren fest: Der Prozess ist nach Aussage der meisten RWK-Verantwortlichen jetzt erst richtig angelaufen und muss in den kommenden Jahren nachweis- und belastbare Wirkung zeigen.

Zum einen handelt es sich bei vielen Projekten um langfristige Maßnahmen, und zum anderen benötigen viele der komplexen Maßnahmen eine entsprechende Planungs- und Vorbereitungsphase. Dementsprechend können zum jetzigen Zeitpunkt auch nur begrenzte und unmittelbare Wirkungen festgestellt werden. Ich fasse zusammen: Die Wirkung der Förderpolitik „Stärken stärken“ ist also aktuell nicht nachweisbar. Gleichzeitig ziehen die Evaluatoren in diesem Bericht die Nachweisbarkeit eines kausalen Zusammenhangs zwischen Regionalen Wachstumskernen und einer überdurchschnittlichen Wirtschaftsentwicklung in Zweifel.

Dort heißt es wörtlich:

„Die RWK-Effekte sind nur sehr schwer von überlagernden Effekten zu trennen.“

Zum Beispiel kann kein direkter Zusammenhang zwischen dem RWK-Status und der überdurchschnittlichen Entwicklung des Wirtschaftsaufschwungs - beginnend im Jahr 2005 - hergestellt werden. Die Evaluatoren benennen im zweiten Zwischenbericht explizit die Gefahr, dass die Evaluation keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen dem Status „Regionaler Wachstumskern“ und Wirtschaftsentwicklung erbringen könnte.

Das heißt: Der Bericht, der heute vorliegt und diskutiert wird, ist ein ganz großes Geklapper um wenig Inhalt. Ich denke, Frau Kaiser hatte 2007 Recht, als sie das Konzept „Stärken stärken“ in Zweifel zog und Richtlinien beklagte, weil so einer Vielzahl von Kommunen unseres Landes bzw. ganzen Regionen von vornherein der Zugang zu Fördermöglichkeiten verbaut wurde.

Aus einer Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Senfleben „Effekte des Förderinstruments der Branchenschwerpunktorte durch die Landesregierung“ möchte ich gerne zitieren, weil das ebenfalls aufzeigt, in welche Richtung der Hase hier läuft:

„Gestützt auf die Empfehlung des Gutachters, aber auch im Hinblick auf die Erfüllung des wesentlichen Zwecks, soll in der neuen Legislaturperiode die Förderkategorie der Branchenschwerpunktorte aufgegeben werden.“

- Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir stellen aber fest, dass das bisher noch nicht erfolgt ist. Denn das Operationelle Programm ist bisher nicht geändert worden. Mir ist das zumindest nicht bekannt.

(Zurufe von der Regierungsbank)

- Das habe ich dem Bericht so entnommen. Das möge dann korrigiert werden.

„Dies dient der Transparenz und stellt eine Vereinfachung des Förderszenarios dar. Damit würde außerdem eine weitere Konzentration der Fördermittel auf die integrierte Standortentwicklung in den Regionalen Wachstumskernen erfolgen.“

Das heißt: Man lehnt das Projekt der Branchenschwerpunktorte jetzt ab. Das finde ich richtig. Man sammelt das Geld ein. Auch das ist richtig. Man will sich jetzt jedoch noch stärker auf die Regionalen Wachstumskerne konzentrieren, als das bisher der Fall war. Das halte ich für falsch.

Die Förderung konzentriert sich dadurch auf immer weniger Regionen. Sie verletzen damit das Konzept der sozialen Marktwirtschaft nachhaltig und schlagen alle ordnungspolitischen Grundsätze in den Wind. Auch in Brandenburg sollte es allen Regionen möglich sein, Zugang zu Fördermitteln zu erhalten. Ein Wettbewerb um die besten Ideen und Ansiedlungskonzepte muss möglich sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir setzen die Debatte mit einem Beitrag der Staatskanzlei fort. Herr Staatssekretär Gerber, Sie haben das Wort.

Staatssekretär Gerber:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu ein paar Aspekten Stellung nehmen. Herr Vogel, natürlich haben alle Regionen des Landes nach wie vor auch Zugang zu den entsprechenden Fördermitteln des Landes. Es ist also ein Ammenmärchen gewesen, was Sie soeben vorgetragen haben.

Gleichwohl will ich mich für die Debatte herzlich bedanken. Einige Gesichtspunkte haben bereits in die Zukunft gewiesen. Das ahnte ich. Deshalb habe ich dafür etwas Redezeit vorgehalten. Die Frage der Auf- und Absteiger wird die Debatte bestimmen. Das wird sicher kontrovers. Unzufriedene wird es immer geben. Das gilt, wenn man es so lässt, wie es ist. Das gilt aber auch, wenn man zwei oder drei heraus- oder hereinnimmt. Das ist ganz klar.

Umso wichtiger ist es, dass wir in der Diskussion über die Evaluationsergebnisse sprechen. Wir haben auch Orte mit mehr als 15 000 Einwohnern einbezogen. Die Entscheidungsgründe müssen breit diskutiert werden. Die Details müssen allen verdeutlicht werden.

Klar ist, dass wir noch mitten in einem Prozess stehen, dessen Bewertung objektiven Schwierigkeiten unterliegt. Da haben Sie völlig Recht, Herr Vogel. Diese Zitate von Ihnen stimmen. Manches ist in der Wirtschaftspolitik in Bezug auf die Kausalität schwer zu erklären. Aber auch das ist nicht neu. Von 120 beschlossenen Maßnahmen haben wir es erst mit 20 abgeschlossenen Maßnahmen zu tun. Das ist ein Indiz dafür, dass wir uns noch mitten im Verfahren befinden. Bei einer solchen Bewertung gibt es Zielkonflikte. Mit diesen Schwierigkeiten müssen wir leben.

In der künftigen Debatte sollten wir darauf achten, dass es keine übermäßigen Enttäuschungen gibt. Die Entscheidungswege und die Entscheidungskriterien sollten und müssen deutlich gemacht werden. Es geht auch um diejenigen, die am Ende des Prozesses nicht zu den Regionalen Wachstumskernen zählen. Die diesbezüglichen positiven Entwicklungen müssen auch hier verstärkt und intensiviert werden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Vizepräsidentin Große:

Ich beende damit die Aussprache. Der Bericht der Landesregierung ist zur Kenntnis genommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Brandenburg - Europäische Unternehmerregion
Strategie für die Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand**

(gemäß Beschluss des Landtages Brandenburg vom 25.02.2010 - Drs. 5/510-B)

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/2618

Wir beginnen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung. Herr Minister Christoffers, Sie haben das Wort.

**Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten
Christoffers:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss der Regionen hat dem Land Brandenburg gemeinsam mit der spanischen Region Murcia und dem irischen Country Kerry im Februar 2010 den Preis „Europäische Unternehmerregion 2011“ verliehen. Ausgewählt wurden diese drei Preisträger aus 35 europäischen Bewerberregionen. Im Mittelpunkt der Bewerbung Brandenburg standen ganz bewusst Maßnahmen zur Stärkung und Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen und Ansätze, um künftige Herausforderungen meistern zu können.

Besonders hervorgehoben wurden in den Bewertungen die Ziele ökologischer Umbau der regionalen Wirtschaft, Unterstützung von Kreativität und Innovation als Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung sowie die Ergänzung der Förderpalette um neue Förderinstrumente.

Vor diesem Hintergrund hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, die Preisverleihung zu nutzen, um kleine und mittlere Unternehmen und das Unternehmertum noch zielgerichteter zu fördern und ihre Bedeutung für die Entwicklung des Landes noch stärker in den öffentlichen Fokus zu rücken. Dazu sollte 2010 eine Strategie mit Handlungsschwerpunkten erarbeitet werden. Diese Strategie hat die Landesregierung Ende Dezember vorgelegt.

Meine Damen und Herren, wir haben uns entschieden, das nicht nur als eine Strategie zur Umsetzung dieser Auszeichnung zu konzipieren, sondern wir haben eine Mittelstandsstrategie in Abstimmung mit mehreren Häusern erarbeitet, die weit mehr ist als nur die Umsetzung dieser Auszeichnung.

In dem vorliegenden Bericht ist eine Mittelstandsstrategie konzipiert, die Grundlagen für die Mittelstandspolitik der gesamten Legislaturperiode legt sowie als Vorbereitung auf die neue Strukturfondsperiode ab 2014 dient. Wir konzentrieren uns dabei auf die Vorrangregelung für KMU, auf die Förderung für Innovationen, auf die Frage der ökologischen Modernisierung, auf die Frage der stärkeren Internationalisierung von KMU, auf die Förderung von Gründungen, die Stärkung von Unternehmertum und die Gründungsmotivation und nicht zuletzt - sondern als zentrales Thema - die Frage der Fachkräftesicherung.

Sie finden ab Seite 26 des vorliegenden Berichts eine Übersicht über die Themenfelder und Maßnahmen, die durch meh-

re Ressorts der Landesregierung zur Umsetzung dieser Schwerpunkte übergreifend eingerichtet und umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Redezeit kann ich nur einige Beispiele aufführen. Bezüglich der Vorrangregelung für KMU geht es vor allen Dingen um die Frage des Abbaus auch von sektoralen Defiziten, insbesondere um die Frage Eigenkapitalbedarf, sowie um das Suchen nach neuen Instrumenten, um Ideen neben banküblichen Sicherheiten besser bewerten zu können.

Lassen Sie mich im Zuge der geplanten Haushaltsaufstellung folgende Bemerkung machen: Im Bereich Technologieförderung werden wir keine Mittel kürzen. Neben der Substanzpflege ist die Frage der Technologieentwicklung ein Schlüsselinstrument, um wirtschaftliche und soziale Stabilität miteinander zu verbinden.

Zur Förderung von Innovationen möchte ich noch einmal an den Brandenburger Innovationsgutschein erinnern, der sich ausgezeichnet als Förderprogramm bewährt und mit einem relativ geringen Mitteleinsatz ein hohes Potenzial in der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft erschlossen hat.

Was die Frage der ökologischen Modernisierung betrifft, erinnere ich an die neue Richtlinie RENplus, in der einerseits die Förderung regenerativer Energien und Projekte, andererseits die Einbeziehung der Regionalen Planungsgemeinschaften in die Entwicklung der Energiestrategie enthalten sind. Die dazu notwendigen Maßnahmen sind hier in dieser Woche öffentlichkeitsbezogen übergeben worden.

Bezüglich der Stärkung des Unternehmertums sei die Servicestelle für Schülerfirmen erwähnt. Wir haben erstmals im Dezember 2010 zusammen mit dem Bildungsministerium die Präsentationen des Schülerfirmen-Handbuchs vorgenommen - das war eine aus unserer Sicht sehr zielführende Veranstaltung.

Bezüglich der Fachkräftesicherung sind der Bildungsscheck Brandenburg zur Förderung der beruflichen Weiterbildung sowie weitere Maßnahmen zu erwähnen. Ich möchte noch einmal darauf verweisen - das ist im Bericht enthalten -, dass der Maßnahmenplan der Landesregierung zur Fachkräftesicherung natürlich integraler Bestandteil dieser Mittelstandsstrategie ist und sich nicht auf ein oder zwei Jahre beschränkt, sondern sich selbstverständlich über einen längeren Zeitraum erstreckt.

Meine Damen und Herren, der Titel unserer neuen Mittelstandsstrategie bringt zum Ausdruck, dass sie mit einer starken europäischen Perspektive verbunden ist. Sie bricht gewissermaßen einen Teil der Entwicklungsziele der Europäischen Union, die in der Strategie „Europa 2020“ zusammengefasst sind, auf die regionale Ebene herunter. Die Mittel der Europäischen Strukturfonds bilden - das sollten wir uns politisch immer wieder vor Augen führen - das finanzielle Rückgrat dieser Strategie. Die Verleihung dieser Auszeichnung ist auch eine Anerkennung für die Art und Weise, wie wir diese Mittel nutzen. Deshalb werde ich mich in der kommenden Woche bei dem 5. Europäischen Kohäsionsforum in Brüssel weiterhin für die Erhaltung und einen zielgerichteten Ausbau der Kohäsionspolitik einsetzen, denn in die Zukunft gerichtete Entwicklungsstrategien von Europäischen Regionen und der deutschen Bundesländer setzen voraus, dass wir hier mit den Strukturfonds EFRE, ESF und ELER auch in Zukunft gezielt Maßnahmen umsetzen kön-

nen, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu stabilisieren.

Meine Damen und Herren, auf diese Art und Weise hoffe ich, dass die eigentlich nicht mit einem Preisgeld dotierte Auszeichnung sowohl einen europäischen Mehrwert entfaltet als auch durch die Umsetzung dieser Mittelstandsstrategie zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilität und positiven Entwicklung des Landes Brandenburg beitragen wird. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Christoffers. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Bommert hat das Wort.

Bommert (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht der Landesregierung basiert auf einem Antrag der Koalitionsfraktionen, die sich Anfang letzten Jahres genötigt sahen, damit auf einen Antrag der CDU-Fraktion zu reagieren. So ist dieser Bericht auf unseren Druck hin entstanden - auch gut. Liebe Kollegen der Koalition, bitte sagen Sie mir nicht, Sie hätten diesen Bericht sowieso angefordert.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Aber selbstverständlich!)

- Ich glaube es nicht ganz.

Der Bericht stellt eine Strategie und ihre europäische Einbettung für den Mittelstand dar und fußt auf einer Auszeichnung unseres Landes als Europäische Unternehmerregion 2011. Aber wie das so mit den Auszeichnungen dieses Landes ist, die es in den letzten Monaten erhalten hat: Die aktuelle Landesregierung hat keinerlei Anteil daran; sie basieren noch auf der Vorgängerregierung. Wir wissen, dass Sie sich auf Lorbeeren ausruhen und nicht wirklich neue Ideen und Konzepte entwickeln.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Ich bin gespannt, wie Sie auf unseren Antrag für ein Rückkehrerkonzept reagieren, aber ich kann mir Ihr Abstimmungsverhalten schon ausmalen.

(Frau Lehmann [SPD]: Den bringen wir erst einmal in Ordnung!)

Dabei wäre dieses Konzept ein weiterer Baustein zur Fachkräftesicherung in Brandenburg. Nun denn - das Strategiepapier enthält zweifellos einige gute und wichtige Punkte. Nur was die Umsetzung angeht, habe ich so meine Zweifel. „Vorfahrt für KMU“ ist laut dem Bericht nicht nur das Leitmotiv des Small Business Acts der Europäischen Kommission, sondern auch die mittelstandspolitische Maxime der Landesregierung. Hört, hört! Da bin ich aber einmal gespannt, wie sich dieser Vorsatz mit der angekündigten Änderung der Kommunalverfassung vereinbaren lassen soll.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Gespannt können Sie sein!)

Bislang ist doch dort eher von „Vorfahrt gesperrt für KMU“ die Rede. Diesen Spagat muss man erst einmal zustande bringen. Aber ich fürchte, dass diese Landesregierung das schaffen wird. Allerdings werden dabei einige gute Konzepte und unter Umständen auch Unternehmen auf der Strecke bleiben.

Ein weiterer Punkt lässt mich an der Strategie zweifeln - lassen Sie mich kurz aus dem Papier zitieren -:

„Im Rahmen dieses Prozesses wird die erforderliche Konsolidierung des brandenburgischen Landeshaushalts in den nächsten Jahren eine weitere Konzentration der öffentlichen Fördermaßnahmen auf weniger Prioritäten erforderlich machen. Auch im Bereich der Stärkung des Mittelstandes wird zu diskutieren sein, welche Maßnahmen die besten mittel- und langfristigen Wirkungen hervorbringen und notwendig sind. Insofern gilt für die entsprechenden Aussagen in der Strategie der Haushaltsvorbehalt.“

Eine mutige Aussage! Im Endeffekt bedeutet dies aber: Die gesamte schöne Strategie steht unter Haushaltsvorbehalt. Spätestens mit dieser Aussage - sie steht bereits auf Seite 3 - ist aus der Vorfahrt für KMU ein Stoppschild geworden.

Meine Damen und Herren, man kann sich bei diesem Bericht auch an handwerklichen Dingen stören. Da ist zum einen das in Auftrag gegebene Enddatum Ende 2010 nicht erreicht worden. Zum anderen ist die Bilanz des Small Business Acts der Europäischen Kommission nicht abgewartet worden. Statt irgendein Datum festzulegen, wäre es von vornherein angebracht gewesen, sich gründlich mit den Fakten auseinanderzusetzen. Dann hätte man nämlich festgestellt, dass die EU 2010, Anfang 2011 ihren Small Business Act überarbeitet hätte. Was bleibt also von dem Bericht? Eine nette, durchaus sinnvolle Ansammlung von Strategiepunkten, die mit der Intention der Landesregierung nur schwer umsetzbar sind.

Meine Damen und Herren von der Linksfraktion, wie wollen Sie einem Mittelständler oder Unternehmer dieses Papier vermitteln, wo doch in Ihrem Programmentwurf von Verstaatlichung und genossenschaftlichem Eigentum die Rede ist und Frau Löttsch gerade über Wege zum Kommunismus nachdenkt?

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Was bleibt ...

(Zurufe vom der Fraktion DIE LINKE)

- Das ist aber so, das muss ich sagen.

Der Wirtschaftsminister hat das Jahr 2011 zum Jahr des Unternehmers erkoren.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Das halte ich für sinnvoll; ich habe da viel Hoffnung und schätze die Würdigung des Mittelstandes. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bommert. - Jetzt sind alle wieder munter. Es geht mit dem Beitrag der SPD-Fraktion weiter. Frau Abgeordnete Hackenschmidt hat das Wort.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Bommert, es ist schon erstaunlich: Als Sie vorhin über die freien Berufe sprachen, hörte es sich so an, als gäbe es in diesem Haus nur eine Fraktion - vielleicht auch zwei -, die davon Ahnung hätten. Vielleicht ist es Ihnen entgangen: Ich war auch freiberuflich tätig. Ich komme aus einem Haus, in dem alle freiberuflich tätig waren. Ich kenne das Metier also schon lange, und in der rot-roten Koalition soll es auch Fachverständnis für Wirtschaftsthemen geben. Ich weiß, das wollen Sie nicht hören, aber ich kann Ihnen sagen: Auch Ihr Minister hat gern mit uns im Wirtschaftsausschuss solidarisch und konstruktiv zusammengearbeitet. Also, CDU-Initiative hin - CDU-Initiative her, ich denke, wir können die letzten fünf Jahre gemeinsamer Koalition so abrechnen: Wir haben gemeinsam die richtigen Sachen auf die Gleise gesetzt und die Weichen richtig gestellt.

Die Auszeichnungen, nicht nur die zur „Europäischen Unternehmerregion“, machen das deutlich. Ich erinnere auch an den „Leitstern“ für die Förderung erneuerbarer Energien in den Jahren 2008 und 2010. Beide Auszeichnungen haben etwas miteinander zu tun. Gleiches gilt für Platz 1 im Dynamik-Ranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 2010. Ich glaube nicht, dass das alles nur auf einen Minister zurückzuführen ist. Das Wichtigste ist der Overhead, der Ministerpräsident, der ein offenes Ohr für die Anliegen der Wirtschaft hat. An dieser Stelle sind auch die Fachminister zu nennen, die mit ihren Kompromissen zur Unterstützung unseres Wirtschaftsstandortes beitragen. All das hat zu diesen Auszeichnungen geführt.

Wem gehört denn nun die Auszeichnung zur dynamischen, ökologischen, unternehmerischen Region in Europa? Gute Frage; meinen Vortrag habe ich entsprechend aufgebaut. Gehört sie der Landesregierung? Ich sage ja. Der Ministerpräsident und seine Minister haben entsprechende Instrumente entwickelt, um die Unternehmerschaft, vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, zu unterstützen. Gehört sie dem Landtag? Ja. Meine Vorredner und der Minister haben schon darauf hingewiesen. Angeblich hat nur die CDU die Initiative ergriffen, um die Regierung zum Handeln zu treiben.

Ich füge hinzu: Die Auszeichnung gehört auch den Unternehmerinnen und Unternehmern - ob es freie Berufe oder das Gewerbe sind, völlig wurscht. Der Unternehmer tut etwas - selbst und ständig. Seine Tätigkeit beinhaltet das Risiko - das weiß er auch -, pleitezugehen. Das betrifft nicht nur die großen, sondern auch die kleinen Unternehmen. Dafür muss man sich auch nicht schämen. Ich habe viele ehemalige Unternehmerinnen und Unternehmer getroffen. Einige haben sich zum zweiten oder dritten Mal selbstständig gemacht, andere sind in ein Angestelltenverhältnis zurückgekehrt - warum denn nicht? Sie sind in jedem Fall reicher an Erfahrung und finden damit in bestimmten anderen Gremien die nötigen Arbeitsschwerpunkte, um das unternehmerische Anliegen zu unterstützen, auch in Kammern und Verbänden. Sie von der Opposition sind immer mit der

Forderung unterwegs, alles abzuschaffen. Auf der Handwerkskammertagung wurde es von Herrn Dreyßig ganz deutlich zum Ausdruck gebracht: Er arbeitet mit dieser Landesregierung eng zusammen und bringt auch Kritikpunkte an; diese werden gehört. - Ich denke, das ist ein konstruktives Miteinander.

Die Auszeichnung gehört aber auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Damit bin ich bei meinem Lieblingsthema, dem Mindestlohn. Sie von der Opposition behaupten immer, nach dessen Einführung werde die Wirtschaft den Bach runtergehen. Komisch, andere Länder in Europa - wir reden ja von der „Europäischen Unternehmerregion“ - praktizieren den Mindestlohn schon lange, und sie sind alle noch da und erfolgreich.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Ich finde, hier müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Gewinnen beteiligt werden. Die Arbeitnehmerschaft ist schließlich auch zurückhaltend, wenn es darum geht, ihre Arbeitsplätze zu erhalten.

In diesem Zusammenhang spielt auch die Frage der Familie eine Rolle; das ist heute schon erörtert worden. Eigentlich ist das ein Aktionsprogramm für alle, von den ganz Jungen bis zu den Älteren. Lebenslanges Lernen - das ist der Rohstoff, aus dem wir Innovationen ziehen können.

Was das Schwerpunktthema Energie angeht, so habe ich den „Leitstern“ schon erwähnt - da haben wir uns nicht beworben; hier um diesen Preis haben wir uns beworben. Ich sage der Landesregierung Danke, dass wir uns beworben haben, denn wir müssen wissen, wo wir im europäischen Wettbewerb stehen. Dann können wir Schlüsse ziehen und eine Strategie entwickeln.

Ich halte den vorliegenden Bericht - wie haben Sie es gesagt: ein Aufzählen aller Aktionen - schon für erstaunlich. Wo sonst gibt es so viel gebündelte Information, was für wen wo getan wird, damit er unternehmerisch tätig sein kann?

Wir sollten einen bestimmten Blick grundsätzlich vermeiden, nämlich immer das Negative zu sehen. Das bringt uns nicht weiter. Brandenburg ist aus meiner Sicht auf dem richtigen Weg. Nicht jammern, sondern handeln! Und vor allem: Andere mitnehmen!

(Vereinzelt Beifall CDU sowie Zuruf: Sehr richtig!)

Brandenburg - ein modernes Bundesland. Ich sage das unter dem Aspekt: „Wer sich nicht bewegt, hat schon verloren.“ Eine ehemalige Kollegin hat das auch von dieser Stelle aus oft genug gefordert.

(Die Abgeordnete Hackenschmidt [SPD] hält einen Auszug aus dem „Handelsblatt“ in Richtung des Plenums.)

Ich finde, im „Handelsblatt“ steht das zu dem Mindestlohn ganz deutlich. Das ist nicht der „Vorwärts“ der SPD, das ist das „Handelsblatt“. Gucken Sie sich das an! Auch in Amerika, das oft als Vorbild genannt wird, hat man damit gute Erfahrungen gemacht.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Ich denke, der vorgelegte Bericht ist nicht unkritisch. Wir müssen auch Kritik üben; das will ich kurz tun.

Vizepräsidentin Große:

Frau Abgeordnete Hackenschmidt, Sie haben leider keine Zeit mehr, das zu tun.

Frau Hackenschmidt (SPD):

- Ja. - Wir müssen mit dieser Strategie weiterarbeiten. Im Fachausschuss wird noch genug Zeit sein, kritische Punkte anzubringen. Denn wer sich nicht bewegt, hat schon verloren. Die Strategie muss als Prozess betrachtet werden. - Danke.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hackenschmidt. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Teuteberg hat das Wort.

Frau Teuteberg (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein schöner Erfolg, dass Brandenburg vor knapp einem Jahr mit dem Titel „Europäische Unternehmerregion 2011“ ausgezeichnet wurde. Brandenburg hat sich in dem Wettbewerb um die Auszeichnung gut geschlagen. Das ist vor allem ein Erfolg der Menschen, die in Brandenburg Wirtschaft machen. Wir gratulieren daher den Unternehmern und den Arbeitnehmern, die in Brandenburg, unserem Land, ihren Beitrag leisten.

(Beifall FDP und CDU sowie des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Ob Brandenburg sich auch im tatsächlichen europäischen Wettbewerb gut schlagen wird, muss sich aber erst erweisen. Wir als Oppositionsfraktion wollen jedenfalls alles dafür tun, dass ein anerkanntermaßen gutes Konzept zur Förderung des Mittelstandes auch gut umgesetzt werden kann.

Für uns Liberale steht außer Frage, dass wir die Punkte, mit denen sich Brandenburg gegenüber seinen Mitbewerbern durchgesetzt hat, unterstützen. Da ist zum einen die Strategie zur Stärkung unternehmerischer Potenziale insgesamt zu nennen, etwa die enge Zusammenarbeit aller Akteure der Wirtschaftsförderung, und zum anderen die Änderung bei der Wirtschaftsförderung sowie die Einführung neuer revolvierender Finanzierungsinstrumente, bei denen die EU-Mittel Brandenburg auch langfristig zur Verfügung stehen. Hier sei daran erinnert, dass die FDP-Fraktion schon in den Haushaltsberatungen 2010 und 2011 Mikrofinanzierungen für kleine und mittelständische Unternehmen gefordert hat, und zwar unabhängig davon, wie lange die Unternehmen schon am Markt agieren. Schließlich nenne ich die Anstrengungen zur ökologischen Modernisierung. Das alles stärkt den Standort Brandenburg langfristig.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich über diesen Titel für Brandenburg besonders deshalb gefreut, weil eine solche Auszeichnung hilft, das Bewusstsein für Europa und die Akzeptanz des europäischen Gedankens bei den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg zu stärken. Aber wir müssen auch bedenken:

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und die Akzeptanz Europas dürfen nicht vom Fluss von Fördermitteln abhängen. Wir brauchen beides, den Anshub durch Fördermittel und eine sich selbst tragende Unternehmenslandschaft, die ohne Wettbewerbsverzerrungen funktioniert. Wer auch im europäischen Wettbewerb bestehen will, der muss auf einem guten Fundament stehen. Ziel sollte es deshalb sein, die Anreize für kleine und mittlere Unternehmen so zu setzen, dass die öffentliche Förderung die Ausnahme bleibt. Das ist vor dem Hintergrund des strapazierten Landeshaushalts auch eine Frage der Generationengerechtigkeit; denn jeder Euro, der aus EU-Mitteln fließt, muss durch das Land gegenfinanziert werden, und jede Förderung durch das Land bedeutet im Moment: Mehr Schulden!

Wir brauchen einen verantwortungsvollen und vorausschauenden Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Deshalb erfordert die Konsolidierung des Landeshaushalts die richtige Prioritätensetzung. Das bedeutet, die öffentliche Förderung auf weniger Schwerpunkte zu konzentrieren. Mehr Eigenverantwortung und sich selbst tragende Wirtschaftsmodelle können auch durch entsprechende Angebote gefördert werden. Wir brauchen ein unternehmerfreundliches Umfeld zugunsten mittelständischer Unternehmen. Und wir brauchen eine Verständigung darüber, welche Maßnahmen die besten mittel- und langfristigen Wirkungen hervorbringen. Es wäre deshalb gut, wenn wir schon jetzt über ein Datum für die Evaluierung der Strategie der Landesregierung sprechen könnten.

Ein so schöner Titel wie „Europäische Unternehmerregion 2011“ ist eben nicht nur Auszeichnung, sondern auch Verpflichtung, und zwar dazu, zu einem positiven Leitbild unternehmerischer Selbstständigkeit beizutragen. Wirtschaft braucht Unternehmer. Wir brauchen Menschen, die Mut und Initiative, Risiko- und Verantwortungsbereitschaft beweisen. Gerade bei der Selbstständigquote hat Brandenburg noch viel zu tun - nicht durch das Verteilen öffentlicher Gelder, sondern durch die notwendige gesellschaftliche Anerkennung für unternehmerisches Engagement. Da brauchen wir nicht Klassenkampfrhetorik und Neiddebatten; was wir brauchen, ist Ermutigung zur Verantwortung.

Da begrüße ich, was Kollegin Hackenschmidt gesagt hat. Auch ich glaube, für die gesellschaftliche Anerkennung unternehmerischen Engagements ist es ganz wichtig, dieses Engagement auch dann wertzuschätzen, wenn es mal scheitert, denn das gehört dazu. Insofern begrüße ich diese Aussage. Ich hoffe, wir fördern das Verständnis dafür.

Bei aller Freude hätte ich in einem Punkt mehr vom Bericht der Landesregierung erwartet, und zwar zu der Frage: Wie kommt Brandenburg in Europa an, und wie machen wir unsere kleinen und mittleren Betriebe fit für den internationalen Wettbewerb? Da kann sicherlich noch mehr unternommen werden. Wenn kleine und mittlere Betriebe grenzüberschreitend tätig werden, um neue Märkte zu erschließen, dann setzt das neben einer guten Beratung auch eigene interkulturelle Kompetenzen voraus. Das gilt in beide Richtungen - für den Wirtschaftsstandort Brandenburg, der um Fachkräfte wirbt, wie auch für unsere Unternehmen, die den Ruf Brandenburgs über die Landesgrenzen hinaustragen.

Ein Wermutstropfen ist in dieser Hinsicht die Schließung der gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz mit Berlin in Brüssel. Die Landesvertretung leistet hier aber eine wirklich gute Arbeit. Eine bessere personelle Ausstattung wäre wünschenswert, um ih-

re Rolle als direkter Ansprechpartner der Brandenburger Unternehmen in Brüssel noch besser ausfüllen zu können.

Brandenburg ist mit der Strategie „Europäische Unternehmerregion 2011“ auf einem richtigen Weg. Das Ministerium als zentraler Ansprechpartner können wir nur darin bestärken, noch mehr und verstärkt die Werbetrommel für den Maßnahmenkatalog europäische Wirtschaftsregion zu rühren. Wir werden die Umsetzung gern konstruktiv begleiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Teuteberg. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Domres.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Bommert, als Sie vorhin darüber sinniert haben, wer was gemacht hat, musste ich an einen Werbespot für einen Schweizer Kräuterbonbon denken. Das Bild: Drei kräftige Finnen kommen aus der Sauna, unterhalten sich über die Köstlichkeit des Schweizer Kräuterbonbons, und dann kommt ein kleiner Schweizer an und fragt: Wer hat es erfunden?

Die Frage, wer etwas gemacht hat, ist in dem Zusammenhang gar nicht so wichtig. Wichtig ist die Frage: Was machen wir jetzt und was machen wir künftig? Darüber gibt der vorgelegte Bericht hervorragend Auskunft.

Ausgangspunkt war zum einen, Herr Kollege Bommert, der überreichte Preis „Europäische Unternehmerregion 2011“ des Ausschusses der Regionen. Ausgangspunkt war zum anderen der Entschließungsantrag und somit auch Ihr Antrag, weil es ohne Antrag keinen Entschließungsantrag gäbe. Ausgangspunkt war aber auch die Koalitionsvereinbarung von SPD und die Linke. Darin heißt es:

„Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt es, günstige Rahmenbedingungen für zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Wir wollen den Weg zur Wissensgesellschaft weiter gehen und den Brandenburger Unternehmen, regionalen Handwerkern, Dienstleistern und Mittelständlern exzellente Rahmenbedingungen schaffen. Die Vielfaltigkeit des Landes findet ihren Ausdruck auch in der Vielfaltigkeit unserer Wirtschaftsstruktur.“

Die geforderte Strategie liegt nun in Form des Berichtes vor. Der Bericht beinhaltet eine Vielzahl von Maßnahmen für eine zielgerichtete Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, beispielsweise für die Substanzpflege oder für die Stärkung der Eigenkapitalbasis durch neue Finanzierungsinstrumente. Als Beispiel nenne ich hier nur ein neues Nachrangdarlehensprogramm für etablierte kleine und mittlere Unternehmen in allen gewerblichen und freiberuflichen Branchen. Mit dem Produkt „Brandenburg-Kredit Mezzanine“ bietet die Investitionsbank des Landes im Auftrag des Landes kleinen und mittleren Unternehmen, die mindestens drei Jahre bestehen, sogenannte Nachrangdarlehen unter Einbindung einer Förderung in Höhe von 75 % aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung und in Höhe von 25 % aus Landesmitteln.

Die Nutzung des Nachrangdarlehens wirkt sich positiv auf das Eigenkapital und somit auf die Bonität aus und verbessert das Rating der Darlehensnehmer.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Förderung von Innovation durch Weiterentwicklung der gemeinsamen Innovationsstrategie mit Berlin, den Ausbau des Technologietransfers im Rahmen der Branchentransferstellen, der Technologie- und Gründerzentren und dem Technologienetzwerk IT-Brandenburg sowie die weitere Etablierung des Innovationsassistenten und des Innovationsgutscheins für KMU auch für Handwerker.

Dass gerade Letzterer gut angenommen wird, kann man daran erkennen, dass 100 Innovationsgutscheine in einem Jahr vergeben wurden. Das macht deutlich, dass das Interesse an dem Ende 2009 eingeführten Förderinstrument groß ist. Es wird von Unternehmen sehr gut nachgefragt. Sie können damit wissenschaftliche Leistungen einkaufen, um einen konkreten Innovationsbedarf zu decken. Insbesondere bei kleineren und mittleren Unternehmen sollen Hemmschwellen abgebaut werden, damit sie schneller mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Kontakt kommen und deren Wissen für die Verbesserung der eigenen Produkte, Verfahren und Dienstleistungen nutzen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen ein drittes Beispiel nennen. Auch für das Jahr 2011 stehen den Unternehmen im Rahmen einer Betriebsübergabe wieder Fördergelder zur Verfügung. Diese Zuschüsse kann der Unternehmer für eine fachgerechte Beratung, zum Beispiel für eine Unternehmensbewertung oder für ein Übergangskonzept nutzen. Nachfolger erhalten fachkundige Hilfe bei der Finanzierung ihres Unternehmenskaufs und bei der Erstellung eines Unternehmenskonzeptes. Auch für Coaching-Maßnahmen werden 70 % der Beraterkosten aus Mitteln der Europäischen Union, des Landes Brandenburg und der Kammern gefördert. Projektträger dieser Maßnahme ist die IHK Potsdam, die in Kooperation mit der Handwerkskammer Potsdam arbeitet. Beide Kammern sind Partner im Gründungsnetz Brandenburg. Die Beratungsstelle für die Unternehmensnachfolge, einschließlich Beratungs- und Qualifizierungsleistungen, die durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie aus Mitteln des ESF und des Landes Brandenburg gefördert werden, steht bis zum 31.12.2013 zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alle drei Beispiele machen aus meiner Sicht die Stärke des Konzeptes deutlich. Erstens: Es wird interministeriell und ressortübergreifend gearbeitet. Das war nicht immer so. Zweitens: Von der Koalition werden im vorgelegten Konzept die gesetzten Themen Fachkräftesicherung, Förderung von Gründung, Internationalisierung von KMU, Innovationsförderung, ökologische Modernisierung berücksichtigt. Drittens: Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Stabilität und ein nachhaltiges Wachstum zu fördern sind Kerngedanken des Berichts und somit Arbeitsgrundlage der Landesregierung und der Koalition.

Gestatten Sie mir zum Schluss folgende Bemerkung. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion hat dem Wirtschaftsminister vorgeworfen, zu wenig für die Förderung des heimischen Mittelstandes zu unternehmen. Er nannte es unaufrichtig, dass Minister Christoffers ständig über die Umstellung der Förderpolitik im Land hin zu mehr Darlehen für kleine und mittelständische Unternehmen spreche, während sein Haus in diesem Bereich nichts unternehme.

Ich meine, dass dieser Bericht sehr deutlich macht, mit welchen Maßnahmen die Landesregierung - und insbesondere der Wirtschaftsminister - den Brandenburger Mittelstand unterstützt. Es wäre gut, wenn die CDU dies einmal zur Kenntnis nähme. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Domres. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel erhält das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich die vorliegende Strategie der Landesregierung zur Stärkung von Innovation und Kreativität im Mittelstand gemeinsam mit dem zugrunde liegenden Preis „Europäische Unternehmerregion 2011“ kritisch würdigen und hinterfragen.

Es ist ja überraschend: Brandenburg, Murcia in Spanien - landwirtschaftlich geprägt - und das Country Kerry in Irland - von Landwirtschaft dominiert - setzen sich unter anderem gegen Baden-Württemberg, gegen Madrid und Mailand durch. Die vor Kraft strotzenden europäischen Wirtschaftsregionen verlieren gegen die europäische Wirtschaftspipeline. Wie ist das möglich?

Das ist dann möglich, wenn man sich einmal die Preisbestimmungen anschaut. Im Rahmen des Pilotprojektes „Europäische Unternehmerregion“ werden EU-Regionen ermittelt und ausgezeichnet, die ungeachtet ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Kompetenzen in der Unternehmenspolitik eine herausragende Weitsicht an den Tag legen. Die Erfolge und die Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen der Vergangenheit, die gegenwärtige wirtschaftliche Bedeutung in Europa spielen bei der Preisverleihung keine Rolle. Teilnahmeberechtigung und Erfolgsvoraussetzung sind politische Visionen und nicht die Realitäten.

Welche Visionen der brandenburgischen Landesregierung führten nun zu diesem Preis? Besonders hervorgehoben wurden in der Bewerbung Brandenburgs folgende Ziele.

Erstens: Die Ergänzung der Förderpalette um neue revolvingende Finanzierungsinstrumente. Das ist positiv. Ich möchte die Landesregierung explizit für die Einrichtung der Finanzierungsinstrumente „Brandenburg-Kredit - Mezzanine“ und Frühphasenfonds loben.

Liquiditäts- und Finanzierungsschwierigkeiten sind die Grundprobleme von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Die Stärkung der Eigenkapitalbasis und die Verbesserung der Bonität von kleinen und mittleren Unternehmen in verschiedenen Phasen der Unternehmensentwicklung durch Nachrangdarlehen ist der richtige Ansatz. Aus meiner Sicht stehen diese beiden Programme als Paradebeispiel für revolvingende Fonds, also für die wiederholte Verwendung von öffentlichen Mitteln. Sie leisten einen stetigen positiven Effekt für die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs. Das ist nachhaltige Wirtschaftspolitik. Deshalb ist allein die Fortführung des Operationellen Pro-

gramms der Vorgängerregierung durch die Landesregierung noch kein Erfolg, sondern, an der Koalitionsvereinbarung gemessen, ein Armutszeugnis. Denn keine Veränderung des Operationellen Programms bedeutet: keine weitere Aufstockung für revolvingende Fonds. Die Versprechungen aus der Koalitionsvereinbarung sind reine Akklamationen.

Zweiter Punkt: der ökologische Umbau der regionalen Wirtschaft. Auch das ist eine positive Vision. Allerdings frage ich mich, ob die Preisverleiher bezogen auf die Landesregierung nicht ein Stück weit einer Halluzination aufgesessen sind.

Ich stimme Frau Teuteberg in ihrer Bewertung ausdrücklich zu, dass in erster Linie die hier investierenden und aktiven Unternehmen diejenigen sind, denen wir die Preisverleihung zu verdanken haben. Es ist mir, ehrlich gesagt, dabei egal, ob sie in erneuerbare Energien oder in die Produktion ökologischer Lebensmittel investiert haben.

Die Brandenburger Landesregierung - und auch das scheint an zwei Stellen auf - setzt aber immer noch sehr stark auf die Großindustrie - soweit man in Brandenburg von Großindustrie sprechen kann -, auf die Industrie als die wesentlichen Objekte ihrer Wirtschaftspolitik. Brandenburg ist Mitglied der Allianz energieintensiver Wirtschaftsregionen. Was ist das? Hierzu ein Zitat aus Ihrer Strategie: Es ist die Interessengemeinschaft der Regionen für die Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für diese Industriebereiche. Wenn man die Aktivitäten dieser Organisation betrachtet, lautet die Übersetzung: „Wir sind die Lobbyisten für die energieintensive Großindustrie.“ Hauptziel ist letztendlich, den Emissionshandel aufzuweichen oder so weit abzuschwächen, dass er möglichst keine Auswirkungen auf Brandenburg entfaltet.

Dritter Punkt: Die Landesregierung ist beim Europäischen Energiedialog aktiv. Das ist richtig. Es werden viele positive Beispiele aufgelistet, wo Sie sich engagieren. Es wäre aber schon ehrlich gewesen, darauf hinzuweisen, dass die Landesregierung in Berlin und Brüssel sehr intensiv für CCS eintritt. Dies hat nun mit kleinen und mittelständischen Unternehmen überhaupt nichts zu tun.

(Vereinzelte Beifall GRÜNE/B90)

Der vierte Punkt, der ausschlaggebend für die Preisverleihung war: die Unterstützung von Kreativität und Innovation als Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung. Hierzu muss ich sagen, dass die Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg vom 22. Oktober 2010 zu diesem Punkt festgehalten hat, dass beim Anteil der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten sowie beim Anteil der privaten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sowie der Überführung von Forschungsergebnissen in Patente der Standort Brandenburg im Bund-Länder-Vergleich einen der hinteren Plätze einnimmt. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind im Bundesvergleich, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, gering und führen noch nicht im erwünschten Maß zu Produkt- und Prozessinnovationen.

Ich denke, hier gibt es noch viel zu tun, damit aus dieser Vision tatsächlich eine Strategie wird, die Hand und Fuß hat und die tatsächlich in der Realpolitik auch den Visionen entspricht. Da-

für sollten wir alle gemeinsam eintreten. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir setzen die Aussprache mit einem nochmaligen Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Christoffers hat das Wort.

Minister Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch drei Bemerkungen.

Erstens: Dieser Preis unterscheidet sich von anderen Würdigungen dadurch, dass man sich ihn erst verdienen muss. Wir sind für die Konzeption für 2011 ausgezeichnet worden. Wir haben die Konzeption für 2011 in der Mittelstandsstrategie genutzt, um einen mehrere Jahre umfassenden Rahmen zu setzen, damit wir das Prinzip „Vorrang für den Mittelstand“ tatsächlich umsetzen können. Die Jury war zwischenzeitlich schon hier; sie kommt auch noch zweimal. Insofern glaube ich nicht, dass man nicht zwischen unrealistischen Vorstellungen und einer Politik, die das umzusetzen versucht, was wir in der Konzeption aufgeschrieben haben, unterscheiden kann.

Meine Damen und Herren, wir werden zu bestimmten Entwicklungsrichtungen des Landes wahrscheinlich immer unterschiedliche Auffassungen haben. Das finde ich völlig normal. Ich habe nur eine große Bitte, Herr Vogel: Man kann uns vieles vorwerfen, man kann uns auch viel kritisieren. Uns aber als Lobbyisten für die Großindustrie zu bezeichnen finde ich politisch ziemlich grenzwertig. Ich bin froh, dass wir Großunternehmen wie ENO, BASF und weitere haben; davon haben wir viel zu wenig.

Unsere Großunternehmen, die wir hier in Brandenburg haben, haben fast alle die höchsten ökologischen Zertifizierungen. Wir haben in Europa und weltweit eine ganz intensive Debatte über die Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Beschäftigung in der Industrie und unter anderem auch um das Setzen von Rahmenbedingungen, um dies sicherzustellen. In einem Punkt haben Sie Recht: Hier unterscheiden sich unsere Auffassungen grundsätzlich. Wenn ein Großunternehmen den Nachweis angetreten hat, das, was technologisch möglich ist, auch in seiner Produktion und seiner Wertschöpfungskette, mit seinem Anlagen- und Gerätepark umgesetzt zu haben, dann sollte man auch einmal aufhören, weitergehende Forderungen zu stellen, die technologisch nicht umsetzbar sind. Genau das ist der Grund, aus dem wir uns der sogenannten CO₂-Allianz, wie Sie sagen, angeschlossen haben, nämlich um sicherzustellen, dass genau diese Interessenlage auch bei der Konfiguration von europäischer Politik eine Rolle spielt. Das hat nichts, aber auch gar nichts damit zu tun, dass es in irgendeiner Art und Weise um Unterstützung von Maßnahmen bzw. von Produktions- und Wertschöpfungsketten geht, die nicht diesem Anspruch entsprechen. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen.

Ansonsten freue ich mich auf die weitergehende Debatte, meine Damen und Herren. Ich darf Ihnen sagen, dass wir uns gemeinsam mit dem Parlament bemühen werden, diese Strategie umzusetzen. Frau Teuteberg sprach einen Evaluierungszeitpunkt

an. Ich halte es für selbstverständlich, dass wir im Dezember dieses Jahres Rechenschaft ablegen; das müssen wir sowieso, auch gegenüber Europa und selbstverständlich auch gegenüber dem Parlament. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir mit dieser Konzeption sowohl einen europäischen Ansatz als auch einen wirtschaftspolitischen Ansatz miteinander verbunden haben, und ich hoffe auf Ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Christoffers. - Ich beende damit die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 6. Der Bericht der Landesregierung ist damit zur Kenntnis genommen worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und eröffne **Tagesordnungspunkt 7:**

Zukunftskonzept für potenzielle Rückkehrer nach Brandenburg

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/2659

Herr Abgeordneter Lakenmacher eröffnet die Aussprache.

Lakenmacher (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Ihnen vorliegenden Antrag fordert die CDU-Fraktion die Entwicklung eines Kommunikationskonzepts samt Marketingkampagne. Diese sollen darauf abzielen, eine Erhöhung der Rückkehrbereitschaft ehemaliger Brandenburger - sowohl jüngerer als auch älterer, auch solcher, die ihre Berufslaufbahn bereits abgeschlossen haben - zurück in ihre Heimat, zurück nach Brandenburg zu erreichen. Dabei wollen wir, dass die Zukunfts-Agentur Brandenburg, deren Arbeit als Wirtschaftsförderungsgesellschaft wir sehr schätzen und als Erfolgsgeschichte werten, diese Aufgabe übernimmt. Jedem hier in diesem Hause ist bekannt, dass die massive Abwanderung von vor allem jungen und qualifizierten Arbeitskräften zu einem Mangel bei uns im Lande geführt hat. Dies sind Arbeitskräfte, meine Damen und Herren, die wir dringend brauchen.

(Beifall CDU)

Viele dieser abgewanderten Brandenburger erhoffen und wünschen sich einen zentralen Ansprechpartner. Ich bin mir sicher, sie wünschen sich auch das Signal ihres Heimatbundeslandes Brandenburg, das ihnen sagt: Du wirst hier gebraucht, wir wollen dich, wir wollen deine Rückkehr, wir fordern deine Rückkehr, und wir werben um deine Rückkehr!

(Beifall CDU - Zuruf der Abgeordneten Melior [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Krause [DIE LINKE])

Wir alle wissen schon lange: Brandenburg wird in Zukunft in besonderer Weise von der demografischen Entwicklung betroffen sein. Nach der jüngsten Bevölkerungsprognose müssen wir bis zum Jahr 2030, vor allem infolge des Geburtenrückgangs

ab 1990, mit einem Bevölkerungsrückgang von heute rund 2,5 Millionen auf dann etwa 2,2 Millionen rechnen. Dies ist also ein Verlust von ungefähr 300 000 Brandenburgern. Zudem werden die Brandenburger, was ja ein Grund zur Freude ist, immer älter: War im Jahr 2008 jeder fünfte Brandenburger im Rentenalter, wird es im Jahr 2030 bereits jeder dritte sein - dies alles bei einer steigenden Lebenserwartung.

Zudem wird die Bevölkerungsentwicklung auch in Zukunft dadurch gekennzeichnet sein, dass junge und qualifizierte Menschen weiter aus Brandenburg abwandern. Allein diese Zahlen zeigen: Das Potenzial an Fachkräften wird weiterhin deutlich abnehmen. So ist die Veröffentlichung der aktuellen Fachkräftestudie für Berlin und Brandenburg letztlich nur ein zahlenmäßiger Beleg und die Unterstreichung einer Tatsache, die uns allen schon längst bekannt ist. Bis zum Jahr 2015 werden wir ein Defizit an Fachkräften um 273 000 haben, und bis zum Jahr 2030 werden wir ohne Gegensteuern ein Defizit an Fachkräften haben, das sich um rund 500 000 bewegen wird.

In Anbetracht dieser Tatsache - das sage ich in Richtung der FDP - geht es nicht nur darum, nette Ideen zu entwickeln und hier den Stein der Weisen zu finden, Herr Büttner. Und ich sage in Richtung der Linksfraktion - Herr Bernig ist heute leider nicht anwesend -: Es geht nicht nur darum, bequem und resigniert zu sagen: Es ist eben so, das bleibt so, und es ist für immer und für jeden unumkehrbar. - Das war ja Ihr erster Reflex im Rahmen der Debatte. Es geht vielmehr darum, dass man endlich handelt und dass man die Lethargie aufgibt. Es geht darum, gegenzusteuern und etwas zu tun, um Fachkräfte ins Land zu holen.

(Beifall CDU)

Das Erkennen und Nutzen des Rückkehrpotenzials ist ein Baustein zur Befriedigung des Fachkräftebedarfs. Andere Bundesländer - das wissen Sie, und ich wundere mich auch über die chronische Ignoranz seitens der Landesregierung - machen Brandenburg dies seit Jahren ganz erfolgreich vor. Es gibt positive Beispiele in Mecklenburg-Vorpommern, in Thüringen und in Sachsen-Anhalt. Diese erfolgreichen Initiativen geben den Landeskindern oft den entscheidenden Anstoß zur Rückkehr in ihre Länder. Sie halten den Kontakt zu den abgewanderten Fachkräften, sie sind zentraler Ansprechpartner, sie unterstützen den Rückzug, sie vermitteln Arbeitsstellen und Wohnraum. Das reicht bis zur Kinderbetreuung und bis zur Information über Freizeitmöglichkeiten in der Heimat. Dabei gelingt es diesen Initiativen seit Jahren, eine Vielzahl gut qualifizierter Menschen zum Rückzug in die Heimat zu bewegen. Im Übrigen haben die Unternehmen im Land Brandenburg das Rückkehrerpotenzial auch für sich erkannt. Seit Jahren werben diese gezielt, aber leider nur vereinzelt und in zu geringem Umfang Fachkräfte ab, und dies mit großem Erfolg.

Meine Damen und Herren, Brandenburg darf auf diesen Baustein in der Fachkräftesicherung in Zukunft nicht weiter verzichten. Lassen Sie diesen Baustein auch in Brandenburg wirksam werden! - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Baer hat das Wort.

Baer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Lakenmacher! Der vorliegende Antrag fordert im Titel ein Zukunftskonzept für potenzielle Rückkehrer nach Brandenburg. Sie haben das Thema eben gewissermaßen auf die Fachkräftesituation ausgeweitet, und daran möchte ich gern anknüpfen.

Wir sollten uns zunächst einmal die Frage stellen: Was bringt Menschen dazu, ihren Wohn- oder Arbeitsort zu wechseln oder zu verlassen? Die Antwort darauf ist relativ einfach. Sie verlassen dann ihr bisheriges Umfeld, wenn sie woanders bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen vorfinden als zu Hause bzw. wenn sie überhaupt Arbeit finden.

Meine Damen und Herren, Heimatverbundenheit lässt vielleicht in den Menschen den Wunsch nach Rückkehr entstehen, aber sie bringt sie noch lange nicht dazu, diesen auch umzusetzen. Dazu braucht es etwas mehr als ein bloßes Kommunikationskonzept oder freundliche Rückkehrerbriefe. Die Politik kann hier für gute Rahmenbedingungen sorgen, und damit - so meine ich - stehen wir auch nicht schlecht da. Mit dem Angebot an Kitaplätzen sorgen wir für Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Diskussion um die Fachkräftesicherung des Landes Brandenburg hat längst begonnen, und das zieht sich auch heute wie ein roter Faden durch die Debatten. Wir sind seit Jahren dabei, intensiv mit verschiedenen Partnern über diese Fragen zu reden. Wir waren eines der ersten Länder, die eine Fachkräftestudie erarbeitet haben, und deren Ergebnisse zitieren Sie ja auch heute. Auch die Kleine Anfrage von Frau Schier zur Fachkräftesicherung belegt, dass Ihnen das Engagement der Landesregierung zu diesem Thema bekannt ist. Ihnen ist sicherlich darüber hinaus auch bekannt, dass Brandenburg mit der LASA Partner im Verbund der Rück- und Zuwanderung ist. Es gibt die Fachkräfteinitiative Lausitz, die durch das Brandenburger Arbeitsministerium mit Mitteln des ESF gefördert wird. Das Thema Rückkehrer ist wirklich nicht neu.

Mit dem „Tag des offenen Unternehmens“ oder dem „Zukunftstag“ in diesem Jahr werden wir wieder auf die vielfältigen Angebote hinweisen, die Brandenburger Betriebe zu unterbreiten haben. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein entscheidendes Argument für den Wechsel in ein anderes Bundesland oder auch zurück sind und bleiben doch ein auskömmlicher Lohn und ordentliche Arbeitsbedingungen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

und keine befristeten, unsicheren oder prekären Arbeitsverhältnisse. Dies ist eben nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, in erster Linie eine Aufgabe der Landesregierung, sondern der Wirtschaft in unserem Lande. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger kehren dann zurück, wenn hier ein Arbeitsplatz auf sie wartet - mit guten Arbeitsbedingungen und gutem Lohn. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen - es ist schade, dass Sie mir zurzeit nicht zuhören -, hätte es Ihrem Antrag schon gut angestanden, etwas zum Thema Mindestlohn und zur Einkommenssituation in Ost und West zu sagen.

(Genilke [CDU]: Kommen Sie nicht mit Mindestlohn!)

Uns ist es wichtig, dass die Brandenburger Wirtschaft wächst und die Menschen gern hier leben. Wir werden unser Möglich-

stes tun, aber ich sehe hier auch die Brandenburger Wirtschaft in der Verantwortung, den Fachkräftebedarf zu sichern, eben durch Zahlung fairer, auskömmlicher Löhne, durch Anstrengungen im Bereich der Ausbildung und die gelungene Verknüpfung der öffentlichen Hand vor Ort im Sinne eines lokalen Standortmarketings.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich meine, Sie wollen mit dem Antrag eigentlich in die richtige Richtung, haben aber noch nicht die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. In Ihrem Antrag ist die Frage der Umsetzung und der Finanzierung völlig unzureichend behandelt. Das Einzige, was Sie genau wissen, ist: Es darf nichts kosten. Ein Blick in die anderen Bundesländer, deren Erfahrungen Sie selbst zitiert haben, zeigt, dass derartige Konzepte nicht umsonst zu haben sind.

Ihr Antrag greift daher leider etwas zu kurz. Sie möchten, dass Brandenburgerinnen und Brandenburger zurückkommen. Ich sage: Wir sollten darüber reden, wie wir zum einen präventiv ansetzen können, dass die Brandenburger Menschen erst gar nicht das Land verlassen, und zum anderen die Debatte im Sinne einer Willkommenskultur führen, die auch offen für andere Bundesländer und andere Länder ist.

Wir nehmen das Thema Fachkräftemangel ernst, und wir freuen uns über jeden Brandenburger, der zurückkommt. Deshalb werden wir Ihren Antrag, auch wenn er inhaltlich etwas dünn ist, in die Ausschüsse überweisen. Ich freue mich auf die weitere Debatte dort. Wir werden ihn dann noch entsprechend qualitativ untersetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Büttner hat das Wort.

Büttner (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir alle wissen - und das nicht erst seit der Fachkräftestudie der Länder Berlin und Brandenburg -, dass die Fachkräftesituation dramatische Dimensionen annimmt. Die Handlungsoptionen, die die gemeinsame Fachkräftestudie vorgibt, sind aus Sicht der FDP-Fraktion bisher nur ungenügend angegangen, geschweige umgesetzt worden, auch wenn ich davon ausgehe, dass die Landesregierung hier gleich etwas anderes behaupten wird.

Jetzt müssen die notwendigen Schritte eingeleitet werden, um den Fachkräftebedarf auch künftig zu sichern. Dazu gehört in einem Schritt die Beantwortung der Frage, wie wir die Jugendlichen in Brandenburg eigentlich halten wollen. Die Schere zwischen den Jugendlichen, die die Schule verlassen, und den Ausbildungsplätzen wird zunehmend enger. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir in Zukunft jeden einzelnen Jugendlichen in Brandenburg brauchen. Wir müssen jedem Jugendlichen eine Perspektive in Brandenburg bieten, und wir werden das künftig auch können.

Das schließt eindeutig die Jugendlichen ein, die nur schwer in einen Ausbildungsplatz zu vermitteln sind. Hier gibt es ausbildungsbegleitende Hilfen und die Möglichkeit von Zuschüssen über die Bundesarbeitsagentur für Arbeit. Diese Instrumente sollten auch in Zukunft besser genutzt werden.

Zugleich müssen wir eine Bildungspolitik betreiben, die eine exzellente Bildung für alle Schülerinnen und Schüler in Brandenburg gewährleistet. Da haben wir noch Einiges an Potenzial hier im Land. Gut ausgebildete Jugendliche sind ein wichtiger Bestandteil in der Debatte über die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Wir brauchen die stärkere Nutzung von Weiterbildungsangeboten. Handels- und Handwerkskammern bieten diesbezüglich ein breit gefächertes Angebot an, welches auch von den Unternehmen noch stärker genutzt werden sollte, um den Arbeitnehmern auch Entwicklungsperspektiven zu bieten. Selbstverständlich brauchen wir auch Zuwanderung und eine schnellere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen.

(Frau Lehmann [SPD]: Das ist richtig!)

Zuwanderung sollten wir aber eben nicht immer nur auf die Zuwanderung aus ausländischen Staaten begrenzen, sondern selbstverständlich ist Rückwanderung auch ein integraler Bestandteil der Zuwanderung.

(Frau Lehmann [SPD]: So ist es!)

Wir müssen uns also die Frage stellen: Wie können wir Anreize schaffen, dass Menschen, die Brandenburg verlassen haben, wieder in ihre Heimat zurückkommen? - Da kann man - wie die CDU-Fraktion dies hier vorgeschlagen hat - zu dem Ergebnis kommen, man brauche eine Kommunikationsstrategie und ein ganzheitliches Rückkehrerprogramm.

Ich glaube, Herr Lakenmacher, dass dies ein Baustein in der gesamten Fachkräftediskussion ist und dass wir nichts unversucht lassen sollten, um diese Problematik zu lösen. Insofern ist der Antrag der CDU-Fraktion ein Aspekt dieser Diskussion, der auch weiter diskutiert werden sollte.

Zuvor sollten wir uns jedoch die Frage stellen: Unter welchem Aspekt könnten die Menschen nach Brandenburg zurückkehren? - Zum einen gibt es den sozialräumlichen Aspekt. Den werden wir als Politik nicht lösen können. Diejenigen, die ihre Heimat verlassen haben, haben sich in ihrer neuen Heimat neue Sozialkontakte aufgebaut, sie sind in ihrer neuen Umgebung vielfach voll integriert und haben wenig Anreize, diese wieder zu verlassen.

Es gibt aber noch mindestens zwei weitere Aspekte. Der eine ist, dass man natürlich nur nach Brandenburg zurückkommt, wenn man hier Sicherheit findet, also einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Herr Baer, diesbezüglich bin ich sehr nah bei Ihnen.

(Krause [DIE LINKE]: Und gute Bezahlung!)

Der zweite Aspekt ist: Nur mit einem Lohn, mit dem man seine Familie ernähren kann, wird man in Erwägung ziehen, wieder nach Brandenburg zurückzukommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie haben zu früh geklatscht; denn - verstehen Sie mich nicht falsch, aber jetzt kommt es - das ist kein Plädoyer für einen Mindestlohn.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE und bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Görke [DIE LINKE])

Das wollen wir nicht, und das werden wir auch in Zukunft nicht wollen. Das ist nämlich nicht Aufgabe der Politik. Es würde schon ausreichen, wenn sich die Politik einmal darüber Gedanken machen würde, das zu lösen, was ihre Aufgabe ist. Insofern brauchen wir uns nicht über Dinge zu unterhalten, die außerhalb des politischen Auftrags liegen.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Aufgabe der Politik ist es, die Unternehmen so zu stärken, dass sie wettbewerbsfähige Löhne zahlen können.

(Zuruf der Abgeordneten Alter [SPD])

Es ist aber eben auch ein Aufruf an die Unternehmen im Land, diese Situation vollumfänglich zu erkennen. Solange es zu viele befristete Arbeitsplätze gibt, solange keine ausreichenden Löhne in einzelnen Fällen gezahlt werden, solange es zu wenig Aufstiegsperspektiven gibt, werden die Menschen nicht nach Brandenburg zurückkommen.

(Frau Alter [SPD]: Richtig!)

Dann bleibt eine Kommunikationsstrategie mit Hotline und Internetplattform, Herr Lakenmacher, letztlich doch nur eine nette Sache, die uns aber am Ende nicht das Ergebnis liefert, was sie liefern sollte.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Der Gedanke ist richtig. Der Antrag der CDU-Fraktion ist auch richtig. Wir sollten auch den Versuch unternehmen, in diese Richtung weiterzudenken, und die Erfahrungen - wie Sie auch in Ihrem Antrag schreiben - aus den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit einbeziehen. Insofern stimmen wir dem Antrag natürlich zu - dem Antrag auf Überweisung ohnehin - und freuen uns auf die Diskussion in den Fachausschüssen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Wir setzen die Debatte mit der Fraktion DIE LINKE fort. Der Abgeordnete Büchel erhält das Wort.

Büchel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute gibt es in Brandenburg weniger Gründe, das Land zu verlassen, als noch vor zehn oder elf Jahren.

(Zuruf des Abgeordneten Genilke [CDU])

- Warten Sie ab, Herr Genilke.

Diesen Vergleich stelle ich deshalb an, weil damals in diesem Haus auch schon debattiert wurde, und zwar genau darüber, ob es richtig ist, den Menschen durch das Arbeitsamt finanzielle Anreize zu geben, damit sie das Land verlassen, um anderswo Arbeit aufzunehmen.

(Krause [DIE LINKE]: Hört, hört!)

Ich möchte Sie, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, an Folgendes erinnern: Sie waren damals in Regierungsverantwortung und haben insbesondere diese Praxis sehr stark befürwortet.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Ludwig [CDU])

Jetzt fordern Sie von der Landesregierung, einen Anreiz für Rückkehrwillige zu schaffen - einen finanziellen Anreiz?

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie mein Jahrgang vor zehn Jahren die Schulzeit beendete: Zu wenige sind im Land geblieben. Ich habe den Kontakt zu diesen Menschen noch und weiß, wer gern zurückkehren möchte. Aber sie knüpfen es natürlich an bestimmte Bedingungen.

(Zuruf von der CDU: Mindestlohn!)

Die heutige Situation in Brandenburg ist eine bessere als damals. Wir haben glücklicherweise eine verbesserte Situation im Ausbildungsbereich sowie einen Bedarf an Fach- und Führungskräften. Mir ist bewusst, dass nicht nur die Quantität entscheidend ist, sondern auch die Qualität.

Ich will nicht abstreiten, dass es eine hohe Anzahl von Rückkehrwilligen gibt und wir diese auch benötigen. Jedoch gibt es wissenschaftliche Erhebungen - Herr Büttner ist schon kurz darauf eingegangen -, unter anderem vom Institut für Wirtschaftsförderung in Halle. Dort sind zwei Faktoren explizit benannt, die die Rückwanderung beeinflussen. Erstens beeinflussen die sozialen Bindungen - sowohl in der Herkunftsregion als auch in der Zielregion - und zweitens die Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation die Rückwanderung. Insbesondere am zweiten Punkt müssen wir als Landesregierung ansetzen. Die rote Landesregierung arbeitet daran, das Image von Brandenburg als Niedriglohnland endlich abzuschütteln.

(Zuruf von der CDU - Beifall DIE LINKE und SPD)

Sehr geehrte Kollegen der CDU-Fraktion, ich möchte Sie daran erinnern, dass es ein CDU-Wirtschaftsminister war, der damit geworben hat, Brandenburg sei ein Niedriglohnland. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, erreichen wir sicher nicht, dass die Rückkehrwilligen wieder zurückkommen.

(Beifall DIE LINKE und des Abgeordneten Holzschuher [SPD])

Um Rückkehrwilligen einen wirklichen Anreiz zu liefern, brauchen wir in erster Linie nicht eine Kommunikationsstrategie, sondern eine verbesserte Einkommenssituation in diesem Land. Wenn Sie es wirklich ernst meinen, dann kämpfen Sie gemeinsam mit uns dafür, dass man für die gleiche Arbeit nach 20 Jahren auch endlich gleich entlohnt wird - so wie in den alten Bundesländern -

(Frau Lehmann [SPD]: Jawohl! - Beifall DIE LINKE)

und dass wir endlich das gleiche Rentenniveau haben! Wenn Sie es wirklich ernst meinen, dann kämpfen Sie mit uns für einen gesetzlichen Mindestlohn! Das ist der Anreiz, den die Menschen brauchen, um nach Brandenburg zu kommen.

(Frau Alter [SPD]: Genau! - Beifall DIE LINKE - Zuruf der Abgeordneten Dr. Ludwig [CDU])

Ich komme noch einmal auf die Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, also eine Studie von Wissenschaftlern, zurück.

(Frau Dr. Ludwig [CDU]: Wir sind bei der Rente, die Sie angleichen wollen! Erzählen Sie das einmal den Brandenburgern!)

Darin steht, um der Attraktivität des ostdeutschen Arbeitsmarktes auf die Sprünge zu helfen, müssten die Niedriglohnstrategien verdrängt werden.

(Petke [CDU]: Warum sagt das Ihr Wirtschaftsminister nicht? - Weitere Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns daher einerseits über die Attraktivität und über die Arbeitsangebote im Land sprechen, dann können wir uns andererseits auch darüber unterhalten, welche Konzepte vielleicht notwendig sind, um dies entsprechend kommunikativ zu vermitteln.

Wir beantragen die Überweisung in den zuständigen Fachausschuss, um dies dort - verbunden mit einer fachlichen Anhörung und mit Erfahrungen aus anderen Bundesländern - noch einmal genau zu prüfen.

Das unterscheidet uns eben von Ihnen, werte Kollegen von der CDU-Fraktion; denn wir wollen nicht nur leere Kommunikationskonzepte, sondern konkrete Angebote für die Menschen im Land schaffen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher setzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Ich begrüße inzwischen unsere Gäste von der Handwerkskammer Potsdam. Herzlich willkommen und einen spannenden Nachmittag bei uns!

(Allgemeiner Beifall)

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Nach der Wende haben zusammenbrechende Wirtschaftszweige, bessere Aussichten auf einen Arbeitsplatz und deutlich höhere Löhne und Gehälter viele Brandenburger nach Westen in die alten Bundesländer getrieben. Abwanderungswilligen wurden teilweise sogar Prämien gezahlt. Heute händeringend gesuchte Erzieherinnen mussten in den 90er Jahren massenweise entlassen werden, da der starke Geburtenknick des Transformationsschocks Krippen und Kitas entvölkerte. Andere junge Menschen haben in ihrer Heimat keinen geeigneten Ausbildungsplatz gefunden, oder sie wollten sich während Lehre und Studium ein wenig in der Welt umsehen.

All diese Abgewanderten haben eine Beziehung zu ihrer alten Heimat. Sie sind hier geboren, aufgewachsen oder haben lange hier gelebt. Sie haben hier noch Familie und Freunde, haben vielleicht Kontakt zu alten Schulkameraden gehalten. Diese so-

zialen Bindungen sind eine starke Motivation zur Rückkehr, wie umgekehrt Sozialkontakte, Familie, ein guter Arbeitsplatz und eigene Kinder die stärksten Haltefaktoren in der Region darstellen.

Bei einem sich wandelnden Arbeitsmarkt und großer Nachfrage nach Fachkräften wäre es töricht, diese besondere Motivationsslage von Rückkehrwilligen nicht gezielt zu nutzen.

Da Rückkehrwillen bei Jüngeren häufig auch mit dem Wunsch nach Familiengründung vergesellschaftet ist, sollten wir ihn auch aus demografischen Erwägungen wertschätzen. Da kommen nicht nur Arbeitskräfte, da kommen auch Eltern.

Wir sehen in dem hier vorgeschlagenen Konzept für potenzielle Rückkehrer kein Allheilmittel und nicht den Königsweg zur Fachkräftesicherung, aber ein sinnvolles Instrument in einem ganzen Bündel von Maßnahmen. Natürlich ist es von überragender Bedeutung, dass in Brandenburg gute, existenzsichernde und ordentlich bezahlte Arbeit angeboten wird. Natürlich müssen wir auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, unsere Arbeitsuchenden und auch gerade Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich hatte exemplarisch im Dezember auf die Potenziale hingewiesen, die sich im Bereich Altenpflege für die Umschulung und Qualifizierung Langzeitarbeitsloser bieten. Auch die aktuelle Debatte um die Besetzung der 900 zusätzlichen Stellen im Kitabereich - Stichwort: Qualifizierung von Quereinsteigern - zeigt Chancen für Arbeitslose auf.

Wir Grünen wollen nicht das Werben um Rückkehrer gegen andere Bevölkerungsgruppen ausspielen. Für uns geht es nicht um das Schüren von Ressentiments, hier „gute Landeskinder“ gegen die Invasion von Arbeitsimmigranten aus Osteuropa oder ein Ausspielen von Rückkehrern gegen Hiergebliebene. Eine moderne, pluralistische Gesellschaft sollte generell das Signal aussenden, dass Menschen, die in ihren Reihen leben und arbeiten wollen, willkommen sind. Wir haben Einwanderung immer als Chance und nicht als Bedrohung begriffen. Wir begrüßen die nun endlich anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit und erwarten davon auch positive Impulse für den Arbeitsmarkt.

Wenn wir im härter werdenden Wettbewerb um Fachkräfte sowohl unter den einzelnen Bundesländern als auch im internationalen Maßstab bestehen wollen, müssen wir in Sachen Willkommenskultur noch kräftig zulegen. Dieses Signal sollte sich im Abbau von Vorurteilen und bürokratischen Hemmnissen, in der Anerkennung ausländischer Diplome und Berufsabschlüsse und in besseren Informations- und Vermittlungstätigkeiten wiederfinden. In diesem umfassenden Sinn begrüßen wir den Antrag der CDU-Fraktion als einen sinnvollen Baustein einer Maßnahme unter anderen. Die hier vorgetragene Ablehnung können wir so nicht nachvollziehen, da sich Mindestlohn, gut bezahlte Arbeit, Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und die Ansprache von Rückkehrwilligen nicht ausschließen, sondern komplementär sind. Jeder Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels sollte uns willkommen und nicht mit ideologischen Denkverboten behaftet sein.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht Staatssekretär Schroeder.

Staatssekretär im Ministerium für Arbeits, Soziales, Frauen und Familie Prof. Dr. Schroeder:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema ist wichtig. Doch ich möchte damit beginnen, zwei Missverständnisse aufzuklären, die diesem Antrag der CDU-Fraktion zugrunde liegen.

Erstens: Das Thema Fachkräftesicherung und die Rückkehr von Landeskindern ist natürlich schon lange ein zentrales Thema dieser Regierung. So gehörte Brandenburg zu den ersten Ländern, die eine eigene Fachkräftestudie aufgelegt und hier nicht nur mit Daten, sondern auch mit Maßnahmen deutlich gemacht haben, was zu tun ist. Aus diesen Maßnahmen ist ein Bündnis für Fachkräftesicherung entstanden, an dem alle maßgeblichen Kräfte des Landes Brandenburg beteiligt sind. Dieses Bündnis für Fachkräftesicherung ist vom Arbeitsministerium angeschoben und verantwortet worden, läuft hervorragend und ist in der Lage, koordinierend Schritte aufzuzeigen.

Zweitens: Der Antrag argumentiert:

„Eine der wichtigsten Aufgaben der Landesregierung ist die Absicherung des Fachkräftebedarfs.“

Dieser Satz stimmt so natürlich nicht; denn die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist im Kern die wesentliche und zentrale Aufgabe der Wirtschaft. Die Unternehmen müssen hier selbst aktiv werden. Sie müssen um den Fachkräftenachwuchs kämpfen. Wir als Landesregierung können hierbei helfen, wir können dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen stimmen, wir können unterstützen und fördern, und das machen wir auch tatkräftig. Der eigentliche Knackpunkt ist: Solange immer noch deutliche Lohnunterschiede und bessere Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Westen gegenüber Brandenburg bestehen, fehlt für Rückkehrwillige, natürlich für Zuwanderer überhaupt, der entscheidende ökonomische Impuls, nach Brandenburg zu kommen.

Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben. Bei uns in Brandenburg liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen bei rund 23 000 Euro brutto. In Hessen - um ein westliches Bundesland herauszugreifen - liegt es bei 31 000 Euro, in Hamburg sogar bei 32 000 Euro. Das heißt, wir reden hier über eine Differenz von 8 000/9 000 Euro haben oder nicht haben, während sich die Lebenshaltungskosten immer schneller angleichen.

Ein anderes Beispiel: Wenn ein Auszubildender im Hotel- und Gaststättengewerbe durch eine 20-minütige S-Bahnfahrt in Berlin 20 % mehr verdienen kann, dann fällt die Entscheidung für einen Ausbildungsplatz in Brandenburg verständlicherweise ziemlich schwer, und der Wegzug nach Berlin lässt auch nicht lange auf sich warten. Da hilft die beste Kommunikationsstrategie nicht, die Leute können rechnen. Heimatliebe allein reicht bei knappen Löhnen kaum. Da müssten schon andere harte Fakten hinzukommen.

Da sind wir schon beim Thema Löhne. Ich möchte an dieser Stelle auch daran erinnern, dass es in der Vergangenheit manche Stimmen in Brandenburg gegeben hat, die mit dem Standortfaktor „niedrige Löhne“ geworben haben.

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Prof. Dr. Schroeder:

Aber sicher.

Präsident Fritsch:

Bitte, Herr Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Staatssekretär, ich möchte gerne von Ihnen einen Widerspruch aufgeklärt wissen, der uns brennend interessiert. Wir haben nie bestritten, dass es einen Lohnunterschied zwischen Ost und West - in diesem Fall - gibt. Aber wir haben seit längerer Zeit von Ihrer Regierung gehört, dass 2010 das beste Jahr für Brandenburg war. Es gab Wirtschaftswachstum in Größenordnungen, mehr Arbeitsplätze - das hat Herr Platzeck am Montag gesagt - als jemals zuvor, also eine gute Entwicklung. Auf der anderen Seite sagen Sie aber, dass die Löhne zu gering sind. Deswegen unsere Frage, wie Sie diesen Widerspruch - auf der einen Seite ein Lob für die Wirtschaft, ein Lob für die Entwicklung im Wirtschaftsbereich, auf der anderen Seite sagen Sie, die Wirtschaft sei nicht in der Lage, einen gerechten Lohn zu zahlen - vermitteln wollen.

Staatssekretär Prof. Dr. Schroeder:

Vielen Dank für die Frage. Tatsache ist, dass wir eine erhebliche Differenz bei den Löhnen haben. Tatsache ist auch, dass diese Löhne nicht von heute auf morgen in dem Maße angeglichen werden können, wie wir es für wünschenswert erachten. Aber was wir für richtig erachten, ist, dass wir hier ein positives Klima organisieren, wo wir sagen: Bessere, attraktivere Löhne sind der Schlüssel dafür, dass wir das Fachkräfteproblem in den Griff bekommen.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE - Zurufe von der CDU)

Da ist die Haltung entscheidend. Es ist ganz entscheidend, wie wir da herangehen, ob wir weiterhin sagen, Niedriglöhne, moderate Löhne sind der Schlüssel für die Lösung wirtschaftlicher Probleme der Zukunft,

(Senftleben [CDU]: Wer sagt denn so etwas?)

oder ob wir sagen, wirtschaftliches Wachstum, gutgehende Unternehmen und gute Löhne,

(Zurufe von der CDU)

das muss zusammengehören.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Klar ist, dass Sie, wenn Sie weiter diesen Weg gehen, dass Sie sich gegen eine positive Lohnentwicklung aussprechen,

(Zurufe von der CDU)

dass Sie gegen Mindestlöhne sind, dann natürlich dazu beitragen, dass hier keine Willkommenskultur entsteht, dass es keine zusätzliche Motivation gibt, nach Brandenburg zu gehen.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Frau Lehmann [SPD]: Richtig!)

Die Fehler der Vergangenheit machen sich heute ganz negativ bemerkbar. Sie haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass wir dieses Image als Niedriglohnland Brandenburg in dieser Republik haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Herr Staatssekretär, es gibt weitere Wünsche nach Zwischenfragen. Sind Sie geneigt, diese zu beantworten?

Staatssekretär Prof. Dr. Schroeder:

Lassen Sie mich vielleicht erst einmal meinen Argumentationsgang zu Ende bringen,

(Frau Lehmann [SPD]: Das klären wir dann im Ausschuss! - Zurufe von der CDU)

dann gehen wir auf die Fragen ein.

(Zurufe von der CDU)

Präsident Fritsch:

Ich bitte um etwas Disziplin. Der Staatssekretär hat das Wort.

Staatssekretär Prof. Dr. Schroeder:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben die Rückkehrerinitiativen ins Gespräch gebracht. Wir haben uns die natürlich angeschaut, und wir müssen leider mitteilen, dass diese Rückkehrerinitiativen bisher nicht evaluiert worden sind, so dass wir auch gar keine stichhaltigen Ergebnisse haben, ob das Geld, das in diese Initiativen hineingesteckt wird, wirklich sinnvoll eingesetzt ist.

Insofern können wir nur feststellen, dass es sehr teure Initiativen sind. Dennoch - das ist der entscheidende Punkt - wollen wir nichts unversucht lassen, Rückkehrinteressierte, Rückkehrwillige gut zu informieren und zu motivieren, nach Brandenburg zu kommen. Insofern sind wir dankbar für diese Debatten, weil wir jede Situation nutzen wollen, um deutlich zu machen: Wir haben Zukunftsorientierung und wollen alles tun, damit die Menschen in Brandenburg zufrieden sind, und über die Landesgrenzen hinaus den Eindruck erwecken, dass es lohnend ist, nach Brandenburg zu kommen.

Ich will zusammenfassen, was wir über Ihren Antrag denken und wie das Ganze weitergehen könnte, ohne der Prüfung durch die Ausschüsse vorgreifen zu wollen. Erstens: Wir sollten keine kostenintensiven neuen Strukturen schaffen. Zweitens: Es ist vorstellbar, dass wir die bereits existierenden Angebote - davon gibt es ja sehr viele - im Internet verknüpfen und damit ein höheres Maß an Transparenz herstellen. Die LASA ist ja mit ihrem Fachkräfteinformationssystem schon seit vielen Jahren sehr engagiert. Damit ist bundesweit eine Transparenz hinsichtlich Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitsmöglichkeiten und Rückkehrmöglichkeiten gegeben. Wir haben uns Gedanken gemacht. Es gibt ja in den Regionen, in der Uckermark und anderen Landkreisen, viele Initiativen, die wir bündeln wollen. Wir müssen allerdings auch Folgendes feststellen: Wenn jemand nach Brandenburg kommen will, dann in der Regel in die Uckermark, in

die Prignitz oder nach Potsdam. Insofern ist es, glaube ich, weniger sinnvoll, das Ganze zu zentralisieren. Vielmehr wollen wir die Aktivitäten in diesen Landkreisen weiter fördern und für den Austausch zu den Aktivitäten einen Runden Tisch bereitstellen.

Zusammengefasst kann man sagen, dass es darum geht, die Stärken dieses Landes weiter zu stärken. Das ist erstens die hohe Lebensqualität und zweitens die gute soziale und materielle Infrastruktur. Woran wir weiter arbeiten müssen, sind die Arbeitsbedingungen und die Lohnverhältnisse. Denn wenn es nicht gelingt, die Lücke weiter zu schließen, werden wir große Schwierigkeiten haben, attraktiv zu sein. Dazu gehören nicht nur Löhne für die High Potentials, sondern dazu gehört auch ein Mindestlohn, denn er schließt das Ganze und macht deutlich, dass man eine attraktive Basis für alle Arbeitsverhältnisse anstrebt. Wenn wir gemeinsam auf diese Strategie setzen, hat unser Werben um Fachkräfte eine reale Basis, und wir erreichen gemeinsam ein gutes Ziel. Attraktive Bezahlung gehört zu den Themen, die wir in den Ausschüssen gerne miteinander debattieren können. Das sind die Punkte, die in einen solchen Antrag gehören. Durch sie würde Ihr Antrag überhaupt erst die Glaubwürdigkeit erhalten, die er verdient. Ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Bevor die CDU-Fraktion noch einmal das Wort erhält, begrüße ich unsere Gäste vom Paul-Fahlich-Gymnasium in Lübbenau. Herzlich willkommen und einen spannenden Nachmittag für euch!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Lakenmacher, Sie haben das Wort.

Lakenmacher (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Baer, ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels von Aktionismus seitens der CDU reden können.

(Bischoff [SPD]): Ich schon!

Ein ähnliches Ansinnen von uns - so viel zur Erinnerung - wurde seitens der SPD schon einmal abgelehnt. Ich frage Sie: Was haben Sie denn seither unternommen? - Nichts. Fehlanzeige!

(Frau Lehmann [SPD]: Das ist doch gerade erklärt worden!)

Das Einzige, was ich in diesem Zusammenhang immer wieder vernommen habe - der Staatssekretär hat es heute auch wieder erwähnt -, sind Studien, Studien, Studien.

(Frau Lehmann [SPD]: Zwei!)

Aber Studien, die den Fachkräftemangel belegen - ein Umstand, um den wir schon lange wissen, brauchen wir nicht mehr. Es braucht endlich Taten, Herr Staatssekretär Schroeder!

(Beifall CDU)

Herr Staatssekretär, was niedrige Löhne angeht, so weise ich für die CDU-Fraktion zurück, dass wir diejenigen seien, die für niedrige Löhne stünden. Die Bundeskanzlerin hat eindeutig gesagt - ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das nicht mitbekommen haben -, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Aufschwung, auch was die Lohnstruktur angeht, teilhaben sollen. Ihre Behauptung ist schlicht und ergreifend unseriös und zurückzuweisen.

(Beifall CDU)

Das Einzige, was Sie in letzter Zeit vollbracht haben, ist, Warnmeldungen in Richtung anderer auszusprechen, was den Fachkräftemangel angeht; zuletzt hat dies der Ministerpräsident am Montag beim Neujahrsempfang der Kammern in Frankfurt (Oder) getan. Bei Warnmeldungen und Studien, die auch heute wieder angekündigt und breit diskutiert worden sind, ist es immer geblieben.

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft ist es, endlich tätig zu werden. Es geht um die Zukunftsfähigkeit des ersten Arbeitsmarktes; es reicht nicht aus, immer nur den zweiten und dritten Arbeitsmarkt zu verwalten.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftemangels müssen wir alle zur Verfügung stehenden Instrumente der Arbeitsmarktpolitik nutzen. Es wurde mehrfach gesagt: Ein Baustein ist, auch die Rückkehrer einzubeziehen. Andere Bundesländer tun dies ebenso.

Frau Nonnemacher, natürlich wird auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai ein weiterer Baustein und eine Chance sein, vor allem für den Wirtschaftsraum Ostbrandenburg. Auch hierfür sind Rahmenbedingungen zu setzen, und das Potenzial ausländischer Fachkräfte ist ganz gezielt zu nutzen. Aber auch hier gilt: Es ist nur ein Baustein in einem erforderlichen Maßnahmenbündel zur Fachkräftesicherung.

Wie Sie wissen, hat der frühere Geschäftsführer der ZukunftsAgentur Brandenburg auch eingefordert, das Rückkehrerpotenzial zu nutzen. Herr Baer, in diesem Zusammenhang sage ich: Wir wollen die Entwicklung des Konzepts durch die ZukunftsAgentur Brandenburg, weil sie Erfahrungen als zentrale Anlaufstelle hat, weil sie Dienstleister aus erster Hand ist, und genau das ist es, was wir benötigen. Was die LASA betrifft, so zeigt das Unvermögen der Leitungsebene der LASA bei der Bewältigung des Abrechnungschos, dass sie keine weiteren Aufgaben bewältigen kann. So viel zu kostenintensiven Strukturen, Herr Staatssekretär Schroeder. Deswegen beantragen wir im Übrigen auch die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft.

Was die Kostenneutralität angeht, so fordern wir, dass zunächst ein Konzept erstellt wird. Alles Weitere hängt von den im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen ab. Zudem ist im Haushaltsplan der Staatskanzlei ein Budget in Höhe von 3,6 Millionen Euro für eine Imagekampagne des Landes Brandenburg eingestellt. Darin soll Brandenburg als moderner Standort mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen und guten Lebensbedingungen dargestellt werden. Wo wäre das Geld besser platziert als in einer solchen Kampagne?

Meine Damen und Herren! Auch die Industrie- und Handelskammer Potsdam hat die Nutzung des Rückkehrerpotenzials gefordert, und man könnte diese Liste weiter fortsetzen. So ver-

weist auch die in der Lausitz ehrenamtlich aktive Initiative „Boomerang Lausitz“ als regionales Fachkräfteportal für die Region Spreewald-Lausitz darauf, dass es ausgeweitet wird. Hier ist der Name erfolgreich Programm, genauso wie bei der Uckermarker Initiative „Zuhause in Brandenburg“. Diese Initiativen wollen ihre Leistungen und Angebote wegen des Erfolgs demnächst weiter ausbauen.

(Frau Lehmann [SPD]: Das läuft jetzt schon!)

Was ehrenamtlich funktioniert, sollte auf breitere Füße gestellt und für ganz Brandenburg zur Fachkräftesicherung nutzbar gemacht werden.

(Frau Lehmann [SPD]: Zentral - wie früher!)

Eines ist mir in der Debatte noch wichtig - es klang auch an -: Brandenburger sind emotional mit ihrem Land, ihren Eltern, Kindern und Großeltern verbunden, wie es Menschen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen mit ihrem jeweiligen Land sind. In diesen Ländern sind Rückkehrerinitiativen seit Jahren erfolgreich. - In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Der Staatssekretär hat seine Redezeit um 3 Minuten überzogen, der Kollege Lakenmacher um zwei Minuten. Haben die anderen Fraktionen Bedarf, auch zu überziehen? - Wir werden das Thema erneut aufrufen und diskutieren können, denn es scheint ja Einvernehmen bezüglich des Überweisungsantrags zu geben.

Die Fraktionen von SPD, DIE LINKE und CDU beantragen die Überweisung des Antrags in Drucksache 5/2659 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie - federführend - und an den Ausschuss für Wirtschaft. Wer diesem Ansinnen Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisung zugestimmt und Tagesordnungspunkt 7 geschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Schulvielfalt erhalten - keine einseitige Kürzung bei Schulen in freier Trägerschaft

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP

Drucksache 5/2664
(Neudruck)

Der Abgeordnete Büttner eröffnet die Debatte für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahl der Schüler in Schulen in freier Trägerschaft nimmt beständig zu. Im Vergleich der Schuljahre 2009/10 und 2011/12

werden es 3 584 Schüler mehr sein. Der Anteil der Schüler, die auf Schulen in freier Trägerschaft gehen, beträgt gut 9,5 % der Gesamtzahl der Schüler. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2006/07 waren es 5,15 %. Deswegen ist es auch nur logisch bzw. folgerichtig, dass die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft aus dem Landeshaushalt steigen.

Freie Schulen sind nicht nur ein notwendiger Bestandteil der Bildungslandschaft und bilden die zweite Säule der Regelschulausbildung in Brandenburg. Sie sind aufgrund ihrer deutlich größeren Flexibilität und Freiheit auch der Motor für innovative Bildungskonzepte, von denen später auch Schulen in öffentlicher Trägerschaft profitieren. Schulen in freier Trägerschaft sichern die Vielfalt in der Schullandschaft.

Die in der mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung vorgesehenen Kürzungen bei den Zuweisungen für die Schulen in freier Trägerschaft werden diesen Motor schwer beschädigen. Sie sind ein Angriff auf die Bildungsfreiheit in diesem Land, und sie sind Ausdruck einer protektionistischen Bildungspolitik, die der Meinung ist, dass nur der Staat das beste Angebot haben könne. Dieser Politik, meine Damen und Herren, werden wir energisch widersprechen.

Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts besagt, dass Schulen in freier Trägerschaft nicht besser oder schlechter behandelt werden dürfen als Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Das bedeutet im Umkehrschluss: Wenn Sie Kürzungen bei freien Schulen vornehmen, müssen sie auch bei den staatlichen Schulen kürzen. Oder Sie kürzen einseitig und ziehen damit automatisch juristische Konsequenzen auf sich.

Letztendlich, meine Damen und Herren, haben Sie sich mit der Vorlage dieser mittelfristigen Finanzplanung und den Eckpunkten für den Haushalt 2012 demaskiert. Das in Ihrem Koalitionsvertrag verankerte Versprechen der Priorität von Bildung ist Makulatur. Sie kürzen bei der Bildung, werden den Menschen aber nicht ewig Sand in die Augen streuen können, wenn Sie ihnen erzählen, dass Sie doch den Betreuungsschlüssel in den Kitas verbessert haben oder mehr Lehrer einstellen. Letzteres ist ohnehin ein Märchen, wenn Sie dauerhaft verschweigen, dass mehr Lehrer das System verlassen, als Sie einstellen. Ihre Politik, meine Damen und Herren, ist keine verlässliche Politik - weder für Schulen in freier Trägerschaft noch für die Kinder und ihre Eltern.

Die einseitige Kürzung wird viele Schulen in freier Trägerschaft in die Knie zwingen. Das wäre ein schulpolitisches Fiasko mit der Folge, dass die Schulkinder zurück ins staatliche Schulsystem müssen und ihnen durch die Schulschließungspolitik Ihres Hauses, Herr Minister Rupprecht, in vielen Fällen weitere Wege zugemutet werden.

Anscheinend ist es doch so, dass die freien Schulen Bedürfnisse erfüllen, die die öffentlichen Schulen nicht erfüllen können: weniger Unterrichtsausfall, mehr Schulqualität, bessere Lernbedingungen. Ihr Auftrag, Herr Minister, ist es, das öffentliche Schulsystem besser zu machen. Stattdessen ruinieren Sie mit der Finanzpolitik Ihres Ministerkollegen Markov ein gut funktionierendes System der freien Schulen.

Im Übrigen forcieren Sie dadurch sogar die soziale Selektion. Wenn Sie bei freien Schulen kürzen, ist die Erhöhung des Schulgeldes die einzige Möglichkeit, für ausreichende finanzielle

Mittel zu sorgen. Diejenigen, die es sich dann noch leisten können, gehen auf freie Schulen, und wir schaffen neue Sozialräume, die wir nicht schaffen wollten. Ihr Umgang mit den Schulen in freier Trägerschaft ist eine Politik der sozialen Selektion, die wir als FDP auf jeden Fall nicht mitmachen werden.

(Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP])

Wir stehen dafür, dass uns jeder Schüler gleich viel wert ist - unabhängig von seiner sozialen Situation.

Sie verhindern mit Ihrer Politik den freien Bildungszugang, indem die freien Schulen finanziell nicht angemessen ausgestattet werden, obwohl sie den gleichen Bildungsauftrag erfüllen. Sorgen Sie dafür, dass es einen freien Bildungszugang gibt, und ermitteln Sie die Schülervollkostensätze, klären Sie also die Frage, wie viel Geld ein Schüler kostet! Bilden Sie daraus einen Gesamtbetrag und stellen Sie ihn den Schulen unabhängig von der Trägerschaft zur Verfügung! Dies fördert Wettbewerb zwischen den Schulen, beendet die soziale Selektion und stellt die Chancengleichheit zwischen den Schulen her, denn Chancengleichheit für freie Schulen heißt auch Chancengleichheit für alle Kinder in diesem Land.

Durch die Finanzierung von Schülervollkostensätzen können Eltern unabhängig von materiellen Erwägungen aussuchen, welche Schule die beste Perspektive für den weiteren Lebensweg ihres Kindes eröffnet. Nur wer über Schulprofil und Schulträger frei von Zwängen entscheiden kann, kann das beste Bildungsangebot für sein Kind auswählen.

Letzter Punkt: Man muss sich einmal die Frage stellen, ob das Verhalten des Ministeriums nicht auch europäischem Wettbewerbsrecht widerspricht. Das Ministerium als Monopolist ist mit der Genehmigung und der Aufsicht über einen Mitbewerber betraut. Das MBJS ist keine unabhängige Behörde und macht den freien Schulträgern das Leben schwer. Besonders bei Genehmigungsverfahren werden ihnen Steine in den Weg gelegt.

Wenn ein freier Schulträger im Schuljahr 2012/13 eine Schule einrichten will, dann muss er seinen Antrag bis spätestens zum 31. März 2011 einreichen, um dann - möglicherweise erst in den Sommerferien - 2012 zu erfahren, ob sein Antrag genehmigt ist oder nicht. Oftmals erhalten die Schulträger die Antwort erst, wenn die Anmeldeverfahren für die jeweiligen Schulen bereits beendet sind. Deshalb fordern wir eine Verkürzung der Dauer von Genehmigungsverfahren.

Mit ihrem Verhalten schadet die Landesregierung den Kindern in diesem Land. Ändern Sie Ihr Verhalten! Stellen Sie die Chancengleichheit zwischen den Schulen in freier und in öffentlicher Trägerschaft her und sorgen Sie für Fairness! - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Günther spricht für die SPD-Fraktion.

Günther (SPD):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema private Schulen beschäftigt den Landtag seit vielen Jah-

ren in verschiedener Form. Deshalb habe ich mir einmal die Mühe gemacht, ein paar alte Unterlagen und Protokolle anzuschauen. Ich bin dabei auf das Protokoll des Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. April 2005 gestoßen. Es ging damals unter anderem um die Reduzierung der Zuschüsse an die privaten Schulen von 95 auf 94 %. Da lese ich Sätze wie: „Das wird die Gründung von freien Schulen drastisch bremsen.“ Oder: „Das heißt, es werden keine weiteren neuen Schulen gegründet werden können.“

Was ist in der Wirklichkeit passiert? Seit dem Schuljahr 2006/07, in dem diese Finanzkürzungen relevant geworden sind, hat sich die Zahl der Schulen in freier Trägerschaft - inklusive beruflicher Schulen - von 128 auf 165 - also nicht abwärts - entwickelt. So weit die Wirklichkeit.

Als ich die Rede von Herrn Büttner gerade gehört habe, ist meine Hoffnung leider flöten gegangen, dass die Diskussion, die in den nächsten Wochen und Monaten daraus entspringen wird, sachlich, ruhig und konstruktiv verläuft. Nein, Sie werden wahrscheinlich wieder so reden, wie wir es von Herrn Büttner zu hören bekommen haben: Wir werden ein Katastrophen- und Unglücksszenario und Hiobsbotschaften verkündet bekommen. Ich kann Ihnen sagen: Bleiben Sie fröhlich, denn all diese Hiobsbotschaften sind schlicht und ergreifend falsch.

Die freien - oder privaten - Schulen haben sich im Land Brandenburg gut entwickelt. Sie haben mittlerweile, was die Quantität angeht, einen Status, der vergleichbar ist, der sich auf dem Niveau der Bundesrepublik Deutschland befindet, teilweise sogar darüber liegt. Sie sind nach dem Aufholprozess nach der Wende angekommen.

(Zuruf von der CDU: Bei der Qualität?)

Sie sind hier fest verankert, und ich sage: Das ist auch gut so, weil sie zur Brandenburger Schullandschaft gehören.

Aber nach diesen Jahren des Aufbaus stellt sich nicht nur Brandenburg, sondern stellen sich auch viele andere ostdeutsche Bundesländer - beispielsweise Thüringen und Sachsen - einige Fragen zur Zukunft der freien Schulen. Ich will ein paar Fragen, die Brandenburg betreffen, nennen:

Die erste Frage - an ihr kommt man leider nicht vorbei, wenn man die Ereignisse der letzten Monate rekapituliert - ist die von Nachweisen über - schließlich - staatliches Geld, das freie Schulen erhalten haben. Erster und wichtiger Satz: Wenn da jemand geschlampt hat - und da hat jemand geschlampt -, dann ist das schlimm und muss verfolgt werden. Aber es trifft nicht alle anderen, und es ist kein Ausweis dessen, dass in allen privaten Schulen geschlampt wird - ganz klar und deutlich. Aber wie bei jedem anderen Verfahren, wenn jemand Fördermittel des Landes - öffentliche Mittel - bekommt, besteht eine Nachweispflicht über das Ausgeben dieses Geldes. Deshalb - all das ist kein Geheimnis, es steht ja in der Zeitung; das Ministerium und wir sind mit den Verbänden im Gespräch - fordert das Ministerium eine Liste der Schülerinnen und Schüler, die unterrichtet werden, und die Angaben müssen von den Schülern und Eltern entsprechend bestätigt werden.

Ich finde, das ist ein Stück weit Normalität; denn schließlich geht es hier um die Verwendung öffentlicher Mittel. Es ist auch zumutbar, und zwar im Vergleich zu dem, was andere leisten, die ebenfalls öffentliche Gelder des Landes bekommen.

Zweiter Punkt: Zwei Sätze aus dem Grundgesetz möchte ich gerne zitieren; es geht um Artikel 7 Abs. 4. Das sage ich, damit wir überhaupt wissen, worüber wir hier reden. Es geht mir darum, zu verdeutlichen, was die Grundlage unserer Diskussion ist.

„Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.“

Genau darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger. Es geht um Gleichbehandlung und um Qualitätssicherung. Nach 20 Jahren des Aufbaus ist es deshalb auch selbstverständlich, dass das Ministerium sowie die Regierungskoalition mit den freien Schulen über die Fragen von Lehrkräften an freien Schulen reden. Das betrifft auch Fragen der Qualifikation, zum Beispiel wie viele Lehrkräfte ein zweites Staatsexamen haben und wie viele Quereinsteiger es gibt. Das sind keine unverschämten Themen. Das heißt auch nicht, dass wir die Arbeit der privaten Schulen blockieren wollen. Vielmehr zeigt auch das unser Interesse an der Qualitätssicherung des Unterrichts. Darum sollte es auch den freien Schulen gehen.

Ich würde gern eine dritte Frage aufwerfen, ohne dass ich schon eine Antwort habe: Wir als Gesetzgeber sind auch für die freien Schulen zuständig. Deshalb müssen wir die Frage nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen öffentlichen und freien Schulen stellen. Nach diesen 20 Jahren der Aufholzeit ist das wichtig. Ich will dazu ein weiteres Zitat bringen, und zwar aus der bereits genannten Anhörung. Ich zitiere Herrn Fuchs - hier sehr bekannt - von der GEW:

„Wenn wir über Veränderungen in diesem Bereich nachdenken, sind solche Länder wie Sachsen absolut verfassungsfeindlich, denn sie regeln unter anderem eine vierjährige Wartezeit und einen noch deutlich geringeren Finanzausschuss, was die Personalkosten der Schulen in freier Trägerschaft betrifft.“

Wir sind ein gutes Stück von der Situation in Sachsen entfernt. Das sagt Herr Fuchs ebenfalls. Wenn Sie es in der Presse verfolgt haben, wissen Sie: In Sachsen gab es bereits Ansätze, die Finanzausstattung deutlich zu reduzieren und unterhalb dessen zu gehen, was Brandenburg gegenwärtig vorhält.

Diese Fragen werden auf uns und auch die privaten Schulen in nächster Zeit zukommen. Es gibt eine Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von Frau von Halem. Auf alle Fragen haben wir jedoch noch keine Antwort. Deshalb halte ich den heutigen Antrag für verwunderlich. In der Aussprache zu Regierungserklärungen oder bei anderen feierlichen Anlässen wird der Koalition immer wieder unterstellt, sie sei nicht veränderungsbereit. Es heißt oft, hier herrsche Stillstand und wir würden Mehltau über das Land gießen. Mangelnder Sparwille wird uns ebenfalls - insbesondere von den Haushaltspolitikern - immer wieder vorgeworfen.

Aber wenn es einmal dazu kommt, dass jemand über Veränderungen nachdenkt - auch wenn er noch nicht alle Antworten parat hat -, dann gibt es unverzüglich einen Antrag, in dem steht,

dass sich zwar alles verändern dürfe, es jedoch bleiben müsse, wie es ist.

(Zurufe von der CDU)

Summa summarum: Dieser Antrag trägt nicht zur Hebung der Glaubwürdigkeit der FDP und der CDU, die diesem Antrag beigetreten ist, bei.

Zu den Antragsfristen: Hier wird vorgeschlagen, vier Monate als Mindestantragsfrist vorzusehen. Nach meinem Kenntnisstand müssen Anträge für private Schulen bis zum 30. September eines Jahres gestellt werden, um für das darauffolgende Schuljahr zum Zuge zu kommen. Ich denke, das ist insgesamt eine ausreichende Frist. Ich denke, die Frist muss auch ausreichend sein; denn hier geht es um ein so komplexes Gebilde wie die Schule. Wenn sich eine Elterninitiative bildet, die unorganisiert ist, dann gibt es Abstimmungsbedarf. Das ist für mich nachvollziehbar.

Wenn Sie jedoch diese Vier-Monats-Frist einführen, dann kann das in der Konsequenz heißen - wenn nicht alle Unterlagen vorhanden sind -, dass die Schule abgelehnt werden muss. Ich stelle deshalb erneut in Frage, ob der Antrag klug formuliert ist. Es könnte nämlich dazu kommen, dass mehr Schulen in freier Trägerschaft abgelehnt werden müssen. Die kompletten Unterlagen sind eine Grundvoraussetzung.

Mit einem letzten Satz möchte ich aber zu Ihrer Beruhigung beitragen: Private Schulen sind und bleiben fester Bestandteil der Brandenburger Bildungslandschaft. Sie waren das in den letzten 20 Jahren, sie sind es heute und bleiben es auch morgen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Hoffmann spricht für die CDU-Fraktion.

Hoffmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Das, was wir hier immer wieder erleben, wenn es um die freien Schulen geht, ist ziemlich paradox. Es wird den freien Schulen in diesem Land ständig vorgeworfen, sie würden zu sehr ihre Schülerschaft selektieren und ihre Lehrer zu schlecht bezahlen. Beides gehört zu Ihrem Standardrepertoire gegen die freien Schulen, die Sie bei der Gelegenheit immer auch gern als „Privatschulen“ bezeichnen.

Dabei muss man sagen, dass bislang in Brandenburg die freien Schulen dazu verpflichtet sind, ihre Schülerschaft sozial ausgewogen zusammenzusetzen. Zudem wurden von Landesseite keine übermäßigen Anreize geschaffen, die Lehrkräfte schlechter zu bezahlen. Die gegenwärtigen Pläne der Landesregierung zur Absenkung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft werden diesen Erfolg jedoch zunichte machen. Die Pläne werden dazu führen, dass die Schulen zwangsläufig mehr Schulgeld erheben oder eben ihre Lehrer schlechter bezahlen müssen. Möglicherweise wird sogar beides geschehen, wenn es um das Überleben geht.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass genau dann das soeben beschriebene Paradox weiter gesteigert und ad absurdum geführt

wird. Denn genau dann werden Sie es sein, die den freien Schulen wieder vorwerfen, dass sie sozial selektierten. Es wird dann heißen, dass die Ungerechtigkeit weiter gefördert wird. Dabei werden Sie vermutlich verschweigen, dass die Regierungskoalition als Verursacher Teil des Problems ist.

(Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren, die Stoßrichtung der Landesregierung ist klar. Diese stufenweise Absenkung der Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft hat das Ziel, weniger freie Schulen im Land Brandenburg zu haben. Zuerst werden davon die kleinen Schulen - vor allem in den ländlichen Räumen - betroffen sein. Dann werden aber auch die Träger in große Schwierigkeiten kommen, ihre Schulen in gleicher Form attraktiv zu halten. Deshalb ist das Agieren der Regierungskoalition an dieser Stelle scheinheilig und riskant, weil Brandenburg dadurch Gefahr läuft, eine nächste Schulschließungswelle in Kauf zu nehmen.

(Widerspruch bei der SPD)

- Herr Günther, Sie haben gesagt, dass die Kürzungen damals nicht - wie von einigen prognostiziert - dazu geführt haben, dass es weniger freie Schulen gibt; es gebe sogar mehr. Hier verwechseln Sie allerdings die Kausalität. Sie können zwar Fakten aufzählen, dürfen aber nicht den Eindruck erwecken, als hätten sich die freien Schulen gerade deshalb so gut entwickelt, weil Sie die Zuschüsse gekürzt haben.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Vielmehr verhält es sich so, dass sie sich trotz der geringeren Zuschüsse gut entwickelt haben. Das liegt nicht an der guten Bildungspolitik, sondern daran, dass die Eltern und die Schüler in diesem Land das Vertrauen in das staatliche Bildungssystem nach und nach verlieren. Sie haben nicht mehr den Glauben daran, dass Ihr Bildungsminister in der Lage ist, die Probleme in unserem Bildungssystem zu beheben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Wir haben das zehn Jahre zusammen gemacht; vergessen Sie das nicht!)

Die freien Schulen haben sich trotz der Kürzungen ganz gut entwickelt. Herr Günther, Sie verwechseln hier die Kausalität. Wenn Sie wirklich glauben, dass mehr freie Schulen entstehen, wenn Sie die Zuschüsse kürzen, dann fange ich ernsthaft an, mir Sorgen um Sie zu machen. Das wollen wir aber beide sicher nicht.

Fakt ist: Mit diesen Kürzungen sind die freien Schulen im Land Brandenburg tatsächlich existenziell bedroht. Für die Schüler im ländlichen Raum würde das bedeuten, dass sie noch weitere Anfahrtswege und weiterhin eingeschränkte Wahlmöglichkeiten beim Schulbesuch in Kauf nehmen müssten.

Auch auf die Qualität unseres Bildungssystems hat eine solche Entwicklung natürlich verheerende Auswirkungen. Herr Rupprecht, da kann ich Ihre Argumentation nicht ganz nachvollziehen. Sie haben kürzlich in einem Interview mit der von uns geschätzten Zeitung „Der Prignitzer“ gesagt, dass die Schulen in freier Trägerschaft eine weitgehend stabile Struktur erreicht hätten. Damit suggerieren Sie zum einen, dass Sie mit dem erreichten Stand zufrieden sind, zum anderen räumen Sie damit gleichzeitig ein, dass die freien Schulen in Brandenburg eben

nicht auf Rosen gebettet sind. Und dann - viel schlimmer -: Sie schlagen Maßnahmen vor, die ganz klar darauf abzielen, diese erreichten Strukturen zu zerstören. Das, meine Damen und Herren, ist tatsächlich scheinheilig.

Dass die gesamte Thematik insgesamt nicht einfach zu handhaben ist, will ich gern zugestehen. Dass Sie sich dabei aber so unbeholfen anstellen, kann ich nicht verstehen. Herr Günther, Sie haben Sachsen zitiert. Auch da - das ist richtig - wurde darüber nachgedacht, aber die Sachsen haben sich eben nicht dafür entschieden, im Zuge der Haushaltskonsolidierung die Zuschüsse in diesem Bereich weiter zu kürzen, sondern dafür, das Netzwerk von Schulen in freier Trägerschaft zu sichern und die Zuschüsse für die bestehenden Schulen beizubehalten.

Das wollen wir in Brandenburg auch, meine Damen und Herren. Wir setzen uns dafür ein, dass ein pluralistisches Bildungssystem erhalten bleibt. Wir sehen in den Schulen in freier Trägerschaft ein belebendes Element und eine Bereicherung unserer Bildungslandschaft. Für uns sind sie ein wesentlicher Bestandteil des vielfältigen Bildungsangebots in Brandenburg. Wir wollen, dass das so bleibt. Deshalb stellen wir diesen Antrag, und wir freuen uns, wenn Sie ihn - wider Erwarten - unterstützen. - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Große spricht nun für die Linksfraktion.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Kollegen von der FDP! Sehr geehrter Herr Büttner, die FDP-Fraktion hat hier einen leuchtend gelb-blauen oder blaugelben Rettungsschirm aufgespannt für etwas, was es erst einmal noch gar nicht zu retten gibt. Aber ich verstehe das, es geht um 25 000 Schülerinnen und Schüler, ihre Eltern - etwa 50 000, wenn in den Familien alles gutgegangen ist - und mindestens 3 000 Beschäftigte. Das ist natürlich ein nicht zu unterschätzendes Wählerpotenzial.

(Senfleben [CDU]: Um mehr als beim Schüler-BAföG!)

Das hätten wir alle gern - alles klar. Ich verlasse jetzt diese Ebene. Sie wissen, ich agiere hier in der Regel nicht parteipolitisch, sondern fachpolitisch, und das mache ich jetzt auch.

Sie haben den Antrag „Schulvielfalt erhalten“ genannt. Da sind wir uns doch einig. Es gibt Vielfalt - so unterstellen Sie erst einmal. Es gibt diese Vielfalt, und rein quantitativ - das sage ich ganz klar - liegen wir mit einer Schulquote - also der Anzahl der Schulen - von 14,7 % über dem Bundesdurchschnitt; diese liegt bei 11,9 %. Wir liegen auch bei der Schülerquote mit 8,8 % über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben also nicht nur aufgeholt. Die Rahmenbedingungen waren trotz der beiden erfolgten Kürzungen gut. Es gibt ein breit gefächertes Netz, es gibt sehr unterschiedliche Träger, es gibt interessante Angebote. Die Bildungslandschaft ist - das sehe ich wie Sie, Herr Hoffmann - bereichert worden und oft - das ergänze ich - vor dem Austrocknen bewahrt worden.

Die freien Schulen haben das Schulnetz in der Fläche mitgeknüpft, aber es gibt auch Ballungszentren: Potsdam, LOS - wa-

rum auch immer -, Frankfurt (Oder). Es gibt natürlich auch ländliche Regionen wie die Landkreise Uckermark und Ostprignitz-Ruppin, die ein ziemlich großes Netz an freien Schulen haben. Andere haben andere Strukturen. Es ist also sehr ausdifferenziert. Es ist beispielsweise bei den Grundschulen unterschiedlich. Wenn in Potsdam schon 22 % aller Grundschulen freie Schulen sind, kann sich hier doch niemand über - vermeintlich - fehlende Vielfalt aufregen.

(Beifall DIE LINKE)

Während es 1995 - da hatten wir noch doppelt so viele Schüler wie jetzt - ganze 33 freie Schulen gab, sind es jetzt ca. 166. Wir müssen also feststellen, dass das Ganze hat eine unglaubliche Dynamik bekommen hat: je weniger Schüler, umso mehr freie Schulen. Dafür haben die freien Träger viel getan; dafür haben die Eltern viel getan. Und auch das Land hat sich das etwas kosten lassen: Von ursprünglich - 1995 - 24 Millionen Euro Zuschüssen sind wir jetzt bei 166 Millionen Euro, und das, weil wir als Land 94 % der vergleichbaren Personalkosten aus Steuermitteln zahlen. Das mit den Steuermitteln wissen übrigens viele nicht - das stelle ich ganz wertfrei fest.

Meine Damen und Herren, Sie erwarten jetzt - vor allem in der FDP-Fraktion - wahrscheinlich das große Aber, das dicke Aber, das man im Allgemeinen von den Linken erwartet bzw. ihnen unterstellt. Dazu sage ich: Das kommt hier nicht, sondern hier kommt erst einmal ein dickes Ja. Natürlich sind freie Schulen solche mit wunderbaren pädagogischen Konzepten, ganz oft Leuchttürme. Aber auch ganz Durchschnittliches finden wir da. Es sind Schulen, die beneidenswerterweise zu 83 % Ganztagschulen sind. Es sind ganz oft inklusive Schulen - die Waldhofscheule Templin hat dafür den Schulpreis bekommen. Es sind ganz oft Gemeinschaftsschulen - das gefällt uns Linken natürlich, wunderbar! Es sind innovative Schulen, es sind Schulen, in denen die Motivation der Lehrkräfte eine hohe ist. Es sind Schulen, die sich - wenn sie konfessionell gebunden sind - dennoch nicht abschotten, sondern in die Region wirken, sich öffnen. Es sind oft interkulturelle Schulen. Es sind Schulen mit einer guten Zusammenarbeit mit Eltern und hoher Elternzufriedenheit. Es sind Schulen, die eine gute Kooperationsarbeit leisten, in der Regel kleine Lerngruppen haben, entspannteres Lernen organisieren können und eine große Anzahl an Unterstützungskräften haben.

Dazu sage ich: Das alles, was ich eben aufgezählt habe, finde ich aber auch bei öffentlichen Schulen. Es geht also nicht um „besser sein“ und auch nicht um „Motor sein“, sondern all dies können auch öffentliche Schulen leisten, und das müssen sie auch leisten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Was die Leistungen betrifft, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist das nämlich ambivalent: Die freien Schulen wollen ja nicht die besseren Schulen sein, sie wollen nur einfach neben den öffentlichen Schulen da sein. Das muss man hier unterstellen. Ich bin die Letzte, die es an Mathematik- oder Deutschnoten festmacht, aber wir wollen auch einmal feststellen: Im Grundschulbereich ist das alles ganz gut, während es im Bereich der Gymnasien - beispielsweise bei der Abschlussprüfung der 10. Klasse in Mathematik und in Deutsch - auch an den freien Schulen viele unterdurchschnittliche Leistungen gibt. Das hat etwas damit zu tun, wie freie Schulen ticken, und damit, was gemessen wird, aber wir wollen dies zumindest feststellen.

Nun komme ich noch einmal darauf zurück, Herr Hoffmann und Herr Büttner, dass Sie uns unterstellen, wir würden meinen, das seien Schulen, die sozial auslesen. Das meinen wir ganz klar nicht! Es sind nicht die Schulen der Reichen und der Schönen, es sind jedoch Schulen - das lässt sich statistisch nachweisen -, die eine besondere sozioökonomisch gestärkte Klientel an sich binden. „Sozioökonomisch gestärkt“ heißt nicht reich, es sind in diesen Schulen aber sehr wohl Kinder, die aus sogenannten bildungsnahen Elternhäusern kommen, deren Eltern also einen höheren sozioökonomischen Status haben. Das ist so.

(Senftleben [CDU]: Was ist daran verkehrt?)

Jetzt komme ich doch zu einem kleinen Aber: Was ich problematisch finde, ist, dass inzwischen 55 % aller Fachschulen im Land Brandenburg und knapp 40 % aller Berufsfachschulen durch freie Träger verantwortet werden. Das sind doppelt so viele wie im Bundesdurchschnitt. Berufsschüler haben in diesem Land in manchen Berufsfeldern keine Wahl mehr zwischen einem freien und einem öffentlichen Träger. Man muss zumindest einmal dorthin schauen.

Besorgniserregend ist aus meiner Sicht auch, dass wir inzwischen selbst bei den Grundschulen - die bezeichnet das Grundgesetz als „Volksschulen“, und die Väter des Grundgesetzes haben sie nicht in erster Linie im Auge gehabt - schon bei 6,6 % sind. Die Grundschulen sind eigentlich für alle da.

(Senftleben [CDU]: Sie sind doch für alle da!)

In den westlichen, den alten Bundesländern liegt die Quote in diesem Bereich bei 1,9 % - wir liegen bei 6,6 %. Darüber müssen wir nachdenken.

Wir müssen auch darüber nachdenken, was passiert, wenn wir das demografische Echo erleben: Im Jahre 2020 haben wir nur halb so viele Schüler wie jetzt. Wie weit wollen wir unsere Strukturen entwickeln, dass Eltern die Wahl zwischen einem öffentlichen, wohnortnahen System und eben dem einer freien Schule mit einer besonderen Ausprägung haben? Darüber müssen wir alle - auch die freien Träger mit uns zusammen - nachdenken.

Meine Damen und Herren, nun zum Antrag: Sie wollen den Landtag feststellen lassen, „dass Schulen in freier Trägerschaft daran mitwirken, die Vielfalt der Bildungsgänge zu gewährleisten“. Das steht wortwörtlich in § 117 Absatz 1. Das müssen wir doch wohl hier nicht feststellen! So weit wollen wir unsere Gesetze doch wohl ernst nehmen! Darüber hinaus wollen Sie, dass es „keine einseitigen Kürzungen“ gibt. Dann sagen Sie uns, Herr Büttner, wo diese Kürzungen, wenn nicht einseitig, erfolgen sollen. Das wäre ja die logische Konsequenz. Wenn da nicht kürzen, dann sagen Sie, woher nehmen!

Ich sage auch: Ihr zweiter Vorschlag, das Genehmigungsverfahren auf vier Monate zu verkürzen, ist aus Sicht der betroffenen Eltern, der Schulen und der Träger ein vernünftiger Vorschlag. Trotz alledem trägt das Land natürlich eine hohe Verantwortung bei der Prüfung. Denken Sie an Educon, denken Sie an Opus Dei, denken Sie an die Nichtgenehmigungsfähigkeit des Abiturs am Neuen Gymnasium hier in Potsdam; ich könnte hier eine ganze Liste aufzählen.

(Beifall DIE LINKE)

Es ist die Verantwortung des Landes, dies zu gewährleisten.

Zum Schluss: Bildung ist kein Marktsegment, Herr Büttner. Bildung ist Menschenrecht, keine Ware, die verkauft werden kann.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

An dieser Stelle werde ich doch noch einmal ganz politisch: Wenn Ihre FDP endlich anfangen würde, nicht mehr von diesen Steuersenkungen zu träumen, dann könnten wir vielleicht sowohl die freien als auch die öffentlichen Schulen - hier sitzen Vertreter der öffentlichen Schulen; die haben auch noch eine ganze Menge von uns zu erwarten - ausreichend finanzieren.

(Lebhafter Beifall DIE LINKE - Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete von Halem spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass unsere Kleine Anfrage vom Oktober letzten Jahres solche Wellen schlägt. Es ist tatsächlich deutlich geworden: Die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft sollen ab 2012 um 2 % gekürzt werden.

An der Antwort der Landesregierung erstaunt mich aber, dass die Kürzungen schon geplant sind, dass aber noch nicht klar ist, wie sie tatsächlich erfolgen sollen. Die Landesregierung spricht zwar von Prüfungen, die vorzunehmen seien, erläutert aber nicht genau, was das Ergebnis sein soll. Das Ergebnis wird vorweggenommen: Die Kürzungen sollen stattfinden. - Geprüft wird hinterher.

Aus unserer Sicht sind die Schulen in freier Trägerschaft eine Bereicherung für das Schulsystem. Sie sind Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements, und wir wollen sie haben. Wir wollen keine Kürzungen bei diesen Schulen!

(Beifall GRÜNE/B90)

Wir müssen deutlich sehen: Auch wenn diese Landesregierung mit dem Vorsatz angetreten ist, im Bereich Bildung etwas besser zu machen, wird das öffentliche Schulsystem nicht wirklich besser. Es gibt einen besseren Betreuungsschlüssel an Kindertagesstätten. Das wissen auch wir, das ist eine große Errungenschaft. Und was passiert im Schulbereich? Aus unserer Sicht passiert dort fast gar nichts. Das Schüler-BAföG wird den Unterricht in der Schule nicht besser machen. Die Tatsache, dass Englischlehrerinnen und -lehrer jetzt Fortbildungen in diesem Fach bekommen sollen, bedeutet doch nur, dass Fortbildungsgelder, die sonst für andere Zwecke aufgewandt würden, jetzt in Englischkurse gesteckt werden. Insgesamt gibt es nämlich keine Aufstockung.

Angesichts dessen können wir es doch den Eltern nicht verwehren, Alternativen zu suchen und sich für eine gute Schule für ihr Kind zu entscheiden. An dieser Stelle muss ich meiner Kollegin Große widersprechen: Die freien Schulen wollen sehr wohl besser sein. Das ist ihr Anspruch. Noch einmal: Wenn Eltern die Alternative sehen, können wir es ihnen doch nicht ver-

wehren, ihre Kinder dort hinschicken. Die Kinder haben nur eine Bildungsbiografie; diese ist so schnell vorbei. Angesichts der kleinen Schritte, die im staatlichen Schulsystem gegangen werden, habe ich - auch wenn ich es mit meinen Kindern nicht gemacht habe - großes Verständnis für die Eltern, die ihre Kinder an Schulen in freier Trägerschaft schicken.

Nächster Punkt! Ich verstehe die Diskussion über die Relationen nicht. Hier ist mehrfach darauf eingegangen worden. Auch in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage zur Finanzierung freier Schulen wird das erwähnt. Von Kollegen Günther und Kollegin Große habe ich gehört, es gäbe jetzt ein ausgewogenes Verhältnis. Es war auch die Rede von einem „Aufholprozess“, davon, dass der Anteil der Schulen in freier Trägerschaft nach dem Aufholprozess in den vergangenen Jahren mittlerweile das Niveau der Westländer erreicht habe.

Ich verstehe diese Diskussion nicht. Ich denke, wenn wir darüber reden, wie wir mit Schulen in freier Trägerschaft künftig verfahren, dann müssen wir über pädagogische Argumente und Kriterien reden, nicht aber über die Relationen. Das ist doch nicht das, was den bildungspolitischen Ausschlag gibt!

Jetzt zum Antrag. Dessen Punkt 1 bezieht sich auf die Zuschüsse. Ja, wir stimmen dem zu: Auch wir wollen keine Kürzungen. Darüber hinaus wissen wir auch gar nicht so richtig, was eigentlich billiger für das Land ist. Das Land zahlt 94 % der vergleichbaren Personalkosten für die Schulen in freier Trägerschaft. Kinder, die nicht in Schulen in freier Trägerschaft gehen, besuchen staatliche Schulen. Da müssten 100 % der öffentlichen Mittel aufgewandt werden. Was bedeutet das? Ist das dann wirklich eine Kürzung?

(Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE)

Wir können uns gern damit einverstanden erklären, die Finanzierungsgrundlage neu zu berechnen, denn wir möchten gern wissen: Was kostet eine Schülerin/ein Schüler wirklich? Was sind die tatsächlichen Kosten des Schulträgers? Mit der Doppik müssten auch auf kommunaler Ebene die Kosten für die Gebäude erfassbar sein. Heute stochern wir im Nebel. Nach Auskunft der Schulträger übernimmt das Land ungefähr zwei Drittel der Kosten der Schulen in freier Trägerschaft. Wir würden das gern genauer wissen.

Zu dem zweiten Punkt im Antrag, der Genehmigungsverfahrens-dauer, gibt es unterschiedliche Wahrnehmungen. Einige freie Schulträger sagen, sie würden monatelang warten - bis zum Frühjahr, nach der Antragstellung im Herbst -, bis sie überhaupt einen Bescheid bekämen. Andere sagen, es sei ein Entgegenkommen gegenüber den freien Schulen, wenn man so lange warte, weil sie dann länger Zeit hätten, sich um Gebäude sowie um Lehrerinnen und Lehrer zu kümmern; das sei dann bis kurz vor Beginn des Schuljahres möglich.

Fazit: Insoweit herrscht große Sprachlosigkeit zwischen den Beteiligten. Deshalb ist es aus unserer Sicht nicht vernünftig, eine maximale Genehmigungsverfahrens-dauer von vier Monaten festzuschreiben. Vielmehr sollte von dieser Debatte das Signal an alle Beteiligten ausgehen: Setzt euch hin und konkretisiert den Regelfall! Überlegt, ob in dem Genehmigungsverfahren eine Zweistufigkeit sinnvoll ist, etwa in dem Sinne: Ihr erhaltet die Genehmigung, wenn ihr bis dann und dann diese und jene Unterlagen nachreicht.

Es mag sein, dass es hin und wieder sinnvolle Ausnahmen gibt. So fand ich es durchaus sinnvoll, dass es bei dem Antrag des Trägers Opus Dei länger gedauert hat als vier Monate.

Ergo: Wir wollen das Signal, dass die Genehmigungsverfahrens-dauer verkürzt wird. Aber das muss im Einklang mit allen Beteiligten passieren.

Wir stimmen dem vorliegenden Antrag zu, wenn auch mit etwas Zähneknirschen. Wir möchten gern das Signal unterstützen, das von der heutigen Debatte ausgehen soll: Keine Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft!

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Minister Rupprecht spricht für die Landesregierung.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stimme mit Ihnen, Herr Büttner, und anderen, die sich hier geäußert haben, darin überein, dass die Schulen in freier Trägerschaft zur Vielfalt im Schulwesen beitragen. Sie haben auch Recht, wenn Sie sagen, dass viele dieser Schulen innovative pädagogische Konzepte verfolgen. In der Tat kennt aber auch das öffentliche Schulwesen eine Vielzahl solcher Erscheinungsformen. Diese Vielfalt sowohl im privaten als auch im öffentlichen Schulwesen muss im Wettbewerb nebeneinander bestehen können.

Herr Büttner, Sie verfolgen heute den - einseitigen - Ansatz, die Finanzierung der Privatschulen langfristig zu sichern. Ich möchte diese Front nicht aufmachen, will aber sehr wohl einige schlichtweg falsche Behauptungen richtigstellen und - um ein Wort von Ihnen aufzugreifen - eine einseitige Darstellung korrigieren.

Mit einem Anteilswert von landesweit 8,8 % - Frau Große hat darauf hingewiesen - befanden sich im Schuljahr 2009/2010 in Brandenburg erstmals relativ mehr Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft als im Bundesdurchschnitt. Ich interpretiere diese Zahl so, dass wir in den vergangenen 20 Jahren ganz offensichtlich erfolgreich Anreize für die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft gesetzt haben. Diese Angebote sind angenommen worden.

Der beschriebene Anstieg der Schülerzahlen an freien Schulen hat - auch darauf hat Frau Große hingewiesen - in einigen Regionen Brandenburgs schon zu Problemen geführt, jedem Kind einen Platz in jedem Bildungsgang an einer öffentlichen Schule in erreichbarer Nähe anzubieten. Nach der Verfassung sieht es aber so aus, dass jedes Kind eine Schule besuchen muss - wir haben die Schulpflicht - und Anspruch auf einen Platz an einer öffentlichen Schule hat.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie, die öffentliche Schule, hat den gesellschaftlichen Auftrag, Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft, unterschiedlicher Leistungsfähigkeit und unterschiedlicher Bekenntnisse gemeinsam zu unterrichten und zu erziehen.

Die private Schule kann - ich betone: kann - die öffentliche Schule ersetzen; deswegen heißt sie auch „Ersatzschule“. Sie

kann aber auch Kinder abweisen oder von der Schule verweisen, wenn sie meint, dass die Kinder oder die Einstellung der Eltern nicht zu ihrer Ausrichtung passen. Die öffentlich getragene Schule kann das nicht. Insofern besteht zwischen beiden ein großer Unterschied.

Herr Büttner, wenn Sie feststellen, dass Privatschulen von Verfassungen wegen nicht schlechter ausgestattet sein dürfen als öffentlich getragene Schulen, und daraus den Schluss ziehen, dass das Land verpflichtet sei, öffentlich getragene und frei getragene Schulen gleich auszustatten, dann ist das schlichtweg falsch.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Auch nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist der Staat gehalten, das Existenzminimum der Privatschulen zu sichern. Er kann dabei natürlich auch Eigenleistungen berücksichtigen. Damit ist eine gleiche finanzielle Ausstattung keineswegs geboten. Es gibt sie übrigens in keinem einzigen Bundesland in Deutschland. Im Gegenteil, ich sehe für eine Überprüfung der Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft in verschiedener Hinsicht Anlass und kann mich dabei unter anderem auf Erkenntnisse aus unserem südlichen Nachbarland Sachsen beziehen.

Ich komme jetzt zu Ihrem zweiten und meinem letzten Punkt, der Genehmigungsdauer. Nach dem Grundgesetz müssen alle Ersatzschulen verschiedene Voraussetzungen erfüllen. Bei einer Verkürzung der Frist zwischen Antragstellung und Genehmigung auf vier Monate müssten wir als MBS die Beratung der Träger auf ein Minimum einschränken, und Nachfristen könnten nicht gewährt werden. Auch die hohe Anzahl von Anträgen bedingt angesichts der notwendigen Bearbeitungszeit bei einer vorgegebenen Anzahl von Mitarbeitern, dass nicht immer zeitnah entschieden werden kann. Da es außerdem in fast keinem Fall vollständige Anträge gibt, mag das von meinem Haus praktizierte zweistufige Prüfverfahren mit der Möglichkeit, vorhandene Schwächen des Erstantrages in einer zweiten Runde zu korrigieren, zeitaufwendiger sein; es ist aber mit Sicherheit im Interesse der freien Träger weitaus angemessener. Denken Sie bitte einmal darüber nach, Herr Büttner.

Frau von Halem, eine kleine Nachhilfe zum Thema Bezahlung: Es gibt einen Unterschied in der Bezahlung zwischen freien Schulen und staatlichen Schulen. Während die staatlichen Schulen nach Klassen finanziert werden, werden die freien Schulen nach Schülern finanziert. Ich nenne ein Beispiel: Wenn zwei solcher Schulen nebeneinander existieren und drei Schüler aus einer Klasse einer staatlichen Schule beschließen, nach dem Schuljahr auf eine freie Schule zu wechseln, bedeutet das für das Land auf der einen Seite keinerlei Entlastung, denn die Klasse, aus der die Schüler kommen, bleibt bestehen. Auf der anderen Seite sind drei Schüler mehr zu finanzieren. Wir leisten uns also ein teures Doppelsystem. Wir wollen es uns leisten.

Auch wenn es nicht immer so klingt: Ich bin ein Freund der freien Schulen. Ich hoffe, das bleibt auch so.

(Beifall SPD, DIE LINKE und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die FDP-Fraktion. Der Abgeordnete Büttner spricht.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Minister Rupprecht, die Worte höre ich wohl, auch die Worte, dass Sie ein Freund der freien Schulen sind. Das Zitat werde ich mir jetzt aufschreiben - für alle Gelegenheiten, die da nächsten kommen.

Wir wollen den Unterschied doch überhaupt nicht machen. Wir wollen ein freies Schulsystem und ein öffentliches Schulsystem nicht gegeneinander ausspielen. Aber genau das ist doch die Konsequenz, Herr Minister Rupprecht, wenn man die Finanzierungsgrundlagen verändert.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Sie haben das nicht verstanden!)

- Ich habe das schon verstanden, Frau Wöllert. Machen Sie sich mal keine Sorgen um meinen Verstand.

Wir wollen diesen Unterschied nicht, sondern wir wollen, dass beide Systeme gleichwertig nebeneinander bestehen und vernünftig und ausreichend finanziert sind. Im Übrigen sage ich Ihnen: Lassen Sie uns doch einfach alle Schüler pro Kopf finanzieren - das wäre die Umstellung nach den Schülervollkostensätzen -, dann hätten Sie dieses Problem überhaupt nicht. Dann finanzieren Sie alle Schulen gleich.

Herr Günther, eines kann ich Ihnen versprechen: Erstens: Ich bin immer fröhlich.

(Zuruf: Super!)

Zweitens: Wir reden hier eben nicht über eine Kürzung in Höhe von 1 %, sondern wir sprechen hier über eine Kürzung in Höhe von mindestens 6 %. Das ist ein ganz anderer Ausgangspunkt und greift massiv in die Finanzierungsstrukturen ein. Sie müssen einmal Ihre mittelfristige Finanzplanung lesen; ich kann es doch nicht ändern. Wann haben Sie, Herr Günther, eigentlich das letzte Mal mit Schulen in freier Trägerschaft gesprochen?

Vielleicht hören Sie einmal, was dabei herauskommt und welche Angst sie haben. Denn es wird genau das passieren, worauf Herr Hoffmann eingegangen ist und worauf ich eingegangen bin: Es wird nur so funktionieren, dass man die Elternbeiträge erhöht.

(Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

- Genau das fördert am Ende die soziale Selektion, Frau Große. Das ist einfach so. Sie haben gesagt, dass Sie das nicht wollen. Aber mit der Politik machen Sie es doch! Das ist doch das Problem, meine Damen und Herren.

Herr Günther, Sie haben es wieder in einer Art und Weise gemacht, die nicht akzeptabel ist. Sie haben sich einzelne Beispiele von Schulen in freier Trägerschaft herausgegriffen, zum Beispiel Educon, die nicht funktionieren. Wenn Sie hier am Rednerpult stehen und Educon nehmen, das so subtil sagen - das werfe ich Ihnen jetzt durchaus vor -, dann stellen Sie Schulen in freier Trägerschaft automatisch unter Verdacht. Ich bin davon überzeugt, dass es genau das ist, was Sie machen wollten. Genau das wollen wir nicht, Herr Günther!

Natürlich Sachsen! Es war mir völlig klar - sonnenklar -, dass Sachsen kommt. Aber es gibt in Sachsen eine ganz andere Fi-

finanzierungsgrundlage, die auch in der Berechnung der Finanzausstattung enthalten ist. Man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Aber selbst das, was in Sachsen passiert, begrüße ich nicht. Ich sage das den Kollegen da unten. Ich bin auch über einige Zitate, die angeführt wurden, schwer enttäuscht; das können Sie mir glauben. Aber wir sind hier in Brandenburg und sollten Politik für Brandenburg machen. Von den Sachsen muss man nicht immer lernen.

(Beifall der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD])

Ich höre in den Podiumsdiskussionen von den Bildungspolitikern der Regierung - von Ihnen, Frau Große, von Ihnen, Herr Günther, von Ihnen, Herr Minister Rupprecht - immer: Ja, wir wollen die freien Schulen haben. Die freien Schulen sind uns alle wichtig. - Wenn es aber um konkretes Regierungshandeln geht, auch um die Genehmigungsverfahren und die Zuschüsse, scheinen sie Ihnen nicht wichtig zu sein. Es tut mir leid.

(Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

- Ich komme gleich darauf zu sprechen, Frau Große. Natürlich wird es mehr Geld geben. Natürlich kostet es mehr Geld, wenn wir mehr Schüler in freien Schulen und mehr Schulen haben. Sie werden dann im Landeshaushalt mit mehr Geld ausgestattet - das ist doch völlig klar. Aber das gilt doch auch für Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Da bin ich ja bei Ihnen. Auch sie können Motor einer bildungspolitischen Entwicklung sein. Natürlich sind auch Schulen in öffentlicher Trägerschaft gut, selbstverständlich. Sie müssen sie aber vernünftig ausstatten. Das gilt für Schulen in öffentlicher Trägerschaft genauso wie für Schulen in freier Trägerschaft.

Wenn Sie es mit der Vielfalt im Land ernst meinen, wenn Sie es ernst mit der Absicht meinen, dieses Potenzial weiterhin zu nutzen, dann stellen Sie bitte auf Vollkostensätze um. Warum wohl haben wir so ein sozialökonomisches Potenzial in den Schulen, das Sie, Frau Große, beschrieben haben? Mit Ihrer Politik werden Sie das noch weiter befördern.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen. Kitas, die Sie - wir auch - als ersten Baustein im Bildungssystem beschreiben, sind zumeist in freier Trägerschaft. Ich weiß nicht, warum es jetzt so furchtbar schlimm sein soll, wenn es bei den Grundschulen auch weiter nach oben geht.

Mein letzter Satz: Frau Große, wir brauchen keine Steuererhöhungen - Sie haben das angesprochen -, sondern wir brauchen eine andere Verteilung der Mittel und eine Konzentration auf die wirklich wichtigen Aufgaben im Land.

(Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

- Wir müssen sparen - Frau Große, das ist richtig -, aber bitte nicht am Verstand. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Rednerliste zum Tagesordnungspunkt 8 angelangt. Ich stelle den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion in der Drucksache 5/2664 - Neudruck - zur Abstimmung. Wer ihm Folge leisten will, den

bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8 und rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Prüfung eines Freiwilligen Sozialen Jahres bei der Feuerwehr

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 5/2662

Wir beginnen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Der Abgeordnete Hoffmann spricht.

Hoffmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es darum geht, Instrumente zu eruiieren und Ideen zu entwickeln, die hilfreich sein können, Probleme in diesem Land anzugehen, dann müssen wir als Verantwortliche natürlich jede Chance nutzen - bei den Herausforderungen, die unser Land zu bewältigen hat. Wir müssen alle Anreizsysteme prüfen und können es uns überhaupt nicht leisten, Ideen für neue Wege einfach mit einem Federstrich abzutun. Deshalb hoffe ich, dass Sie heute im Interesse der Menschen in Brandenburg die Bereitschaft dazu mitbringen, wenn wir heute über einen Antrag diskutieren, mit dem wir die Regierung prüfen lassen wollen, ob sich ein Modellvorhaben - ein freiwilliges soziales Jahr bei der Feuerwehr - auch in Brandenburg umsetzen ließe, so, wie es in Hessen bereits sehr erfolgreich durchgeführt wurde.

Die Bedeutung des freiwilligen sozialen Jahres für junge Menschen haben wir uns hier oft genug gegenseitig bestätigt. Wir sind uns in der Sache eigentlich einig, dass ein FSJ eine echte Bereicherung für viele junge Menschen ist; das zeigt auch die große Nachfrage. Gemessen an den Bekundungen aller hier vertretenen Fraktionen dürfte es also keine Frage sein, sich ernsthaft und wohlwollend mit dem vorliegenden Antrag zu beschäftigen. Denn wir sind beim FSJ nicht unbedingt Spitzenreiter.

Wenn ich mir einmal anschau, dass die sächsische Landesregierung sogar in Zeiten der Haushaltskonsolidierung die Mittel zur Förderung des freiwilligen sozialen Jahres noch erhöht und im Jahr 2011 etwa 750 Stellen gefördert werden plus 300 Stellen für das freiwillige ökologische Jahr - also insgesamt rund 1 000 Stellen -, wirken die rund 200 Stellen in Brandenburg doch eher mickrig.

Ich möchte an dieser Stelle auch klarstellen, dass wir - übrigens anders als in der letzten Legislaturperiode noch die Linke - die Zahl der Plätze nicht grenzenlos ins Blaue hinein erweitern wollen. Es geht uns nämlich nicht allein um Quantität, sondern um zeitgemäße Konzepte. Wir wollen aber die Weiterentwicklung und die Öffnung des freiwilligen sozialen Jahres für andere wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens, und die Feuerwehr ist dabei von großer Bedeutung.

Wir glauben, dass gerade die ehrenamtliche Arbeit in den Feuerwehren im Land Brandenburg viele Einsatzmöglichkeiten für

FSJler bietet, denn ein freiwilliges soziales Jahr bei der Feuerwehr soll mehr sein als nur Schläuche ein- und auszurollen und einmal die Spritze zu halten, es soll jungen Menschen vielmehr die Gelegenheit geben, sich mit dem freiwilligen sozialen Engagement auch in diesem Bereich auseinanderzusetzen.

Meine Damen und Herren, man muss auch keine Schreckensszenarien konstruieren, wo denn dieses Heer der Freiwilligen bei den Brandenburger Feuerwehren untergebracht werden soll und woher wir die vielen Anleiter dafür bekommen. Vielleicht einmal als Vergleichsgröße: Für das freiwillige soziale Jahr im Bereich der Denkmalpflege halten wir im gesamten Land gerade einmal 18 Plätze vor. Bei unserem heutigen Antrag geht es uns um ein Modellprojekt und nicht um eine flächendeckende Hilfsfeuerwehr, bestehend aus jugendlichen Freiwilligen.

Die CDU-Fraktion glaubt deshalb, dass sich dem Land hier eine große Chance bietet, ein FSJ bei der Feuerwehr in Brandenburg zu ermöglichen. Darüber hinaus wird in Zukunft aber auch über die Entwicklung eines Gesamtkonzepts der Freiwilligendienste in Brandenburg zu reden sein. Auch hierbei sehen wir Gestaltungsspielraum, denn durch die neue Bundesgesetzgebung sind auch in Brandenburg weitere Plätze zu erwarten. Deshalb glauben wir, dass es hier eine ganze Menge Gestaltungsspielraum gibt. Trotzdem sind wir der Überzeugung, dass ein FSJ im Bereich der Feuerwehr für Brandenburg große Chancen birgt. Deshalb bitten wir Sie für unseren Antrag um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Schippel spricht für die SPD-Fraktion.

Schippel (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich meine, wir sollten uns angesichts der Entwicklung, die wir in Brandenburg haben - generell in den Ostländern, was die demografische Entwicklung betrifft -, keinerlei Denkverbote auferlegen. Es ist auch nicht verboten, sich umzuschauen, wie es andere Länder machen. Hier muss man aber darauf achten, dass man eine gewisse Vergleichbarkeit herstellt.

Sie haben das Beispiel Hessen angeführt. Dort wird dieses Modell des FSJ meines Wissens in einem Landkreis fabriziert. Man ist darauf vorbereitet, pro Landkreis inklusive kreisfreie Städte zwei Stellen zu besetzen, geht dabei aber von bestimmten Bedingungen aus, die unterschiedlich zu denen in Brandenburg sind. Man sagt explizit, dass das nur bei freiwilligen Feuerwehren mit hauptamtlichen Kräften durchgeführt werden kann. Wenn ich jetzt von dem hessischen Modell ausgehe - zwei Stellen pro Landkreis inklusive kreisfreie Städte -, dann kann dies auf Brandenburg schon deswegen nicht übertragen werden, da wir nur acht freiwillige Feuerwehren mit zusätzlichen Kräften haben. Insofern stellt sich angesichts der schlechten Vergleichbarkeit an dieser Stelle die Frage: Was sollen die dort machen?

Präsident Fritsch:

Herr Schippel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Schippel (SPD):

Ja, gern.

Präsident Fritsch:

Bitte, Herr Hoffmann.

Hoffmann (CDU):

Werter Kollege Schippel, Sie haben von Hessen gesprochen.

(Schippel [SPD]: Nein, Sie haben von Hessen gesprochen!)

Sind Sie auch bereit anzuerkennen, dass es uns nicht darum geht, das Modell aus Hessen eins zu eins auf Brandenburg zu übertragen? Trauen Sie sich selbst so viel Visionskraft zu, dass Sie bereit sind, die für das Land Brandenburg passenden Lösungen zu entwickeln? Sind Sie also bereit anzuerkennen, dass man nicht zwangsläufig ein Modell aus Hessen eins zu eins übertragen muss und dass es durchaus noch Spielraum für andere Überlegungen gibt?

Schippel (SPD):

Aber natürlich erkenne ich das an. Trauen Sie mir auch Visionen zu! Genau deshalb habe ich mich einmal bei den Leuten umgehört, die es betrifft. Ich habe mich im Landesjugendfeuerwehrverband und im Landesfeuerwehrverband umgehört, wie man dort die Dinge sieht. Bezüglich Ihres Vorschlages bin ich auf Ablehnung gestoßen. Und das sind die Fachleute, die täglich damit umgehen müssen. Diese Fachleute, beispielsweise vom Landesjugendfeuerwehrverband, sind der Meinung, ihnen nütze eine solche Stelle gar nichts. Was sie brauchen, damit sie Planmäßigkeit in die Ausbildung ihrer jungen Leute hineinbekommen, ist Stammpersonal, wie beispielsweise den Bildungsreferenten der Landesjugendfeuerwehr, der nun gefunden ist. Das setzt aber pädagogische und fachliche Kenntnisse voraus. Solches Personal braucht man auf Jahre, man kann es nicht alle paar Monate wechseln.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu, den Sie nicht ansprechen: Was passiert denn nach einem Jahr - Hessen ist darauf eingestellt -, wenn dieses Modellprojekt vorüber ist? Es wird eindeutig gesagt, auch in Hessen, dass es dann die Kommune tragen soll. Schauen Sie sich einmal die finanzielle Ausstattung unserer Kommunen an, schauen Sie sich die Diskussionen über den Kommunal-Kombi an, schauen Sie sich die Diskussionen über „Arbeit für Brandenburg“ an. Nehmen Sie zur Kenntnis, was die Kommunen meinen, was sie an dieser Stelle noch können oder nicht können. Eine FSJ-Stelle kostet sie - ich weiß, wovon ich rede, da ich selbst zwei habe und betreue - pro Monat 583,46 Euro. Die FSJler stehen in diesem einen Jahr an 70 Arbeitstagen überhaupt nicht zur Verfügung, denn sie haben zum einen Urlaub, zum anderen 25 Tage Zwangsausbildung und -bezogen auf die Feuerwehr - noch 10 Tage lang eine zusätzliche Ausbildung als Truppmann; ferner muss man noch mit 10 bis 15 Krankheitstagen rechnen. Das heißt, ich habe sie nur rund 180 Tage zur Verfügung.

(Petke [CDU]: Wollen Sie hier ein Plädoyer halten?)

Was wir in Brandenburg wollen - darüber reden wir beispielsweise morgen -, ist eine Planmäßigkeit in denjenigen Maßnahmen, die angesichts der demografischen Entwicklung notwendig werden. Wenn uns die Fachleute hier sagen, das helfe ihnen nicht und das betrachteten sie als zu kurzfristig, dann höre ich lieber auf die Fachleute als auf einen Antrag, der sicherlich gut gemeint ist, der aber in der Praxis abgelehnt wird. Lassen Sie uns besser morgen über eine Konzeption reden, wie wir angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft den Brand- und Katastrophenschutz absichern. Das, was Sie hier vorschlagen, ist nicht einmal ein Baustein dafür. Angesichts der Rückkopplung, die ich mit den Fachleuten, mit den Verbänden genommen habe, lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Goetz spricht für die FDP-Fraktion.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Im Land Brandenburg gibt es mehrere Orte namens Schönefeld. Das eine Schönefeld ist das große, das bedeutende mit dem Flughafen. Das andere Schönefeld ist das schönere Schönefeld; es liegt in der Nähe von Luckenwalde und ist ein kleiner Ort. Wie viele kleine Orte hat auch dieses Schönefeld bei Luckenwalde eine freiwillige Feuerwehr. Diese hat im vorigen Jahr, im Mai 2010, ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert. Man hat sich dort 1905/06 nach einem großen Brand zusammengefunden, um den Brandschutz in diesem Ort, in dieser Gemeinde, zu gewährleisten.

Wenn man dorthin fährt, so trifft man auf hervorragende materielle Voraussetzungen, was die Technik angeht, was die Räume angeht. Das größte Gebäude, der größte Versammlungsraum im Ort ist der der freiwilligen Feuerwehr. Und so findet sich der gesamte Ort dort zusammen, wenn es etwas zu feiern gibt. Wenn Sie in diese Räume hineingehen, finden Sie dort Vitrinen mit Pokalen - unendlich viele Pokale aus verschiedenen Wettbewerben der Feuerwehren, auch aus Landesmeisterschaften der Jugendfeuerwehren. Das Problem dabei ist, dass all diese Pokale ein gewisses Alter haben und neue Pokale nicht mehr dazukommen. Grund dafür ist, dass Jugendliche dort nicht mehr vorhanden sind, dass also der Nachwuchs dieser Feuerwehr fehlt. Das dörfliche Leben, das im Wesentlichen von der Feuerwehr gewährleistet wird, gerät mittelfristig in Gefahr, unterzugehen, wenn wir nicht gegensteuern.

Hierzu haben wir morgen ein Konzept der Landesregierung zu behandeln, heute allerdings zunächst einen Antrag der CDU-Fraktion, der durchaus geeignet sein kann, einen Beitrag zu leisten. Ich weiß nicht, ob ein freiwilliges soziales Jahr die Feuerwehr von Schönefeld bei Luckenwalde auf Dauer sichern würde - vermutlich eher nicht. Ich weiß nicht, ob das dort überhaupt möglich ist. Auch das ist an dieser Stelle offen.

Aber klar ist, dass es ein Tätigwerden auf vielen einzelnen Baustellen brauchen wird, um unsere freiwilligen Wehren auf Dauer am Leben zu halten, und dass es eben nicht die einzelne einzige große Maßnahme gibt, die das alles bringen kann. Aus diesem Grunde begrüßen wir als Fraktion der FDP den Antrag, der von der CDU gestellt worden ist.

Kollege Schippel - nun ist er nicht anwesend und vermag dies nicht zu hören -, es geht nicht darum, dass sofort ein freiwilliges Jahr eingeführt werden soll, es geht schlicht und einfach um einen Prüfauftrag. Die Landesregierung soll prüfen, ob ein freiwilliges soziales Jahr bei den Feuerwehren Sinn machen kann; mehr steht nicht dahinter. Schon die Prüfung zu verweigern ist ein Stück Ignoranz. Es tut einem dann leid für die Wehren im Land, die mit viel persönlichem Engagement versuchen, mit den verbleibenden Kräften den Brandschutz zu gewährleisten, denen Sie es aber auf diese Weise schwerer machen und die sie letztlich am Engagement der Landesregierung zweifeln lassen, wenn Sie so vorgehen und selbst die Prüfung verweigern, wie es denn besser werden kann. Das ist unverständlich. Ich gehe davon aus, dass Sie, wenn Sie in die Wehren gehen, auch dort auf Unverständnis stoßen, wenn Sie sich weigern, sich auch nur mit dem Thema zu befassen oder sich einzelne Baustellen einmal vorzunehmen, um zu prüfen, was uns weiterbringen kann.

Wir als FDP sehen das anders. Wir wissen, dass es ein Gesamtkonzept braucht - das übrigens morgen auch nicht als Gesamtkonzept so vorliegt, wie wir es uns wünschen würden - und dass jeder weitere Baustein, jede gute Idee dazu beitragen kann, letztlich langfristig den Brand- und Katastrophenschutz in Brandenburg zu sichern. Aus diesem Grunde stimmt die Fraktion der FDP dem Antrag der CDU-Fraktion zu, und ich bitte Sie, ein Gleiches zu tun. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP, CDU sowie GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Krause spricht für die Linksfraktion.

Krause (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hoffmann! Herr Goetz, ich kann eine Verweigerung an dieser Stelle überhaupt nicht erkennen. Wir beschäftigen uns ja hier ernsthaft mit diesem Thema, wir tauschen die Argumente dazu aus. Deswegen finde ich diesen Hinweis nicht wirklich zielführend. Wir alle sind uns einig, dass die freiwilligen sozialen Jahre auch in den unterschiedlichen Bereichen, in denen man sie hier im Lande absolvieren kann, eine gute Sache sind, um einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten, um sich selbst beruflich zu orientieren, um etwas für das Gemeinwesen zu leisten und sich ehrenamtlich zu engagieren.

In Ihrem Antrag begründen Sie die Prüfung dieses freiwilligen sozialen Jahres bei der Feuerwehr damit, dass es dort Nachwuchsprobleme gibt. Das ist uns allen bekannt. Wir alle finden das nicht gut und wissen, dass die Feuerwehren auf den unterschiedlichen Ebenen und in den unterschiedlichen Regionen auch an Konzepten arbeiten, um dieser Problematik zu begegnen. Allein glaube ich, dass das Argument, dass ein freiwilliges soziales Jahr der Nachwuchsförderung dient, nicht zieht, weil es dafür dann zu spät ist. Die Freiwilligen sind 19 bis Mitte der 20er Jahre alt, aber die Nachwuchsförderung beginnt heute schon bei den 10-Jährigen. Ich glaube, es ist auch richtig so, dass wir rechtzeitig anfangen, sie an die Maschinen heranzuführen, die Teamfähigkeit zu trainieren und ihnen die Verantwortung bewusst zu machen.

Das allein soll aber nicht der Grund für eine Ablehnung sein. Das wäre nicht hinreichend und auch nicht redlich. Wichtig

finde ich aber - Herr Schippel hat das gesagt, und das macht auch einen wesentlichen Unterschied in unserem Politikverständnis aus -, dass die Feuerwehren das gar nicht möchten. Das ist ein zentraler Punkt. Es liegen überhaupt keine Forderungspapiere vor, dass ein freiwilliges soziales Jahr bei der Feuerwehr gewünscht ist. Die Gespräche zeigen nicht, dass ein solcher Bedarf vorhanden wäre. Ganz im Gegenteil, man steht dem ablehnend gegenüber.

Mein Politikverständnis und das der Fraktion DIE LINKE - ich gehe davon aus, dass das bei der SPD ähnlich ist - lautet, dass wir als Gesetzgeber, wenn der Partner dieses Programm gar nicht durchführen möchte, ihm das nicht aufdrücken. Das ist überhaupt nicht möglich.

(Senfleben [CDU]: Gilt das auch für andere Bereiche?)

Der nächste Punkt ist: Wenn die Feuerwehren das selbst wollten, Herr Senfleben, könnten sie es tun. Wir haben eine ganze Reihe von Trägern im sozialen, im ökologischen und auch im kulturellen Bereich, die im Land Brandenburg ohne Förderung des Landes soziale Jahre anbieten und dies auch erfolgreich gestalten. Wir haben insgesamt - damit Sie, Herr Hoffmann, diese Zahlen haben, weil Sie vorhin von relativ wenig Plätzen gesprochen haben - 750 Plätze in verschiedenen freiwilligen sozialen Jahren im Land Brandenburg; allein 270 davon werden von der Landesregierung gefördert. Das zeigt, dass wir etwa 480 Einsatzstellen in den freiwilligen Diensten haben, die allein von den Trägern gestemmt werden, die auch nicht darauf gewartet haben, dass die Landesregierung sie unterstützt, sondern die eigene Wege finden.

Das heißt, wenn die Feuerwehr es wollte, könnte sie es bereits tun; allein, sie will es nicht. Wenn es die Feuerwehr wollte und Sie sagen, wir sollten das unterstützen, dann müsste man sagen, da das Geld für die Förderung begrenzt ist, an welcher anderen Stelle wir denn kürzen wollen: Wollen wir die Mittel bei der Denkmalpflege, bei den sozialen Diensten, bei der Kultur oder im ökologischen Bereich wegnehmen? Die Förderung muss ja irgendwoher kommen. Ich fände es schade, wenn wir an diesen Bereichen rütteln würden, auch vor dem Hintergrund, dass Sie vor wenigen Monaten einen Antrag für ein freiwilliges soziales Jahr in der Demokratie gestellt haben, den ich persönlich unterstützenswert finde. Aber auch dabei hatten wir die Problematik, das Projekt zu finanzieren. Es war gar nicht so sehr eine inhaltliche Debatte, sondern es ging darum, wie man das finanzieren könnte, ohne dass dies zulasten anderer Bereiche geht. Diese Frage stellt sich an dieser Stelle auch.

Ich finde, dass die beantragte Prüfung insofern schon überflüssig ist, Herr Goetz, als das Ergebnis an dieser Stelle ja bekannt ist. Wir tauschen die Argumente hier gerade aus. Die Feuerwehr will es nicht. Sie könnte es tun, wenn sie es wollte. Geld dafür steht beim Land nicht zur Verfügung. Ich weiß nicht, was wir jetzt noch prüfen und worüber wir berichten sollen. Wenn die Feuerwehr irgendwann zu der Entscheidung kommt, dass sie dieses Programm durchführen möchte, sind die Karten neu gemischt. Dann können wir uns gern darüber unterhalten, ob es Wege gibt, eine Unterstützung zu finden. Aber solange die Situation so ist, wie sie ist, macht es keinen Sinn, eine solche Prüfung anzustreben. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu meinem Redebeitrag komme: Herr Krause und Herr Schippel, wieso Sie sich zu 100 % einig sind, dass die gesamte Feuerwehr im Land Brandenburg diese Idee ablehnt, ist mir einfach schleierhaft.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie FDP)

Im Konzept zum Brand- und Katastrophenschutz, das wir morgen hier diskutieren werden, sind so kleinteilige Maßnahmen vorgeschlagen wie Frauenquote bei der Landesfeuerwehr - da wird sich die Begeisterung bei manchen in Grenzen halten - oder Steigerung des Migrantenanteils. Dass die Idee eines freiwilligen sozialen Jahres bei Ihnen so abgeblockt wird, finde ich sehr, sehr merkwürdig. Und wer soll das bezahlen? Es geht darum, dass die Aufrechterhaltung des Brand- und Katastrophenschutzes Landesaufgabe ist und dass sich das Land damit auch engagieren muss.

(Beifall GRÜNE/B90 und FDP)

Ich kehre jetzt zur üblichen Gelassenheit zurück und komme zu meinem Redebeitrag.

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Ja, bitte.

Krause (DIE LINKE):

Ich möchte Sie fragen, ob Sie die innerverbandliche Demokratie bei der Feuerwehr schätzen. Es sagt ja niemand, dass es nicht einzelne Kameraden bei der Feuerwehr gibt, die so ein Programm unterstützen würden. Aber die Mehrheitsmeinung trägt dies eben nicht. Es gibt von Verbandsseite bei der Jugendfeuerwehr und bei der Erwachsenenfeuerwehr nicht diesen Bedarf, nicht diese Forderung. Ganz im Gegenteil, es gibt eine Ablehnung dieses Programms. Abgesehen davon, wie Sie zu dieser verbandlichen Demokratie stehen, die ich nachfrage, war das ja auch nur ein Argument innerhalb der Argumentation zur Ablehnung.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Krause, innerverbandliche Demokratie ist mir immer ein sehr hohes Gut. Ich habe aber auch Beispiele gefunden, dass sogar der Landesjugendfeuerwehrverband in Brandenburg schon ein solches freiwilliges soziales Jahr ausgeschrieben hat. Ich kenne, wie gesagt, auch Stimmen, die sich durchaus positiv dazu äußern. Im Übrigen haben wir, glaube ich, keine Rundumbefragung bei allen Gliederungen durchgeführt. Neue, innovative Ideen müssen auch erst einmal Verbreitung

finden. Deshalb finde ich, dass das eine das andere nicht ausschließt.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Ein freiwilliges soziales Jahr ist nach Novellierung des FSJ-Gesetzes 2002 prinzipiell auch bei der Feuerwehr möglich. Es gibt schon vereinzelte Berichte aus vielen Bundesländern, und auch in Brandenburg hat die Landesjugendfeuerwehr bereits 2009 in Verbindung mit dem Landesjugendring als anerkanntem Träger ein FSJ ausgeschrieben.

In größerem Stil wird das FSJ seit 2010 in ganz Hessen angeboten. Nach einer zweijährigen Pilotphase im Raum Darmstadt, die durch das hessische Innen- und Sozialministerium auch speziell gefördert und begleitet wurde, wurde 2009 der Landesfeuerwehrverband Hessen als eigenständiger Träger des FSJ anerkannt. Rechtliche Grundlage ist das Bundesgesetz zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten in seiner Fassung vom 16. Mai 2008.

Die Erfahrungen aus Hessen sind außerordentlich positiv. Die Teilnehmer erhalten gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit eine Grundausbildung und erwerben die Jugendleitercard. Sie übernehmen technische und pädagogische Aufgaben, werden aber auch an den Einsätzen beteiligt. Es hat sich gezeigt, dass die Feuerwehren in der ganzen Bundesrepublik in zunehmendem Maße in das FSJ einsteigen, weil ihre Hoffnung, junge Menschen für die Feuerwehr zu interessieren, zu begeistern und an sie zu binden, ganz offensichtlich aufgeht.

Vor dem Hintergrund der großen Nachwuchsprobleme bei den freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg - wie sie auch im Konzept der Landesregierung „Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes im Land Brandenburg absichern“ dokumentiert und diskutiert werden - erscheint ein FSJ bei der Feuerwehr als eine extrem sinnvolle Maßnahme. Das FSJ bei der Feuerwehr und auch im Rettungsdienst gewinnt zusätzlich an Bedeutung, weil durch das Auslaufen von Wehr- und Ersatzdienst ähnlich gelagerte Fähigkeiten dort nicht mehr vermittelt werden.

Die Erfahrungen aus Hessen und aus anderen Bundesländern können ohne großen Aufwand genutzt werden, zumal ein FSJ bei der Jugendfeuerwehr ja schon gar kein Neuland mehr ist. Der sehr zurückhaltend formulierte Prüfauftrag könnte in meinen Augen ruhig weiter formuliert werden. Die Idee eines FSJ müsste nach meiner Ansicht unbedingt in den Gesamtmaßnahmenkatalog des Konzeptes aufgenommen werden.

Ein freiwilliges soziales Jahr bei der Feuerwehr könnte gerade feuerwehrfremde Jugendliche - also solche, die nicht schon Mitglied der Jugendfeuerwehr sind oder einen familiären Bezug haben - für die Arbeit bei der Feuerwehr neu interessieren. Damit besteht die Chance, sowohl hauptamtliche als auch freiwillige Kräfte für die Feuerwehr zu gewinnen und die Arbeit der Feuerwehr über die soziale und pädagogische Ausrichtung der FSJler in anderen Bereichen der Gesellschaft interessant zu machen. Diese jungen Menschen sind nämlich häufig Multiplikatoren, und auch das ist nicht unwichtig.

Für die Einrichtung entsprechender Stellen sind alle größeren freiwilligen Feuerwehren, die eine kontinuierliche Betreuung anbieten können, geeignet. Die vergleichsweise geringen Kosten

für Verpflegung, Versicherung und Aufwandsentschädigung dürfen sich in hohem Maße amortisieren, wenn dadurch ein Beitrag zur Einsatzfähigkeit unseres Brand- und Katastrophenschutzes auch über 2014 hinaus geleistet werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und des Abgeordneten Goetz [FDP])

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht unser Feuerwehrminister Rupprecht.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung - Herr Krause hat bereits darauf abgehoben - bezuschusst aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gegenwärtig knapp 240 Plätze in verschiedenen Freiwilligendiensten, unter anderem im FSJ. Darüber hinaus gibt es weitere 300 bis 400 Plätze, die die Träger ohne einen Landeszuschuss selbst finanzieren. So weit noch einmal zur Situation im Land.

In der Vergangenheit, meine Damen und Herren, gab es auch hier wiederholt Wünsche nach einem Ausbau der geförderten Plätze oder der möglichen Einsatzfelder im FSJ. Sie erinnern sich: Wir haben im März des vergangenen Jahres hier einen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion GRÜNE/B90 behandelt. Dort ging es um ein FSJ in der Politik. Wir konnten dieses Vorhaben ebenso wenig unterstützen wie andere Ideen zur Ausweitung des Freiwilligendienstes. Es fehlt einfach an den nötigen finanziellen Voraussetzungen.

Ihre Einschätzung zur Bedeutung der freiwilligen Feuerwehren teile ich wie jeder Bürger in diesem Land. Die Folgen der demografischen Entwicklung für unsere Wehren machen mir große Sorgen. Das will ich sagen, weil ich auch viel im ländlichen Raum unterwegs bin und sehe, dass dort neben den Sportvereinen häufig die Jugendfeuerwehren das einzige Angebot für Mädchen und Jungen bieten.

Zu Ihrem Antrag ist aber grundsätzlich zu sagen, dass das Jugendfreiwilligendienstgesetz, das das FSJ und auch das FÖJ regelt, das Einsatzfeld Jugendfeuerwehr nicht ausschließt. Darauf hat Herr Krause auch hingewiesen. Die Anerkennung als Träger des FSJ ist zum Beispiel für die Landesjugendfeuerwehr möglich. Somit ist rechtlich ein FSJ bei der Jugendfeuerwehr jederzeit möglich.

Schwierig wird es - darauf wurde von Herrn Schippel hingewiesen - in einem anderen Bereich. Das FSJ wird ganztätig als überwiegend praktische Hilfstätigkeit geleistet, und es wird pädagogisch begleitet. Diese pädagogische Begleitung umfasst vor allem die fachliche Anleitung in den Einsatzstellen, die individuelle Betreuung der Freiwilligen durch pädagogische Kräfte des Trägers und der Einsatzstelle. Damit wird die Möglichkeit eines FSJ bei der Feuerwehr auf Einsatzstellen beschränkt, in denen hauptamtliches Personal tätig ist. Demnach kämen in Brandenburg nur die fünf Berufsfeuerwehren und die acht Städte mit einer ständig besetzten Wache infrage.

Im Übrigen - das will ich an der Stelle auch noch sagen - unterstützt mein Haus die Landesjugendfeuerwehren bei ihren Be-

mühungen um die Nachwuchsgewinnung bereits durch die Förderung eines Jugendbildungsreferenten, der aus den Mitteln des Landesjugendplans gefördert wird. Insofern wäre auch an dieser Stelle das Andocken einer FSJ-Stelle möglich.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Erstens: Ein freiwilliges soziales Jahr im Rahmen der Feuerwehr ist auch heute schon nicht ausgeschlossen. Ich sehe aber zweitens zum gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch keine finanziellen Spielräume für zusätzliche Plätze im FSJ. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die CDU-Fraktion. Es spricht der Abgeordnete Petke.

Petke (CDU):*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 15 Monaten hat die CDU-Fraktion hier einen Antrag eingebracht, der Landtag möge beschließen, dass wir finanzielle Unterstützung für ein sehr vordringliches Problem im Bereich der freiwilligen Feuerwehr leisten, nämlich der Führerschein-Knappheit. Wir haben viel gehört, warum dies nicht möglich ist. Wir haben vom damaligen Innenminister viel gehört, wie er es denn lösen will. Der Innenminister ist in Pension - ob verdient oder unverdient -, das Problem besteht heute noch. Die Regierung hat nichts unternommen.

Die Diskussion im Landtag zeigt doch eines: Hier werden Anträge nicht abgelehnt, weil man vielleicht etwas fachlich Problematisches entdeckt hat, sondern hier werden die Anträge der Opposition abgelehnt, weil sie von der Opposition sind. Wer Nein sagt, hat Recht - das ist die Politik der rot-roten Mehrheit.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Kollege Krause, bevor Sie sich vielleicht setzen, darf ich Ihnen einmal etwas von der Internetseite der Landesjugendfeuerwehr zitieren. Auf dieser Seite gibt es eine Ausschreibung: Ab dem 1. September 2009 sucht man für ein freiwilliges soziales Jahr einen Bewerber. Dennoch stellen Sie sich vor 20 Minuten hier vorn hin und sagen: Diejenigen, die wir meinen, denen wir etwas Gutes tun wollen, die wollen das gar nicht. - Nein! Ich sage Ihnen: Diejenigen, denen wir etwas Gutes tun wollen - das müsste auch Ihr Interesse sein -, suchen sogar Bewerber für ein freiwilliges soziales Jahr.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Herr Petke, Herr Krause möchte sich nicht setzen, sondern eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie dies?

Petke (CDU):*

Bitte schön.

Krause (DIE LINKE):

Herr Petke, Sie haben gerade gesagt, dass Anträge in diesem Hause generell abgelehnt werden, sofern sie von der Opposi-

tion kommen. Deswegen würde ich Sie fragen wollen, ob Sie zur Kenntnis nehmen, dass etwa 30 % - wenn man sich das vergangene Jahr ansieht - der Anträge aus der Opposition entweder mit Fraktionen der Regierung gestellt worden sind bzw. auch ohne diesen Zusammenhang in Ausschüsse überwiesen oder angenommen worden sind, und ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass wir verschiedene Aspekte angeführt haben, warum dieser Antrag abgelehnt wurde, und nicht einfach nur gesagt haben: weil „CDU“ darüber steht.

Petke (CDU):*

Herr Kollege Krause, diese Zahlen stimmen schlicht nicht. Das, was ich zur Kenntnis genommen habe, ist, dass es hier sogar Widersprüchlichkeiten bei der Ablehnung dieses Antrages gegeben hat. Der Minister sagt das eine, der Kollege Schippel sagt, sogar die Fehlzeiten im freiwilligen sozialen Jahr würden generell gegen das FSJ sprechen,

(Görke [DIE LINKE]: Da kann man mal sehen, was wir für eine Koalition sind!)

und Sie sagen: Die Feuerwehr will das doch gar nicht - die gleiche Feuerwehr, die im Internet einen Bewerber sucht.

(Beifall CDU)

Das kann doch nicht Logik sein; das ist maximal rot-roter Logik.

(Görke [DIE LINKE]: Sie sind die Feuerwehr! Der Oberlöschmeister!)

Um dem Ganzen noch eines draufzusetzen, darf ich Ihnen aus dem Papier des Landesfeuerwehrverbandes Hessen zitieren, was die dort suchen:

(Görke [DIE LINKE]: Das, was ihr abgeschrieben habt!)

„Die Aufgaben des FSJler sind zum Beispiel die Brand-schutzerziehung, die Brandschutzaufklärung, die Unterstützung bei der Jugendfeuerwehr.“

Morgen werden wir über das Konzept der Landesregierung zur Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes diskutieren. Dort finden wir, dass - auch nach dem Programm „Arbeit für Brandenburg“ -, es nicht um Jugendliche geht, sondern um Menschen, die mindestens 36 Monate arbeitslos waren und älter als 50 Jahre sind, die in die Feuerwehr gehen sollen. Nun stellen Sie sich einmal vor, was diese dort machen sollen. Auf Seite 46 heißt es: Sie sollen bei der Brandschutzerziehung unterstützen, sie sollen bei der Jugendfeuerwehr unterstützen.

Wie kann es denn sein, dass lediglich die Opposition hier einen Prüfauftrag will? - Die Landesregierung sollte einmal nach Hessen schauen und nachfragen: Welche Erfolge habt ihr denn da zu verzeichnen? Welche Erfahrungen habt ihr da gesammelt? Können wir möglicherweise etwas für Brandenburg übernehmen? - Da heißt es aber: Das brauchen wir nicht. Das wollen ja nicht mal diejenigen, die es betrifft. - Und dann gehen Sie bei dem Programm „Arbeit für Brandenburg“ genau den gleichen Weg. Darin steht es identisch so wie im Papier des Landesfeuerwehrverbandes in Hessen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Opposition Sie von der Regierungskoalition noch um eines bitten dürften: Sie können ablehnen, Sie können zustimmen, wie Sie wollen. Wir sind nur unserem Gewissen verpflichtet, so heißt es in der Verfassung. Aber es sollte nicht platt sein. Sie sollten sich wenigstens damit auseinandersetzen, was die Oppositionsfractionen vorschlagen. Sie sollten sich wenigstens damit auseinandersetzen, was die Kolleginnen und Kollegen, die die Anträge hier erklären, inhaltlich zu sagen haben. Wer das nach 15 Monaten schon nicht mehr tut, der lässt eins spüren, und das ist die Arroganz der Macht.

(Beifall CDU - Zurufe von SPD und DIE LINKE)

Wohin das führt, Frau Kollegin Kaiser, das hat gerade Ihre Partei ganz schmerzlich erfahren. - Vielen Dank.

(Beifall CDU - Zurufe von SPD und DIE LINKE - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Mit der Arroganz der Macht haben Sie ja Erfahrungen, Herr Petke!)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt. Es steht zur Abstimmung der Antrag in Drucksache 5/2662 der CDU-Fraktion. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? -

(Burkardt [CDU]: Unglaublich! Schon wieder gegen die Feuerwehr!)

Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Flächen für ortsansässige Landwirte sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/2665
(Neudruck)

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 5/2695, vor. - Die Debatte eröffnet der Abgeordnete Folgart für die SPD-Fraktion.

Folgart (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mitte des Jahres 2009 gab es einen Verkaufsstopp, durch die BVVG initiiert, damals auch im Zusammenhang mit der Wahlkampfsituation auf Bundesebene, und es wurde darüber nachgedacht, welche neue Privatisierungskonzeption für die Restflächen des ehemaligen volkswirtschaftlichen Landesvermögens in den fünf neuen Bundesländern angegangen werden sollte. In der Zeit hat auch die von uns heute in dem Antrag zu besprechende 650-ha-Grenze schon eine Rolle gespielt. Sie wissen, die neue Privatisierungskonzeption mit dem vorgeschalteten Verkaufsstopp ist Anfang 2010 in Kraft getreten und hat die Obergrenze von 450 ha enthalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Antrag der Koalition taugt aus meiner Sicht wirklich nicht dazu, von Klientelpolitik - das wird mir ja auch manchmal unterstellt - für große Agrarunternehmen zu sprechen. Es geht in diesem Antrag vielmehr darum, sich erfolgreich entwickelnde landwirtschaftliche Betriebe aller - das sage ich noch einmal: aller - Eigentumsformen und -strukturen nicht zu gefährden und Druck-situationen, die sich aus den in den Jahren 2011 und 2012 in großem Umfang auslaufenden Pachtverträgen der BVVG ergeben, abzufedern - das vor allen Dingen bei den Betrieben, die zurzeit über BVVG-Pachtflächenanteile verfügen, die nach der neuen Privatisierungskonzeption von 2010 jenseits dieser Obergrenze von 450 ha liegen. Es geht in diesem Antrag der Koalition also auch darum, Wertschöpfung im ländlichen Raum zu erhalten und die dortigen Arbeitsplätze nicht unnötigerweise zu gefährden.

Ich will das auch begründen, meine Damen und Herren.

Ein Blick in den Agrarbericht des Jahres 2010 zeigt die Beschäftigungssituation in der Landwirtschaft in Brandenburg deutlich auf. Von den 38 568 Beschäftigten in der Landwirtschaft sind lediglich 8 359 Familienarbeitskräfte, inklusive des Betriebsinhabers, von denen 2 229 vollbeschäftigt sind. Die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte liegt laut diesem Bericht bei 30 209. Die Zahl der familienfremden Arbeitskräfte, die vollständig - ich sage besser: ganzzählig - beschäftigt sind, liegt bei insgesamt 13 512 und die der nicht ständig Beschäftigten bei 12 837, Saisonarbeitskräfte und sonstige.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, machen, glaube ich, deutlich, wie bedeutend auch größere landwirtschaftliche Unternehmen in ihrer Arbeitgeberfunktion im ländlichen Raum sind. Das sind nicht nur Genossenschaften, Kapitalgesellschaften oder GbRs, dazu zählen auch klassische Familienbetriebe.

Als Abgeordnete im ländlichen Raum, die Sie auch Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern in den Dörfern haben, wissen Sie ganz genau, dass in vielen Dörfern der Agrarbetrieb, egal welcher „Aufstellung“, der größte Arbeitgeber ist.

Ganz wichtig ist, glaube ich, noch einmal die Überlegung hervorzuheben, die unserem Antrag auch innewohnt, dass durch ein Handeln der BVVG im Sinne der Antragsteller weder die Privatisierungsziele des Jahres 2011 im Allgemeinen noch die Alteigentümeransprüche, die jetzt gerade nach der novellierten Flächenerwerbsänderung - Novelliertes Flächenerwerbsänderungsgesetz heißt es genau - im Konkreten gefährdet wären. Die Koalition erkennt ausdrücklich die Prinzipien dieser neuen Privatisierungskonzeption des Jahres 2009/2010 an, auch wenn die Preisfindung - ein Thema für sich - über die Ausschreibung auch noch einmal ein Grund wäre, sich damit parlamentarisch zu befassen. Das will ich aber heute gar nicht.

Wir haben in diesem Antrag auch berücksichtigt, um wie viele Betriebe und um welche Regionen in Brandenburg es geht. Es geht nicht um Gesamtbrandenburg; auch das will ich an dieser Stelle hervorheben. Die Betriebe, um die es geht, die diesem Antrag, glaube ich, etwas Positives abgewinnen könnten, befinden sich in den Landkreisen Uckermark, Ostprignitz-Ruppin und teilweise auch im Havelland. Ich kann auch ganz klar sagen, dass es sich von der Gesamtzahl her um rund 80 Betriebe handelt. Deshalb kann man auch ausrechnen, um welche Größenordnung an Flächenbezug es geht, über den wir hier heute reden, wenn wir von 450 auf 650 ha gehen. Es handelt sich also

maximal um 15 000 ha, vielleicht um 16 000 ha, vielleicht auch - lassen Sie uns das hochrechnen - um 18 000 ha, die für die Weiternutzung im Rahmen der Betriebskonzeption bei den jetzigen Nutzern möglich wären.

Ich mache mir oftmals über Folgendes Gedanken: Es gibt einen Nutzer, dessen Pachtvertrag ausläuft. Er steht vor der Frage, sich jetzt am Ausschreibungsmarkt zu beteiligen, und er hat nicht die Gewissheit, diese Flächen dann zu erhalten. Wenn er diese Ungewissheit hat, dann gibt es natürlich auch Ungewissheit in Bezug auf die Betriebskonzeption und Ungewissheit in Bezug auf die Sicherheit, seine Tierbestände zu versorgen, Weiterbeschäftigung zu generieren oder zu erhalten. Insofern ist es sinnvoll, darüber nachzudenken.

Aus dem Pool der noch zur Privatisierung anstehenden Flächen in Brandenburg, rund 120 000 ha, ist keine Gefährdung dessen gegeben, was ich gerade gesagt habe. Es ist also nicht zu befürchten, dass die BVVG nicht ihr Ziel erreichen kann und dass die Alteigentümer, die über das neue Flächenerwerbsänderungsgesetz jetzt einen Anspruch haben, daraus nicht bedient werden können. - So weit erst einmal.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Dombrowski spricht für die CDU-Fraktion.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es liegen ein Antrag der Regierungsfractionen und ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion vor. Zu beiden möchte ich gleichzeitig etwas sagen.

Die große Überschrift über alles, was Landwirtschaft in den 16 Bundesländern betrifft - auch bei uns -, ist eigentlich: Welches Leitbild haben wir für die Entwicklung im ländlichen Raum und für die Landwirtschaft? Genau unter diesem Thema „Leitbild für die Landwirtschaft in Deutschland“ wird auch der nächste Deutsche Bauerntag Ende Juni in Koblenz stehen. Da wird genau diese Frage, die wir hier gerade diskutieren, eine ganz wesentliche Rolle spielen.

Der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Born, hat kürzlich veröffentlicht, sozusagen in Diskussionsvorbereitung auf den Bauerntag, er sehe ernsthafte Anzeichen, dass eine von Bauern getragene Landwirtschaft immer weiter unter Druck gerate, wenn branchenfremde Investoren die Landwirtschaft als Renditeobjekte nutzen. Er verweist auf warnende Beispiele in Amerika und Lateinamerika, und er formuliert schon einmal im Vorgriff, was er meint, wie die Landwirte in Deutschland sich verständigen werden, was wohl Ende Juni dort als Leitbild entschieden wird, dass wir eine Landwirtschaft wollen, in der die Betriebe von Bauern vor Ort getragen werden und nicht durch landwirtschaftsfremde Kapitalgesellschaften.

Jetzt werden Sie fragen: Was hat das eigentlich mit dem heutigen Antrag zu tun? Der Kollege Folgart - wir waren vorhin schon beim RBB - hat im Vorfeld auf dem Flur gesagt: Das Leben findet im Leben statt. Das ist ja auch richtig. Von daher sind wir in Brandenburg im negativen Sinne, wie ich jedenfalls meine, längst weiter, weil die Erhöhung auf 650 ha, die Rot-Rot

vorschlägt, sozusagen im Zuge des Direktkaufs von Pachtflächen von Betrieben, die darauf wirtschaften, kein Schutz vor fremden Kapitalgebern und landwirtschaftsfremden Investoren ist, denn wir haben in Brandenburg in verschiedenen Betrieben längst Kapitalgeber, die mit dem Anspruch auf 450 ha Agrarflächen erwerben. Mit Ihrem Antrag suggerieren Sie, dass bestehende Strukturen gefestigt werden sollen, und verkennen damit die Situation: Das Leben findet im Leben statt. Schauen Sie nach Sachsen-Anhalt. Das Land hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht - andere Länder haben dies auch getan -, den Direkterwerb auf 100 ha pro Landwirt zu begrenzen und dies an die Auflage gekoppelt, dass die Betriebe eine ordentliche Privatisierung nachweisen müssen. Darüber reden wir ja schon gar nicht mehr, ich will auch niemanden verdächtigen. Ich darf Sie nur bitten, das Leitbild dabei nicht aus den Augen zu verlieren. Der Einkauf landwirtschaftsfremder Investoren in Unternehmen ist völlig legal, das ist eine unternehmerische Entscheidung, doch muss nicht alles, was legal ist, zwangsläufig vernünftig sein. Um ein Beispiel zu nennen, das Ihnen vielleicht näher liegt, sage ich einmal Folgendes: Die von der Bundesregierung getroffene Umsatzsteuerregelung bezüglich Hotelübernachtungen ist nicht vernünftig. Es ist legal, wenn so verfahren wird, aber im Rahmen eines Leitbildes wollen wir versuchen sicherzustellen - da besteht ja zumindest in der Diskussion Einigkeit -, dass die hier lebenden Landwirte die Eigentümer der von ihnen zu bewirtschaftenden Flächen sind. Das ist wichtig.

Meine Damen und Herren, wir von der CDU wollen keine Heidi-Landwirtschaft, wie wir sie aus dem sonntäglichen Kinderprogramm kennen. Die Durchschnittsgröße der bundesdeutschen Landwirtschaftsbetriebe beträgt 50 ha. Die Durchschnittsgröße der Agrarbetriebe aller Eigentumsformen in Brandenburg liegt bei 330 ha, sie ist also weit überdurchschnittlich groß. 88 % der Betriebe in Brandenburg - das geht aus dem Agrarbericht hervor; der Kollege Folgart hat es angesprochen - haben eine Größe von weniger als 500 ha.

Lassen Sie mich auf einen Punkt hinweisen. Uns alle eint, dass wir im ländlichen Bereich Beschäftigung sichern wollen. Von daher muss man sich den Agrarbericht anschauen und fragen, wer in der Landwirtschaft denn Beschäftigung sichert. Das sind die natürlichen Personen und Personengesellschaften. Es gibt Vergleichszahlen. Bei den natürlichen Personen und Personengesellschaften kommen auf 100 ha Landwirtschaftsfläche 4,1 Arbeitskräfte, bei den Großagrarbetrieben kommen auf 100 ha 2 Arbeitskräfte. Selbstverständlich kann man auf großen Flächen rationeller wirtschaften; das ist klar. Doch wenn Beschäftigung im ländlichen Raum eine Rolle spielen soll, dann ist es fragwürdig, wenn man die Großen immer größer macht und ihnen dadurch Wettbewerbsvorteile einräumt und durch diese Politik einen aktiven Beitrag dazu leistet, Beschäftigung in der Landwirtschaft abzubauen.

(Beifall CDU und beim Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90])

Das wollen wir als CDU nicht. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Luthardt spricht für die Linksfraktion.

Dr. Luthardt (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich sagen, dass ich froh bin, dass wir seit Längerem in diesem Hohen Haus das Thema Landwirtschaft auf der Tagesordnung haben - wenn auch zu fortgeschrittener Stunde und nach den Themen Bahn und Feuerwehr. Das Thema, das wir heute besprechen, ist sehr wichtig. Es geht um den Boden der Landwirte. Er ist das wichtigste Produktionsmittel der Bäuerinnen und Bauern auf dem Land.

Weltweit vollzieht sich im Augenblick eine Landnahme durch Kapitalgesellschaften, durch Fonds und Industrieunternehmen. Besonders landwirtschaftliche Flächen sind begehrt, dienen sie doch nach der Finanzkrise als eine sichere Anlage. Sie sind krisenfest und gehen in die Zukunft. Da hat man was. Damit gelangen Flächen, die eigentlich der Nahrungsmittelproduktion dienen, immer mehr in die Hände von Leuten, die darauf Mais zum Zwecke der Biogasgewinnung usw. anbauen. Man darf nicht vergessen, dass damit langfristig traditionell gewachsene ländliche Strukturen auf der Strecke bleiben.

Wer glaubt, dass dies alles nur in fernen Ländern stattfindet, der irrt. Auch im Osten gibt es noch etwas zu holen. Allein in Brandenburg - das wurde schon gesagt - sind es über 120 000 ha, die noch der bundeseigenen BVVG gehören und die der Privatisierung harren. Darüber reden wir ja auch heute hier. Ich kann Ihnen aus meinem Wahlkreis Beispiele für die Landnahme nennen; das ist also nicht weit hergeholt. Zum Beispiel kauft ein Ramschhändler wie Thomas Philipps massiv Flächen auf. Der weltweite Flächenhunger hat natürlich auch hier in Brandenburg die Preise nach oben getrieben. So waren im Jahr 2008 für einen Hektar durchschnittlich noch 5 100 Euro zu zahlen, derzeit sind es 7 300 Euro. Der Geschäftsführer der BVVG hat am letzten Wochenende freudestrahlend verkündet, dass der Preis im Jahr 2010 um 27 % gestiegen ist.

Der Folge ist - das wurde schon gesagt -, dass die seit längerer Zeit heimischen landwirtschaftlichen Unternehmen bei diesem Preisauftrieb auf der Strecke bleiben. Davon betroffen sind große und kleine landwirtschaftliche Unternehmen.

Ein Wort zu der von der Opposition angefachten Diskussion: kleinere Betriebe versus große Betriebe. Ich finde, das ist eine unsägliche Diskussion. Es geht ja sogar so weit, dass man sagt, dass ab 2014 die Beihilfen für die großen Unternehmen gesenkt werden sollen. Ich sage: Wir tun uns in Brandenburg nichts Gutes, wenn wir solche Diskussionen anzetteln. Wir schwächen damit die Landwirtschaft in unserem Land.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt durchaus Beispiele von „Selbsthilfegruppen“ - so will ich sie einmal bezeichnen - und Initiativen, die sich selbst um ihre Flächen kümmern. Auch das ist natürlich ein Weg. In der Uckermark, dem größten europäischen Bioanbaugebiet, hat sich im vergangenen Jahr der Biofonds Schorfheide gegründet. Die GLS Bank hat investiert, und auch anderes Kapital ist geflossen. Es wurden 2 500 ha Fläche aufgekauft und zwölf landwirtschaftlichen Betrieben zur Pacht angeboten. Ich denke, das ist ein wichtiger Weg.

Wenn wir über landwirtschaftliche Flächen reden, so gehören unter anderem auch die Obstbauern dazu. In Werder befinden

sich große Obstanbauflächen im Eigentum der BVVG, und auch da ist die Angst groß, wie es weitergeht.

Ich sage noch einmal deutlich: Wir wollen in dieser Frage die Vielfalt der Eigentumsformen. Wir wollen auch keine Maisacker bis zum Horizont, denn sie zerstören unser zartes Pflänzchen Tourismus auf dem Lande, das wir hätscheln und pflegen. Ich denke, dass gerade in dieser Frage die Politik gefordert ist, eine Aussage zu treffen. Auch auf den Bund - die BVVG ist ja eine 100%ige Tochter des Bundes - müssen wir Einfluss nehmen. Ich bin der Meinung, dass wir mit unserem Antrag den ersten Schritt in die richtige Richtung bzw. das Mögliche und Machbare getan haben. Ich bin mir durchaus darüber im Klaren, dass wir generell an der Privatisierungspraxis der BVVG etwas ändern müssen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Luthardt. - Wir setzen mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Der Abgeordnete Beyer hat das Wort.

Beyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum zweiten Mal am heutigen Tage erfüllt mich ein Thema mit etwas Verwunderung. In der Tat wäre es wichtig, richtig und extrem lohnenswert, wenn wir hier im Hohen Hause die großen Fragen der brandenburgischen Landwirtschaftspolitik, insbesondere die großen Leitlinien - es war von Leitbild die Rede -, diskutierten. Ich glaube, da wären wir wirklich gut beraten, und das würde ich vom Grundsatz her unterstützen.

Wenn wir ehrlich sind und uns die heutige Debatte und das heutige Thema anschauen, kommen wir nicht umhin zu sagen: letzten Endes eigentlich ein Randthema im Gesamtkontext der Agrarpolitik.

(Günther [SPD]: Inhalt!)

- Ja, ich gehe darauf ein, keine Angst. Was beinhaltet der Antrag? Tendenziell - wobei ich ausdrücklich sage: tendenziell - beinhaltet der Antrag der Regierungsfractionen eine Bevorzugung der Großbetriebe. Da kann man sich sicherlich darüber unterhalten, ob das sinnvoll ist. Man kann sich sicherlich auch darüber unterhalten, inwieweit die Agrarbetriebe heute mit der notwendigen und sinnvollen Kapitalstruktur ausgestattet sind. Kollege Luthardt, das Wort „Landnahme“ entspricht nicht so ganz meinem Vokabular, aber die Frage nach der Kapitalstruktur finde ich durchaus interessant. Diese Frage sollten wir grundsätzlich im Kontext der Agrardebatte aufgreifen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das Gegenteil, das ja sehr gern propagiert wird - der Traum von der kleinteiligen Zehn-Hektar-Landwirtschaft; ich übertreibe einmal ein bisschen -, gibt es in Brandenburg weitestgehend, glaube ich, nicht in der Form. Aber es ist das Leitbild, das auf der anderen Seite steht, ist ein Leitbild des vorvergangenen Jahrhunderts, damit kommen wir nicht weiter.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion, dem ich grundsätzlich auch einige positive Aspekte abgewinnen kann, macht das Problem auch deutlich. Beim ersten Punkt Zustimmung - keine Frage, die Absicht, die Wettbewerbsfähigkeit der ortsansässigen Landwirte zu stärken, glaube ich, unterschreibt hier jede Fraktion. Aber schon beim zweiten Punkt wird es problematisch: Verpachtung und Verkauf an in der Region ansässige Landwirte. Was ist ein „in der Region ansässiger Landwirt“? Auch eine GmbH als Betrieb ist im landwirtschaftlichen Bereich immer in der Region ansässig. Hier kommen wir mindestens in Definitionsprobleme.

Die nächste Aussage - Punkt drei -, auch ein schönes Beispiel, dass die Debatte hochkompliziert ist, lautet: „nach Möglichkeit“ - wohlgemerkt: schon eingeschränkt - „eine Größe von zehn Hektar nicht überschreiten“. Was machen wir denn mit den Schlägen, die oft ein Flurstück und über 30, 40 ha groß sind? Da beginnen die Probleme schon; es ist leider nicht so einfach. Und die Beschränkung in Punkt 4 auf 100 ha hat für mich - man möge es mir nachsehen - ein bisschen die Anmutung eines türkischen Basars. 450 ha steht im Gesetz. Die beiden Regierungsfractionen wollen mehr, die andere Seite will weniger. Warum 100, warum nicht 150, warum nicht 200? Ich glaube, in der Gesamtanalyse sind die 450 ha, wenn man die Betriebsgrößen und die Betriebsstrukturen in Brandenburg ungefähr im Hinterkopf hat, ein ganz guter Kompromiss.

Wichtiger als diese Frage - da bin ich wieder ganz nah bei Kollegen Luthardt, das sage ich ausdrücklich - wäre: Anstatt diese ewige Frage von Groß und Klein, die sowieso keine Zukunftsdiskussion ist, immer wieder aufzumachen, sind hier wirklich essenzielle Fragen der Landwirtschaftspolitik gefragt. Die EU-Agrarpolitik, die Reform, erste, zweite Säule, das sind Themen. Wie erhöhen wir die regionale Wertschöpfung?, ist eine ganz wesentliche Frage. Wie sichern wir die Produktionsgrundlagen? - Wir werden nachher noch über das Oderbruch sprechen. - Ganz interessant. Mit welchen naturschutzfachlichen Auflagen müssen die Betriebe kämpfen? - All das sind lohnenswerte Fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und ich würde mir wünschen, dass wir uns in Zukunft mit diesen Dingen in der Landwirtschaftsdebatte, in der Agrardebatte beschäftigen. Das wäre lohnenswert. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beyer. - Wir setzen die Aussprache mit der Fraktion GRÜNE/B90 fort. Die Abgeordnete Niels hat das Wort.

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei dem vorliegenden Antrag darum, dass wir verschiedene Forderungen an den Bund stellen. Wir schließen uns dem Antrag der CDU an. Die SPD und DIE LINKE haben eine andere Forderung aufgemacht, um die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft, die BVVG, vom Bund beauftragen zu lassen, ihre Privatisierungsrichtlinienpraxis zu verändern.

Jetzt ging es mehrfach um kleine und große Betriebe. Gregor Beyer, so habe ich das überhaupt nicht verstanden, dass es da eine Diskussion gibt.

(Dr. Luthardt [DIE LINKE]: Natürlich!)

Wenn ich sage, dass bei den Pachtverträgen Flächen bis maximal 450 Hektar im Direkterwerb gekauft werden können, heißt das bei den jetzigen Agrarflächen, um die es geht, ja nicht, dass ich, wenn ich dem Antrag der SPD nicht zustimme, grundsätzlich kleine Betriebe bevorzuge.

Alle Pachtverträge, die jetzt noch abgeschlossen werden, können ja auch mit Landwirten abgeschlossen werden, die schon Fläche haben und gern noch einen Pachtvertrag mit der BVVG abschließen oder, wenn die Flächen ausgeschrieben werden, neue Flächen erwerben wollen. Da reden wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überhaupt nicht über die Größe des Betriebes, auch beim Ökolandbau nicht. Da werde ich jetzt überhaupt nichts zur Betriebsgröße sagen, sondern mir geht es darum, dass in dem Antrag der SPD diejenigen in noch höherem Maße bevorzugt werden sollen, die jetzt schon Pachtverträge laufen haben. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben schon vor einem Jahr in der Bundestagsfraktion gefordert, dass die gesamten Verkäufe endlich gestoppt werden, weil wir das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz haben, was den Alteigentümern rechtlich ermöglicht, vom Vorverkaufsrecht - 30 ha pro Person - Gebrauch zu machen. Herr Folgart hat schon gesagt, dass das in vollem Maße anerkannt ist.

(Folgart [SPD]: Das ist dadurch nicht gefährdet!)

- Das ist insofern gefährdet, Herr Folgart, als die Flächen auch da sein müssen. Wenn alle Anspruchsberechtigten davon Gebrauch machen und Flächen erwerben wollen, brauchen wir auch entsprechend viele Flächen. Das ist auch ein Dilemma, das unseres Erachtens in dem Antrag steckt.

Herr Luthardt hat ein Beispiel von der GLS Bank gebracht, das ich sehr sympathisch finde. Ich kenne einige Projekte, nicht nur im landwirtschaftlichen, sondern auch im forstwirtschaftlichen Bereich, bei denen die Beteiligungen unterschiedlich aussehen und die GLS Bank gern auch vor Ort Land- und Forstwirte unterstützt. Genau diese Vielfalt von Eigentümern ist doch das, was wir haben wollen und was eher dem CDU-Antrag und nicht dem SPD-Antrag entspricht. Da habe ich nicht ganz verstanden, warum das eine Pro-Rede für den Antrag war und andererseits dieses Fallbeispiel gebracht wurde.

Als zweiten Punkt: Natürlich müssen nach den Alteigentümern auf jeden Fall die Pächter bedacht werden. Da mag es sein, dass 100 Hektar im Direktverkauf ausreichend sind, meinetwegen auch andere Größen - 450 sind es im Moment -, aber auf keinen Fall wollen wir, dass diese Zahl erhöht wird, denn man muss immer bedenken, dass es Landwirte gibt, die in den letzten Jahren überhaupt noch keinen Zugriff auf BVVG-Flächen hatten und ein Interesse daran haben. Insofern unterstützen wir den Antrag der SPD und der Linken nicht.

Im letzten Schritt, wenn also Alteigentümer und Pächter bedacht sind, sind die restlichen Flächen natürlich auszuschreiben. Wir sind als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch auf der Bundesebene dafür, von 50 ha Losgröße auf vielleicht 25 ha,

meinetwegen auch 10 ha Größe herunterzugehen; da sind wir nicht so voller Leidenschaft.

Für uns ist wichtig, noch eines zu sagen: dass die benannte Gefahr, dass viele Betriebe zum Beispiel auf die Monokultur Mais setzen und in Biogasanlagen investieren, nicht unbedingt damit gebannt ist, dass Landwirtschaftsbetriebe jetzt noch größere Flächen haben und die Landwirte in der Region leben. Es kann genauso gut sein, dass sie sich da animiert fühlen und Monokulturen anpflanzen und gern Biogasanlagen unterstützen. Da gibt es unserer Meinung nach keinen direkten Zusammenhang, auch wenn es Negativbeispiele von externen Holdings, Aktiengesellschaften, GmbHs gibt. Im Moment gibt es in Brandenburg - ich habe mir das angesehen - keine große Änderung, was die Vielfalt von Besitz angeht. Von 2006 bis 2009 hat sich die Struktur der Eigentümer nicht verändert. - Danke schön.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Niels. Das war eine Punktlandung. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Vogelsänger, bitte.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, wir sind gut beraten, die grundlegenden Dinge der Landwirtschaft, der Zukunft des ländlichen Raums noch breiter zu diskutieren. Ich habe heute ein Papier der CDU-Landtagsfraktion bekommen. Das werde ich sehr genau studieren; es gibt dort nicht nur Differenzen, sondern auch Übereinstimmungen. Ich will die Agrarpolitik ab 2014 nennen, dass das Zwei-Säulen-Modell beibehalten wird. Die Kofinanzierung der ersten Säule ist angesichts der Rahmenbedingungen des Landes - das wissen wir auch - nicht möglich. Ich unterstelle dabei niemandem etwas Schlechtes, weil ich glaube: Alle haben das Ziel, weiterhin für eine flächendeckende Landwirtschaft in Brandenburg zu sorgen, und das muss auch unser Ziel sein.

Ich möchte mich für den Antrag der Koalition aussprechen, und zwar auch deshalb, weil ich es als Verhandlungsauftrag sehe.

(Unruhe bei der CDU)

Es ist ein Verhandlungsauftrag, und es ermöglicht den ortsansässigen Landwirtschaftsunternehmen, 200 ha mehr Flächen für die eigene Produktion zu sichern.

Der Umfang der Flächen, die von der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft ausgeschrieben werden, werden sich damit verringern. Bei diesen Ausschreibungen werden zumeist Preise erreicht, die von vielen Unternehmen nicht mehr getragen werden können. Auch landwirtschaftsfremde Personen und auch andere Interessenlagen drängen auf den Markt. Es gibt aber auch große Konflikte im Bereich der erneuerbaren Energien. Auch hier gibt es einen großen Flächenverbrauch. Das stellt ebenfalls einen Konflikt mit der Landwirtschaft dar.

Herr Beyer, ich komme jetzt zu der Frage, ob es sich bei dem vorliegenden Thema um ein Randthema handelt. Das ist schwie-

rig. Das hängt nämlich von der Region ab. Das sieht in der Uckermark ganz anders aus als in anderen Regionen. Das hängt mit dem Flächenanteil der BVVG zusammen. Es geht auch um die Betriebsstrukturen. Deshalb ist das ein ganz schwieriges Thema.

Die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern - Brandenburg, mein Haus, hat sich da immer sehr engagiert eingebracht - haben zu Veränderungen der Privatisierungskonzeption geführt, und zwar im Februar 2010. Ich kann mich an die Debatte hier im Landtag erinnern. Da gab es eine größere Übereinstimmung als heute. Das gilt zumindest in Bezug auf die Größe der Flächen. Das halte ich für sehr grundlegend.

Bestehende Pachtverträge können auf Wunsch des Pächters im Umfang seiner noch bestehenden Direkterwerbsberechtigung - bis maximal 450 Hektar - um bis zu vier Jahre verlängert werden. Das war das Ergebnis. Jetzt geht es um weitere Verhandlungen.

Wenn der Pächter auf seinen Direkterwerbsanspruch verzichtet und er im Umfang seiner noch bestehenden Direkterwerbsberechtigung einen neuen Pachtvertrag erhält, so kann man darüber diskutieren. In der letzten Woche hatten wir dazu eine Evaluierungsdebatte im Bundesfinanzministerium. Da konnte man sehen, wie schwierig das alles ist. Da ging es um die Klärung von Einzelfragen. Es ging zum Beispiel um Schäfer und andere besondere Berufsgruppen.

Das ist - ich wiederhole mich - ein ganz schwieriges Thema. Es ist nicht nur mit der reinen Hektar-Zahl zu greifen. Vielmehr muss man sich die Betriebsstrukturen angucken. Man muss auch sehen, wie das in der Region umsetzbar ist.

Ich nehme diesen Verhandlungsauftrag an. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Das betrifft sowohl kleine als auch große Betriebe - genau das ist die Schwierigkeit - im ländlichen Raum. Menschen brauchen eine Perspektive. Das gilt gerade in eher strukturschwachen Regionen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Vogelsänger. - Das Wort erhält noch einmal die SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Folgart hat das Wort.

Folgart (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich darüber, dass wir hier eine sehr sachliche Diskussion in Bezug auf dieses sehr schwierige und wichtige Thema in diesem Hause führen.

Herr Dombrowski, im Landesbauernverband gab es - ich war leider krankheitsbedingt nicht dabei - eine Verständigung in Bezug auf Ihre Konzeption einer Landwirtschaft in der Zukunft. Das ist sehr wohlwollend aufgenommen worden. Eine Orientierung für die Zukunft unter Berücksichtigung der anstehenden Diskussion - insbesondere, wie es nach 2014 weitergehen soll - ist wichtig. Das haben wir auch in der Presseerklärung im Bauernverband so herausgegeben. Es gab lediglich einen Kri-

tikpunkt. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass ich früher mit Dieter Helm und Alard von Arnim zehn Jahre gut zusammengearbeitet habe.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Ich mich auch!)

- Frau Wehlan erinnert sich auch daran. Dabei haben wir immer Wert darauf gelegt, dass wir keine Obergrenzendiskussion zulassen, und zwar bei allen anstehenden Entscheidungen.

(Görke [DIE LINKE]: Spalter!)

Es ist somit das erste Mal, dass diese Obergrenzendiskussion geführt wird.

Ich komme zum Stichwort „Leitbild“: Ja, die Leitbilddiskussion ist wichtig. Aber sie ist auch verdammt schwierig. Auch Herr Beyer hat davon gesprochen. Wenn wir aber über ortsansässige Betriebe sprechen, dann müssen wir auch über juristische Personen und die dortigen Mitarbeiter reden. Da stellt sich immer wieder die Frage, wer tatsächlich ortsansässig ist. Darüber muss man diskutieren.

Ich habe gesagt, ich rede über das Leben, weil wir im Leben stehen und Probleme aus dem Leben zu bearbeiten haben. Circa 80 Betriebe sind von dieser Situation betroffen. Die gibt es. Die haben einen Betriebsentwicklungsplan erstellt. Der ist diversifiziert worden. Jetzt aber merken sie, dass ihre Fläche abgeschnitten wird, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Verlängerung über diese 200 ha hinweg zu schaffen. Dadurch wird manches Betriebskonzept zerstört. Nun könnte jemand von außen kommen. Dritte können sich am Markt bewerben, wenn die öffentliche Ausschreibung auf den Weg gebracht worden ist.

Die diesbezüglichen Fragen lauten: Was ist besser für uns? Wo wissen wir, dass es bei den Betrieben, die wir bereits heute haben, die wir schätzen und - bildlich gesprochen - mit Handschlag begrüßen können, weil wir sie kennen, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Brandenburg geht? - Wir hätten die Kuh für Brandenburg vom Eis, wenn Sie diesem Antrag der Koalitionsfraktionen folgten.

Frau Niels, der Alteigentümererwerb ist nach dem neuen Flächenerwerbsänderungsgesetz für Brandenburg aus meiner Sicht ausdrücklich nicht gefährdet. Insofern sollten Sie diesem Antrag der Koalition heute zustimmen. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Folgart. - Der Abgeordnete Dombrowski erhält jetzt noch einmal Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Dombrowski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Folgart hat mich noch einmal angesprochen. Das finde ich gut, weil das auf einer fachlichen Ebene läuft.

Herr Kollege Beyer, ich habe von einem „Leitbild“ gesprochen. Herr Folgart hat richtigerweise erwähnt, dass meine Fraktion ein Leitbild definiert hat. Das gilt sogar einschließlich der ers-

ten und der zweiten Säule sowie vieler weiterer Detailfragen, die zu regeln und zu besprechen sind.

Die FDP-Fraktion ist noch nicht so weit. Sie wird sich aber sicher noch bewegen. Von der Kollegin von den Grünen habe ich mich hingegen sehr verstanden gefühlt. Auch der Kollege Folgart hat verstanden, worum es geht. Herr Beyer, nur bei Ihnen war das noch nicht ganz der Fall.

Der Antrag der Regierungsfractionen bezieht sich auf den Direktwerb der jetzigen Flächenbewirtschafter. Diese haben einen Anspruch, der erweitert werden soll. Der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion betrifft diesen Bereich aber überhaupt nicht. Er bezieht sich vielmehr auf den Bereich der auszuerschreibenden Flächen. Von daher reden wir über unterschiedliche Dinge. Wir haben das verstanden, aber bei Ihnen war das noch nicht ganz so klar.

Udo Folgart hat vorgetragen, dass die Regierungsfractionen gleich einen Auftrag an die Landesregierung beschließen werden. Dabei geht es darum, die Flächen von 450 ha auf 650 ha pro Erwerbsbetrieb - also der Betriebe, die darauf wirtschaften - zu erhöhen bzw. dies mit der BVVG zu verhandeln. Das wird zwar nicht von Erfolg gekrönt sein, der Antrag wird hier beschlossen. Was steckt eigentlich dahinter? - Herr Folgart hat gesagt, es ginge nicht um Klientelpolitik. Damit das aber einmal klar wird: Wir haben in Brandenburg 6 706 Landwirtschaftsbetriebe. Die Regierungsfractionen werden gleich einen Antrag zugunsten von 80 Betrieben beschließen. Das ist ungefähr 1 %.

Meine Damen und Herren, wenn das keine Klientelpolitik ist, so frage ich: Was ist es dann?

(Beifall CDU und FDP sowie GRÜNE/B90)

Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht? - Sie schreiben davon sogar in Ihrem Antrag. Es heißt:

„Dies ermöglicht es den größeren Betrieben, mehr Flächen für die eigene Produktion zu sichern und verringert den Umfang der Fläche, die öffentlich ausgeschrieben werden muss.“

Was bedeutet das eigentlich für junge Landwirte, die sich selbstständig machen und Flächen erwerben wollen, aber keine Flächen erhalten, weil keine Flächen vorhanden sind? Das, verbunden mit der Problematik in Bezug auf die Zahlungsansprüche der EU, macht es Existenzgründern fast unmöglich, einen Landwirtschaftsbetrieb zu gründen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Ganz so einfach ist es nicht. Bitte bedenken Sie auch, welche Landwirtschaftsbetriebe im Tourismus in Brandenburg tätig sind. Sind das die großen Gesellschaften, oder sind das die bäuerlichen Familienbetriebe?

(Zurufe von der SPD)

- Sie wissen doch, wer im Havelland jedes Mal den Preis kriegt. Das ist immer Willi Käthe. Da sind die großen Gesellschaften nicht dabei. Wir sind für Eigentumsvielfalt. Das ist überhaupt keine Frage. Es geht auch nicht darum, die Strukturen infrage zu stellen. Es geht vielmehr darum, wirkliche Chancengleichheit zu sichern. Das aber, was Sie gleich beschließen werden,

ist eine einseitige Parteinahme für 1 % der Landwirtschaftsbetriebe in Brandenburg. - Danke schön.

(Beifall CDU, FDP sowie GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Ich beende die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Meine Damen und Herren, ich stelle den Antrag der Fraktion von SPD und DIE LINKE, Drucksache 5/2665 - Neudruck - „Flächen für ortsansässige Landwirte sichern“ -, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag in Drucksache 5/2695, eingebracht von der CDU-Fraktion. Der Titel ist identisch mit dem des Antrags. Wer dem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und eröffne **Tagesordnungspunkt 11:**

Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/2666
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Die Abgeordnete Stobrawa erhält das Wort.

Frau Stobrawa (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mitte dieses Jahres jährt sich zum 20. Mal der Tag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, mit dem die Beziehung zwischen Polen und der Bundesrepublik auf eine völlig neue vertragliche Basis gestellt wurde. Das Land Brandenburg hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten seinen Beitrag zur Vertiefung dieser Zusammenarbeit geleistet. Wir haben in dieser Zeit die Höhen wie auch - leider - immer wieder einmal die Tiefen dieser Zusammenarbeit erlebt.

Als Bundesland mit der längsten Grenze zu dem östlichen Nachbarn Polen haben wir zweifelsohne eine besondere Verantwortung, die auch mit besonderen Aufgaben verbunden ist. Ich denke hierbei dieser Tage ganz besonders an das Hochwasser der Oder. Manches, was wir zwischenzeitlich durch das Engagement vieler erreicht haben, ist bundesweit - gemessen an unserer geografischen Lage und den entsprechenden Aufgaben - durchaus spitze, aber zuweilen ausbaufähig. Genau aus diesem Grunde spricht der Antrag eben von der Vertiefung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. In welchen Richtungen sich die Koalitionspartner SPD und die Linke diese Vertiefung vorstellen, was sie diesbezüglich von der Landesregierung einerseits, aber auch von den Mitgliedern des Landtags andererseits erwarten, führt der Antrag aus.

Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze Folgendes ansprechen: Erstens erwarten wir, dass die Ressorts der Landesregierung nach den drei Spitzentreffen im Rahmen der Oderpartnerschaft ihre Schlussfolgerungen für die Ausrichtung der Landespolitik präzisieren und diese dem Landtag zur Diskussion vorlegen. Das betrifft in erster Linie die Planungen zur Verkehrsinfrastruktur und zur Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschafts- und Forschungsk Kooperation, aber auch andere Politikbereiche, zu denen sich seit längerem eine sich stetig verbreitende Zusammenarbeit entwickelt.

Zweitens wollen wir - in Auseinandersetzung mit gemachten Erfahrungen -, dass Brandenburg und unsere westpolnischen Partner die neue Förderperiode der EU ab 2014 gemeinsam vorbereiten. Zweifelsohne gibt es unterschiedliche Interessen zwischen den Woiwodschaften und den deutschen Bundesländern, was in meinen Augen völlig normal ist. Die Gemeinsamkeiten zwischen Brandenburg und Westpolen dürften aus unserer Sicht aber überwiegen. Dabei geht es nicht nur - das sage ich ausdrücklich - um die Ausgestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Wenn die Oderpartnerschaft als zentrales Objekt von Deutschen und Polen gelingen soll, bedarf sie einer materiellen, einer finanziellen Basis, für die wir heute auch auf europäischer Ebene unsere Ansätze präsentieren müssen, für die wir heute auch auf europäischer Ebene um Mehrheiten kämpfen müssen.

Drittens müssen nach unserer Auffassung - wie übrigens auch nach der unserer Partner in der Nachbarwoiwodschaft - die Beziehungen zu unserem unmittelbaren Nachbarn in Lubuskie - Lebus Land - gründlich analysiert werden, müssen dort, wo es erforderlich ist, auch Vorschläge zur Vertiefung der Zusammenarbeit unterbreitet werden. Gerade für die Brandenburger Grenzkreise hat die Kooperation mit Lubuskie eine besondere Bedeutung: Sie kann nicht durch die mit Großpolen oder Niederschlesien ersetzt oder kompensiert werden.

Viertens gehören an den Tisch der Oderpartnerschaft die kommunalen Akteure, die seit 15 Jahren oder mehr an einem „Europa im Kleinen“ bauen - unsere drei Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober. In diesem Zusammenhang wäre es sicher hilfreich, wenn der Europaausschuss sich mit den Geschäftsführern der Euroregionen zeitnah zu deren aktuellen Problemen und Erwartungen verständigt.

Fünftens haben auch wir die Erwartung, dass der Landtag und seine Ausschüsse - nicht nur der Europaausschuss - von der Landesregierung konkrete Informationen erhalten, vor allem zu dem, was im Rahmen der Oderpartnerschaft in den Brandenburger Ministerien bereits gelaufen und was an weiteren Schritten geplant ist.

Lassen Sie mich die Erwartung ausdrücken, dass dieser Antrag und der ihm folgende Bericht der Landesregierung dazu beitragen werden, uns alle stärker für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den westpolnischen Woiwodschaften zu sensibilisieren und uns als Parlament zu befähigen - stärker als bisher -, eigene Ideen einzubringen. Ich will einfach nicht glauben, dass der Satz „Wenn die Ausschüsse bisher wenig oder gar nichts getan haben, wird sich das auch zukünftig nicht ändern“, den ich zuweilen in Vorbereitung des Antrags im Hause hörte, zutrifft. Es gab in der letzten Debatte im Parlament eine ganze Zahl von Enthusiasten für die Gründung der regionalen deutsch-polnischen Parlamentariergruppe. Aus verschiedenen Gründen sind wir hier noch keinen Schritt weitergekommen. Jetzt soll-

ten wir uns jedoch parteiübergreifend - ohne Profilierung einer Partei - daranmachen. Ich gehe davon aus, dass das 20. Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags dafür ein geeignetes Datum sein könnte. - Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stobrawa. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Die Abgeordnete Richstein hat das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Januar scheint der Monat der guten Vorsätze zu sein, zumindest wenn man sich über die Belebung der Oderpartnerschaft Gedanken macht. Am 24. Januar 2008 hatten wir die Aktuelle Stunde „Die Oderpartnerschaft in Gemeinsamkeit von Polen und Deutschland auf neuem Niveau gestalten“, am 21. Januar 2010 die Aktuelle Stunde „Gemeinsam die Zukunft gestalten - Brandenburgs Beitrag zum Gelingen der Oderpartnerschaft“ mit dem Entschließungsantrag „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten“. In diesem Jahr hat es leider nicht mehr zu einer Aktuellen Stunde gereicht. Auch was die Worte anbelangt, sind wir sparsamer geworden. Jetzt heißt es nur noch „Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen“. Da halte ich es doch gern mit Johann Wolfgang von Goethe, der da sagte:

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn! Indes ihr Komplimente drechselt, kann etwas Nützliches geschehn.“

Mit anderen Worten: Vorsätze sind wie Aale - leicht zu fassen, aber schwer zu halten. So geht es wahrscheinlich auch mit dem Vorsatz der Linken, den sie in ihrem Landtagswahlprogramm postuliert hat, wo es heißt, sie wolle der Oderpartnerschaft einen eigenen brandenburgischen Akzent verleihen. Das habe ich bisher nicht gesehen; das ist für mich nicht erkennbar. Wenn man die Bilanz der rot-roten Landesregierung von 2010 anschaut, die bei den Linken veröffentlicht ist, dann stellt man fest, dass das Wort „Oderpartnerschaft“ noch nicht einmal auftaucht.

Ich habe mich ein wenig gewundert, dass wir heute einen Antrag vorgelegt bekommen, der fast gleichlautend mit dem Antrag ist, den wir vor einem Jahr vorliegen hatten. Ich hätte mir gewünscht, dass eventuell direkt die Evaluierung der Umsetzung des damaligen Berichts gewünscht würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein.

Bevor ich zu Ihrem Antrag selbst komme, möchte ich vorausschicken, dass die CDU-Fraktion immer ein Freund der Oderpartnerschaft war. Immerhin war es auch unser Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns, der die Oderpartnerschaft mit seinen Wirtschaftskollegen in Berlin ins Leben gerufen hat. Wir haben immer gefordert, dass die Oderpartnerschaft inhaltlich weiter aufgefächert wird und mehr Personen einbezogen werden. Da die Vorsitzende der Linksfraktion heute morgen in ihrem Redebeitrag in der Aktuellen Stunde bemängelt hat, dass die CDU-Fraktion sich nicht an die Menschen wende, dann wundere ich mich bei diesem Antrag doch, dass nur von Repräsentanten ge-

sprochen wird: vom Landtag, von der Landesregierung, von Fachausschüssen, von Institutionen und Vereinen, aber nicht von denjenigen, die eine Partnerschaft letztendlich lebendig werden lassen - den Menschen. Die finde ich in Ihrem Antrag leider kein einziges Mal.

(Beifall CDU)

Nun zu Ihrem Antrag! Ich habe es schon gesagt: Unter Punkt 1 bekräftigen Sie das, was wir vor einem Jahr beschlossen haben. Wir hätten lieber schauen sollen, was aus dem damaligen Beschluss geworden ist.

Unter Punkt 2 Ihres Antrags erwarten Sie von der Landesregierung, sie solle ihre Ansätze weiter präzisieren, ausgehend von den Festlegungen auf dem letzten Spitzentreffen. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Es wundert mich, dass Sie einige inhaltliche Punkte, die in dem Beschluss von 2010 noch enthalten waren, nämlich Tourismus und Arbeitsmarkt, aus dem heutigen Antrag herausgenommen haben.

Ferner fordern Sie die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Beteiligten über die Vorbereitung auf die Förderung nach 2014 zu sprechen. Ich wundere mich, dass Sie nicht das aktuelle Problem der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Euroregionen ansprechen. Das Geld fließt nämlich nicht, weil die Verwaltungsbehörde in Polen ist. Warum fordern Sie die Landesregierung nicht explizit auf, sich in Warschau dafür einzusetzen, dass gerade im Süden des Landes die grenzüberschreitende Zusammenarbeit funktioniert, statt jetzt auf die Förderperiode ab 2014 zu sehen, ohne die aktuellen Probleme gelöst zu haben?

Sie erwarten von der Landesregierung, dass sie analysiert, ob die Zusammenarbeit mit dem Lebusener Land vertieft werden kann. Im vergangenen Jahr haben Sie selbst gesehen, dass es insoweit noch Verbesserungspotenzial gibt. Das holen Sie jetzt auch schon wieder zurück. Ich habe schon vorhin darauf hingewiesen, dass die Euroregionen bereits von uns immer als Partner im Rahmen der Oderpartnerschaft gesehen wurden und dass sie mehr eingebunden werden sollten.

Unter Punkt 3 Ihres Antrags bitten Sie die Fachausschüsse, die Kooperation selbst in die Hand zu nehmen. Ich weise darauf hin, dass wir das schon in die Hand genommen haben. Am 26. Oktober habe ich als Vorsitzende des Europaausschusses alle betroffenen Fachausschüsse angeschrieben. Bisher habe ich nur vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Sven Petke, eine Antwort erhalten, der - darüber kann man streiten; vielleicht diskutieren wir noch einmal im Ausschuss darüber - im Bereich der Rechtspolitik nur wenige Ansatzpunkte sieht. Von anderen Fachausschüssen habe ich bislang leider noch gar keine Antwort erhalten.

Im vergangenen Jahr hat sich die CDU-Fraktion zu dem Antrag von SPD und Linken der Stimme enthalten. Ich sagte damals wörtlich:

„Ihr Antrag ist nicht gut genug, dass wir zustimmen, enthält aber einige gute Dinge.“

Es mag Sie verwundern, wenn ich Ihnen sage: Der heutige Antrag ist nicht viel besser. Wir stimmen dennoch zu. Mir ist ein halbgueter Antrag, der das Plenum passiert, lieber als ein Ent-

schließungsantrag von uns, der in meinen Augen natürlich viel besser wäre, von Ihnen aber abgelehnt würde. Deswegen werden wir diesmal zustimmen. Vielleicht klappt es ja dann auch mit der Umsetzung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Richstein. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Die Abgeordnete Hackenschmidt wird zu uns sprechen.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Frau Richstein, der Punkt Arbeitsmarktpolitik ist nicht explizit enthalten. Ich denke, in diesem Jahr wird sich als Folge der Arbeitnehmerfreizügigkeit sowieso einiges verändern; da muss es nicht noch einmal explizit aufgeführt werden.

Die Grenzregionen haben eine eigene Dynamik; ich denke, das ist allen hier bekannt. Ob wir eine Oderpartnerschaft haben oder nicht - polnische Familien ziehen auf die deutsche Seite, weil es hier preiswerten Wohnraum gibt. Das ist auch für die Kommunen ein Gewinn. Die Betreffenden arbeiten dennoch weiter in Polen. Hier gibt es Ansätze, die ich aber nicht in einen Antrag aufnehmen muss.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit betrifft natürlich alle Ausschüsse. Ich habe es schon im vergangenen Jahr deutlich gemacht: Auch wir, die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, haben uns das vor Ort in Warschau angesehen. Die polnischen Parlamentarier waren damals sehr aufgeschlossen, von unseren Erfahrungen mit dem Umwandeln von Strukturen zu hören.

Auch wenn wir hier schon dreimal darüber debattiert haben - die Zeitleiste wurde schon genannt - und die Anträge aus Ihrer Sicht nicht mehr Inhalt bekommen haben, will ich an Folgendes erinnern: Das vergangene Jahr war nicht ganz einfach. Wir haben eine unterschiedliche Struktur im Vergleich zu den polnischen Partnern. Es gab das tragische Unglück, es gab Kommunalwahlen. Aus diesen Wahlen heraus hat sich aber die politische Lage durchaus stabilisiert. Für diejenigen, die sich noch nie damit beschäftigt haben, wiederhole ich: Wir haben ganz andere Zuständigkeiten als auf polnischer Seite. Das ist das eigentliche Problem bei den INTERREG-IV-Projekten. Zwar kann die Landesregierung über die Regierung in Warschau, einer zentralen Regierung, intervenieren; dennoch ist das immer problematisch. Wenn es nicht klappt, ist es doch auch für dieses Parlament notwendig, den Antrag neu zu beschließen, um die Handlungsspielräume zu verdeutlichen.

Was die Projekte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur angeht, gibt es durchaus einen Fortschritt. Viele wollten eine neue Brücke in Frankfurt (Oder) oder Eisenhüttenstadt. Die Lösung liegt auf dem Tisch: Deutschland und Polen haben sich auf einen Kompromiss - Aurith - geeinigt. Das alles ist so mühsam, weil es Neuwahlen gegeben hat und die Zuständigkeiten sich permanent geändert haben.

Ich glaube schon, dass wir hier noch aktiver sein könnten, und gebe Ihnen Recht: Wir können mit dem, was in der Oderpartnerschaft abrechenbar ist, noch nicht zufrieden sein. Aber ich

bin voller Hoffnung, dass wir die Partnerschaft in Zukunft weiter ausgestalten können. Ich will gern dazu beitragen. Wir haben schon gute Erfahrungen gesammelt, auch wenn der Landkreis Elbe-Elster nicht in der Oderpartnerschaft verwurzelt ist. Seit 1999 gibt es einen Partnerschaftsvertrag, der auch gelebt wird.

Ich gebe Ihnen auch Recht: Mit der Oderpartnerschaft und den Euroregionen haben Vereine und Organisationen die Möglichkeit, mit den Menschen diese Nachbarschaft, diese Freundschaft zu leben. Das können wir nur unterstützen.

Ich glaube schon, dass wir auch mit den Fachausschüssen Handlungsansätze finden. Insoweit bin ich für die Zukunft ganz optimistisch. Ich hoffe, dass Sie alle unserem Antrag zustimmen werden. Es ist durchaus eine neue Qualität, wenn Sie, Frau Richstein, sagen: Es ist nichts Neues drin, aber wir stimmen diesmal zu. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hackenschmidt. - Wir kommen nunmehr zum Beitrag der Fraktion der FDP. Die Abgeordnete Teuteberg wird sprechen.

Frau Teuteberg (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Welchen Stellenwert das Thema der deutsch-polnischen Zusammenarbeit gerade in diesem Jahr hat, zeigt ein Blick in den Kalender. Es wurde schon gesagt: Am 17. Juni jährt sich die Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages zum 20. Mal. In der zweiten Jahreshälfte, ab 1. Juli, wird Polen den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Beide Daten sind ein wichtiger Gradmesser für die Zusammenarbeit unserer beiden Staaten in Europa. Dass das Thema zu Beginn dieses Jahres auf der Tagesordnung des Plenum steht, ist also sinnvoll. Gleichzeitig offenbart der vorliegende Antrag, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit - entgegen vieler Verlautbarungen der Landesregierung - in der Umsetzung eben nicht immer den Stellenwert hat, den man sich wünschen würde.

Sicher, was Brandenburg und seine benachbarten polnischen Grenzregionen angeht, sind wir ein Jahr nach dem letzten Beschluss des Landtags zu diesem Thema weitere Schritte in die richtige Richtung gegangen. Die Ergebnisse des dritten Spitzentreffens der Oderpartnerschaft sowie des Treffens des Europa- und Entwicklungsausschusses mit unserem polnischen Pendant des Sejmik Lubuskie sind vielleicht nicht als wirklicher Durchbruch zu bezeichnen; kleinreden darf man die Ergebnisse dennoch nicht.

Eines der wichtigsten, weil für den Alltag unabdingbaren Themen ist der Bereich Verkehrsinfrastruktur. Deutlichster Fortschritt ist hier die beim Spitzentreffen der Oderpartnerschaft vorgelegte, gemeinsam erstellte Karte der Verkehrsinfrastruktur. Damit gibt es erstmals ein Instrument, um den Bedarf auf polnischer wie auf deutscher Seite sowohl regional als auch mit den Vorgaben aus Warschau und Berlin abzugleichen. Gerade weil wir um die Verzögerungen und Hindernisse wissen, die die Verwaltungsstrukturen auf polnischer Seite oftmals mit sich bringen, um diesen Prozess voranzutreiben, ist das schon ein schöner Erfolg.

Brandenburg kann sich im Bereich Infrastruktur allerdings auch von der polnischen Seite etwas abschauen. Beim gemeinsamen Treffen unserer Ausschüsse wurde darüber berichtet, dass drei polnische Woiwodschaften eine Studie zur räumlichen Integration des deutsch-polnischen Grenzgebietes vorlegen werden. Eine solche Studie auch für den deutschen Teil des Grenzgebietes zu erstellen wäre für die gemeinsame grenzüberschreitende Raumplanung sinnvoll und ratsam.

Einen weiteren Punkt des gemeinsamen Ausschusstreffens, der in den vorliegenden Antrag aufgenommen wurde, unterstützen wir. Als wichtige grenzüberschreitende Zusammenschlüsse sollten die Euroregionen rechtzeitig und umfassend über die Planungen und die Ergebnisse im Rahmen der Oderpartnerschaft unterrichtet und in diese einbezogen werden. Obwohl das schon Teil des Landtagsbeschlusses vom 21. Januar 2010 war, ist hier noch einiger Nachholbedarf festzustellen. Gerade in diesem Zusammenhang sollten wir auch darüber nachdenken, wie wir 20 Jahre Nachbarschaftsvertrag gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn feiern können. Wir sollten uns mit allen Akteuren über mögliche Projekte und einen entsprechenden Fahrplan verständigen. Dazu gehören neben unseren direkten polnischen Nachbarn die weiteren Regionen der Oderpartnerschaft und die Euroregionen.

Damit sind wir wieder beim Kalender und - abschließend - bei einem weiteren wichtigen Datum in diesem Jahr.

Die Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit am 1. Mai und damit die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes nach Osteuropa ist ganz offenbar ein Thema, bei dem die grenzübergreifende Zusammenarbeit dem Kalender noch hinterherhinkt.

Wir müssen die Chancen der Öffnung des Arbeitsmarktes nutzen. Dazu genügt es nicht, wenn in dem entsprechenden Ausschuss aus dem Geschäftsbereich des MASFF berichtet wird, es gebe hierzu eine deutsch-polnische Arbeitsgruppe, die bis zum Beginn des kommenden Jahres eine Analyse erarbeite.

(Beifall FDP)

Das mutet wie der Ruf vieler an, die zum Jahresende erschreckt feststellen, dass Weihnachten kommt.

Meine Damen und Herren, neben weiteren wichtigen Schritten und ersten Erfolgen - auch das Stichwort Hochschul- und Bildungszusammenarbeit sei hier genannt - bleibt noch viel zu tun. Die Zielrichtung des vorliegenden Antrages, die deutsch-polnische Zusammenarbeit zu vertiefen, unterstützen wir daher. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Teuteberg. - Wir kommen nunmehr zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Abgeordnete Niels erhält das Wort.

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, unterstützen den hier vorliegenden Antrag und schließen uns fachlich-

inhaltlich allen Anmerkungen von Frau Stobrawa, Frau Richstein und Frau Teuteberg an. - Hat noch jemand gesprochen?

(Zurufe: Frau Hackenschmidt!)

- Diese drei Personen haben inhaltlich tatsächlich komplett mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN übereingestimmt. Frau Hackenschmidt hatte vor allen Dingen einen Aufriss des letzten Jahres begonnen, den jetzt alle meine Kolleginnen, die ich genannt habe, noch einmal nachvollzogen haben. Deswegen werde ich das jetzt nicht machen.

Ich nehme zwei Dinge besonders ernst, darüber möchte ich jetzt für unsere Fraktion sprechen. Zum einen geht es um die aktive Einbeziehung der Euroregionen in den Kommunikationsprozess im Rahmen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Das finde ich ganz wichtig und ist auch nach unserem Verständnis eine Selbstverständlichkeit. Zum anderen geht es um Punkt 3 des Antrages, die Zuarbeit unserer eigenen Fachausschüsse, die hier extra angemahnt wird. Mir fällt da besonders unsere Kompetenz in der Energiewirtschaft ein, für die wir mit einem „Leitstern“ ausgezeichnet worden sind. Was erneuerbare Energien angeht, sollten wir sehr intensiv mit Polen zusammenarbeiten, denn sie verbrennen ziemlich viel Kohle und sind sicherlich sehr stolz, von unserer Kompetenz zu lernen.

Ansonsten gelobe ich hiermit als ganz neues Mitglied des Ausschusses für Europaangelegenheiten, dass ich die entsprechende Zuarbeit meinen Kolleginnen und Kollegen fraktionsübergreifend herantragen werde und selbst als Mitglied des Rechtsausschusses und als landwirtschaftspolitische Sprecherin noch die eine oder andere Idee hinzufüge.

Ich freue mich, schon im Mai 2011 von der Landesregierung den ersten Bericht über Maßnahmen und Aktivitäten lesen zu dürfen. Ich gehe einmal davon aus, dass wir das jetzt mehrheitlich positiv abstimmen; das habe ich zumindest so verstanden. - Wunderbar. Einen schönen Tag noch. Danke schön.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Niels, für diesen freundlichen Beitrag. - Sehen wir einmal, ob sich die Landesregierung auch freut. Herr Minister Christoffers, Sie haben das Wort, um Ihrer Freude Ausdruck zu geben.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Kollegin Richstein, ich wäre froh, wenn wir jeden Januar über dieses Thema reden würden. Ich bin auch nicht wählerisch, ob wir dazu eine Aktuelle Stunde durchführen oder einen Antrag stellen. Das Thema ist wichtig genug, um sich Anfang des Jahres damit zu beschäftigen.

Ich bedanke mich erst einmal ausdrücklich dafür, dass alle Fraktionen dem Schwerpunkt des Antrags zugestimmt und damit fraktionsübergreifend die Dimension und auch die Rolle dieser Thematik für die Brandenburger Politik deutlich gemacht haben.

Ich möchte auf einige Debattenbeiträge eingehen. Ich bin jetzt in einer sehr guten Situation, weil wir im Ausschuss für Europa- und Entwicklungspolitik bereits mehrfach darüber unterrichtet haben, wie wir uns bemühen, den gewissen „Stillstand“, wie ich einmal sagen möchte, in den Bearbeitungszeiten in den Bereichen INTERREG, Mittelabfluss und Zusammenarbeit der Euroregionen aufzubrechen. Das war auch Gegenstand von Gesprächen, die ich letzte Woche im Lebusener Land mit der dortigen Marschallin geführt habe.

Gestern hat der Begleitausschuss getagt. In dieser Sitzung ist ein sehr vernünftiger Kompromiss gefunden worden. Es ist jetzt eine Reihe von Projekten endgültig bestätigt worden, darunter Projekte der Universität Cottbus, des Stifts Neuzelle, der Stadt Cottbus, der Landkreise Oder-Spree und Märkisch-Oderland sowie aus Frankfurt (Oder). Ich bin sehr froh darüber.

Sie kennen die öffentliche Diskussion, die dazu geführt hat, dass die Frage der guten Zusammenarbeit zwischen Brandenburg und den polnischen Partnerregionen auch in öffentlichen Kommentaren ein Stück weit in den Hintergrund getreten ist. Insofern bin ich froh, dass diese Lösung gefunden worden ist. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Wochen auch das Problem in der Pomerania auf ähnliche Art und Weise lösen können.

Ich möchte dazusagen: Wir mussten uns auf Brandenburger Seite erst mit den Landkreisen und den Euroregionen über Prioritäten verständigen. Das war nicht unbedingt ein Prozess, der sehr schnell abgelaufen ist. Es müssen nun einmal verschiedene Interessenlagen gebündelt werden; das ist uns gelungen. Jetzt muss der Kompromiss mit dem polnischen Partner gefunden werden. Ich glaube, wir haben deutlich gemacht, dass es sich lohnt, hier Gespräche zu führen und Kompromisse herbeizuführen.

Meine Damen und Herren, es sind hier bereits einige Eckpunkte aus der Umsetzung der Oder-Partnerschaft genannt worden. Ich möchte sie nicht wiederholen.

Welche für Brandenburg wichtigen Vorhaben in der Zusammenarbeit mit Polen gibt es gegenwärtig? Das ist erstens der Ausbau der Infrastruktur; darauf ist schon eingegangen worden. Zweitens. Es stellt sich die Frage der Entwicklung des Hafenhinterlandes. Sie wissen, dass die Europäische Union mit der Baltik-Strategie einen Großraum geschaffen hat. Die Hafenhinterlandstrategie der Europäischen Union ist nicht nur für Frankfurt (Oder), sondern auch für die polnische Seite ausgesprochen interessant, weil man davon ausgeht, dass in den Bereichen Logistik und Infrastruktur beide Seiten positive Entwicklungsperspektiven haben können. Dazu gibt es gegenwärtig Abstimmungsgespräche.

Frau Teuteberg sprach es an: Es wird für Westpolen gegenwärtig ein Entwicklungskonzept erarbeitet. Es ist noch nicht da, aber es besteht die Absicht, das zu tun. Deswegen haben wir Kontakt zu unseren polnischen Partnern aufgenommen, um festzustellen, ob wir uns als Land Brandenburg möglicherweise in die Erarbeitung dieses Konzepts einbringen können. Das alles muss man allerdings etwas zurückhaltend öffentlich thematisieren, weil Polen einen anderen Staatsaufbau hat. Die Regierung in Warschau ist in ihren Interessenlagen nicht immer deckungsgleich mit denen im westpolnischen Bereich. Das ist nachvollziehbar. Insofern können wir nur darauf hoffen und warten, dass die Absicht, ein derartiges Entwicklungskonzept

für Westpolen zu erarbeiten, durch die Woiwodschaften umgesetzt wird. Dann stehen wir auch bereit, wenn es denn gewünscht wird, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Aber das geht selbstverständlich nur in gemeinsamer Absprache.

Darüber hinaus möchte ich die Zusammenarbeit in der Fachkräfteentwicklung ansprechen. Frau Richstein, die Arbeitsgruppe war tätig und hat sogar die ersten Ergebnisse vorgelegt. Es gab mehrere Fachgespräche zwischen deutschen und polnischen Arbeitsämtern, zwischen deutschen und polnischen Wirtschaftsverbänden sowohl in Berlin als auch in Frankfurt (Oder) - weitere sind geplant -, damit sie umgesetzt werden. Das letzte Gespräch fand vorige Woche in Zielona Góra statt, wo die polnischen Behörden auf die Problematik, aber auch auf die Zukunftschancen aufmerksam gemacht haben.

Ich bin sehr froh, dass wir in Brandenburg seit mehreren Jahren einen übergreifenden Konsens haben, was die Öffnung des Arbeitsmarktes betrifft, der von allen Parteien seit Jahren positiv begleitet wird, auch wenn wir alle wissen, dass dieser Prozess nicht ganz konfliktfrei sein wird. Es ist aber ein Prozess, der beiden Seiten helfen kann.

Darüber hinaus geht es um die Entwicklung der Doppelstädte Frankfurt (Oder) und Slubice sowie Guben und Gubin. Dort gibt es aus den Städten heraus sehr interessante Ansätze, die wir versuchen zu unterstützen und abzustimmen, um in die Umsetzungsphase zu kommen.

Schließlich geht es - das wird im Antrag angesprochen - um die Kohäsionspolitik. Wir haben mit der Zentralregierung in Warschau unsere Positionen zur Kohäsionspolitik ausgetauscht. Frau Stobrawa, Sie haben völlig Recht. Ich habe im Ausschuss darüber berichtet, dass wir diesen Austausch vorgenommen haben. Es gibt ein bestimmtes Maß an Übereinstimmung. Das lässt mich hoffen, im Zusammenhang mit der polnischen Ratspräsidentschaft diesen Diskurs zielführend ausbauen zu können. Das ist auch das Interesse der Woiwodschaften im Westen Polens. Wir werden versuchen, gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Ob es uns gelingt, sie in Brüssel auch noch gemeinsam zu vertreten, wird die Zukunft zeigen. Insofern kann ich den Antrag nur unterstützen, wenn über eine Zusammenarbeit auch der Parlamente und der parlamentarischen Vertretungen eine gewisse Erwartungshaltung erzeugt wird, zu Ergebnissen zu kommen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Kohäsionspolitik eine interessante Übereinstimmung mit der polnischen Zentralregierung und zudem mit unseren Gesprächspartnern in den Woiwodschaften selbst festgestellt. Sie wissen, dass es beispielsweise auf der „Rhein-Schiene“ ausgezeichnete Erfahrungen mit sogenannten Makro-Regionen gibt. Die Frage steht, ob wir den Oder-Raum in der grenzüberschreitenden Kooperation nicht sukzessive zielführend in eine derartige Makro-Region überleiten können, weil es auf polnischer Seite ein ausgesprochen hohes Interesse gibt, das Instrument der europäischen vertraglichen Zusammenarbeit in Ansatz zu bringen.

Das wäre dann auch eine Untersetzung des politischen Bogens, der mit der Oder-Partnerschaft gespannt ist. Die Oder-Partnerschaft ist die politische Abstimmung von Akteuren. Die Arbeit muss in den Regierungskommissionen, in den Euroregionen und mit den Parlamenten zusammen geleistet werden, um hier

zu zielführenden gemeinsamen politischen Aktivitäten zu kommen. Ich kann Ihnen nur versichern, dass wir dabei bleiben: Wir werden dem Ausschuss weiterhin alle Informationen geben und selbstverständlich auch über Zwischenstände berichten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir schließen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Die Abgeordnete Stobrawa hat das Wort.

Frau Stobrawa (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nur noch einmal ans Pult gegangen, um mich bei all jenen zu bedanken, die zum Ausdruck gebracht haben, dass dies sozusagen zur Kenntnis genommen wird. Frau Richstein sagte: Wir haben bereits dreimal darüber geredet. - Ich hoffe, dass wir in diesem Jahr auch das vierte, fünfte und sechste Mal darüber reden werden, vielleicht auch über andere Themen, die zwischenzeitlich angesprochen worden sind. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist für mich ein solches Thema. Aber auch den Aspekt der Mehrsprachigkeit müssen wir, wenn es um die Zusammenarbeit mit Polen geht, sicherlich noch einmal auf das Tableau heben. Das gilt auch für all das, was mit der Zukunft der Fördermittelperiode im Zusammenhang steht.

Natürlich sehe ich auch, wie Sie, Frau Richstein, es zum Ausdruck gebracht haben, die gegenwärtigen Probleme; die wische ich damit nicht weg, ganz im Gegenteil. Wir haben sowohl im Europaausschuss als auch einzeln versucht, Kontakte nicht nur mit den Euroregionen, sondern auch mit handelnden Personen herzustellen, um konkrete Hilfe und Unterstützung zu geben.

Ich gehe davon aus, dass Sie das nicht als Affront, sondern als Unterstützung auch Ihres Engagements sehen, wenn wir hier noch einmal den Appell an alle Fachausschüsse richten. Sie haben selbst gesagt, wie problematisch das bisher war und noch ist, wenn nur ein Fachausschuss geantwortet hat. Ich bin der Meinung, hier setzt wirklich die Verantwortung des gesamten Parlaments ein. Dabei sehe ich uns wieder sehr eng beieinander.

In diesem Sinne denke ich, dass wir auch Unterstützung von bundespolitischer Seite haben. Es gibt einen Ausschuss für Bildungszusammenarbeit, der vor kurzem gebildet wurde. Hier von verspreche ich mir Unterstützung für unsere Arbeit in den Landtagen. Ich meine, dass wir uns das unter diesem Aspekt noch einmal anschauen sollten, was sich dieser Bildungsausschuss an Schwerpunkten vorgenommen hat. Da geht es um Schüleraustausch, um Mehrsprachigkeit und um andere Dinge. Das müssen wir in Zukunft sicherlich weiter bereden. - Danke schön für Ihre Zustimmung.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stobrawa. - Wir setzen die Aussprache mit einer Kurzintervention der Abgeordneten Richstein fort.

Frau Richstein (CDU):

Ich möchte nur noch einmal etwas klarstellen, weil sowohl von Frau Stobrawa als auch von Minister Christoffers etwas dazu gesagt wurde: Ich bin es überhaupt nicht leid, über die Oder-Partnerschaft zu reden, aber ich bin es leid, immer über das Gleiche zu sprechen. Ich möchte über Antworten zu den aufgeworfenen Fragen sprechen, ich möchte über neue Akzente sprechen, ich möchte über neue Ideen und Perspektiven sprechen und nicht jedes Jahr das wiederkäuen, was wir im letzten Jahr schon gesagt haben: wie wichtig uns alles ist, dass wir die längste Grenze haben, dass wir gut zusammenarbeiten und dass alles besser werden soll.

(Vereinzelt Beifall GRÜNE/B90)

Ich möchte hier wirklich einen qualitativen Vorschub und hoffe, dass wir allein oder mit den anderen Ausschüssen daran arbeiten können. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Richstein, für diese Klarstellung. - Wir sind damit am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung des Antrages direkt. Wer dem Antrag in der Drucksache 5/2666 - Neudruck -, „Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen“ - eingereicht durch die Fraktionen von SPD und DIE LINKE, Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diesem Antrag ist einstimmig entsprochen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Erstellung eines Oderbruchprogramms

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/2670
(Neudruck)

Außerdem liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 5/2694 vor. Des Weiteren gibt es einen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5/2697.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der einreichenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Abgeordneter Jungclauss, Sie haben das Wort.

Jungclauss (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Den Menschen im Oderbruch steht seit Monaten das Wasser bis zum Hals. Die Ursachen dafür mögen vielfältig sein, eines ist aber sicher: Wir stehen heute am Ende einer Jahrhunderte andauernden Abfolge von Trockenlegungen, Flussbegradigungen, Deichbauten, verfehlter Siedlungspolitik und anderen

Entwicklungen, die dazu beigetragen haben, dass wir an einem Punkt angelangt sind, wo es ein „Weiter so!“ nicht geben kann.

Wir brauchen für diese Region ein grundlegendes Vorgehen, eine generelle Verständigung, wie eine Zukunft für Mensch und Natur im Oderbruch gesichert werden kann. Aus diesem Grund haben wir den vorliegenden Antrag eingebracht und werben für Zustimmung, um das deutliche Signal gen Oderbruch zu senden: „Die Landesregierung nimmt ihre Verantwortung wahr“, und zwar über Entkrautung und das Vertiefen von Gräben hinaus.

(Beifall GRÜNE/B90)

Der Erhalt der Kulturlandschaft Oderbruch und dessen zukunftsorientierte Sicherung als Lebens-, Wirtschafts- und Naturraum sind für Brandenburg von großer Bedeutung. Infolge der jahrhundertelangen Eingriffe in den Wasserhaushalt liegt das Oderbruch im Verhältnis zur Stromoder heute zum großen Teil unterhalb des Niveaus des Flusses. Damit einhergehend hat sich das gesamte Gefüge im Gebiet verändert - sowohl beim Oberflächengewässer als auch beim Grundwasser. Das Oderbruch ist quasi zu einer Badewanne geworden, deren Abfluss nicht mehr am tiefsten Punkt liegt, sondern irgendwo auf halber Höhe.

Wir müssen daher Kompromisse formulieren, das Wasser besser lenken, wir müssen die Siedlungsbereiche besser schützen, wir müssen Binnenpolder- und Kammersysteme errichten. Kurz: Wir müssen eine Neustrukturierung des gesamten Gebiets anstreben und die Kulturlandschaft der veränderten Topographie anpassen. Dabei wird es natürlich Bereiche geben, in denen das Oderbruch, ähnlich wie in den vergangenen Jahrzehnten, für Ackerbau genutzt werden kann. Aber es wird auch Bereiche geben, wo neue Nutzungskonzepte entstehen müssen. Wenn wir akzeptieren, dass wir das Wasser nicht beherrschen, sondern bestenfalls lenken können, dann müssen wir auch offen über andere Leitbilder für die Landnutzung sprechen. Gegen das Wasser zu kämpfen, zu pumpen und zu schöpfen, nur um flächendeckend Ackerbau betreiben zu können, ist jedenfalls definitiv der falsche Ansatz.

(Beifall GRÜNE/B90)

Nicht nur Deichbau und Gewässerpflege, sondern auch eine Änderung der bestehenden Landnutzungssysteme sind der Schlüssel zu einer sicheren, bezahlbaren und lebenswerten Zukunft des Oderbruchs. Unser Antrag hat zum Ziel, die Entwicklung einer solchen Programmatik und die dafür erforderliche Zusammenarbeit anzustoßen. Dieser wichtige Aspekt findet sich in den vorliegenden Entschließungsanträgen leider nicht wieder. Die Herausforderung eines solchen Konzeptes besteht darin, einerseits den Schutz der Deichanlagen zu gewährleisten, parallel dazu aber auch die Neukonzeption eines dem Natur- und Landschaftsraum angepassten Binnenpolder- und Kammersystems zu entwickeln. Allein mit den Deichen wird dem Oderbruch auch in Zukunft nicht geholfen sein.

Was braucht es dazu im Einzelnen? Ich möchte hierzu die wichtigsten vier Punkte kurz ansprechen: Sicherung, Pflege und Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen. Dies ist zur Daseinsvorsorge und Risikominimierung im Oderbruch absolut notwendig. Eine ausreichende Finanzierung der Maßnahmen des Hochwasserschutzes ist Grundvoraussetzung dafür, dass die Si-

cherheit der Menschen im Oderbruch soweit wie technisch möglich garantiert werden kann. Ich freue mich, dass im Entschließungsantrag der Koalition auch eine auskömmliche und gesicherte Finanzierung der laufenden Unterhaltungsaufgaben gefordert wird. Was wir bisher im Haushalt lesen, lässt nämlich nicht erkennen, wie mit den veranschlagten Mitteln diese Aufgabe bewältigt werden kann.

Der zweite Punkt ist das Hochwasserrisikomanagement. Um dieses zu verbessern, muss die Landesregierung zügig Eckpunkte erarbeiten, die qualifizierte Schutzziele beinhalten. Nur so können zukünftig räumlich differenzierte Planungen für unterschiedliche Schutzzonen erarbeitet werden. Primäres Ziel hierbei ist, Dörfer und Städte zu schützen.

Drittens: die Finanzierung der Hochwasserschutzmaßnahmen. Dazu muss sich die Landesregierung auf Bundes- und EU-Ebene für eine Neugestaltung der Förderkriterien von EU- und GA-Mitteln einsetzen, sodass hierfür Retentionsflächen und Überflutungsräume verstärkt einbezogen, aber auch Entschädigungszahlungen für hohe Einkommensverluste aufgrund von Flächenverlusten und Bewirtschaftungseinschränkungen geleistet werden können.

Viertens: Umwidmung in Grünland. Das zuletzt in der DDR ausgebaute Entwässerungssystem wird heute mit hohem Aufwand aufrechterhalten. An einigen Stellen, an denen sich heute Ackerland befindet, wären aber beispielsweise extensive Grünlandnutzung oder Kurzumtriebsplantagen für Energiehölzer deutlich sinnvoller. Solche durch Agrarförderung unterstützte Nutzungsänderungen könnten attraktive Alternativen darstellen, die ökologische und landschaftsästhetische Chancen bieten.

Die vom Hochwasser betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind aber auch auf Unterstützung angewiesen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, einen Fonds zur Eigenvorsorge der Privathaushalte, deren Bauten sich auf überschwemmungsgefährdeten Standorten im Oderbruch befinden, einzurichten. Wir sehen es eben nicht wie Ministerin Tack, die heute in der Fragestunde mitteilte, dass die Versicherungsproblematik kein Thema für die Landesregierung sei. Wenn die Haftungsfrage bei dem Binnenhochwasser so eindeutig wie in der Antwort benannt ist, was spricht dann dagegen, sich mit den Versicherern zusammenzusetzen, auf zügige Schadensregulierungen zu drängen und beispielsweise eine gemeinsame eindeutige Erklärung abzugeben, um den Betroffenen gegenteilige Ängste zu nehmen?

Bevor ich zum Schluss komme, noch etwas zur Bauvorsorge. Auch in diesem Bereich könnten private Haushalte und Unternehmen Schäden an Gebäuden reduzieren, indem deren Schadenanfälligkeit durch Baumaßnahmen vermindert wird. Um sicherzustellen, dass bei der Neuerrichtung und Sanierung von Gebäuden in gefährdeten Gebieten eine Anpassung an die zukünftige Hochwassergefährdung erfolgt, sollte die Landesregierung entsprechende rechtlich verbindliche Vorschriften erlassen, zum Beispiel Verzicht auf Unterkellerung, Vorgaben zur Wahl der Heizungsanlagen sowie Empfehlungen zur Wahl der am besten geeigneten Materialien.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Oderbruch muss als Kulturlandschaft erhalten bleiben. Langfristig kann dies nur erfolgreich sein, wenn wir heute damit beginnen, auch Grundlegen-

des zu verändern. Das von uns geforderte Programm soll den Schutz der Deichanlagen sicherstellen und die Neukonzeption eines dem Naturraum angepassten Gewässersystems beinhalten, um den Menschen in der Region eine langfristige und sichere Perspektive zu bieten. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jungclaus. - Es folgt der Beitrag der SPD-Fraktion. Die Abgeordnete Lieske hat das Wort.

Frau Lieske (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Jungclaus, ich bin Ihnen und Ihrer gesamten Fraktion dankbar, dass Sie Ihren Antrag, der ursprünglich vom 11. Januar datiert war, neu gefasst und auch hier unmissverständlich die Ziele der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN klargestellt haben.

Ihre Zielvorstellung ist eine andere Kulturlandschaft Oderbruch, als wir sie als Koalitionsfraktionen wollen und als sie die Menschen im Oderbruch auch tatsächlich vertreten. Wir wollen tatsächlich den Erhalt der Kulturlandschaft Oderbruch als Wirtschafts-, als Lebens- und als Naturraum. Das heißt, die Punkte, die Sie hier genannt und vertreten haben, gehen mehr oder weniger in den Bereich Erhaltung des Lebensraums und des Naturraums, aber der Teil „Wirtschaftsraum“ wird von Ihnen fast völlig ausgeblendet. Aber das Oderbruch gilt, seit die Oder begradigt bzw. eingedeicht worden ist, als landwirtschaftlich erfolgreiche Region. Wir alle kennen sie aus DDR-Zeiten - die zitiere ich nicht gern - als „Garten für Berlin“. Das sind wir nicht mehr ganz, das wissen wir auch.

(Dombrowski [CDU]: Es war nicht alles schlecht in der DDR! - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- Nein, das wissen wir auch.

Aber mit Ihren Vorschlägen, Herr Jungclaus, wäre genau diese Existenzgrundlage für die im Oderbruch lebende Bevölkerung nicht mehr vorhanden. Wir würden Schritt für Schritt - sage ich jetzt ganz lax - zurück zur Natur kommen, und das ist der Kulturlandschaft Oderbruch einfach nicht entsprechend. Auch Ihre Forderung nach der teilweisen Außerbetriebnahme von Schöpfwerken oder nur der Schutz von überwiegend besiedelten Gebieten zeigt, dass Sie die Systematik im Oderbruch eigentlich nicht verstanden haben.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Das ist eindeutig so, denn das ist ein Gesamtsystem, das aus einzelnen Stauen, Wehren, Fließsystemen und Schöpfwerken bis hin zu den Vorflutern besteht, das dann zurück über die Hohensaaten-Friedrichthaler Wasserstraße, über das Wehr in Hohensaaten in die Oder fließt. Nur so ist es möglich, diesen Lebensraum in all seinen Facetten tatsächlich zu erhalten.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle dafür werben, das Aktionsprogramm, das wir Ihnen mit unserem Entschließungsantrag und mit den Handlungsschwerpunkten vorgelegt haben, durchzusetzen. Denn wir brauchen wieder eine Vorflut, die den jetzi-

gen Ansprüchen genügt, die das Wasser aus dem Oderbruch ableitet. Wir brauchen keine weiteren Schlafdeiche und keine Kammern; die kosten auch zusätzliches Geld und entziehen dem Oderbruch die wirtschaftliche Grundlage. Ich werbe für den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen. Ich glaube, dass auch die FDP-Fraktion darin durchaus ihre Position wiederfinden kann. Denn es ist möglich, im Rahmen unserer Arbeitsgruppe Gewässermanagement im Oderbruch all die Dinge zu besprechen, die erforderlich sind, um in die Zukunft zu schauen und das verantwortlich und nachhaltig zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Lieske. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Dombrowski hat das Wort.

Dombrowski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie das eben so ist: Bei bestimmten Ereignissen - seien es Naturereignisse oder Terrorismusvorfälle, wie auch immer - muss man nicht lange warten, bis fast alle Parteien und Politiker sich irgendwie äußern und Aktionen erwarten oder verlangen. Wir als CDU-Fraktion tun das nicht. Deshalb werden Sie einen Antrag der CDU-Fraktion hier vermissen,

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Nein!)

nicht, weil wir keine Lust hatten, etwas aufzuschreiben, sondern weil wir glauben, dass die eben auch von der Kollegin der SPD erwähnte Arbeitsgruppe Wassermanagement ein gutes Instrument ist, das ja auch angenommen wird - wir nehmen auch immer daran teil -, um alle Fragen, die hier zu besprechen sind, dort auch abzuklären. Von daher finden wir jedenfalls, dass wir im direkten Gespräch, das auch nicht enden soll, wenn sich die Hochwasserlage gebessert hat, zu geeigneten Lösungen kommen.

Von daher gleich vorweg: Bei der Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion werden wir uns enthalten. Er ist mir ein bisschen zu aktionistisch.

Beim Antrag der SPD-Fraktion bzw. der Koalitionsfraktionen werden wir uns als CDU-Fraktion enthalten, weil er im Grunde genommen eine Reaktion auf andere Anträge ist. Es steht nichts wirklich Neues darin, sondern er gibt im Grunde genommen das wieder, was in der Arbeitsgruppe Wassermanagement auch schon beschlossen wurde oder was dort Gesprächsgegenstand ist. Von daher ist er kein Auftrag, sondern die Widerspiegelung des Arbeitsstandes.

Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir uns enthalten. Einem Antrag auf Überweisung würden wir gern zustimmen. Aber ich teile hier im weitesten Sinne die Auffassung der Kollegin Lieske, dass hier Forderungen gestellt werden, die sich nicht wirklich an der Tradition, an der Realität messen lassen. Das, was im Oderbruch notwendig ist oder was dort immer funktioniert hat, aber in den letzten Jahren immer weniger funktioniert hat, ist ja zu erklären. Wie das Oderbruch entstanden ist, muss man hier nicht referieren. Sie haben den „Garten Berlins“ erwähnt; ich habe das auf meine Art kommentiert.

Das hat funktioniert, und jetzt bekommt das Oderbruch nach und nach neue Funktionen. Es soll mehr dem Naturschutz, mehr dem Tourismus zur Verfügung stehen, es soll dort weniger Landwirtschaft geben, es sollen dort weniger Menschen leben. Daher ist es mit dem Oderbruch wie mit manchem Gerät, das man im Baumarkt kaufen kann. Dort bekommen Sie Akkugeräte, mit denen können Sie schrauben, sägen, schleifen und alles Mögliche. Dann kommt die Frau noch und sagt: „Das Ding kannst du kaufen, wenn ich mir damit die Haare föhnen kann.“ Je mehr Funktionen eine Sache erfüllen soll, desto anfälliger wird das System. Aus diesem Grunde muss man sich tatsächlich beschränken und fragen: Was wollen wir dort eigentlich? Wir als CDU-Fraktion sind der Meinung, man muss im Oderbruch leben und wirtschaften können.

Dazu gehört wiederum auch, dass wir als Land - wir alle sind in der Verantwortung - dafür sorgen, dass die Vorflutsysteme funktionieren und dass ausreichend Geld vorhanden ist. Insofern brauchen wir nicht so sehr neue Ideen, sondern es muss sichergestellt werden, dass der dortige Wasser- und Bodenverband wirtschaften kann. Diesbezüglich haben wir Einiges nachzuholen; denn dieser ist im Moment mit seinen eigenen Ansprüchen, die er hatte und die abgelehnt wurden, sozusagen ruhiggestellt. Ich will jedoch nicht mutmaßen, ob das Ereignis, das wir dort haben, hätte vermieden werden können, wenn man dem Verband GEDO die Mittel vorher zur Verfügung gestellt hätte.

Kurzum: Wir wollen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, sondern wir wollen, dass im Oderbruch weiterhin auch Menschen leben können. Dinge wie: Man sollte dort, wo es feucht ist, keinen Keller bauen, sind keine ganz neue Angelegenheit. Dennoch muss man zur Kenntnis nehmen, dass es dort einen gewissen Stand gibt, quasi einen Status quo, auf den die Menschen einen Anspruch haben, dass sie von dort nicht vertrieben werden oder wir sie jetzt mit Forderungen belasten, die im Grunde nicht zu realisieren sind.

Insofern verweisen wir darauf, dass die Arbeitsgruppe Wassermanagement für uns absoluten Vorrang hat. Das ist der Grund, weshalb wir auf einen eigenen Antrag verzichtet haben. Wie wir uns zu den einzelnen Anträgen verhalten werden, habe ich bereits angekündigt. - Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dombrowski. - Es geht weiter mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Die Abgeordnete Fortunato erhält das Wort.

Frau Fortunato (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vogel, das muss Ihnen der Neid lassen: Der Antrag ist nett, aber irgendwie hat mich das Gefühl beschlichen, dass das Oderbruch nicht erhalten, sondern renaturiert werden soll.

(Beifall des Abgeordneten Folgart [SPD])

Deshalb habe ich mir erlaubt, Meinungen aus der Region Oderbruch - meine Heimat - einzuholen, in der ich seit August 2010 mit handelnden Fachleuten, Ämtern und mit meinen Nachbarn

im ständigen Dialog stehe. Ich erlaube mir also, einige Auszüge aus den Antworten zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier preiszugeben.

Der Bauernverband Märkisch-Oderland macht auf Folgendes aufmerksam:

„Zu einer auskömmlichen Finanzierung gehört auch die Ausstattung mit ausreichendem Fachpersonal, was in der Arbeitsgruppe ‚Wassermanagement‘ besprochen wurde. Eine Umwidmung von Ackerland in Grünland ohne spätere landwirtschaftliche Nutzung bringt keine Effekte, und eine partielle Reduzierung der Schöpfwerksbetriebe schädigt die Funktionsweise des gesamten Systems und darf nicht erfolgen.“

So weit der Bauernverband.

Der Gewässer- und Deichverband Oderbruch, der die Aufgaben der Gewässerunterhaltung im Oderbruch erfüllt, hat Folgendes zu sagen:

„Die auskömmliche Finanzierung für die Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen und für die Gewässerpflege ist dem GEDO bereits durch die Frau Ministerin Tack zugesagt worden. Insbesondere ist ebenfalls die kurzfristige Finanzierung eines Wassermanagementsystems auf der Grundlage der Planung durch den GEDO in Zusammenarbeit mit dem LUGV fest zugesagt. Der von Herrn Vogel angeregte Bau von Schlafdeichen und Unterkammerung im Oderbruch ist verwunderlich, da er in seiner Vergangenheit als Ableitungsleiter schon vor Jahren die Möglichkeit gehabt hätte,“

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ganz genau! - Beifall DIE LINKE und SPD)

„die vielen Kilometer Schlaf-, Polder- und Sommerdeiche im Oderbruch allein durch Pflegemaßnahmen zu erhalten. Das von ihm geforderte System ist nicht neu zu schaffen, es muss lediglich weiter instand gesetzt werden. Dazu gibt es unseres Wissens nach in der Außenstelle des LUGV in Bad Freienwalde klare Vorstellungen. Die weiterhin geforderte Erarbeitung eines zusammenhängenden Gewässer- und Flächenentwicklungskonzeptes bestätigt nur, dass die durch das LUGV vorgenommene Einteilung des Oderbruchs in die Gewässerentwicklungskonzepte zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie richtig war.

Das Gewässerentwicklungskonzept ‚Alte Oder‘ ist bereits 2010 als prioritäres Vorhaben benannt worden. Die Äußerung im Antrag hinsichtlich der Effizienzsteigerung der Bewirtschaftung im Oderbruch durch Reduzierung des Schöpfwerksbetriebes verwundert, da man im GEDO deutlich in Erinnerung habe, wie Herr Vogel in seiner Zeit als Abteilungsleiter in einem Gespräch die Frage gestellt hat, ob eine Abscheidung der Schöpfwerke im Oderbruch nicht eine schöne Renaturierungsmaßnahme wäre.“

(Vogel [GRÜNE/B90]: Das ist völlig gelogen!)

- Das steht hier.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Das ist gelogen!)

Abschließend einige Sätze aus der Kreisverwaltung Märkisch-Oderland:

„Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht davon aus, dass die jetzige schlechte Situation als gegeben hingenommen wird und die Menschen im Oderbruch damit umgehen sollen und dafür Unterstützung erhalten. Der Ansatz muss aber ein anderer sein: dass der jetzige Zustand durch Maßnahmen verbessert wird, dass der Unterhaltungsrückstau beseitigt wird. Wir brauchen kein neues Programm, sondern sollten uns auf die Umsetzung der schon festgelegten Maßnahmen konzentrieren.“

(Beifall DIE LINKE)

„Dabei müssen die Vorschläge der Region auch weiterhin einbezogen werden. Grenzübergreifende Hochwasserschutzmaßnahmen sind eine wichtige Aufgabe, sollten sich aber nicht auf das Oderbruch beschränken, sondern den gesamten Flusskomplex von der Quelle bis zur Mündung betrachten.“

Ich möchte hier nur eines hinzufügen: Politik im Land zu betreiben heißt für mich, zuallererst mit den Menschen zu reden und gemeinsam mit ihnen eine Lösung zu finden.

(Beifall der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD] und Büchel [DIE LINKE])

In der Arbeitsgruppe „Wassermanagement“, die meiner Meinung nach wirkungsvoller als so manche Enquetekommission ist,

(Beifall DIE LINKE und SPD - Bischoff [SPD]: Das war gut!)

habe ich fachlichen Beistand der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bisher nicht verspürt, oder ist Ihnen das Oderbruch vielleicht zu weit?

Ich bitte um Zustimmung zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE, weil er sehr gut verdeutlicht, wie die Kulturlandschaft Oderbruch als Arbeits- und Lebensplatz erhalten bleiben kann. Die Menschen der Region werden ihren Beitrag dazu leisten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Fortunato. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Der Abgeordnete Beyer wird sprechen.

Beyer (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir in diesem Jahr im Oderbruch miterleben, sprengt die Vorstellungskraft vieler Brandenburger. Wir erleben eines der stärksten Hochwasser in den vergangenen Jahrzehnten. Wir sehen Menschen, deren Häuser und Grundstücke seit mehr als ein-

em halben Jahr unter Wasser stehen, und Landwirte, deren letztjährige Ernten den Wassermengen zum Opfer gefallen sind. Insgesamt stehen mehrere Zehntausend Hektar Felder und Siedlungen unter Wasser, und leider ist nicht absehbar, wann schlussendlich Entwarnung gegeben werden kann.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, auf der anderen Seite erleben wir eine Vielzahl von Vorschlägen, mit denen die Situation im Oderbruch künftig entschärft bzw. unter Kontrolle gebracht werden soll. Aber wie so oft ergeben diese Vorschläge kein in sich stimmiges Ganzes, auf dem auf politisch-administrativer Ebene ein fachliches Konzept entworfen werden könnte. Dafür sind die Interessen der einzelnen Akteure oftmals viel zu verschieden.

Es ist verständlich, dass jede der hiesigen Fraktionen eigene Lösungsansätze und Maßnahmen präsentiert. Das ist richtig und kann uns helfen, den betroffenen Menschen zu helfen. Die Frage, in der wir uns unterscheiden, ist jedoch die Reihenfolge des Bearbeitungsprozesses dieser Vorschläge.

Liebe Kollegen der Grünen, Ihr Antrag enthält extrem viel Ökologie. Sie möchten landwirtschaftliche Flächen notfalls in Grünland umwandeln und sich hierfür sogar der EU-Agrarförderung bedienen, Sie möchten das Bibermanagement weiterentwickeln, ohne jedoch zu sagen, wie ein effektiver Schutz der Deiche aussehen könnte, und Sie möchten die Förderkriterien so ausgestalten, dass damit auch die Wiederherstellung und Einrichtung von Retentionsflächen an der Oder unterstützt werden kann.

Das kann man so machen, nur sollten Sie dabei bedenken, dass der Großteil dieser Maßnahmen nur mit Zustimmung des Bundes und der Europäischen Union realisierbar sein wird. Solange Sie zumindest diese Forderungen nicht gesichert haben, ist das Ganze ein Schuss ins Blaue, der den Menschen vor Ort zumindest auf absehbarer Zeit nicht hilft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion lehnt bei diesem sensiblen Thema jede Form von Aktionismus ab. Es hat weder für die Politik noch für die Menschen im Oderbruch irgendeinen Vorteil, wenn wir im Schnellverfahren ein Programm verabschieden, das Gefahr läuft, in einigen Monaten bereits wieder nachgebessert werden zu müssen, weil einzelne Teile nicht realisierbar sind, oder am Widerstand der Anwohner zu scheitern droht.

Nein, wir benötigen eine verlässliche Datengrundlage, auf der Lösungsansätze und Konzepte erarbeitet werden können. Genau an diesem Punkt ist meine Fraktion zu dem Schluss gekommen, dass eine unabhängige Arbeitsgruppe von Experten aus den Bereichen Hydrologie, Agrarlandforschung, der Wasser- und der Landwirtschaft eben bessere und langfristig wirkende Vorschläge erarbeiten kann als die Politik selbst. Für uns geht es darum, tragfähige Lösungen für die Menschen vor Ort zu erarbeiten.

Wie kommen wir zu einem verlässlichen und nachhaltigen Wassermanagement für das Oderbruch? - Die Politik muss in dieser wichtigen Frage auf parteipolitische Ränkespiele verzichten und stattdessen offen für neue Lösungen sein.

Sie muss Weitsicht und Handlungsfähigkeit beweisen, indem sie Vorschläge mit einem ganzheitlichen Ansatz unterbreitet, und

sie muss dafür Sorge tragen, dass diese Vorschläge auch mit vollstreckbaren Fristen abgesichert sind. Genau das ist übrigens der Hauptunterschied in unserem Antrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie für einen solchen Weg um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beyer. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Frau Ministerin Tack hat das Wort.

Frau Ministerin Tack, wir haben hier eine kleine Irritation. Herr Vogel hat eine Kurzintervention angekündigt, es geht aber eigentlich um eine Reaktion auf Frau Fortunatos Beitrag,

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Das geht eigentlich nicht!)

in dem er persönlich angegriffen wurde. Wenn man einen persönlichen Angriff zurückweisen möchte, ist das eine persönliche Erklärung. Die persönliche Erklärung würde am Ende der Rednerliste vor der Abstimmung kommen, die Kurzintervention würde nach dem Redebeitrag erfolgen, der den Angriff geliefert hat. Der Abgeordnete hat eine Kurzintervention angemeldet. Insofern frage ich jetzt: Herr Vogel, da Sie die Kurzintervention zur richtigen Zeit angemeldet haben, möchten Sie diese Kurzintervention jetzt halten? - Dann würde ich sie jetzt zulassen. Ansonsten würden Sie nach dem Beitrag von Herrn Abgeordneten Jungclaus zu einer persönlichen Erklärung aufgefordert werden. - Bitte.

Entschuldigung, Frau Ministerin.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich als politische Verleumdung zurückweisen, dass ich die Abschaltung von Schöpfwerken gefordert hätte. Richtig ist, soweit ich mich überhaupt entsinnen kann, mich jemals zum Thema Schöpfwerke im Oderbruch geäußert zu haben, dass ich als Zuständiger für die Rechtsaufsicht über die Wasser- und Bodenverbände bzw. meine Mitarbeiter, die mir unterstanden, die Erhebung der Schöpfwerkskosten durch den GEDO beanstandet habe. Das war auch die Position des Ministeriums. Der GEDO hat jetzt mit Wirkung zum 01.01.2011 einen rechtskonformen Zustand hergestellt. Das ist das, was ich zu den Schöpfwerken sagen kann.

Ich habe zu keinem Zeitpunkt irgendeinen Zweifel daran gelassen, dass das Oderbruch als Kulturlandschaft erhalten bleibt. Ich habe jederzeit als Abteilungsleiter dafür gekämpft, dass eine auskömmliche Finanzierung für die Unterhaltung der Gewässer 1. Ordnung zur Verfügung gestellt wird. Von daher weise ich in aller Entschiedenheit die von Ihnen vorgetragenen Aussagen zurück. - Danke.

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel, für diese Kurzintervention. - Wir setzen nunmehr die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Frau Ministerin Tack, Sie haben das Wort.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Vogel, jetzt haben wir endlich einmal erfahren, was Sie in den vergangenen vielen Jahren gemacht haben. Wir kommen noch einmal darauf zurück.

(Heiterkeit)

Es hat mich schon immer interessiert.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie diesen Antrag gestellt zu haben, weil er uns in die Lage versetzt, auch in dieser Landtagssitzung über das Hochwasser in Brandenburg zu sprechen, ganz besonders auch über das Hochwasser im Oderbruch, was uns sehr beschäftigt. Es bereitet uns Kopfzerbrechen, insbesondere mir, das gebe ich zu.

Wir haben seit heute Nachmittag an der Elbe Hochwasser, in Lenzen die Alarmstufe 4, wir haben im Süden im Elbe-Elster-Kreis an der Schwarzen Elster noch die Stufe 4. Wir werden möglicherweise am Wochenende, das zeichnet sich ab, eine weitere Entspannung oder überhaupt eine Entspannung im Oderbruch haben, wenn die Baustelle des Bundes am Wehr ihre übrigen zwei Wehrfelder öffnen wird und das Wasser abfließen kann. Das wäre ein großer Gewinn. Es würde eine große Entspannung bringen.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2010 war meteorologisch ein äußerst ungewöhnliches Jahr, und wenn wir uns die Bedingungen - ich habe sie gerade kurz zu beschreiben versucht - im Land ansehen, ist zu vermuten, dass auch dieses Jahr ähnlich ungewöhnlich wird. Dann ist es schon fast nicht mehr ungewöhnlich. Wir müssen uns daran gewöhnen, wir haben vielerorts an vielen Flüssen immer viel Wasser und auch Katastrophensituationen.

Sie erinnern sich, dass wir gefährliche Hochwasserlagen an der Oder, an der Spree, an der Neiße, an der Schwarzen Elster zu bewältigen hatten mit viel Einsatz auch vieler ehrenamtlicher Kräfte. Es gilt immer, ihnen auch in diesem Zusammenhang ein herzliches Dankeschön zu sagen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Im Dezember - das ist ja noch nicht so lange her, wir erinnern uns gut - erfolgte ein ungewöhnlich früher Winterbeginn mit flächendeckendem Schneefall und tiefen Frosttemperaturen. Das Eis auf der Oder, das zu bedenklich hohen Wasserständen im Bereich des Pegels Hohensaaten-Finow geführt hatte und eine ernsthafte Bedrohung, eine Gefahr für das Oderbruch darstellte, konnte erst vor wenigen Tagen von den Eisbrechern gelöst werden, und das Tauwetter hat ein Übriges getan.

Zur Entspannung am Wochenende über das Wehr, wenn die Baustelle dann zurückgebaut werden kann, habe ich gerade berichtet.

Der Wasserstand im Oderbruch war deutlich höher als beim Jahrhunderthochwasser 1997 und der zweithöchste Wasserstand, der jemals an der Oder gemessen wurde.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das war ein anderes Jahrhundert!)

- Auch das, aber dann: der Jahrhunderte.

Es war der zweithöchste Wasserstand, der jemals gemessen wurde, also viele extreme Situationen. Wir können froh sein, meine Damen und Herren, dass im Bereich des Oderbruchs vollständig gute Deiche vorhanden sind, in der unmittelbaren Vergangenheit für viel Geld neue Deiche gebaut und alte saniert worden sind. Sie haben ihre Aufgabe gut gemeistert und die Bewährungsprobe bestanden.

Die Menschen im Oderbruch - auch darauf sind Sie schon eingegangen - leben nun seit Sommer, seit August 2010, unter den schwierigen Bedingungen eines Binnenhochwassers geradezu in einer Ausnahmesituation. Es gab seitdem zu keiner Zeit wirklich Entspannung. Das nervt, und diese Situation - das will ich gerne versichern - lässt niemanden kalt.

Es gibt eine gute Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem Landrat, mit allen Betroffenen vor Ort, und - ich glaube, es ist wichtig, das hier auch noch einmal deutlich zu sagen - die werden wir fortsetzen, bis wir in der aktuellen Situation eine Lösung gefunden haben, aber gleichzeitig auch längerfristig diese Generationenaufgabe gestalten.

Die Landesregierung hat sich gestern in ihrer Sitzung zur Situation im Oderbruch erneut beraten und weiterhin die volle Unterstützung zur Bewältigung der Situation im Zusammenhang mit dem Binnenhochwasser zugesagt, um die Bedingungen für die Menschen, die wirklich sehr darunter leiden, und die dort ansässigen Betriebe zu lindern sowie Maßnahmen - das will ich hier noch einmal unterstreichen, das ist ja auch das Anliegen Ihres Antrages - zur dauerhaften Lösung zu intensivieren. Das wollen wir machen. Ich erinnere aber, um die Rede nicht zu ausführlich zu gestalten, an die Landtagssitzung vom 15. Dezember; damals habe ich im Ergebnis der Arbeitsgruppensitzung vom 10. Dezember ausführlich über das Oderprogramm gesprochen.

Die Landesregierung hat immer dazu gestanden - das wird sie auch in Zukunft tun -, den von diesen Wetterextremen betroffenen Bauern im Oderbruch - Herr Vogelsänger und ich waren ja im August vor Ort, ich war zur Sitzung im Dezember wieder in Seelow gewesen -, den Agrarbetrieben, die in ihrer Existenz gefährdet sind, finanzielle Unterstützung zu leisten. Das wird gerade geprüft. Ich will auch daran erinnern, dass der Wirtschaftsminister für Unternehmen und für Kommunen Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung aufgezeigt hat.

Meine Damen und Herren, der vorsorgende Hochwasserschutz und das Hochwasserrisikomanagement als Teil der Daseinsvorsorge sind unverzichtbare Schwerpunktaufgaben der Landesregierung. Deshalb begrüße ich noch einmal den Antrag bzw. dass wir uns auf Grundlage dieses Antrages verständigen können. Die Landesregierung hat das im November vergangenen Jahres in einem Kabinettsbeschluss zum Thema „Hochwasserschutz verbessern durch entschlossenes Hochwasserrisikomanagement“ unterstrichen und Maßnahmen zur Umsetzung festgelegt. Besonderes Augenmerk haben wir auch in diesem Kabinettsbeschluss auf das Oderbruch gelegt. Wir werden auch weiterhin das gesamte Oderbruch, meine Damen und Herren, in diesen Schutz einbeziehen und es nicht in Zonen einteilen und einige Regionen dabei schlechterstellen. Das wollen wir nicht. Wir wollen die Zukunft des Oderbruchs als Lebens- und Wirtschaftsraum in Gänze sichern.

Bereits im August 2010 haben wir vor Ort - ich habe es erwähnt - in Seelow die Arbeitsgruppe Wassermanagement Oder-

bruch gegründet, die unter Leitung des Umweltministeriums arbeitet. Die Arbeitsgruppe war sehr fleißig. Es arbeiten auch Landtagsabgeordnete mit, Frau Lieske, Frau Fortunato, Herr Büchel, auch Frau Blechinger, und ich kann die anderen Kollegen, die vor Ort unterwegs sind, nur einladen, zu diesen Arbeitsgruppensitzungen zu kommen. Es ist ein Fachgremium von hoher Kompetenz, und man kann eine Menge lernen und auch eine Menge Ideen einbringen. Es sind Experten vor Ort, insbesondere auch aus unserem Landesamt, aber auch der Landrat mit seiner Kreisverwaltung, der Bauernverband, der Bauernbund und vor allem der Gewässer- und Deichverband, der dabei sehr wichtig ist.

(Zuruf: Der Bauernbund auch?)

- Klar, der Bauernbund auch. Bewährte Vertreter des Bauernbundes könnten wir hier erwähnen, wollen wir aber nicht. Von deren Seite gab es Äußerungen, auf die ich hier nicht eingehen will.

Diese Arbeitsgruppe, meine Damen und Herren, hat sich bereits mit der Frage nach einem Bewirtschaftungskonzept des Oderbruchs befasst und in seiner Sitzung am 10. Dezember wesentliche Aufgaben und Ergebnisse präsentiert. Diese Arbeit wird kontinuierlich fortgesetzt. Ich will Ihnen schon heute ankündigen, dass sie sich am 25. Februar wieder in Seelow trifft. Auch die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollten sich einmal die Zeit nehmen, daran teilzunehmen und mitzuarbeiten.

(Beifall DIE LINKE)

Es gibt dort einen wirklich großen Erfahrungsschatz, es wird viel Wissen vermittelt, und es werden entsprechende Entscheidungen getroffen.

Ziel ist es - das will ich deutlich sagen -, das Sonderprogramm beschleunigt zu Ende zu bringen. Wir haben darüber gesprochen, es um zwei Jahre zu kürzen und schon 2013 zu beenden; das ist uns sehr wichtig. Die Einzelmaßnahmen sind besprochen, die zur Verfügung stehenden ca. 13 Millionen Euro sind sinnvoll einzusetzen, um das Oderbruch zukunftsfähig zu gestalten. Darüber hinaus - auch das will ich sagen - ist der GEDO, der Gewässer und Deichverband Oderbruch, mit 1,3 Millionen Euro pro Jahr zur Gewässer- und Deichunterhaltung gut ausgestattet. Das Geld wird gebraucht, und es wird sinnvoll zur Anwendung gebracht. Trotz unserer vehementen Sparauflagen sichern wir diese Mittel dem GEDO zu. Das ist mehr, als jeder anderen vergleichbaren Region in Brandenburg zugesichert wird. Es gibt eine Priorität für das Oderbruch, und ich bitte Sie das zur Kenntnis zu nehmen und nicht kleinzureden.

(Beifall DIE LINKE)

Der Kern- und Knackpunkt des Oderbruchkonzepts wird aber letztendlich die Erstellung eines automatisierten Wassermanagementsystems zur Optimierung der hydrologischen Verhältnisse im gesamten Oderbruch sein. Das wird das Kernproblem für die Zukunft sein. Damit werden wir das Wassermanagement gestalten und steuern können und auch den Arbeits- und Lebensraum zukunftsfähig gestalten können.

Wir haben - auch das will ich nicht verschweigen -, um all das erreichen zu können, eine personelle Verstärkung im Planungsbereich des Landesamtes vorgenommen. Wir haben auch eine verstärkte Kooperation mit dem Landrat und der Kreisverwal-

tung und dem Gewässer- und Deichverband hergestellt. Denn nur mit einer vehementen personellen Unterstützung sind die Aufgaben zu leisten, sonst nicht.

Die beschleunigten Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um im Oderbruch einen verbesserten Wasserabfluss und Wasserhaushalt zu regeln, und ich verweise noch einmal auf die Sitzung der Arbeitsgruppe am 25. Februar und lade Sie dazu herzlich ein.

Ich finde - das kam in meiner Rede eigentlich schon zum Ausdruck - einige Punkte, die die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannt haben, schwierig. Ich habe es schon gesagt: Differenzierte Schutzziele im Oderbruch auszusprechen ist nicht das, was wir anstreben, weil wir keine Schlechterstellung wollen. Der Vorschlag, Neubauten ohne Keller zu errichten, ist gut. Ich glaube, jeder, der in der Region baut, wird im eigenen Interesse hochwasserangepasst bauen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir und bitte Sie, dass Sie dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zustimmen, weil er unsere Arbeit unterstützt und uns auffordert und motiviert, genau in diesem Sinne weiterzuarbeiten.

Abschließend möchte ich Sie herzlich einladen. Wir werden am 9. Februar im Großen Waisenhaus die erste Hochwasserkonferenz zur Auswertung des Hochwassergeschehens im vergangenen Jahr - wir werden die aktuellen Hochwasser einbeziehen - für ein verbessertes Hochwassermanagement im Land abhalten. Es sind alle Landkreise und kreisfreien Städte eingeladen, und Sie sind auch eingeladen. Kommen Sie und bereichern Sie unsere Diskussion! Wir werden - so viel zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit, Frau Richstein - voraussichtlich Anfang Juni eine internationale Hochwasserkonferenz mit den polnischen und tschechischen Kollegen zusammen veranstalten, um das Management mit dem polnischen und tschechischen Nachbarn zu verbessern.

Abschließend will ich sagen, meine Damen und Herren, dass sich die Landesregierung sehr bemüht, den Menschen im Oderbruch zu helfen und bezüglich der jetzigen Situation so schnell es geht Abhilfe zu schaffen. Wir sind sehr daran interessiert und werden alles tun, damit das Oderbruch eine Zukunft erfährt, und zwar so, wie die Menschen es wollen, wir werden ihnen kein Programm überstülpen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort erhält noch einmal die einbringende Fraktion. Frau Ministerin hat zwei Minuten mehr Redezeit in Anspruch genommen. Die überzogene Redezeit erhält Herr Jungclaus zusätzlich zu seinen verbleibenden 3,5 Minuten. Die übrigen Fraktionen überlegen bitte, ob es ihrerseits noch Redebedarf für zwei Minuten gibt.

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal begrüßen wir, dass durch unseren Antrag mehr Bewegung in das Thema gekommen ist, auch wenn wir uns das nicht ganz so heftig vorgestellt hätten und sich abzeichnet, dass wir für unseren Antrag leider keine Mehrheit finden.

Wie Sie sich denken können, geht uns der Antrag von Rot-Rot nicht weit genug. Es wird auf bereits laufende Maßnahmen verwiesen, die allerdings, wie man sieht, den gewünschten Erfolg bisher vermissen lassen. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema findet jedenfalls nicht statt.

An der Stelle eine kurze persönliche Anmerkung. Ich bin im Kreisvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Märkisch-Oderland, und ich finde es geradezu beschämend, wie von manchen Verantwortlichen versucht wird, die schlimme Lage, in der die Menschen sich befinden, für parteipolitische Spielchen zu nutzen. Einige werden nicht müde, gefragt oder ungefragt zu behaupten, an Hochwasser, Biber und Wetter seien die Grünen schuld. Man könnte den Eindruck haben, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten das Oderbruch 20 Jahre besetzt und nun an die Landesregierung übergeben. Ungeachtet der Tatsache, dass es einer Partei natürlich schmeichelt, wenn ihr nach einem Jahr mit 6 % im Landtag und zwei Abgeordneten im Kreistag eine derart große Verantwortung zugeschrieben wird, denke ich, dass eine solche Polemik gerade für die Vertreter, die dort seit 20 Jahren in Regierungsverantwortung stehen, ein Armutszeugnis ist.

Am FDP-Antrag finde ich sympathisch, dass er Berichte und konkrete Fristen fordert; leider folgt er aber auch, ohne zu differenzieren, dem liberalen Reflex aufzuschreien, wenn der Staat Regelungen aufstellt. Lieber Kollege Beyer, ich glaube nicht, dass sich ein Häuslebauer über seine Freiheit beim Stellen des Bauantrags freut, wenn er ein Jahr später seine sich im Keller befindliche Ölheizung unter Wasser stehen sieht. Er wird dann eher die fehlende Fürsorgepflicht der Genehmigungsbehörde kritisieren.

Eine sehr merkwürdige Auslegung unseres Antrags finde ich die von Frau Lieske genannte Wirtschaftsfeindlichkeit. Ich hätte gerade von einer Abgeordneten aus der Region erwartet, dass sie sich mit dem Thema etwas differenzierter auseinandersetzt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendein Landwirt die Wirtschaftlichkeit unseres Programms infrage stellt. Sie können ja mal jemanden fragen, dessen Gerstefelder unter Wasser stehen, was ihm lieber sei: seine versaute Ernte oder vielleicht mit einem neuen Nutzungskonzept errichtete Kurzumtriebsplantagen auf Grünland.

In einem stimmen wir parteiübergreifend überein: Bei allen Lösungsansätzen, die wir in unsere Überlegungen einbeziehen, ist die Beteiligung der Bevölkerung der wichtigste Aspekt für den Erfolg eines solchen Programms. Nur mit einem transparenten und partizipativen Prozess erreichen wir das notwendige Verständnis bei den Bewohnerinnen und Bewohnern des Oderbruchs. Da hätte ich mir gewünscht bzw. wünsche ich mir nach wie vor, dass unser Antrag an den Ausschuss überwiesen wird. Dem Antrag von Rot-Rot sowie dem der FDP können wir, wie Sie sich denken können, nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jungclaus. - Ich frage die Fraktionen: Besteht Bedarf, noch einmal zwei Minuten zu reden? - Das sehe ich nicht.

Somit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte um etwas Konzentration, denn es ist ein längeres Procedere. Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/2670, Neudruck - auf Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einer deutlichen Mehrzahl an Gegenstimmen ist der Antrag nicht überwiesen worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag „Erstellung eines Oderbruchprogramms“ - Drucksache 5/2670, Neudruck - der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Sache. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? Bei einer Vielzahl von Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag in Drucksache 5/2694, Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. Der Titel ist mit dem des Antrags identisch. Wer diesem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Bei einer deutlichen Anzahl von Enthaltungen ist diesem Antrag dennoch entsprochen worden. Er ist angenommen.

Wir kommen viertens zum Entschließungsantrag in Drucksache 5/2697, Antrag der FDP-Fraktion „Aktionismus verhindern - einen fachlichen Aktionsplan für das Oderbruch gemeinsam mit Experten erarbeiten“. Wer diesem Entschließungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einige Enthaltungen.

Bei einer einzigen Stimme für diesen Antrag - tut mir leid für Sie, Herr Beyer - ist dieser Antrag sehr deutlich abgelehnt worden.

(Allgemeine Heiterkeit - Görke [DIE LINKE]: Keine Führungskraft da!)

Meine Damen und Herren! Ich schließe Tagesordnungspunkt 12 und damit die heutige Sitzung. Ich hoffe, viele von Ihnen beim Empfang der Landespressekonferenz begrüßen zu dürfen. Einen schönen Feierabend!

Ende der Sitzung: 18.42 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 10:****Flächen für ortsansässige Landwirte sichern**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Verwertungspraxis der BVVG dahin gehend zu ändern, dass die Grenze für den Direkterwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Pächter erhöht wird.“

Zum TOP 11:**Deutsch-polnische Zusammenarbeit vertiefen**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 folgenden Beschluss gefasst:

„Nach dem 3. Spitzentreffen von Repräsentanten der deutschen Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen und der polnischen Woiwodschaften Lubuskie (Lebuser Land), Zachodniopomorskie (Westpommern), Wielkopolskie (Großpolen) sowie Dolnośląskie (Niederschlesien) zur Oderpartnerschaft am 27. Oktober 2010 in Szczecin und dem Treffen des Ausschusses für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik des Landtages mit dem Ausschuss für Beziehungen zum Ausland und Öffentlichkeitsarbeit des Sejmiu der Woiwodschaft Lubuskie am 22. September 2010 in Potsdam

1. bekräftigt der Landtag die in seinem Beschluss ‚Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten‘ vom 21. Januar 2010 enthaltenen politischen Zielsetzungen und inhaltlichen Aufgaben für die Ausgestaltung der Oderpartnerschaft als einer spezifischen Form der Zusammenarbeit zwischen Akteuren in der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland;
2. erwartet der Landtag, dass die Landesregierung
 - ihre Ansätze für die inhaltliche Ausrichtung der Landespolitik in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur sowie Wissenschafts- und Forschungskooperation, einschließlich ihres Agierens gegenüber dem Bund, ausgehend von den Festlegungen auf dem Szczeciner Spitzentreffen weiter präzisiert,
 - die beteiligten westpolnischen Woiwodschaften - über die Planungen zu grenzüberschreitenden Programmen mit Lubuskie und Zachodniopomorskie hinaus - regelmäßig über den Stand der Vorbereitung Brandenburgs auf die Förderperiode der Europäischen Union ab 2014 informiert, Vorschläge der Partner in die eigenen Pla-

nungen einbezieht und - soweit es gemeinsame Interessen gibt - diese gemeinsam in Brüssel sowie gegenüber den nationalen Regierungen vertritt,

- den erreichten Stand der Kooperation mit der Woiwodschaft Lubuskie, mit der Brandenburg durch eine 144 km lange Grenze verbunden ist, analysiert und - soweit erforderlich - Vorschläge für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungsorganen der Woiwodschaft unterbreitet,
- die Euroregionen rechtzeitig und umfassend in die Planung und Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der Oderpartnerschaft einbezieht,
- dem Landtag zu seinen Sitzungen im Mai 2011 einen Bericht zur Umsetzung des Beschlusses vom 21. Januar 2010 sowie der in diesem Beschluss enthaltenen Punkte vorlegt;

3. bittet der Landtag seine Fachausschüsse, die Kooperation der Länder und Woiwodschaften im Rahmen der Oderpartnerschaft in geeigneter Weise durch eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Gremien der Landtage und Sejmiu zu begleiten.“

Zum TOP 12:**Erstellung eines Oderbruchprogramms**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 28. Sitzung am 19. Januar 2011 folgende Entschließung angenommen:

„Der Landtag stellt fest: Das Oderbruch wurde als Kulturlandschaft seit dem 18. Jahrhundert erschlossen und stellt heute einen bedeutenden Lebens-, Arbeits-, Kultur- und Wirtschaftsraum in Ostbrandenburg dar. Die naturräumlichen Verhältnisse, insbesondere die Lage von Teilen des Oderbruchs unter dem Niveau der Oder, machen dauerhafte Anstrengungen notwendig, um das Oderbruch als Kulturlandschaft zu erhalten. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und damit verbundener Trockenperioden einerseits und zunehmenden Hochwasserereignissen andererseits steigen die Anforderungen an die Gestaltung des Wasserhaushaltes im Oderbruch. Der Landtag bekennt sich zum dauerhaften Erhalt des Oderbruchs als Siedlungs- und Wirtschaftsraum.

Der Landtag unterstützt deshalb das Programm der Landesregierung für das Oderbruch und die Bestrebungen zum Hochwasserschutz, insbesondere die Handlungsschwerpunkte:

1. Fortführung und Beschleunigung des 2008 begonnenen Investitionsprogramms zur Verbesserung der Abflussverhältnisse in den Gewässern 1. Ordnung,
2. Auskömmliche und gesicherte Finanzierung der laufenden Unterhaltungsaufgaben für die Gewässer 1. Ordnung und für die Hochwasserschutzanlagen,
3. Optimierung der Zusammenarbeit bei der Unterhaltung der Gewässer 1. und 2. Ordnung,

4. Unterstützung des Projektes „Automatisiertes Wassermanagementsystem zur Optimierung der hydrologischen Verhältnisse im Oderbruch“,
5. Stärkung des vorsorgenden Hochwasserschutzes entlang der Oder unter anderem durch Ausweisung von geeigneten Retentionsräumen,
6. Erstellen und Umsetzen von Gewässerentwicklungskonzepten für die Gewässer im Oderbruch,
7. Hilfestellungen für Landwirtschaftsbetriebe, die existenziell durch das Hochwasser gefährdet sind.

Der Landtag appelliert an die Landesregierung, bei allen notwendigen Aufgaben die regionalen Akteure einzubeziehen und anzuhören, insbesondere bei der Festlegung von Gewässerentwicklungs- und -sanierungsmaßnahmen und bei der Planung des vorsorgenden Hochwasserschutzes.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 19. Januar 2011

Frage 446

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Gerrit Große

- Stundenzuweisungen im Schulamtsbezirk Brandenburg -

Im Schulamtsbezirk Brandenburg an der Havel gibt es nach wie vor erhebliche Probleme mit der Stundenzuweisung an die Schulen durch das Schulamt. Nach Aussagen des Kreisschulbeirates Havelland sind die Verwerfungen nicht auf die Rücknahme der vorher gewährten Mehrausstattung zurückzuführen. Die Schulen bekommen derzeit nur noch die Pflichtstunden zugewiesen. Der sogenannte Pool wurde pauschal um 9 % gekürzt, sodass die nach der Verwaltungsvorschrift Unterrichtsorganisation zu gewährleistenden Stunden (zum Beispiel Fachleistungsdifferenzierung) nicht vorgehalten werden können.

Ich frage die Landesregierung: Welche Lösungsmöglichkeiten sieht sie für dieses Problem noch für das Schuljahr 2010/11?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Der von Ihnen angesprochene Sachverhalt hat einen komplexen Hintergrund, der in der gebotenen Kürze der Zeit kaum darzustellen ist - ich bin daher gern bereit, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport ausführlicher darauf einzugehen. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, wenn ich mich jetzt auf die wesentlichen Sachverhalte beschränke.

Zuerst möchte ich richtigstellen, dass die Schulämter den Schulen nicht Stunden zuweisen, sondern Lehrkräfte. Der Bedarf der einzelnen Schule an Lehrkräften berechnet sich nach ganz unterschiedlichen Faktoren - die Zahl der Klassen spielt da eine Rolle ebenso wie die Stundentafeln, Fachleistungsdifferenzierung hat einen Einfluss, Ganztagsangebote, Anrechnungsstunden und anderes mehr. Nur im Idealfall stimmt der für die einzelne Schule ermittelte Bedarf mit dem tatsächlichen Beschäftigungsumfang der dort tätigen Lehrkräfte überein, im Regelfall gibt es kleinere Abweichungen nach oben oder unten, die aber die Unterrichtsplanung nicht beeinträchtigen.

Das Schulamt Brandenburg hatte zweitens in diesem Jahr entschieden, möglichst vielen jungen Lehrkräften schon frühzeitig eine Einstellungszusage zu geben, weil es verhindern wollte, dass sich die jungen Kolleginnen und Kollegen woandershin orientieren. Diese Entscheidung ist zu begrüßen - wir haben ja gemeinsam entschieden, in diesem Schuljahr bis zu 450 neue Lehrkräfte einzustellen. Dabei wurde der Stellenrahmen - verkürzt gesprochen - vollständig ausgeschöpft und den Schulen zugewiesen. Zu Beginn des Schuljahres musste die Bedarfsberechnung für die Schulen nochmals überprüft und korrigiert werden. Die Neuberechnung des Bedarfs ergab nun für das Gros der Schulen einen rechnerischen Überhang - das ist auch nicht schwierig nachzuvollziehen, denn in dem vollkommen ausgeschöpften Stellenrahmen ist auch die Reserve enthalten, die für Langzeiterkrankte oder Mutterschutz vorgehalten werden muss. Dieser rechnerische Überhang ist erst im Vertretungsfall in Anspruch zu nehmen, dann allerdings fällt auch der mit dem Überhang geplante zusätzliche Unterricht weg.

Die in der Öffentlichkeit gelegentlich zu hörende Einschätzung, dass nur noch der Pflichtunterricht stattfinden kann und weitere pädagogische Maßnahmen nicht mehr möglich wären, ist ganz klar falsch. Der Ansatz für weitere pädagogische Maßnahmen, also Fachleistungsdifferenzierung und Ähnliches, ist um weniger als 10 % gekürzt worden. Auch nach der Neuberechnung verbleiben den Schulen im Schulamtsbezirk Brandenburg für diese Aufgaben 90 % des ursprünglichen Umfangs - die Ausstattung unterscheidet sich damit nur unwesentlich von der der letzten Jahre.

Frage 447

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

- Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten einschränken? -

Nach einem Gesetzentwurf der Bundesregierung ist vorgesehen, die Beteiligung bei Infrastrukturprojekten deutlich einzuschränken. So soll der Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren zukünftig „fakultativ“ sein. Das stößt gerade angesichts der erheblichen Proteste gegen solche Projekte wie Stuttgart 21 oder auch die in der Kritik stehenden Flugroutenüberlegungen am neuen Flughafen BBI auf Widerspruch.

Ich frage die Landesregierung: Welche Auffassung vertritt sie zur Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger

Die geplante Gesetzesänderung des Bundes stellt keine neue Rechtslage her, sondern bündelt vielmehr die Regelung zu Erörterungsterminen, die sich bereits in sechs Fachgesetzen (zum Beispiel Fernstraßengesetz, Allgemeines Eisenbahngesetz) im Verwaltungsverfahrensgesetz befinden. Der fakultative Erörterungstermin ist insofern bereits jetzt schon geltendes Recht.

Auch im Land Brandenburg ist die Rechtslage im Straßenrecht entsprechend: Der Landtag hat - in Angleichung an das Fernstraßengesetz des Bundes - mit der Verabschiedung des Brandenburgischen Straßengesetzes 2008 die fakultative Erörterung bei Planfeststellungsverfahren eingeführt.

Sinn und Zweck dieser Regelung ist eine Beschleunigung der ohnehin langfristigen Verfahren. Es soll ermöglichen, Infrast-

strukturprojekte schneller zu realisieren. Davon profitieren insbesondere kleinere Bauvorhaben, die wenig oder gar nicht umstritten sind, wie zum Beispiel Radwege.

Anwesenheitsliste vormittags:

Frau Alter (SPD)
 Herr Baaske (SPD)
 Herr Baer (SPD)
 Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
 Herr Beyer (FDP)
 Herr Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Frau Böhnisch (DIE LINKE)
 Herr Bommert (CDU)
 Herr Bretz (CDU)
 Herr Büchel (DIE LINKE)
 Herr Burkardt (CDU)
 Herr Christoffers (DIE LINKE)
 Herr Dombrowski (CDU)
 Herr Domres (DIE LINKE)
 Herr Eichelbaum (CDU)
 Herr Folgart (SPD)
 Frau Fortunato (DIE LINKE)
 Frau Geywitz (SPD)
 Herr Görke (DIE LINKE)
 Herr Goetz (FDP)
 Herr Groß (DIE LINKE)
 Frau Große (DIE LINKE)
 Herr Günther (SPD)
 Frau Hackenschmidt (SPD)
 Frau von Halem (GRÜNE/B90)
 Herr Henschke (DIE LINKE)
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
 Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
 Herr Holzschuher (SPD)
 Herr Homeyer (CDU)
 Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)
 Frau Kaiser (DIE LINKE)
 Frau Kircheis (SPD)
 Herr Kosanke (SPD)
 Herr Krause (DIE LINKE)
 Herr Kuhnert (SPD)
 Herr Lakenmacher (CDU)
 Frau Lehmann (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Frau Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Ludwig (DIE LINKE)
 Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
 Frau Mächtig (DIE LINKE)
 Frau Meier (DIE LINKE)
 Frau Dr. Münch (SPD)
 Frau Muhß (SPD)
 Herr Ness (SPD)
 Frau Niels (GRÜNE/B90)
 Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
 Herr Petke (CDU)
 Frau Richstein (CDU)
 Herr Richter (SPD)
 Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
 Frau Schier (CDU)
 Frau Schulz-Höpfner (CDU)
 Herr Senftleben (CDU)
 Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)

Frau Stobrawa (DIE LINKE)
 Frau Teuteberg (FDP)
 Herr Tomczak (FDP)
 Frau Vogdt (FDP)
 Frau Wehlan (DIE LINKE)
 Herr Wichmann (CDU)
 Frau Wöllert (DIE LINKE)
 Herr Dr. Woidke (SPD)
 Herr Ziel (SPD)

Anwesenheitsliste nachmittags:

Frau Alter (SPD)
 Herr Baaske (SPD)
 Herr Baer (SPD)
 Herr Bischoff (SPD)
 Frau Blechinger (CDU)
 Frau Böhnisch (DIE LINKE)
 Herr Bommert (CDU)
 Herr Bretz (CDU)
 Herr Büchel (DIE LINKE)
 Herr Büttner (FDP)
 Herr Christoffers (DIE LINKE)
 Herr Dellmann (SPD)
 Herr Dombrowski (CDU)
 Herr Domres (DIE LINKE)
 Herr Eichelbaum (CDU)
 Herr Folgart (SPD)
 Frau Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Genilke (CDU)
 Frau Geywitz (SPD)
 Herr Goetz (FDP)
 Herr Günther (SPD)
 Frau Hackenschmidt (SPD)
 Frau Heinrich (CDU)
 Herr Henschke (DIE LINKE)
 Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
 Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)
 Herr Hoffmann (CDU)
 Herr Holzschuher (SPD)
 Herr Homeyer (CDU)
 Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)
 Frau Kaiser (DIE LINKE)
 Frau Kircheis (SPD)
 Herr Kuhnert (SPD)
 Herr Lakenmacher (CDU)
 Frau Lehmann (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Frau Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Ludwig (DIE LINKE)
 Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
 Frau Mächtig (DIE LINKE)
 Frau Meier (DIE LINKE)
 Frau Melior (SPD)
 Frau Dr. Münch (SPD)
 Frau Muhß (SPD)
 Herr Ness (SPD)
 Frau Niels (GRÜNE/B90)
 Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
 Herr Petke (CDU)
 Frau Richstein (CDU)
 Herr Richter (SPD)
 Herr Rupprecht (SPD)
 Frau Schier (CDU)

Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Senfleben (CDU)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Stobrawa (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Teuteberg (FDP)
Herr Tomczak (FDP)

Frau Vogdt (FDP)
Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Wichmann (CDU)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Dr. Woidke (SPD)
Herr Ziel (SPD)